

dfi compact

September 2011
Nr. 10

**Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche
aus Deutschland, Belgien und Frankreich
Die Rolle der Kultur für den sozialen Zusammenhalt in
multiethnischen Stadtgesellschaften
7. – 8. Oktober 2010 in Berlin**

Robert Bosch **Stiftung**



ISSN 1619-8441

dfi Deutsch-
Französisches
Institut

**Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche
aus Deutschland, Belgien und Frankreich
7. – 8. Oktober 2010 in Berlin**

Einführungen	6
Françoise Pissart	6
Olaf Hahn	7
Podiumsdiskussion: Kommunale Kulturpolitik in der Praxis	10
Susanne Keuchel	11
Philip Heylen	24
Paul Meyer	38
Sabine Schirra	49
Arbeitsgruppen	
Arbeitsgruppe 1: Städtisch gefördertes Kulturgut im Hinblick auf unterschiedliche soziale Gruppen und ihre ethnische Herkunft: Angebot und Nachfrage	93
Claire Bazin	94
Tina Jerman	111
Ahmed Mouhssin	123
Arbeitsgruppe 2: Sichtbarkeit von unterschiedlichen Herkunftskulturen in der Stadt (Räume, Formate, Medien)	139
Myriam Stoffen	139
Salah Amokrane/Tayeb Cherfi	149
Anja Dauschek	160
Präsentation der Arbeitsergebnisse im Plenum	176
Präsentation der Ergebnisse aus Arbeitsgruppe 1	176
Präsentation der Ergebnisse aus Arbeitsgruppe 2	181
Abschlussdiskussion	186

Einführungen

Françoise Pissart

(Direktorin der König-Baudouin-Stiftung, Brüssel)

An alle ein herzliches Willkommen zu dieser vierten deutsch-französischen Bürgermeisterkonferenz. Es ist mir eine Ehre, diese Konferenz im Namen der König-Baudouin-Stiftung zu eröffnen und ich möchte mich auch gleich bei den Kollegen der Robert Bosch Stiftung und dem Deutsch-Französischen Institut bedanken.

Wir treffen heute Verantwortliche und Vertreter der Vereinswelt, die bereits an den vorangegangenen Konferenzen teilgenommen haben. Einen Dank an Sie alle, die Sie hier sind, um zu lernen, sich auszutauschen und Erfahrungen zu vergleichen. Ihre Beiträge sind wertvoll, da sie auf Erfahrungen vor Ort gründen. Tatsächlich besteht bei dieser Art von Kolloquium das Risiko, in Allgemeinheiten und Diskussionen über Konzepte zu verharren und heimzukehren, sicherlich ein wenig schlauer, aber ohne unbedingt besser gewappnet zu sein, um den Realitäten vor Ort zu begegnen. Im Gegensatz dazu ist es unser Ziel, dass Sie durch diese Konferenz mit vollen Koffern, die nicht mit Theorien sondern mit inspirierenden Beispielen, nützlichen Kontakten und einer guten Dosis zusätzlicher Motivation für Ihre Aktivitäten gefüllt sind, heimkehren.

Das ausgewählte Thema dieses Jahres beinhaltet vier Zutaten: die Kultur, die Stadt, den sozialen Zusammenhalt und die Multiethnik. Das ist nicht unbedingt ein Thema, das man täglich benutzt bei uns. In der König-Baudouin-Stiftung gibt es keinen Bereich, der diese vier Bereiche systematisch behandelt. Einige Handlungsbereiche, wie die Sozialjustiz, die Migration und die Integration, für die ich verantwortlich bin, führen uns dazu, Projekte mit kulturellem Charakter zu unterstützen. Wir haben zudem ein weiteres Anliegen, das darauf abzielt, die Rolle Brüssels als Hauptstadt Europas hervorzuheben. Und natürlich sind wir hierbei auch dazu veranlasst, multikulturelle Projekte zu unterstützen, bei denen die Kultur der gewählte Aktionshebel ist.

Die Teilhabe am kulturellen Leben ist essentiell, sie erlaubt es, sich als Akteur in der Gesellschaft zu fühlen. Man wird, sehr viel konkreter während diesen zwei Tagen sehen, dass sie zur sozialen Emanzipation beiträgt. Sie stärkt das Vertrauen in sich selbst, aber auch das in An-

dere. Sie verstärkt soziale Bindungen. Die Kultur ist mächtiger Träger der Emanzipation und ein effektiver Träger des sozialen Zusammenhalts. Diese Teilhabe soll für alle zugänglich sein, und dies ist nicht einfach in die Wege zu leiten. Sie erfordert daher voluntaristische Politik, die sich an alle sozialen Kategorien wie auch an die verschiedenen, aus der Immigration hervorgegangenen, Gemeinschaften richtet. Sie fordert zudem Aktionen und Initiativen, die über die Kultur einer einzelnen Gemeinschaft hinausgehen. Es ist in der Tat wichtig, auf die gegenseitige Bereicherung zu setzen, statt Segregation zu fördern oder zu verstärken.

Unsere Gesellschaften entwickeln sich, unsere Städte wandeln sich in höchster Geschwindigkeit. Wir sind daher gefordert ebenso in höchster Geschwindigkeit erfinderisch zu sein. Daher besteht die Verantwortung für uns Städte und Verbände darin, neue Bedingungen zu schaffen, damit neue Praktiken sich herausbilden, akzeptiert, anerkannt und vor allem unterstützt werden.

Ich werde nun abschließen indem ich der Robert Bosch Stiftung und insbesondere meinem Kollegen Robert Hahn danke, den ich auch bei anderen Konferenzen antreffe, da wir unter Stiftungen besonders bei den Themen der Integration und der Migration zusammenarbeiten. Ebenso danke ich herzlich Frank Baasner vom Deutsch-Französischen Institut dafür, der König-Baudouin-Stiftung jedes Mal diese Partnerschaft vorzuschlagen. Ich übergebe das Wort jetzt an Olaf Hahn.

Dr. Olaf Hahn

(Leiter des Bereichs Gesellschaft und Kultur bei der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Mesdames, Messieurs,
Dames en Heren,

ich freue mich sehr, Sie heute zum 4. Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche aus Deutschland, Belgien und Frankreich hier in den Räumlichkeiten der Berliner Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung begrüßen zu dürfen. Mein Name ist Olaf Hahn, und ich bin in der Robert Bosch Stiftung für die Leitung des Programmbeereichs „Gesellschaft und Kultur“ zuständig, in dem auch Fragen von

Inklusion, Integration und des sozialen Zusammenhalts behandelt werden.

Die König-Baudoin-Stiftung, das Deutsch-Französische Institut und die Robert Bosch Stiftung bieten diese Tagung nun bereits zum 4. Mal an; wir sind der Überzeugung, dass es sich lohnt, in einem jährlichen Rhythmus Fragen von sozialem Zusammenhalt und Integration sowohl aus kommunaler wie aus internationaler Perspektive zu diskutieren. Dazu hat sich das Format einer Tagung für Kommunalverantwortliche, die ihre jeweils spezifischen Erfahrungen themenorientiert einbringen, bewährt.

Nachdem wir uns in den vergangenen Jahren mit Themen der Bildung, der Gesundheit und der Zuwanderung aus der Türkei befasst haben, schien es uns Zeit, eine Fragestellung in den Mittelpunkt dieser Tagung zu stellen, die selten in breiter Öffentlichkeit diskutiert wird, die aber, so unser Eindruck, von nicht geringer Relevanz ist für das Zusammenleben, insbesondere in der Stadt: „Die Rolle der Kultur für den sozialen Zusammenhalt in multiethnischen Stadtgesellschaften“.

Nun ist „Kultur“ ein weites Feld; unterschiedliche Verständnisse und Definitionen füllen diesen Begriff je anders aus. Dies gilt für *einen* sprachlichen Kontext und viel mehr noch für verschiedene Sprachen und Traditionen. „Kultur“ kann da, relativ eng, rein ästhetisch als Kunst und Kultur verstanden werden. „Kultur“ kann, in einem sehr breit angelegten Kulturbegriff, alles bezeichnen, was nicht Natur ist. „Kultur“ meint auch die klassischen Kultureinrichtungen, Theater, Museen, Musiktheater, Konzerthäuser. Oder ein herkunftsbedingtes oder auch sehr individuell geprägtes Verhalten, wenn gesagt wird, dies oder jenes Tun sei „kulturell bedingt“. Die Spannweite der Bedeutungen zeigen Begriffe wie „Esskultur“, „spanische Kultur“ oder auch der Hinweis auf einen Menschen, „qui n'est pas cultivé“, was anzeigt, dass jemand nicht sehr gebildet ist.

Nun wird es uns hier nicht darum gehen, Begriffe linguistisch oder philosophisch zu diskutieren. Dennoch scheint gerade in der internationalen Diskussion zwischen belgischen, französischen und deutschen Kollegen eine Chance zu liegen, die Vielfalt an Bedeutungen, des Begriffs der „Kultur“ und der darin mitschwingenden auch politischen Haltungen und Forderungen, zu unterscheiden und damit vielleicht auch dazu beizutragen, eine zur Zeit wieder sehr intensive De-

batte um Integration von Migranten in den meisten europäischen Ländern zu rationalisieren.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich der König-Baudoin-Stiftung, namentlich meiner Kollegin Françoise Pissart, und vor allem auch Frank Baasner, dem Leiter des dfi, für die ausgezeichnete Zusammenarbeit bei der Konzeption und Durchführung dieses Kolloquiums danken. Ihnen, liebe Gäste, wünsche ich einen angeregten Austausch und eine gute Zeit in Berlin.

Podiumsdiskussion: Kommunale Kulturpolitik in der Praxis

Prof. Dr. Frank Baasner

(Direktor des Deutsch-Französischen Instituts)

Ich freue mich sehr, dass wir diese vierte Konferenz gemeinsam hier in Berlin ausrichten können. Denen, die nicht zum ersten Mal dabei sind, ist sicherlich bewusst, dass es ein großer Wert ist, sich in regelmäßigen Abständen mit verwandten Themengebieten beschäftigen zu können. Warum haben wir den kommunalen Ansatz gewählt? Unsere Kolloquien sind von der Überzeugung animiert, dass die städtischen Gesellschaften oft weiter sind in der pragmatischen Lösung von Fragen oder zumindest schnell reagieren können, wenn sich etwas an eine neue gesellschaftliche Realität anpassen muss. Kommunen haben – so lautet unsere positive Arbeitshypothese – einen gewissen Vorsprung in vielen Dingen, und das muss man auch entsprechend würdigen und im Austausch auf das eine oder andere Problem oder auch auf Lösungen hinweisen. In diesem Sinne haben wir nicht den Vergleich zwischen Ländern in den Mittelpunkt gestellt, sondern ganz bewusst den Austausch zwischen urbanen, insgesamt vergleichbaren Situationen.

Diversität – unser Thema ist zurzeit wieder einmal in seinem kulturellen Aspekt von einer fast schon beunruhigenden Aktualität. Sie haben verfolgen können, dass ein mittlerweile sehr bekannter Mann, früher einer der Senatoren von Berlin, dann einer der Mitglieder des Vorstandes der Bundesbank, Herr Sarrazin, ein Buch geschrieben hat. Das Buch ist sehr komplex und hat eine Polemik ausgelöst, die nicht auf dem Niveau geführt wurde, wo sie hätte geführt werden können. Und was mich am meisten beunruhigt hat, ist, dass in vielen Fernsehsendungen gesagt wurde, Herr Sarazin habe zwar ein eigentlich nicht akzeptables Buch geschrieben, aber er habe doch immerhin eine Debatte angestoßen. Sie alle wissen, dass unsere Debatten schon recht alt sind und auch Fortschritte gemacht haben. Es entstand plötzlich der Eindruck, als sei zum ersten Mal das Bewusstsein da, dass wir lernen müssen, wie wir in einer sehr dynamischen Gesellschaft zusammenleben können und wollen. Und dieses berühmte *„bien vivre ensemble“* – wie kann man soziale Kohäsion stärken? – ist

eigentlich das Thema, das uns hier von Anfang an beschäftigt und diesmal eben unter dem Blickwinkel der Kultur.

Wir werden heute drei Fallstudien aus drei Städten präsentiert bekommen: Antwerpen, Straßburg und Mannheim. Aber vorher wollten wir Ihnen ganz gerne die Ergebnisse einer aktuellen Studie vorstellen lassen, die Susanne Keuchel mit einem Kollegen zusammen gemacht hat und die einen guten Blick auf die deutsche Situation erlaubt. Es wird eine generelle Tendenz beleuchtet und dabei der Frage nachgegangen, was eigentlich in klassischen (kommunalen) Kultureinrichtungen passiert: im Museum, im Theater usw. Das ist ein Überblick, der uns an die Thematik heranführen wird und ich freue mich, dass wir die Autorin der Studie selbst bei uns begrüßen können.

Prof. Dr. Susanne Keuchel

*(Geschäftsführende Direktorin des Zentrums für Kulturforschung,
Sankt Augustin)*

Interkulturelle Bildungsarbeit in klassischen Kultureinrichtungen – Hintergründe, Praxis und Zukunftsvisionen

Ich möchte an die Begrüßungsrede von Herrn Hahn anknüpfen, indem ich beginne mit einer Definition des Kulturbegriffs in einem weiten Sinne: Kultur ist alles, was der Mensch selbst gestaltend hervorbringt, im Unterschied zu der von ihm nicht geschaffenen und nicht veränderten Natur. Kulturleistungen sind alle formenden Umgestaltungen eines gegebenen Materials wie in der Technik, der Kunst, aber auch geistiger Gebilde wie etwa im Recht, in der Moral, der Religion, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Wenn nun ein Mensch aus einem Kulturkreis in einen anderen Kulturkreis wechselt, kann man zunächst von einem Erfahrungsgewinn sprechen. Die kulturellen Erfahrungen des Menschen, basierend auf dem Herkunftsland, werden erweitert um neue kulturelle Erfahrungen des Aufnahmelandes. Dies sieht nach einer „win-win“-Situation für das Aufnahmeland aus, das einen Menschen gewinnt, der die erlangten kulturellen Erfahrungen mit neuen kulturellen Erfahrungen bereichert. Das wiederum setzt jedoch eine kulturelle Dialogform voraus. Der Migrant ist bereit, sich mit den kulturellen Erfahrungen des Aufnahmelandes zu beschäftigen und sich diese anzueignen, und die Menschen im Aufnahmeland sind bereit,

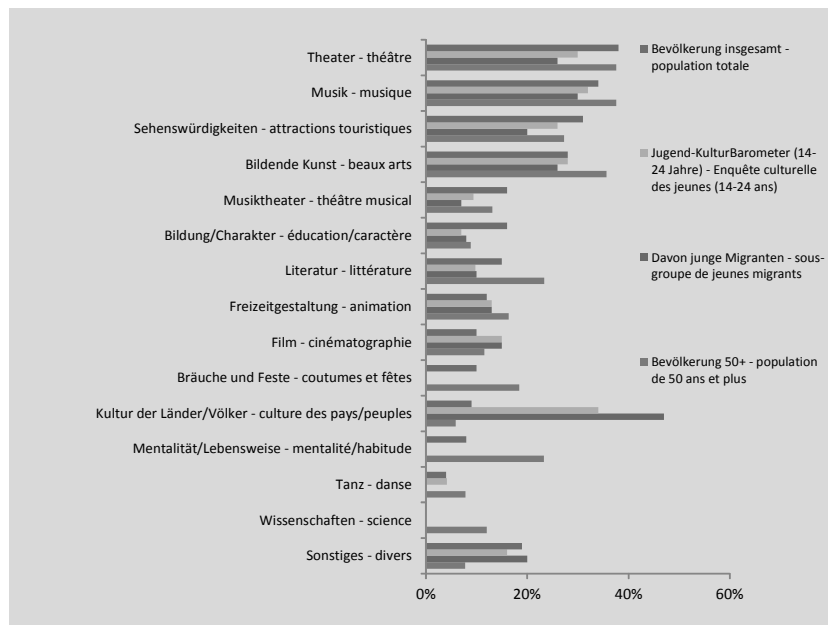
sich mit neuen kulturellen Erfahrungen der Migrantenherkunftsländer auseinandersetzen. Die Praxis zeigt jedoch, dass neben „win-win“-Situationen Konfliktpotential existiert: In den unterschiedlichen Kulturkreisen haben sich teilweise auch konträr zueinander stehende Werte und Vorstellungen, insbesondere im Bereich Religion, Recht und Moral, entwickelt, sodass sich Migranten und Aufnahmeland kritisch auseinandersetzen müssen, welche ethischen Werte Priorität haben und welche Werte man durchaus auch in unterschiedlicher Ausprägung in einem friedlichen Miteinander bewahren kann. Dieser wichtige Diskurs wird zurzeit auch empirisch untersucht, insbesondere bei Themenfeldern mit Konfliktpotential, wie der Religion und dem Recht. Themenfelder wie z.B. der Islam und das Christentum oder die Gleichberechtigung der Frau stehen im Fokus der Forschung.

Bei alledem wundert es jedoch, dass ein Themenfeld kaum berührt wird und zwar die Kunst, für die es sehr spannend wäre, Dialogformen zu analysieren, da sie zunächst im Sinne der Kunstfreiheit als funktionsfreie Form wenig Konfliktpotential beherbergen sollte, wenn uns auch die Geschichte gelehrt hat, dass Kunst immer wieder missbraucht wird, beispielsweise zur Meinungsbildung oder Machtdemonstration – ein Grund, warum in totalitären Staaten die Kunstfreiheit in der Regel rigoros eingeschränkt wird. Dennoch – prüfen wir unsere eigenen Aneignungstaktiken, wenn wir in ein fremdes Land verreisen – so sind es die Geschichte, das kulturelle Erbe, und die Kunst, die im Fokus der ersten Auseinandersetzung stehen, der Besuch von Museen, Sehenswürdigkeiten, Tanzdarbietungen oder Musikkonzerten. Es entsteht Interesse für die Kultur eines anderen Landes und oftmals auch Verständnis für eine andere, neue Perspektive. Daher ist es grundsätzlich zu bedauern, dass es letztlich so wenig Kenntnisse gibt über den Dialog der Kunst, dem Auseinandersetzen mit dem kulturellen, künstlerischen Erbe in der Migrationsforschung und letztlich auch so wenig Grundlagenforschung zur kulturellen Bildung in interkulturellen Prozessen. In jüngster Zeit entstehen zwar einige Studien, wie die Sinus-Milieu-Studie, die die Nutzung von Kultureinrichtungen des Aufnahmelandes durch Migranten, insbesondere für Kulturmarketing-Zwecke, analysieren. Spannend wären jedoch hier auch eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem kulturellen Dialogprozess und eine Analyse der konkreten Möglichkeiten, wie Kunst und kulturelle Bildung gezielt für die Verständigung auf beiden Seiten

eingesetzt werden können. Das Zentrum für Kulturforschung bereitet derzeit eine entsprechende Studie unter dem Arbeitstitel „InterKultur-Barometer“ vor und es bleibt nur zu wünschen, dass weitere Forschungsprojekte in diesem Feld folgen werden.

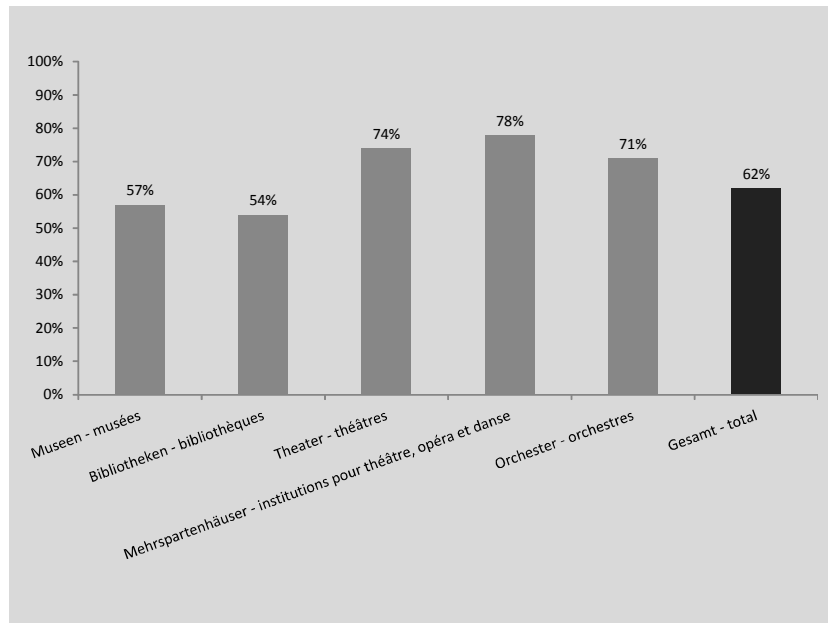
Dass wir uns als Institut für dieses Themenfeld zurzeit sehr stark einsetzen, beruht auf Beobachtungen anderer kultureller empirischer Studien. So haben wir 2004 beispielsweise im Rahmen unseres „Jugend-KulturBarometers“ die jungen Menschen bundesweit repräsentativ zu ihrem Verständnis von Kultur befragt. Und zwar haben wir in einer offenen Frage gefragt: „Was ist denn für euch persönlich Kultur?“ Ich habe diesen Impressionen auch Vergleichszahlen aus Studien der älteren Bevölkerung und der bundesweiten Erwachsenenbevölkerung insgesamt beigefügt. Für uns war zum einen spannend zu beobachten, dass die jungen Menschen im deutschsprachigen Raum Kultur sehr stark auf den klassischen Kunstbegriff beschränken, was in anderen Ländern durchaus anders gesetzt ist, nämlich auf das klassische Theater, auf die klassische Musik, Sehenswürdigkeiten, die die jungen Menschen selber gar nicht besuchen, und die eigentlich gar nicht dem Praxis-Kulturbegriff entsprechen. Wir haben aber noch eine andere Beobachtung in diesem Generationenvergleich gemacht. So haben die jungen Menschen, und ich habe in *Grafik 1* extra auch den Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund aufgezeichnet – anteilig sehr stark – einen ganz neuen Aspekt der Kulturbegriffsdefinition reingebracht, nämlich die Kultur der Länder und Völker.

Hier kann man schon sehr anschaulich sehen, wie sich unser Kulturinteresse und -verständnis durch den Faktor Migration in unserer Gesellschaft verändert. In unseren Kulturnutzungsanalysen stellen wir auch immer wieder fest, dass es ein starkes Interesse gibt für „das Andere“, für andere Kulturformen. Wie beeinflusst nun dieser Wandel des Kulturverständnisses und -interesses die Angebotsseite der öffentlichen Kultureinrichtungen? Es wurde eben schon darauf verwiesen, dass wir jüngst eine Studie in den klassischen Kultureinrichtungen in Deutschland durchgeführt haben, in den Museen, Theatern, Bibliotheken und Musiktheatern. Und wir haben ganz gezielt nachgefragt, welche Vermittlungsangebote in den klassischen Kultureinrichtungen auch insbesondere für die einzelnen Zielgruppen existieren, bezogen auf Kinder, Senioren und eben auch im Hinblick auf die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund. Dabei haben wir die



Grafik 1: Persönliche Definition von Kultur

klassischen Kultureinrichtungen auch gefragt, ob es entsprechende Programmakzente in den Häusern gibt und wie ihre Einschätzung ist, ob sie im Rahmen ihres klassischen Kulturangebots denn überhaupt die Bevölkerung mit Migrationshintergrund erreichen. Betrachtet man hier einmal die Rückmeldungen der Kultureinrichtungen, so ergibt dies ein sehr ernüchterndes Bild. Es besteht eine große Unsicherheit der klassischen Kultureinrichtungen, wie wir auch in den Gesprächen immer wieder bemerkt haben, im Hinblick auf die Möglichkeiten, Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund zu erreichen. 62 % der Kultureinrichtungen, die wir befragt haben, konnten hierzu keine Einschätzung geben. Diejenigen, die eine Einschätzung gegeben haben, schätzen ihren Anteil doch deutlich kleiner, als er tatsächlich in der Bevölkerung vorhanden ist, nämlich 12 % versus 19 %. Und hier gibt es nochmal große Unterschiede zwischen den kunstproduzierenden Kultureinrichtungen, den Theatern, Orchestern und Mehrspartenhäusern und den Museen und Bibliotheken (vgl. *Grafik 2*).



Grafik 2: Besucher mit Migrationshintergrund

Entsprechend ist es natürlich interessant zu schauen, welche Vermittlungsangebote die Kultureinrichtungen für diese spezielle Bevölkerungsgruppe definieren. Wir haben zum einen gefragt, wie viele Vermittlungsangebote die Kultureinrichtung im Jahr 2008 für die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund durchgeführt hat, wobei die Analyse gezeigt hat, dass diese Bildungsveranstaltung in der Regel nicht (oder in den allerseltensten Fällen) ausschließlich die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund als Zielgruppe hatte. Tatsächlich haben wir gerade zwei Bildungsformate in den Rückmeldungen definieren können, die sich ausschließlich an Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund richten. Zur praktischen Veranschaulichung habe ich hier mal ein Beispiel mitgebracht. Beide Formate hatten einen ähnlichen Titel: „Deutsch lernen im Museum“. Und es ging darum, dass Teilnehmer im Rahmen von Gruppenführungen ihre Deutschkenntnisse in der Begegnung mit Kunstwerken spielerisch-kreativ im Rahmen von theaterpädagogischen Spielen verbessern können. Betrachtet man dies mit dem Wissen, dass die meisten Bil-

dungs- oder Vermittlungsangebote in den klassischen Kultureinrichtungen, die die Kultureinrichtung selbst für die Zielgruppe „Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund“ konzipiert, diese im Hinblick auf ihre Schnittmengen mit anderen Bevölkerungsgruppen betrachten, zeigen sich insbesondere zwei Beobachtungen: Es sind vor allem Bildungsveranstaltungen, in denen generell Schulklassen angesprochen werden und vielfach auch Schulklassen aus sozialen Brennpunkten, denn es gibt auch eine große Schnittmenge mit der Definition „Bevölkerungsgruppen aus bildungsfernen Haushalten“, die mit den Bildungsformaten für Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund übereinstimmen.

Das ist natürlich, wenn man jetzt einmal statistische Hintergründe heranzieht, nicht deckungsgleich zu sehen mit den Bildungsmerkmalen der „Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund“, wie sie hier in Deutschland lebt. Tatsächlich ist es *de facto* so, dass man eine relativ gleiche Bildungsverteilung hat. Es gibt einzelne Untergruppen, beispielsweise mit türkischem Migrationshintergrund, in denen das Bildungsniveau nicht ganz vergleichbar ist mit der deutschstämmigen Bevölkerungsgruppe. Grundsätzlich muss man natürlich auch vorsichtig urteilen. Man sieht hier die Kategorie „Ohne Schulabschluss“. Das ist zum Teil natürlich eine Frage der Anerkennung von Schulabschlüssen. Das nochmal als Hintergrund für die Bewertung der Schnittmengen für Zielgruppen mit Migrationshintergrund im Rahmen der Vermittlungsangebote in den klassischen Kultureinrichtungen. In dieser *Grafik 3* habe ich versucht, alle Angebote für Migranten, die uns die Kultureinrichtungen genannt haben, noch einmal nach den Inhalten etwas aufzuschlüsseln. Man sieht hier den großen Anteil im Rahmen des schulischen Umfelds, der zum Teil auch deckungsgleich ist – es sind Mehrfachzuordnungen gewesen mit Angeboten zur Sprachförderung. Ein nur ganz kleiner Anteil der Angebote thematisiert im Rahmen von Vermittlungsangeboten Themen aus anderen Kulturkreisen und ebenfalls ein sehr kleiner Anteil expliziert den Austausch zwischen Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund.

Ich möchte ein Beispiel zeigen, das wir analysiert haben, in dem eine klassische Kultureinrichtung, hier die Berliner Philharmoniker im Rahmen des *Education*-Programms „Zukunft@BPhil“, im Rahmen eines Vermittlungsangebots Themen aus Herkunftsländern aufgreift, in der Konzertreihe „Alla turca“. Im Rahmen dieser Konzertreihe werden

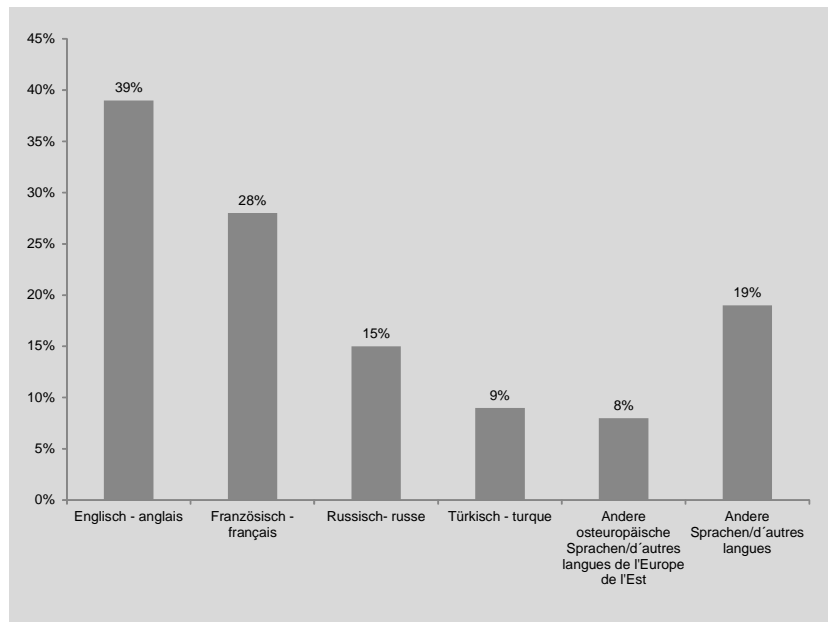
Begegnungen von Künstlern und Musik aus Orient und Okzident in einem kulturellen Dialog inszeniert, Workshops für Kinder und Familien begleitend veranstaltet und es werden auch Begegnungen geschaffen zwischen Chorformationen unterschiedlichster Couleur, türkische Volksmusikgruppen gemischt mit den professionellen Musikern des Berliner Philharmoniker Orchesters.

	Mehrfachnennungen möglich
Angebote zur Sprachförderung	15 %
Angebote mit Themen aus anderen Kulturkreisen (auch für andere Zielgruppen)	4 %
Angebote für Kinder im schulischen Umfeld	66 %
Angebote, die Austausch zwischen Migranten und Nicht-Migranten fördern	7 %
Sonstiges	20 %

Grafik 3: Typologisierung der migrantischen Bildungsangebote

Grundsätzlich haben wir auch im Rahmen unserer Infrastruktur-Erhebung nachgefragt, inwieweit es im allgemeinen Programm, nicht nur im Rahmen der Vermittlungsangebote, Bezüge gibt zu anderen Herkunftsländern. Ich habe das exemplarisch gemacht für Themen mit Bezügen zu Nicht-EU-Ländern, weil wir da eine Gruppe mit einbeziehen, die in Deutschland eine große Bedeutung hat, nämlich die Türkei. Wenn man das hier einmal vergleicht, kann man feststellen, dass es doch relativ selten in klassischen Kultureinrichtungen ist, dass eben diese Bezüge hergestellt werden. Es gibt punktuelle Ausnahmen im Bereich der Bibliotheken und Museen, wo das öfter der Fall ist. Im Bereich der Bibliotheken häufig in der Anschaffung von Medien, die dann beispielsweise auf Türkisch oder Russisch sind oder eben auch Autorenlesungen, bei denen bestimmte Herkunftsländer vertreten sind. Eine Analyse der Museen, die entsprechende Angebote machen, zeigt, dass es sich fast ausschließlich um Völkerkundemuseen oder um kulturgeschichtliche Museen handelt, die natürlich entsprechende Anknüpfungspunkte im Bereich ihrer ständigen Sammlung haben.

Wir haben ergänzend auch nachgefragt, wie es denn bei den Vermittlungsangeboten mit fremdsprachigen Angeboten aussieht. Hier kann man zum Teil sehr unterschiedlich und kontrovers diskutieren, inwieweit dies wichtig oder nicht wichtig ist. Die Analyse hat zumindest gezeigt, dass starke Akzente im kulturtouristischen Bereich gesetzt werden. Wenn es Vermittlungsangebote in fremdsprachigen Kontexten sind, dann sind das in der Regel englische und französische Sprachangebote. Es ist eher selten, dass es auch Sprachen typischer Migrantenerkunftsländer in Deutschland sind, wie beispielsweise Russisch (15 %) oder Türkisch (9 %) (vgl. Grafik 4).



Grafik 4: Einrichtungen mit fremdsprachigen Angeboten

Ich habe dazu ein Beispiel eines türkischsprachigen Vermittlungsangebots mitgebracht: Hierbei handelt es sich um eine Kooperation des Deutsch-Türkischen Freundeskreises Lemgo mit dem Weserrenaissance-Museum Schloss Brake, die das erste Mal zusammengekommen sind in einer Ausstellungskooperation „Orient und Okzident“, in der das Museum diesen Freundeskreis gebeten hat, ob er die Ausstellung nicht mit deutsch-türkischen Lesungen, Tänzen, Musik und Vor-

trägen bereichern könnte. Daraus ist eine ständige Kooperation entstanden in der Form, dass regelmäßig türkischsprachige Führungen im Weserrenaissance-Programm angeboten werden, koordiniert vom Deutsch-Türkischen Freundeskreis, was natürlich auch mit sich bringt, dass sich das Publikum im Weserrenaissance-Museum verändert hat.

Grundsätzlich war natürlich auch das Thema „Kooperation mit Migranten-Kulturvereinen“ ein spannendes Thema und das haben wir in der Infrastruktur-Erhebung entsprechend nachgefragt. Es zeigt sich, dass solche Kooperationen in den öffentlichen, klassischen Kultureinrichtungen noch relativ selten zu finden sind, am ehesten im Orchesterbereich. Und da hat die Analyse gezeigt, dass das vor allem Volksmusikgruppen oder Chöre sind, die hier mit den klassischen Orchestern kooperieren.

In anderen gesellschaftlichen Bereichen wird immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig auch das Themenfeld „Multiplikatoren“ ist. Insbesondere im Bereich der Medienforschung wird deutlich dargelegt, dass, wenn man Bevölkerungsgruppen mit ähnlicher kultureller Identität in bestimmte programmatische Bereiche setzt, dadurch auch gleichzeitig dafür gesorgt wird, dass die Interessen oder bestimmte Themenfelder anders präsent sind. Entsprechend haben wir im Rahmen unserer Infrastruktur-Erhebung die Kultureinrichtungen gefragt, inwieweit denn Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund entweder im künstlerischen Bereich präsent sind oder eben im administrativen Leitungsbereich, also in höheren, in programmgestaltenden Bereichen. Und man kann feststellen, dass auch hier der Anteil doch deutlich unter dem Bevölkerungsanteil der Bürger mit Migrationshintergrund liegt, mit einer Ausnahme, das sind die Orchester, wobei die Herkunftsländer der Orchestermitglieder nicht übereinstimmen mit den Migrantenherkunftsländern, sondern hier ein deutlicher Fokus gerade auf dem ostasiatischen Raum – Japan, Südkorea – und auch Amerika liegt. Dennoch war es für uns spannend zu schauen, wie es denn bei den Einrichtungen aussieht, wo im künstlerischen, programmgestaltenden oder im Vermittlungsbereich Mitarbeiter mit Migrationshintergrund gesetzt sind. Verändert das ein Angebot? Gibt es dann mehr Vermittlungsangebote für die Zielgruppe mit Migrationshintergrund? Wir haben dabei natürlich nur die Einrichtungen berücksichtigt, die überhaupt Vermittlungsangebote haben, und wenn man das differenziert, stellt man fest, dass bei den Museen und Bibliothe-

ken ein doch signifikanter Effekt zu messen ist. Fast die Hälfte der Einrichtungen gibt an, entsprechende Vermittlungsangebote zu haben. Bei den kunstproduzierenden Einrichtungen, die natürlich sehr stark von einer Intendanz programmatisch, also von einer Person geprägt werden, kann man entsprechende Effekte nicht beobachten.

Fasst man die Erkenntnisse, die wir in dieser Infrastruktur-Erhebung gemacht haben, zusammen, so kann man erste Empfehlungen formulieren, wie man den interkulturellen Dialog in den klassischen Kultureinrichtungen noch intensivieren kann. Da kann man zum einen ganz klar die Empfehlung aussprechen, dass es hilfreich sein könnte, noch stärker Kunst und Kultur aus typischen Herkunftsländern aufzugreifen – was zum Teil kaum passiert – oder beispielsweise auch über künstlerische Prozesse stärker das Themenfeld „Migration“ zu thematisieren. In den Beispielen, die wir gefunden haben, haben Kooperationen stattgefunden. Mit anderen Worten: Vernetzungen mit Migrantenkulturvereinen sind offensichtlich sehr hilfreich. Ebenso wie das gezielte Einbinden von Künstlern und Vermittlern mit Migrationshintergrund als Multiplikator in der kulturellen Bildung und in der Vermittlungsarbeit.

Grundsätzlich kann man nur dringend empfehlen, auch den Ausbau von wirklichen interkulturellen Angeboten in den Kunstproduktionsstätten, in den kulturellen Begegnungsstätten zu intensivieren und dies möglicherweise noch viel stärker für Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund. Es stellt sich dabei jedoch die Frage, für welche Zielgruppen man diese Vermittlungsangebote definiert. Soll man sie ausschließlich an Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund richten, wie ich eben Beispiele genannt habe, oder trägt eine solche Homogenisierung nicht noch zusätzlich zu einer Stereotypisierung und Bildung von *In-* und *Outgroup* bei? Auf der anderen Seite – und das haben die Analysen auch gezeigt – stellt gerade die Identifizierung mit Personen ähnlicher Biographie, und dazu gehört Migration ebenfalls als Faktor, einen wichtigen Beweggrund dar, sich unter Umständen auch mit neuen kulturellen Inhalten auseinanderzusetzen. Es gilt also letztlich einen schwierigen Balanceakt zu schaffen, interkulturelle Begegnungen in den Kultureinrichtungen, die als Ort hierfür prädestiniert sind, zu ermöglichen, indem man vielfältige Zielgruppen mit Migrationshintergrund, mit Themen und Angebotsformen anspricht, erreicht und diese interessiert, ebenso wie die vielfältige Bevölke-

rungsgruppe ohne Migrationshintergrund. Unsere Analyse zeigt, dass es hier noch an Konzepten fehlt und man muss meiner Meinung nach die Kultureinrichtungen wie auch andere gesellschaftliche Bereiche noch stärker unterstützen in der Entwicklung geeigneter Formate und Maßnahmen, die den interkulturellen Dialog fördern. Und es wäre sehr schön, wenn auch diese Tagung hierzu einen Beitrag leisten würde.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Vielen Dank für diese vielen Daten und Informationen, die uns sicherlich noch eine Weile beschäftigen werden. Wir haben morgen Gelegenheit in der Arbeitsgruppe 1, speziell zu diesem Punkt weiter zu diskutieren, gerade wenn es erstens um die Frage geht, wie eigentlich die klassischen Angebote, die Sie ja vor allem im Fokus hatten, mit der Situation umgehen, wobei die andere Frage folgende sein wird: Was passiert eigentlich bei den nicht-klassischen Kunstformen? Vielleicht sind diese genauso interessant, vielleicht sind sie aber auch ganz anders einzuordnen.

HAMZA FASS FIHRI, *Parlamentsabgeordneter und Beigeordneter des Bürgermeisters für Kultur, Arbeit und Bildung in Brüssel:*

Drei kurze Fragen. Zuerst bezüglich der Auswahl kultureller Einrichtungen: Meinem Verständnis nach handelt es sich hier darum, das an Einwanderungsbevölkerungen gerichtete Angebot kultureller Einrichtungen zu bewerten. Ich vermisse in diesem Zusammenhang eine Analyse zum Beitrag der Kinos, die für mich ebenfalls zu diesem institutionalisierten Angebot gehören. Meiner Meinung nach bilden sie einen kulturellen Träger, der mehr Bevölkerungsschichten erreicht, als dies bei anderen Einrichtungen der Fall ist. Meine zweite Frage ist eher methodologischer Natur und bezieht sich auf ein Thema, das in der Studie erwähnt wird nämlich auf die Frage der Auswahl der Mitarbeiter in öffentlichen Einrichtungen. In Belgien gibt es diesbezüglich regelmäßig eine Debatte darüber, ob es sinnvoll und wünschenswert wäre, den ethnischen Hintergrund der Personen, einschließlich der Mitarbeiter des Amtes, zu kennen. Daher meine Frage: Wie gehen Sie damit um und wie wird dies in Deutschland gehandhabt? Meine dritte Frage betrifft schließlich das übergeordnete Ziel Ihrer Empfehlungen: Meines Erachtens zielt Ihr Anliegen darauf ab, die Aufwertung und Anerkennung der Heimatkulturen der ansässigen Migranten zu för-

dern. Da es um die ganze derzeit hier lebende Bevölkerung geht, stellt sich die Frage, ob es nicht erstrebenswerter wäre, diese Empfehlungen statt mit der Logik der Anerkennung der Eigenkulturen, besser mit dem Ziel der Schaffung einer gemeinsamen kulturellen Basis zu verknüpfen.

Prof. Dr. SUSANNE KEUCHEL:

Zur ersten Frage, was die Auswahl der Kultureinrichtungen angeht: Das war eine Auftragsstudie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Form, dass explizit die Einrichtungen vorgegeben waren, das ist sozusagen ein erster Baustein. Hier wurde vorab schon definiert, dass nur die Museen, die klassischen Theater, die Musiktheater, Bibliotheken und Orchester befragt werden. Da fehlen einige Einrichtungen, zum Teil auch einige sehr spannende, und ich hoffe, jetzt dieses Themenfeld noch vertiefen zu können. Es fehlen die Kinos, es fehlen aber beispielsweise auch die soziokulturellen Zentren und die ganze freie Theater-, Tanz- und Kunstszene. Das war einfach eine Festlegung, um zu beginnen und ich hoffe und denke, dass man hier auch noch in weitere Bereiche geht. Es war natürlich auch eine organisatorische Frage. Wir haben mit den jeweiligen Fachverbänden zusammengearbeitet, um die Resonanz von den Kultureinrichtungen zu bekommen. Vielleicht noch etwas zur Größenordnung: Wir haben bei den kunstproduzierenden Einrichtungen eine Vollerhebung in Deutschland gemacht und bei den Museen und Bibliotheken eine Teilerhebung, wobei wir aber darauf geachtet haben, die Größe der Kommunen und bei den Museen die unterschiedlichen Arten abzubilden, was zum Teil vom Angebot her ein großes Gefälle bedingt, wenn man allein die Einwohnerzahl der jeweiligen Standorte betrachtet.

Die Frage zu der Herkunft der Mitarbeiter haben wir gezielt in diese Befragung integriert. Es gibt sonst keine Daten oder Quellen, wo man das ermitteln konnte und wir haben daher die Kultureinrichtungen selber gefragt, um uns ein Bild zu machen.

Den letzten von Ihnen genannten Punkt kann ich im Prinzip nur als wünschenswertes Ziel unterstreichen. Man kann in den klassischen Kultureinrichtungen beobachten, dass es punktuell erste Dialoge gibt, indem sowohl das Herkunftsland als auch das Aufnahmeland in irgendeiner Form thematisiert bzw. gegenübergestellt werden. Das habe ich versucht, als Schlusswort zu formulieren: Ich denke, wir ha-

ben noch einen Weg vor uns, aber grundsätzlich wäre es natürlich schön, wenn insbesondere die kunstproduzierenden Kultureinrichtungen dahin kämen, auch diese transkulturellen, neuen Formen, die zur Zeit bei uns in Deutschland in der freien Kulturszene entstehen und die noch nicht institutionalisiert ist, irgendwann auch in die großen, klassischen Kultureinrichtungen zu überführen.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Es ist klar geworden, dass wir hier nur einen Ausschnitt von dem, was man insgesamt untersuchen könnte, gesehen haben, aber immerhin einen wichtigen Ausschnitt. Meine einzige Frage wäre: Haben Sie denn das Gefühl gehabt bei dieser Erhebung, dass sich in den letzten Jahren da besonders viel getan hat, weil das Bewusstsein vielleicht doch gestiegen ist? Kann man das irgendwie, zumindest von den Gesprächen her, einschätzen? Gibt es eine Dynamik, die vor zehn Jahren noch nicht da war?

Prof. Dr. SUSANNE KEUCHEL:

Wir haben nicht nur Vermittlungsangebote für Bevölkerungsgruppen mit Migationshintergrund erfasst, sondern grundsätzlich auch Vermittlungsangebote für Kinder, Jugendliche, Senioren oder andere Zielgruppen. Und da hatten wir ein sehr zentrales, auffallendes Ergebnis: Seit 2005 haben sich die Vermittlungsangeboten generell an die Bevölkerung in Deutschland verdreifacht bzw. vervierfacht in den Institutionen von der Vielfalt her und auch dahingehend, dass man stärker nicht nur der Bevölkerung überhaupt eine Museumsführung ermöglicht, sondern dass man die Zielgruppen (u.a. Kinder, weiterführende Schulen, Senioren) stärker fokussiert. Was den interkulturellen Dialog angeht, ist das ein ganz offenes, neues Forum. Wir haben anschließend diese Ergebnisse mit den Einrichtungen und den Fachverbänden diskutiert und da hat sich in den Gesprächen doch ganz deutlich gezeigt, dass es eine große Unsicherheit gibt, was das Thema angeht, nicht ein Nicht-Wollen, sondern eben auch die Frage, wie kann man so einen interkulturellen Dialog gelungen führen und wie hält man die Balance zwischen Neuentwicklung, Bewahrung kulturellen Erbes, Vermittlung in beide Bereiche. Ich denke, da gibt es noch viel zu tun.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Dann würde ich jetzt vielleicht überleiten zur ersten unserer drei Fallstudien, die uns Antwerpen vorstellen wird. Wir haben Antwerpen schon einmal in unseren Kolloquien hier gehabt. Für diejenigen, die von Anfang an dabei sind, bietet sich nun zum zweiten Mal die Gelegenheit, in diese spannende belgische Stadt im flämischen Teil des Landes hineinzuschauen. Wir freuen uns sehr, dass Philip Heylen, einer der Bürgermeister der Stadt Antwerpen, nun hier bei uns ist und schon angekündigt hat, eine Geschichte zu erzählen.

Philip Heylen

*(Beigeordneter des Bürgermeisters für Kultur und Tourismus,
Antwerpen)*

Kultur für alle und mit allen BürgerInnen – Ein Partizipationsplan für Antwerpen

Ich freue mich, Ihnen heute die Kulturpolitik der Stadt Antwerpen und insbesondere den Aspekt der Partizipation ein wenig näherbringen zu können. Ich muss Ihnen ehrlich gestehen, dass wir, also meine Kollegin Frau Keuchel und ich, uns im Vorfeld nicht abgesprochen haben. Dennoch wurden zahlreiche der von ihr zuvor präsentierten Forschungsaspekte und Erkenntnisse auch durch uns empirisch untersucht. Ich werde demnach auf jüngste Fakten Bezug nehmen können, um auf die zahlreichen Themen zu reagieren. In der Tat wurden die Ergebnisse des Partizipationsplans vor gerade einmal zwei Monaten vorgestellt, es handelt sich also um sehr aktuelle Daten.

Antwerpen, meine Damen und Herren, ist eine Stadt, die sich rühmt, allen zu gehören: Es ist deshalb unerlässlich, dass sich auch das kulturelle Angebot an alle richtet. Was ich Ihnen sagen will, ist, dass die Kulturpolitik meines Erachtens einer Art olympischer Disziplin gleicht. Wie Sie sehen können, bin ich kein Marathonläufer, aber zurzeit beende ich einen Marathon, denn bei dem Partizipationsplan handelt es sich um eine sehr langwierige Angelegenheit. Allein die Forschung hat zwei Jahre in Anspruch genommen. Dieser Zeitraum war notwendig, um Leute zu finden, die ehrlich antworten wollen. Des Weiteren ist bei olympischen Disziplinen die Teilnahme wichtiger als der Sieg und gewissermaßen trifft das auch auf den Kulturbereich zu:

Allein die Beteiligung ist schon ein großer Erfolg. Es ist so wichtig, dass jeder an der Kultur teilnehmen kann. Was Sie hier sehen, ist ein gutes Beispiel dafür: die „Murga Parade“. Diese *Murgas* sind ein gutes Beispiel dafür, was wir in unserer Stadt in den letzten Jahren geleistet haben. Es handelt sich um interkulturelle Paraden, die in Antwerpen über tausend Menschen begeistern und die oftmals die ganze Stadt durchqueren. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Kultur kann eine universelle Sprache sein, sofern man sie als etwas sehr Breitgefächertes betrachtet und einen entsprechenden Rahmen herstellt. Was diesen Rahmen betrifft, will ich Ihnen in Bezug auf Antwerpen ein paar Zahlen nennen, damit Sie verstehen, worum es sich handelt. Antwerpen ist – zusammen mit Amsterdam – die Stadt, die auf ihrem Gebiet die meisten Nationalitäten vereint, 168 insgesamt. Die wichtigsten Gruppen sind die marokkanische Gemeinschaft, die jüdische Gemeinschaft und vor kurzem habe ich auch jemanden von den Fidschi-Inseln entdeckt. Das ergibt schon eine Menge.

Aber um was handelt es sich wirklich? Wenn man die Stadt Antwerpen betrachtet, sind das insgesamt 482.000 Einwohner. Wenn man nun die Zusammensetzung – die DNA unserer Stadt – betrachtet, wird deutlich, dass sie einer Art Forschungslabor gleicht. Diese DNA zeigt uns unter anderem, dass zahlreiche Bewohner dieser Stadt alleine leben, darunter viele junge Menschen, die der Attraktivität der Stadt folgen und denen – insbesondere außerhalb des historischen Stadtzentrums – eine immer ältere Bevölkerungsschicht gegenübersteht. Wie Sie erkennen können, gibt es auch eine Art ethnische Einfärbung. Das ist eine Tatsache, der ich – als politischer Verantwortlicher – eine große Bedeutung beimesse: Bis 2020 werden 50 % der Kinder in Antwerpen eine andere Muttersprache als Niederländisch haben. Dies wird auch die Generation sein, die sich zukünftig an der Kultur beteiligt.

Warum haben wir diese Studie durchgeführt? Ich habe die Anwesenheit meiner Kollegen aus Gent, Antwerpen, Brüssel und Limburg mitbekommen. Warum eine derart starke belgische Präsenz? Weil die Kultur in Belgien – einem Land, das, wie Sie wissen, manchmal kompliziert ist – zum Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaften, genauer genommen der flämischen und der französischen Gemeinschaften, gehört. Wir haben diese gemeinschaftliche Politik um eine antwerpische Dimension bereichert. Wenn wir uns mit dem Thema der Partizi-

pation beschäftigen, gibt es immer zwei Wege: einen globalen Ansatz und einen spezifischen Ansatz. Das heißt, dass man einerseits Kultur für die Gesamtheit anbietet, und andererseits versucht, bestimmte Zielgruppen zu erreichen. Diese Kombination wollen wir über das politische Abkommen 2007-2013 verwirklichen.

Ich möchte versuchen, Ihnen dies genauer zu erklären und ich werde mich zu diesem Zweck auf das beschränken, was ich wirklich kenne, in diesem Fall Belgien, und genauer Flandern. Wir beschäftigen uns schon seit einigen Jahren mit dem Thema der Beteiligung und die Ergebnisse sind, ehrlich gesagt, wirklich schlecht. Zweimal im Jahr auch andere Kulturen in die Programmgestaltung einzubeziehen, reicht meines Erachtens nicht aus, um mit der eigenen Arbeit zufrieden zu sein. Auch wenn diese Ereignisse eine hohe Teilnahme der Zielgruppen ermöglichen, ist das noch kein Grund zu sagen, dass das ganze Jahr in dieser Hinsicht ein Erfolg wäre. Nach mehreren Versuchen ist es also an der Zeit etwas zu ändern, bevor es zu spät ist. Ich berufe mich auf diese Fakten, um wirklich etwas zu bewegen. Man hört oft großspurige Reden und Grundsatzklärungen. Wenn ich als Beigeordneter für Kultur unseren jährlichen Haushaltsplan erstelle, fordere ich seit geraumer Zeit auch eine gewisse Beteiligung der verschiedenen Akteure. Ich bekomme daraufhin alle möglichen Pläne und Erklärungen, die den Anschein geben sollen, dass alles rechtens ist. Aber die Zahlen, über die wir mittlerweile verfügen, die Ergebnisse der kulturellen Einrichtungen und die Studien beweisen das Gegenteil. Um diese Situation zu veranschaulichen, würde ich das Bild einer Feuerwehrtruppe erwägen, die durch ein Objektiv schaut, ohne zu erkennen, dass das Haus in Flammen steht.

Tatsache ist, dass die Beteiligung und die Integration noch lange nicht verwirklicht sind und das ist in meinen Augen eine wichtige Bestandsaufnahme. Daher auch die Frage: Was ist unsere Vision? Meine Anschauung ist, dass die Kultur eine Welt der Unterschiede ist. Oder wie es der französische Philosoph Michel Foucault, den ich gerne zitiere, formuliert hat: „Es lebe die Nähe, denn sie allein ermöglicht, ein Weltbürger zu werden.“¹ Ich denke, dass es sich in der Tat genau darum handelt: Der Weg zum Weltbürger fängt im eigenen Viertel an. Das kulturelle Angebot wie auch das kulturelle Publikum sollten das

1 Im Original: « *Vive la proximité pour devenir citoyen du monde* ».

Viertel als solches widerspiegeln. Das ist das Ziel, da die Kultur meines Erachtens das Fundament und der Zement der Gesellschaft ist, als solches aber auch immer einen fortwährenden Arbeitsprozess darstellt. Wenn man noch ein Stück weitergeht, kommt man zu der Frage, ob die Partizipation wirklich ein Recht ist, was ein sehr bedeutender Ausgangspunkt wäre. Sein Werk „Julius Cesar“ beginnt Shakespeare mit den Worten: „Lend me your ears.“ Das drückt meiner Meinung nach genau das aus, was wir in Antwerpen unter Kulturpolitik verstehen: Dass Menschen, die aufgrund einer Benachteiligung in Zusammenhang mit ihrer Herkunft oder ihrem Alter ausgegrenzt werden, an kulturellen Aufführungen teilnehmen können. Ich würde sagen, dass jeder diese Zielsetzung für wünschenswert hält. Das stimmt und wir waren der Meinung, dass wir seit mehreren Jahren gute Arbeit leisten würden. Aber ich will Ihnen einige neue Vorschläge unterbreiten, die bislang noch nicht berücksichtigt wurden.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass jeder das Recht haben sollte, für sich selbst zu entscheiden, ob er an „der Kultur“ teilhaben will. Wenn man aber darauf verzichtet, jedem die Möglichkeit dieser Entscheidung zu geben, handelt es sich um Ausgrenzung. Unsere Aufgabe als politische Verantwortliche der Stadt ist es also, den Handlungsrahmen für diese erweiterte Partizipation, die sowohl die Teilnahme als auch die Möglichkeit der Teilnahme umfasst, zu schaffen. Einerseits geht es also darum, eine größtmögliche Erweiterung des kulturellen Angebots zu erreichen und andererseits ist es ebenso bedeutend, die kulturellen Kompetenzen zu vertiefen. Wir müssen die Menschen rechtzeitig unterstützen, was natürlich die Förderung der Kinder und der Jugendlichen einschließt. Es ist absolut notwendig, die gesellschaftliche Vielfalt nicht nur – wie schon erwähnt – in Bezug auf das kulturelle Angebot zu berücksichtigen, sondern diese auch in Hinsicht auf alle Mitarbeiter der Institutionen zu respektieren. Und dies nicht nur auf der Ebene der Personen, die in direktem Kontakt mit den Bürgern stehen, sondern auch im Bereich der technischen Mitarbeiter, der Programmgestalter und der Verwaltungsräte. Und zu diesem Punkt will ich mich ohne Umwege an alle Anwesenden richten: Wie sieht die Zusammensetzung der Verwaltungsräte der großen kulturellen Einrichtungen und Institutionen in Europa mehrheitlich aus? Ich will Ihnen die Antwort nicht vorenthalten: In etwa 75 % der Fälle sind die Mitglieder weiß, männlich und älter als 45 Jahre.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass dies eine gute Sache ist, werden wir so weitermachen. Wenn Sie aber gewillt sind, dies zu ändern, müssen Sie auch den Mut beweisen, es wirklich zu tun. Es ist einfacher gesagt als getan. Und zu guter Letzt ist es wichtig, den Gemeinschaftssinn und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Anders gesagt, wenn wir all das verwirklichen, wäre ich damit einverstanden, das Wort „Kultur“ als Verb zu benutzen. Ich hätte großen Gefallen daran, wenn es im Niederländischen, im Französischen, im Deutschen und in allen Sprachen etwas gäbe wie: „*Ich kulture*.“

Welche sind nun die Zielgruppen, mit denen wir uns im Rahmen der Studie befasst haben? Es sind Jugendliche, ältere Menschen, Behinderte, Benachteiligte und Personen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft. Wir haben versucht, die Akteure des Sektors dazu anzuregen, sich mit der Frage des Marketings ihres Produkts, der Kultur, auseinanderzusetzen. Ich weiß, dass es manchmal schwierig ist, diese zwei Begriffe, „Marketing“ und „Kultur“, in ein und demselben Satz zu nennen. Es geht jedoch letztendlich darum, die Segmentierung des Angebots an die Zukunft anzupassen: Wenn Sie in einem Unternehmen arbeiten, wollen Sie natürlich auch, dass Ihre Produkte von Menschen genutzt werden und berücksichtigen in dieser Hinsicht auch die zukünftigen Trends. Im Kulturbereich ist dies jedoch nicht immer der Fall. Wir versuchen deshalb, gesellschaftliche Trends wie die Bevölkerungsalterung, die ökologische Bewegung und die ethnische Vielfalt zu integrieren, da diese die Herausforderungen von Morgen darstellen. Ich will Ihnen diesbezüglich drei wichtige Fakten nennen: Die Zahl der körperlich behinderten Personen steigt ständig, aber auch ihre Mobilität erhöht sich durch neue Technologien. Die ethnische Vielfalt in der Bevölkerung nimmt zu. Und die Anzahl älterer Personen steigt ebenfalls und betrifft in naher Zukunft die Generation des Baby-Booms, eine Gruppe, die sowohl die Zeit als auch die Mittel besitzt, um an der Kultur teilzuhaben.

Wie haben wir unsere Zielpersonen befragt? Wir haben in der Umfrage die Aspekte des Angebots und der Nachfrage der Konsumenten unterschieden. Das Angebot bezieht sich auf das, was in der Praxis vorhanden ist. Auf der Seite der Nachfrage geht es darum zu ermitteln: Welche Schwellen müssen überwunden werden? Und welche Bedürfnisse gibt es? Als Grundlage der Untersuchungen dienten die „6 P“: Preis, Produkt, Platz, Promotion (Förderung), Personal und

Partner. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Maßnahmen, die sich nur auf einen dieser sechs Bereiche konzentrieren, nur selten reale Effekte erzielen. Mit anderen Worten: Wenn man sich lediglich auf ein bestimmtes Angebot, eine bestimmte Sprache, eine bestimmte Zielgruppe oder die Preisfrage fokussiert, kommt nur wenig dabei heraus. Um eine echte Wirkung zu erzielen, ist notwendig, eine ideale Mischung zu finden und die einzelnen Aspekte bewusst zu kombinieren. Im Prinzip ähnelt dies dem kommerziellen Profit-Marketing, bei dem ebenfalls mindestens vier der sechs „P“ berücksichtigt werden müssen, um ein Ergebnis zu erreichen. Demgegenüber passiert zu häufig, dass Maßnahmen nur auf der Angebotsseite eingebracht werden. Das Ergebnis sind Darbietungen in „weißen“ Sälen, mit weißen Programmgestaltern und weißen Mitarbeitern. Es reicht nicht, die Partizipation einfach herbeizuwünschen, sie muss auch verwirklicht werden.

Ich will Ihnen einige unserer Erkenntnisse näher bringen. In Antwerpen partizipieren die unterprivilegierten Schichten zweimal weniger als alle Anderen an der Kultur. Die Vorstellung, dass sich die armen Leute lediglich für anspruchslose „low-brow“-Literatur interessieren, ist jedoch ein großer Irrtum, wie die Zahlen belegen. Es wird ebenfalls ersichtlich, dass die geleisteten Anstrengungen nicht immer rentabel sind. Ein Viertel der Organisationen bemüht sich um strukturelle Anpassungen. Vier von zehn Organisationen unternehmen projektspezifische Maßnahmen für die Benachteiligten, 40 % arbeiten mit entsprechenden Partnern zusammen. Dennoch wird die Zielgruppe selbst, die Benachteiligten, nur äußerst selten erreicht. Um welche Einrichtungen handelt es sich in diesem Fall? Die Philharmonie, das Ballett, das Theater, sowie Kinotheater, Bibliotheken, Kulturzentren, die Hobbykulturszene etc., über 68 Einrichtungen insgesamt.

Ich will noch eine weitere Zielgruppe erwähnen: die Personen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft. Auch in diesem Bereich sollte mit einigen Mythen aufgeräumt werden. So sind es genau diese Bürger fremder Herkunft, die die Bibliotheken besuchen. Wie ist dies zu erklären? Wir wissen bislang nicht, ob dies von der eigenen Kultur oder den Büchern abhängt, oder ob es daran liegt, dass die Bibliothek als Treffpunkt dient und einen freien Zugang zum Internet bietet. Ein zweiter Mythos besteht darin zu glauben, dass diese Personen nicht für kommerzielle Angebote empfänglich sind,

obwohl dies der Fall ist. Oftmals wird darüber hinweggesehen und keine zielgerichtete Kommunikation unternommen. Die Personen westeuropäischer Herkunft haben beispielsweise fast die gleiche Beteiligungsquote wie der Durchschnittseinwohner Antwerpens. Auf der anderen Seite nehmen viele Einwohner mit Migrationshintergrund aus einem anderen kulturellen Kontext, die sich in den letzten 30 bis 40 Jahren angesiedelt haben oder oftmals in Antwerpen geboren wurden, das kulturelle Angebot wenig in Anspruch. Es handelt sich also um ein dauerhaftes Problem, für das die Politik in 40 Jahren keine passende Lösung gefunden hat. Ich möchte nun zehn Klischees ansprechen, die ich regelmäßig höre und die vielen von Ihnen sicherlich auch bekannt sind, um kategorisch zu beweisen, dass sie falsch sind. Ich werde mich kurzhalten, da Sie normalerweise alle über die Sitzungsunterlagen verfügen dürften.

Unsere Kultureinrichtungen, egal ob Königliche Philharmonie, Königliches Ballet Flandern, Brüsseler Oper oder Stadtmuseum, alle unsere Kultureinrichtungen sind für jeden geöffnet und jeder ist willkommen. Das stimmt, dennoch gibt es zahlreiche sichtbare und unsichtbare Hürden und Schwellen, die dazu beitragen, dass nicht jeder willkommen ist. Der Aspekt der Zugänglichkeit kann ein bedeutendes Hindernis darstellen. Uns ist oftmals nicht bewusst, welche Hürden manche Kultureinrichtungen für viele Menschen darstellen. Versuchen Sie sich zu erinnern, wie es war, als Sie zuletzt in einer Oper waren, und wie im Vergleich dazu Ihre Reaktion war, als Sie zum ersten Mal eine Opernaufführung gesehen haben. Viele Menschen wissen nicht, was sie wann tun sollen, zum Beispiel applaudieren. Die Leute haben Angst, sich bloßzustellen. Es handelt sich da um ein Hindernis, das man definitiv beseitigen sollte.

Wenn es umsonst ist, ist es gut. Wenn es umsonst ist, kann jeder kommen. Auch das ist nur bedingt richtig, wie Sie zuvor anhand des Beispiels meines Kollegen aus Brüssel vernehmen konnten. Die Kinosäle in Antwerpen sind nicht wirklich billig. Ich kenne die Situation in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland nicht, aber in Antwerpen zahlt man 9 bis 10 Euro. Das ist eine Menge Geld für jemanden, der mit einem kleinen Gehalt auskommen muss. Nichtsdestotrotz sind die Kinos in diesen Kreisen sehr populär.

Eine weitere Idee: *Wenn man über Behinderte spricht, denken wir zu 90 % an Personen in Rollstühlen, Personen, denen man ansieht, dass*

sie Probleme haben. Gleichzeitig ist uns nicht bewusst, dass ich hier sitzen und mich an Sie wenden und gleichzeitig taub sein könnte. Ich könnte nicht erfahren, was Sie mir sagen. Taube Leute gehen nicht ins Theater, weil sie nichts verstehen, sie gehen nicht auf Konzerte und auch nicht in die Oper. Und dennoch haben wir es in Antwerpen in ein wenig mehr als einem Jahr geschafft, auch taube Menschen in der Oper willkommen zu heißen, mit großem Erfolg. Es ist also durchaus möglich, auch eine gewisse Anzahl an Menschen mit vermeintlichen Behinderungen in diesen Einrichtungen zu empfangen.

Die kulturelle Landschaft Antwerpens ist wohl bekannt: Wir haben Broschüren, Webseiten und Prospektmaterial. In der Tat gibt es viele Informationen, aber die Frage ist: Wie bekannt und geläufig sind diese Informationsquellen? Es ist erstaunlich, wie oft es nur noch darum geht, mit der eigenen Kommunikation im Trend zu liegen. Je auffälliger die Farben und das Design, desto mehr werden es die Leute bemerken und sich daran erinnern. Dabei ist wichtiger, dass wir unsere Kommunikation klar und regelmäßig halten. Wenn man diese Strategie verfolgt, können deutlich mehr Leute erreicht werden, als wenn man sich lediglich darauf fokussiert, um jeden Preis im Trend zu liegen.

Die älteren Menschen haben Zeit und finanzielle Mittel, um das kulturelle Angebot wahrzunehmen, denn sie sind wohlhabend. Das ist wirklich ein Klischee.

Die Kinder und Jugendlichen partizipieren nur geringfügig. Im Gegenteil, sie partizipieren häufig. Es handelt sich um eine Zielgruppe, die durchaus bereit ist, ins Kino oder Jugendtheater zu gehen. Das Problem ist lediglich, dass die Eltern oder Großeltern, die Brüder und Schwester diese Meinung teilen müssen. Denn nur wenn sie die Kinder begleiten, werden diese auch wirklich dort hingehen.

In die Bibliothek zu gehen, ist altmodisch. Sind Bibliotheken überhaupt noch notwendig? Könnten wir nicht einfach alle auf ein Tablet-Computer übergehen und dort unsere Bücher lesen? Meine Damen und Herren, ein Tablet-Computer, wie auch die Computer und Smartphones, bleiben für die Mehrheit der Leute ein unerreichbarer Traum. Es reicht also nicht, die Kommunikation auf diese Technikspielereien umzuorientieren. In die Bibliothek zu gehen, dort zu recherchieren und sich helfen zu lassen, bleibt nach wie vor eine effiziente Lösung.

Zu guter Letzt ist die Frage der Beteiligung benachteiligter Gruppen eine Angelegenheit, die, wie ich schon erwähnte, alle betreffen sollte:

die Direktoren einer Einrichtung, die Programmgestalter, die technischen Mitarbeiter, die Verwaltung etc.

Ich möchte mit einigen Empfehlungen abschließen. Eine dieser Empfehlungen bezieht sich darauf, die Menschen mittels entsprechender Ausschilderungen – beispielsweise über Informationstafeln und -kolonnen – zur Kultur zu leiten, um die Abhängigkeit von Computern und dem Internet einzuschränken. Ein weiterer Vorschlag wäre, eine klare Tarifgestaltung zu bevorzugen. Dass etwas umsonst ist, gibt keine Garantie dafür, dass die entsprechenden Zielgruppen sich auch wirklich massiv beteiligen. Es ist vielmehr entscheidend, dass man diese Zielgruppen auf wirksame Art und Weise heranholt. Die Mehrheit der benachteiligten und armen Menschen sieht nicht gern, wenn man sie wie Mittellose behandelt. Auch sie haben ihre Rechte und ihren Stolz und möglicherweise bevorzugen sie statt eines freien Eintritts, 0,10 € zu bezahlen. Was das Produkt und das Angebot betrifft, scheint für die kommunalen Einrichtungen eine graduelle, schrittweise erfolgende Umsetzung erstrebenswert. Das bedeutet, sich nicht nur auf einzelne Ereignisse zu fokussieren, sondern auch auf die Art und Weise, wie man die Menschen heranholt und zur Teilnahme anregt, zu achten. Und schließlich ist es wichtig, für ein Ereignis mehrere Male zu werben und dieses richtig zu kommunizieren. Oft denkt man, dass es bekannt ist, obwohl das Gegenteil der Fall ist. Ich habe das Thema der Vielfalt des Personals und der Zusammenarbeit mit den Partnern kurz angesprochen. Was Frau Keuchel zu diesem Aspekt sagte, erscheint mir ebenfalls sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, diese Studie hat mir die Augen geöffnet. Bislang unterlagen wir dem Glauben, dass es reicht, dutzende Millionen zu investieren, um mehr Menschen zu erreichen. Dass diese Menschen sich selbst dafür entschieden haben, nicht an Kultur teilzuhaben, entspricht jedoch nicht der Wahrheit. Ich möchte abschließend vier Tatsachen ansprechen. Der Haushalt für kulturelle Angelegenheiten entspricht in Antwerpen 64 Millionen Euro jährlich, das sind 6 % des allgemeinen Haushalts. Ab dem nächsten Jahr werden den einzelnen Einrichtungen Subventionen erst dann zugeteilt, wenn sie in ihrem Verwaltungsplan klar vorzeigen, welche Absichten sie in Bezug auf die Partizipation verfolgen. Das erste Jahr wird ein Pilotprogramm, ein Test, sein. Aber in den darauffolgenden Jahren können wir uns nicht mehr damit begnügen, unsere Arbeit auf gleiche Weise fortzuführen

und sie gutzuheißen, solange wir nicht die gewollten Resultate erzielen. Deswegen wollen wir diese Aspekte in einem Verwaltungsvertrag festlegen. Ich bedauere, dies feststellen zu müssen, aber auch nach all diesen Jahren scheinen finanzielle Anreize das einzige Mittel zu sein, um die Akteure zu motivieren. Ich möchte dazu ein Beispiel geben, ohne in eine überzeichnete Darstellung zu verfallen. Es wird immer behauptet, dass nicht Sinn der Sache ist, dass auf einmal die gesamte türkische oder marokkanische Gemeinschaft die Oper füllt oder dass die jüdische Gemeinschaft von Antwerpen das königliche Ballett Flandern besucht. Das sind gängige Klischees. Um Ihnen ein konkretes Beispiel zu nennen: Letztes Jahr trat die nordafrikanische Künstlerin *Shiane el Kwababi*, die ein Street Dance Ensemble in eine Opernaufführung integriert hat, in der flämischen Oper auf. Das war das erste Mal und es war ein erstaunlicher Erfolg. Natürlich hat dieser Erfolg vordergründig eine symbolische Wirkung, aber wie Sie alle wissen, haben Symbole ihre Bedeutung.

Ein zweites Instrument betrifft die *Karte A*, „A“ wie Antwerpen. Es handelt sich um eine Treuekarte, ein „loyalty program“, wie Sie sie kennen. Aber wir haben ganze sechs Jahre daran gearbeitet, damit sich der Preis dieser Karte am Einkommen der Einwohner orientiert. Demzufolge bekommen benachteiligte Personen, die von der staatlichen Sozialhilfe abhängig sind, mehr Punkte auf ihrer Karte gutgeschrieben, als jene Personen, die über ausreichende Mittel verfügen. Das Bonussystem dieser Karte ist mit der tatsächlichen Partizipation verbunden: Jedes Mal, wenn Sie Ihre Karte in der Bibliothek benutzen, um ein Buch auszuleihen oder ins Kino, Theater oder Kulturzentrum gehen, bekommen sie zusätzliche Punkte. Auf diese Weise wollen wir allen die gleichen Möglichkeiten geben, um sich mit Würde am kulturellen Leben zu beteiligen: von der Oper über das Ballett bis zum Kulturzentrum, den Museen, der Chormusik und Filmkunst. Diese Karte wird ab Januar nächsten Jahres in Umlauf gebracht und in jeder Kultureinrichtung wird ein entsprechender Kontrollkasten zu finden sein, über den man seine Bonuspunkte und zielgerichtete Kommunikation erhält. Wenn Sie beispielsweise sechsmal ins Kino gegangen sind, werden Sie zu einer Premiere eingeladen, um die Beteiligung zu fördern.

Und zuletzt zwei Projekte zum Erbe der Stadt: Das neue *Museum aan de Stroom* (Museum am Fluss) wird am 17. Mai 2011 eröffnet.

Bislang hatten wir vier verschiedene Museen, diese Trennung soll jedoch aufgehoben werden. Dieses Museum der Stadt Antwerpen soll nicht mehr in einzelne Bereiche – wie Ethnographie, Folklore, Geschichte und Kulturerbe – aufgeteilt werden, sondern eine Mischung aus all diesen Elementen darstellen. Der Grund dafür ist, dass die Geschichte der Stadt Antwerpen nur dann wirklich zur Geltung gebracht werden kann, wenn die kulturelle Vielfalt und die Beiträge der jüdischen, indischen und islamischen Gemeinschaften berücksichtigt werden. Sie alle leben schon seit Jahrhunderten in dieser Stadt und das ist auch der Grund, warum wir sie vereinen wollen, anstatt jeder einen gesonderten Bereich des Museums zu widmen.

Das letzte Museum, das Sie hier sehen, ist das „Red Star Line“. Antwerpen diente als Ausgangspunkt für 3 Millionen Auswanderer, die zwischen 1874 und 1935 in die Vereinigten Staaten aufgebrochen sind. Die Mobilität und die Migration sind immerwährende Phänomene, die sich nicht einfach auf das 19., 20. oder 21. Jahrhundert einschränken lassen.

Ich bin der Meinung, dass Treffen wie dieses auch noch in 500 Jahren stattfinden werden. Auch in Zukunft wird es unerlässlich sein, den Menschen zu zeigen, dass Migration, Partizipation und Integration notwendig sind. Ich bin deshalb sehr glücklich über die Studie, die wir Ihnen zuvor präsentiert haben, da sie den breiten Handlungsrahmen unserer Bemühungen aufzeigt. Es freut mich, dass unsere Ergebnisse auch andernorts bestätigt wurden und ich hoffe, dass wir unsere Arbeit auf diese Weise in einigen Punkten noch vertiefen können. Ich danke Ihnen vielmals.

MEMET KARAMAN, *Direktor des Interkulturellen Netzwerks Gent*:

Mein Name ist Memet Karaman und ich komme aus Gent. Ich hätte eine Frage an Herrn Heylen: Warum sollen die Personen, die häufiger kulturelle Einrichtungen besuchen, mehr Bonuspunkte erhalten, um dadurch noch häufiger teilnehmen zu können?

PHILIP HEYLEN:

Es existiert in der Tat ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Aspekten. Wir verfolgen die Absicht, diese Karten an alle Interessierten zu vergeben, damit sie an sämtlichen Ereignissen teilnehmen können. Der Eintrittspreis liegt für bestimmte Personen bei 0,10 €. Mittel-

lose Bürger sollen dadurch Kultureinrichtungen, bei denen Leute wie Sie oder ich bis zu 17 oder 18 Euro bezahlen, für einen Bruchteil der Summe besuchen können. Es ist nicht gänzlich kostenfrei, aber es ermöglicht ihnen, voll und ganz teilzunehmen. Das Punktesystem ist demzufolge dem *loyalty program* einer Fluggesellschaft sehr ähnlich: Wenn man sehr viel fliegt, bekommt man die Möglichkeit, ein Mal umsonst zu fliegen. Warum sollte man den Personen, die öfters in Bibliotheken gehen, nicht auch die Gelegenheit geben, ab und zu ein Buch umsonst auszuleihen, oder etwas in dieser Richtung. Wir wollen dieses System über die Kultur hinaus auch auf weitere Bereiche, wie den Sport, Hobbies und vieles Andere anwenden. Die Kommunalverwaltung beabsichtigt, das Programm der Karte A auch auf die sozialen Einrichtungen auszuweiten. Letztlich handelt es sich um einen Anreiz, indem man Leute dafür belohnt, bestimmte Einrichtungen zu besuchen. Ich verstehe nicht, warum so etwas nur für Flüge, Benzin oder Einkäufe reserviert sein sollte, während die Kultur außen vor bleibt. Ich halte es für eine gute Idee, die von unserer Absicht zeugt, allen Menschen den Zugang zu unseren Einrichtungen zu gewähren.

GERT PHILLIPPETH, *Kulturbeauftragter der Stadt Genk*:

Ich möchte zuallererst Herrn Heylen beglückwünschen. Ich finde es fantastisch, dass ein politischer Verantwortlicher an dieser Stelle derartige Gedanken und Absichten vorbringt. Ich würde gern weitere Details zu der Studie in Antwerpen erfahren. Wurde die Teilnahme der ethnischen Minderheiten an nicht öffentlich anerkannten Kultureinrichtungen, wie beispielsweise der DJ- und Drum & Bass-Musikszene, berücksichtigt? In diesen Kreisen kann oftmals eine hohe Beteiligung beobachtet werden, die jedoch von der Verwaltung weder anerkannt, noch subventioniert und deshalb auch nicht gemessen wird. Wenn wir von Partizipation sprechen, betrachten wir meist nur das, wofür gezahlt wird, oder das, was wir als Verwaltung offiziell anerkennen. Daneben existiert jedoch eine ganz andere Welt. Haben Sie dies in Antwerpen berücksichtigt?

PHILIP HEYLEN:

Sie haben Recht, wir haben nicht alle Aspekte einbezogen. Was die subventionierten Einrichtungen angeht, gibt es in Antwerpen eine Vielzahl allgemein bekannter kultureller Einrichtungen. Daneben gibt

es jedoch auch zahlreiche andere Einrichtungen im soziokulturellen Bereich, türkische und marokkanische Vereine beispielsweise, aber auch noch viele Weitere. Ab dem Zeitpunkt, wo diese eine bestimmte Summe, zum Beispiel 1.000 Euro, von der Stadtverwaltung erhalten haben, wurden sie in dem Projekt berücksichtigt. Wir haben also eine allgemeine Idee über die Entwicklungen, können aber keine 100 % Garantie für die Ergebnisse geben. Wir haben uns darum bemüht, unsere Fühler weit auszustrecken und über die Grenzen unseres Fachbereiches hinauszugehen, wie mein Kollege zuvor bemerkte. Wir haben also die Absicht, auch die Personen aus dem soziokulturellen Bereich mit einzubeziehen, und das hat auch funktioniert.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Wir können vielleicht später in der Diskussion noch einmal auf die Tatsache zurückkommen, dass es natürlich sehr viele privatwirtschaftlich organisierte, sich selbst tragende Formen natürlich auch von Kultur gibt, zum Teil auch völlig unkommerzielle, ohne Subventionen, und die sind in der Tat noch eine interessante Ergänzung zu dem, was bisher untersucht worden ist. Ich denke, das ist eine generelle Problematik. Denn was kann die Stadt eigentlich tun? Sie kann natürlich nicht steuern, was spontan und auch privatwirtschaftlich funktioniert, aber immerhin, der Hebel über die Subventionen ist ja schon mal ganz gut.

TINA JERMAN, *Projektleiterin bei interkultur.pro, Düsseldorf:*

Wir arbeiten im Moment zum Beispiel im Rahmen der Kulturhauptstadt mit großen Kultureinrichtungen aus der Region zusammen und versuchen eben gemeinsam in einem partizipativen Verfahren mit den Entscheidern herauszuarbeiten, was eigentlich für die Kultureinrichtungen wie Theater, Museen, Konzerthäuser, richtige Schritte und Empfehlungen sein könnten. Und aus Ihrem Beitrag habe ich mitgenommen, dass Sie bei den politischen Vereinbarungen jetzt ein Monitoring-System einrichten wollen, auch aufgrund der Erfahrungen, dass die Leiter dieser Einrichtungen die Empfehlungen nicht immer freiwillig durchführen. Einmal würde ich ganz gerne wissen, ob Sie diese Erfahrung auch gemacht haben und als Zweites würde ich gerne erfahren, welche Monitoring-Systeme mit welchen Indikatoren Sie da ansetzen?

PHILIP HEYLEN:

Die Kulturhauptstadt Europas. Bitte erlauben Sie mir ein wenig darüber zu erzählen. 1993, das Jahr, in dem Antwerpen zur Kulturhauptstadt ernannt wurde, markierte auch den Anfang einer Bewusstseinsveränderung, einer neuen Sichtweise. Dass ich heute hier bin und diesen Vortrag halten kann, liegt auch daran, dass es 1993 zu einem spontanen Wandel in Bezug auf die Haltung zur Kultur und die Art und Weise, wie die Bevölkerung einbezogen wird, kam.

Die Ernennung zur Kulturhauptstadt ist ein unglaubliches Mittel, da sie hohe politische Verantwortliche unverzüglich dazu anregt, die Situation zu studieren und rasche Erfolge zu erzielen. Und es stimmt, die kulturellen Einrichtungen machen dies nicht immer spontan von selbst, was auch daran liegt, dass sie sich seit mehreren Jahren in einer Art Zwickmühle befinden. Sie glauben, dass sie gute Arbeit machen und werden darin auch bestätigt, aber letztendlich sind sie nicht wirklich effizient. Wir beabsichtigen deshalb, diese Arbeit sehr genau zu verfolgen. Es ist natürlich nicht unsere Absicht, sie unter polizeiliche Überwachung zu stellen. Aber dennoch wollen wir ihre Anstrengungen in den verschiedenen Bereichen – Preis, Personal, Förderung, Programmgestaltung etc. – genauer überprüfen. Es geht beispielsweise darum, zu erfahren: Welche Personen fühlten sich in der Vergangenheit durch eine Einrichtung angezogen? Und welche sind es aktuell? Welche kulturellen Angebote sind vorhanden? Welche Anbieter? Wie funktioniert die Kommunikation? Gibt es eine ausreichende Vielfalt innerhalb des Publikums? All das sind Aspekte, die zu bestimmten Momenten bewertet werden sollten. Wir betrachten dabei die Phase 2010-2011 als Ausgangspunkt. Ausgehend von unseren Befragungen mit mehreren hundert Personen – Direktoren, Unternehmer, Künstler – verfügen wir über eine klare Vorstellung der Zahlen.

Alle Einrichtungen, die von der Stadt Geld erhalten, müssen einen Finanzplan vorweisen. Im weiteren Verlauf geht es also darum, diese Referenzwerte mit den zukünftigen Bewertungen der Jahre 2012-2013 zu vergleichen, um Veränderungen zu erkennen. Unsere Zielsetzung soll natürlich nicht dazu führen, dass eines Tages gesagt wird, dass das Ballet in Antwerpen keine Subventionierung mehr erhält und schließen muss, weil es nicht genügend Besucher aus dieser oder jener Zielgruppe vorweisen kann. Es geht uns darum, die Leute dazu anzuregen, diese Ziele mitzutragen. Wenn dies nicht der Fall ist, was

durchaus vorkommen kann, ist es die Arbeit der Verwaltung, entsprechende Anpassungen vorzunehmen und zu sagen: „Das ist schade, aber wir werden weiterhin eure Initiativen fördern, zumindest jene, bei denen wir es für möglich halten.“ Das mag ein wenig barsch klingen, aber es ist die einzige Möglichkeit, um Fortschritte zu erzielen. All das wird über objektive Indikatoren in Rückbezug auf das Referenzjahr bewertet und wir beabsichtigen, erste Ergebnisse nach einer Phase von etwa 2 bis 3 Jahren zu erreichen.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Dann würde ich jetzt gern das Wort weitergeben nach Frankreich. Wir freuen uns, dass wir die Stadt Straßburg bei uns haben und gleichzeitig die Communauté Urbaine, d.h. das ganze Umland der Stadt. Paul Meyer wird uns vorstellen, was in Straßburg und Umgebung alles passiert.

Paul Meyer

(Stadtrat für Jugend und Universitätswesen der Stadt Straßburg und der Communauté Urbaine de Strasbourg)

Multikulturalismus und Interkulturalität

Dass wir der Rolle der Kultur in Bezug auf die Frage des sozialen Zusammenhalts der Städte aktuell so eine große Bedeutung beimessen, liegt an der besonderen Situation, in der sich Europa aktuell befindet: In zahlreichen Ländern kann in der Tat ein Anstieg extremistischer Gruppen und eine Abschottung einzelner Gemeinschaften beobachtet werden. Eigentlich sollte uns diese Situation veranlassen, den Verlust der kulturellen Werte und Bezugspunkte, der eine derart besorgniserregende Entwicklung hervorrufen kann, zu hinterfragen. Stattdessen kommt es in den Phasen des wirtschaftlichen Abschwungs parallel dazu, dass Staaten und Regierungen vermehrt ihre kulturpolitischen Aktivitäten einschränken und in der Folge die Städte diese Aufgaben übernehmen müssen, um die Kontinuität und Aufrechterhaltung dieser Thematiken zu ermöglichen.

Ich würde Ihnen gern zuallererst verdeutlichen, was Straßburg ist und was die Besonderheit dieser Stadt ausmacht, die sich seit vielen Jahren inmitten von Migrationen und Wandlungen entwickelt hat: eine

Stadt der Durchgangsstraßen und des Austausches, die vermutlich schon vorzeitig das verkörpert hat, was die französischen Republikaner um einiges später den „*creusot républicain*“ (den republikanischen Schmelztiegel) nannten. Anhand der Geschichte unserer Stadt möchte ich ebenfalls darlegen, wie unsere Vision und unsere Herangehensweise in Bezug auf die Interkulturalität und den Multikulturalismus aussehen. Straßburg ist besonders durch den rheinischen Humanismus geprägt, der vom historischen Willen der Stadt zeugt, die eigene Entwicklung nicht nur eng mit den Bewegungen und Begegnungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungen, Kulturen und Zivilisationen zu verbinden, sondern diese Entwicklung darüber hinaus auch auf die aus allen Ecken und Enden der Welt stammenden Reichtümer zu stützen. Dies war schon vor Jahrhunderten mit den Kelten, Römern, Alemannen, Germanen und Franken der Fall. In jüngerer Vergangenheit hat Straßburg in Frankreich die Geschichte einer zwischen zwei Ländern hin- und hergezogenen Stadt erlebt, die erfahren hat – und auch heute noch erfährt – was es heißt, als Spielball der Nationen zwischen beiden Seiten des Rheins hin- und hergeschoben zu werden. Diese Fähigkeit zur Zerrissenheit offenbart sich zuletzt auch darin, wieder zusammenzufinden und sich der Zukunft zuzuwenden, wie an dem Aufbau des Eurodistrikts Straßburg-Ortenau deutlich wird. Der Eurodistrikt bildet einen Kooperationsraum mit eigenem Rechtsstatus, den wir mit Frankreich und Deutschland konstruieren wollen und der diese Vision des rheinischen Humanismus über verschiedene Projekte weitertragen soll.

Auch in Straßburg gibt es zahlreiche kulturpolitische Maßnahmen, die in vielerlei Hinsicht dem ähneln, was wir hier zuvor gehört haben. Natürlich verfolgen wir eine ziemlich französische Variante: In Frankreich werden keine Statistiken zu ethnischen Merkmalen erhoben, weshalb die Herangehensweise, über die wir versuchen, die Vielfalt der Bevölkerung zu quantifizieren, uns eher eigen ist. Außerdem verfolgen wir das Ziel, die kulturelle Entwicklung einerseits an ein starkes republikanisches Modell zu knüpfen, andererseits aber auch die Werte jedes Einzelnen zu berücksichtigen. Dieses Gleichgewicht zu finden, ist nicht immer einfach und verlangt ein dauerhaftes Engagement. Es erfordert von jedem Einwohner die Bereitschaft, seine eigene Geschichte und Kultur einzubringen, gleichzeitig aber auch das zu übernehmen, was er in unserem Gebiet vorfindet. Wir müssen demzufolge

dazu in der Lage sein, die kulturellen Einrichtungen für diese Vielfalt zu öffnen. Diese Notwendigkeit der Anpassung an eine neue kulturelle Nachfrage rührt auch daher, dass wir es mit Bevölkerungsgruppen zu tun haben, die ihre eigene Kultur mitgebracht haben, sich in dieser wiederfinden und sie deshalb auch hier weiterleben und entfalten wollen. Es ist also unsere Aufgabe, einen Punkt zu finden, in dem die verschiedenen Interessen ausbalanciert sind und der sowohl der straßburgischen, als auch der französischen Kultur gerecht wird. Wir wollen jedem einen Platz in dieser Stadt geben, sind aber auch darauf bedacht, jeglichen Kommunitarismus zu verhindern und stattdessen eine echte Vielfalt an kulturellen Einrichtungen und Ereignissen anzubieten. Ich denke unter anderem an das Festival *Strasbourg Méditerranée*, das eine Verbindung zwischen verschiedenen Gemeinschaften herstellt und allen die Möglichkeit gibt, ihren Teil und ihre aktuelle Vision einzubringen und sich damit die Frage zu stellen, welche Bedeutung ihren Kulturen heute in dieser Stadt zukommt. Darüber hinaus wollen wir auch den Straßburgern die Gelegenheit geben, sich den Akteuren anderer Kulturen zu nähern und davon zu profitieren. Um diese Idee anschaulich zu machen, würde ich das Bild eines gemeinsamen großen Buchs erwägen, das uns allen gehört, unabhängig von unserer Herkunft und unserer Generation, und das wir zusammen schreiben, in dem wir uns die Feder gegenseitig weiterreichen. Wie ich schon sagte, handelt es sich dabei um ein besonders schwieriges Gleichgewicht und ich will versuchen, Ihnen die Herangehensweise näher zu bringen, über die wir seit Jahren versuchen, jedem seinen Platz zu geben.

Zuerst will ich verschiedene konkrete Projekte erwähnen. Seit Anfang der neunziger Jahre wurde deutlich, dass der Wunsch besteht, alle Bürger Straßburgs auch als solche anzuerkennen und ihnen eine Möglichkeit zu geben, sich einzubringen und sich in Bezug auf Angelegenheiten der Stadt zu äußern. Dies erschien gerade in Hinblick auf jene Einwohnergruppen erforderlich, die ihre ursprüngliche Nationalität beibehalten haben und deshalb nicht an Wahlabstimmungen teilnehmen können. Es erschien demnach notwendig, für diese Gruppen eine alternative Ausdrucksmöglichkeit zu schaffen, damit sie sich an der Entwicklung der Stadt beteiligen können. Davon ausgehend wurde der Beratungsausschuss ausländischer Einwohner (*Conseil consultatif des résidents étrangers*) ins Leben gerufen, der diesen vielfältigen

Gruppen die Gelegenheit gibt, sich zu äußern und an der Verwaltung der Stadt teilzunehmen. Dank dieser Einrichtung können sie über sämtliche Themen transversal ihre Meinung einbringen, damit das Leben und die Entwicklung der Stadt schon ab der ersten Konzeptionsphase unter der Beteiligung sämtlicher Akteure der Gemeinschaft stattfinden. In der Tat steht die Frage der Beteiligungsmöglichkeiten zweifellos am Anfang aller Bemühungen. Wie Sie zuvor erwähnt haben, besteht – insbesondere in der Verwaltung – die Notwendigkeit, die Akteure der Stadt in ihrer Vielfalt zu repräsentieren. Demzufolge ist es wichtig, schon von Anfang an strukturelle Optionen für eine thematisch umfassende Beteiligung zu berücksichtigen, da die Kultur ein sehr breites Aktionsfeld ist. Der erste Schlüssel zum Erfolg sind demzufolge die Beteiligung und die demokratische Einflussnahme. In Straßburg hat das oben genannte Gremium die Verwirklichung zahlreicher Projekte ermöglicht und die Entwicklung der Stadt enger an die aktive Beteiligung der Bürger geknüpft. 2008 wurde der Beratungsausschuss neu strukturiert und in verschiedene Kommissionen aufgliedert, darunter eine Kommission für Kulturfragen, die sämtliche Maßnahmen aufmerksam begutachtet, um sicherzustellen, dass die Vielfalt der Bevölkerung in kulturpolitischen Angelegenheiten systematisch berücksichtigt wird.

Des Weiteren bestehen Überlegungen für ein weiteres Projekt, das uns sehr am Herzen liegt: die Schaffung eines „Hauses der Kulturen und Sprachen im Elsass“ (*Maison des Cultures et des Langues en Alsace*). Dieses Projekt spiegelt gewissermaßen die Herangehensweise wider, die wir uns zu Eigen gemacht haben und die sich darauf bezieht, sämtliche Kulturen zu integrieren und sie als Bestandteile der Identität unserer Stadt zu begreifen, da sich die kulturelle Identität eines Gebiets nicht allein historisch erfassen lässt, sondern sich im Hier und Jetzt herausbildet. Auch hier verfolgen wir das Ziel, die Gesamtheit der Akteure im Rahmen eines vereinigenden Projektes zu beteiligen, um die Lehre der Sprachen zu fördern. Dabei sollen neben Deutsch und Französisch auch regionale und Minderheitensprachen, wie Elsässisch, Jiddisch und Romani, sowie Herkunftssprachen, wie Türkisch, Arabisch, Kabylich und Berberisch berücksichtigt werden. Die ursprüngliche Idee für dieses Haus der Kulturen basiert auch darauf, gemeinsam die Erinnerungsarbeit, die Geschichte und das kulturelle Erbe unserer Stadt zu gestalten. Hierfür empfiehlt es sich, sowohl

die neu dazu gekommenen als auch die schon lange ansässigen Straßburger zu vereinen, um allen Bürgern – und insbesondere den jüngsten Generationen – näherzubringen, was die Geschichte Straßburgs ist: Es geht darum, eine tiefgehende Botschaft zu vermitteln und den Bürgern das Gefühl zu geben, dass sie selbst Akteure der Entwicklung und Geschichte ihrer Stadt sind. Dieses Haus der Kulturen und Sprachen im Elsass ist auch dazu bestimmt, eine künstlerische Werkesammlung zu gründen, die mit der Sammlung und Aufbewahrung von literarischen und dramaturgischen Werken betraut wird, die sich mit den Sprachen und Kulturen im Elsass befassen. Es soll darüber hinaus ein Raum der Kreation, Produktion und Bereitstellung kultureller Ressourcen sein, um diese Sprachen und Kulturen neu zu beleben und ihnen eine neue Bedeutung zu verleihen. Schließlich soll diese Einrichtung die Entwicklung und Förderung interkultureller, interregionaler, grenzübergreifender und internationaler Netzwerke fördern, da Straßburg als eine Hauptstadt Europas dazu berufen ist, diese Offenheit gegenüber der Welt und der Gesellschaft zu verkörpern.

Zuletzt verfolgen wir das Ziel, Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen einzurichten, um unsere Ideen über die Gesamtheit dieser Projekte auch langfristig zu strukturieren. In Straßburg sind in Bezug auf diese Fragen zahlreiche Debatten aufgekommen. Hin und wieder wurden dabei auch bestimmte Ängste geäußert, insbesondere das Gefühl des Verlusts der eigenen kulturellen Werte, das in einem Europa, das sich erweitert und das sich durch eine immer höhere Mobilität auszeichnet, oftmals als Bedrohung empfunden wird. Man kann das Thema der kulturellen Öffnung nicht anschnitten, wenn man sich nicht ebenfalls mit der Frage der Zugänglichkeit zu beschäftigen. Ich finde die Herangehensweise über modulierbare Karten sehr überzeugend, um einen kostengünstigen Zugang zu kulturellen Einrichtungen zu ermöglichen. Darüber hinaus beschäftigt uns aber auch die Frage, wie bestimmte kulturelle Hindernisse überwunden werden können, die einige Bevölkerungsgruppen aus soziologischer Sicht daran hindern, das kulturelle Angebot wahrzunehmen. Innerhalb der einzelnen ausländischen Bevölkerungsgruppen kann beobachtet werden, dass diejenigen, die den wohlhabenden Schichten angehören, über einen bevorzugten Zugang zum gesamten kulturellen Angebot verfügen, während die überwältigende Mehrheit außen vor bleibt. Deshalb ist es

aktuell unser Ziel, Mittel und Wege zu finden, um ein breiteres Publikum anzusprechen, sei es über spezifische Veranstaltungen oder in dem wir die kulturellen Einrichtungen und Strukturen auf originellere Weise öffnen. Es gilt ebenso, räumlich orientierte Maßnahmen einzuführen, da über die Frage der ethnischen Herkunft hinaus oftmals die sozialen Ursprünge und die Zugehörigkeit zu bestimmten Stadtteilen den Zugang zur Kultur verhindern. Es geht darum, die Kultur in sämtliche Gebiete einzubringen, um auch jene Einwohner anzusprechen, die am weitesten entfernt sind. Auf der anderen Seite soll natürlich verhindert werden, dass sich jeder in sein Gebiet oder in seine Gemeinschaft zurückzieht. Auch hier besteht die Schwierigkeit, das richtige Gleichgewicht zu schaffen. So geht es beispielsweise bei Jugendlichen vor allem um Mittel zur Entfaltung urbaner Kulturen. Gleichzeitig haben wir aber darauf zu achten, dass diese Jugendlichen nicht ausschließlich auf diese Kulturformen beschränkt werden. Als gleichberechtigte Bürger genießen sie das Recht, von der Gemeinschaft in ihrer kulturellen Praxis unterstützt zu werden. Aber wir sollten ebenfalls gemeinsam Wege finden, damit sie sich auch schon ab dem jüngsten Alter gegenüber anderen Kulturformen öffnen. Unter diesem Gesichtspunkt versuchen wir, verschiedene Kulturformen zu verknüpfen und die kulturellen Einrichtungen auf originelle Art und Weise neu zu erfinden. Ich will kurz das Beispiel des Historischen Museums der Stadt Straßburg nennen, das die Geschichte unserer Stadt schildert. Das Museum zieht nur wenig junge Leute und noch weniger Ausländer an. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, ein Ereignis gezielt auf die Bedürfnisse der Straßburger Studenten, von denen 25 % Ausländer sind, auszurichten. Dafür haben wir zeitgenössische Kunstwerke und DJs herangeholt, die eher im Einklang mit den Ansprüchen der neueren Generationen sind. Das Ergebnis hat uns selbst wohl mehr als alle anderen überrascht, vor allem, was die Anzahl der Besucher betrifft: An einem Abend hatten wir genauso viel Publikum, wie sonst in zwei Wochen. Darüber hinaus waren mehr als die Hälfte der Studenten, die die Ausstellung besucht haben, ausländischer Herkunft. Für uns war es ein doppelter Erfolg: Einerseits, was die Besucherzahlen betrifft, und andererseits weil diese Studenten ein starkes Interesse gezeigt haben und sich lange im Museum aufgehalten haben. Ich denke, dass dieses Beispiel eindrucksvoll vermittelt, was wir unternehmen können, um bestimmte kulturelle und soziologische Schranken abzubauen. Es

verdeutlicht ebenfalls, dass fremde Kulturen unsere lokale Kultur nicht gefährden, wie es uns manche glauben machen wollen. Im Gegenteil zeigt sich, dass diese Bevölkerungsgruppen gewillt sind, das Leben der Stadt zu verstehen, sich daran zu beteiligen und es mit uns zu gestalten. Genau das ist die Art der Öffnung, die wir weiter ausbauen wollen. Auch hinsichtlich der Lehre der regionalen Sprachen und Kulturen, die teilweise zu Unrecht als eine Form der Abkapselung und des Konservatismus betrachtet werden, kann ein ähnlicher Standpunkt geltend gemacht werden. Ich teile in diesem Punkt die Meinung des Bürgermeister von Straßburg, Roland Ries: Wenn wir beginnen, unsere eigene Herkunft zu kennen und Spaß am Lernen haben, sind diese Erfahrungen ein erster Schritt, um auch den anderen entdecken zu wollen. Deswegen handelt es sich um einen Lernprozess, der schon in jüngsten Jahren gefördert werden sollte. Dort, wo wir lange Zeit geglaubt haben, dass die Schranken vor allem kultureller und finanzieller Natur sind, erkennen wir heute, wie wichtig es ist, sich der Einführung und Begleitung zuzuwenden. Aus diesem Grund halte ich es für sinnvoller, in die Bereitstellung interaktiver und auf die Begleitung der jüngsten Besucher spezialisierter Führer zu investieren, anstatt die Eintrittspreise zu reduzieren, was meist nur den Besuchern zugute kommt, die ohnehin schon regelmäßig kulturelle Einrichtungen besuchen und hierfür auch die Mittel besitzen. Auch dies sehe ich als Teil der Logik der Öffnung und Zugänglichkeit der Kultur.

Zuletzt verstehen wir uns auch als Träger bestimmter kultureller Werte. Gerade in der heutigen Gesellschaft, deren Aktienwerte immer wieder einstürzen können, kommt diesen kulturellen Werten eine große Bedeutung zu. In schwierigen Situationen, wie dem Zerfall der familiären Strukturen, dem Verlust der beruflichen Bezugspunkte und allgemeinen Integrationsschwierigkeiten bilden sie unerlässliche und sinnstiftende Anhaltspunkte. Unter diesen Bedingungen bieten die Stimulierung des kulturellen Lebens und der Wille, gemeinsam die Geschichte der Stadt zu schreiben, die Gelegenheit, eine neue Entwicklung hervorzurufen und Abschottungsphänomene, die unsere modernen Gesellschaften bedrohen, vorzubeugen. Das Phänomen der gemeinschaftlichen Abkapselung, das in Zeiten der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten immer häufiger auftritt, wird oftmals als Zeichen einer mangelnden Öffnungsbereitschaft gegenüber Anderen betrachtet. Wir sehen es hingegen eher als ein Zeichen der Angst und

der Unfähigkeit, sich als aktiver Teilnehmer der gemeinsamen Geschichte zu fühlen.

In Straßburg sind die Investitionen in kulturelle Maßnahmen beträchtlich: Mit 24 % des Stadthaushalts haben wir den höchsten Anteil unter den französischen Städten und geben insgesamt 77 Millionen Euro jährlich dafür aus. Unserer Ansicht nach muss dieses Engagement weiter entwickelt werden. Denn eine Stadt kann letztendlich nur durch Aufmerksamkeit auf das lokale Stadtleben und vorausschauendes Planen vorangebracht werden. In dieser Stadt, die sich seit langem den Werten der Demokratie und des rheinischen Humanismus verschrieben hat und die stolz darauf ist, eine Hauptstadt Europas zu sein, wollen wir diese Werte auch weiterhin aufrecht erhalten. Dies erreichen wir durch unsere Universität, durch die Bedeutung, die wir den Menschenrechten in Straßburg beimessen, und natürlich auch durch den Europarat und das Europäische Parlament. Unser Ziel ist es, uns stärker mit der Bevölkerung zu verbinden und dieser Verbindung einen neuen Sinn zu geben, damit sich ein jeder vollkommen als Bürger dieser Stadt fühlt. Ein Schlüssel des Erfolgs, um diese Werte zu entfalten, ist der Respekt aller Kulturen und die Fähigkeit, diese in das große Buch der Geschichte Straßburgs einzugliedern, die Fähigkeit, all das aufrechtzuerhalten, was unsere Geschichte bis heute gestaltet hat und hinzuzufügen, was sie in Zukunft prägen wird.

ANNIE GUILBERTEAU, *Generaldirektorin des Nationalen Informationszentrums für Frauen- und Familienrechte (CIDFF²), Paris:*

Sie haben am Anfang Ihres Vortrags zu Recht erwähnt, dass ethnische Statistiken in Frankreich verboten sind. Dahingegen werden geschlechtsorientierte Statistiken eher gefördert, und auch die Europäische Union verpflichtet uns dazu. Ich würde gern wissen, ob Sie in Ihrer Herangehensweise und in Ihren Projekten die spezifische Problematik des Verhältnisses von Frauen und Mädchen zur Kultur berücksichtigen, und wenn ja, wie. Ich würde ebenfalls gern hinzufügen, dass es auch bei den beiden vorangegangenen Studien, die ich persönlich sehr eindrucksvoll fand, sinnvoll wäre, diese Frage des Verhältnisses zwischen Frauen und Kultur mit einzubeziehen, falls diese Studien weitergeführt werden.

2 Centre national d'information sur les droits des femmes et des familles

AHMED MOUHSSIN, *Abgeordneter des Brüsseler Regionalparlaments*:
Herr Meyer, in Ihrer Rede wurden eher sozioökonomische und weniger ethnische Aspekte betont. Angesichts der Schwierigkeiten in manchen Stadtvierteln Straßburgs wollte ich deshalb gern wissen, wie Sie Ihr kulturpolitisches Engagement mit anderen Initiativen verknüpfen, beispielsweise dem Projekt von Fadela Amara, die versucht, eine Verbindung zwischen dem Stadtzentrum und den Vorstadtgebieten herzustellen.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Bevor wir uns zu sehr in eine rein französische oder französisch-belgische Debatte vertiefen, würde ich gern einige präzise Fragen hören, die unsere Referenten schnell beantworten können. Anschließend können wir wieder diese Fragen aufgreifen, die eine wichtige Verknüpfung zwischen der kulturellen Dimension und weiteren Aspekten der Stadtentwicklung, wie der Stadtplanung, herstellen.

MEMET KARAMAN:

Der Einwand meines Vorredners bezog sich darauf, dass sich Individuen und Gemeinschaften gegenüber Anderen zurückziehen und abschotten. Daher meine Frage: Was kann getan werden, um dies zu verhindern?

GILLES KUNTZ, *Stadtrat in Grenoble und Ratsmitglied der Communauté d'agglomération Grenoble Alpes Métropole*:

Ich bin Stadtrat in Grenoble und war zuvor stellvertretender Direktor eines Rats für ausländische Einwohner, der sich am Vorbild des Modells von Straßburg orientierte. Es gibt jedoch in Frankreich ein beachtliches demokratisches Defizit, da ein Teil der Politik, insbesondere des rechten Spektrums, weiterhin ablehnt, ausländischen Einwohnern das kommunale Wahlrecht zuzusprechen. Ein solches Wahlrecht für alle Bürger, sofern sie in der Gemeinde wohnen, Steuern zahlen und sich am lokalen Leben beteiligen, käme dem Abbau einer vom Staat verordneten Diskriminierung gleich. Man kann nur bedauern, dass die konservativen Abgeordneten den Rat der ausländischen Einwohner in Straßburg zwischen 2001 und 2008 eingeschläfert haben. Meine Frage stellt sich wie folgt: Straßburg befindet sich im Herzen Europas am Kreuzungspunkt mehrerer Kulturen. Es ist eine Stadt, wo auch der

Regionalismus sehr stark ausgeprägt ist. Die Tatsache, dass die ‚Ur‘-Straßburger selbst mit der französischen und der, teilweise sogar dominanten, elsässischen Kultur eine Art Doppelkultur verinnerlicht haben, scheint mir für die Entfaltung des Multikulturalismus ein großer Vorteil zu sein, da sie selbst besser verstehen, was es heißt, verschiedene Kulturen zu besitzen. Auch in Hinsicht auf die Begegnung mit anderen Kulturen können sie demnach eher den Wunsch nachvollziehen, die Eigenkultur auch in einem anderen Umfeld beibehalten zu wollen. Meines Erachtens ist das ein starker Trumpf von Straßburg, und ich würde gern erfahren, wie Sie ihn nutzen wollen, beispielsweise in Zusammenhang mit dem Haus der Kulturen und Sprachen.

MEHMET-ALI AKINCI, *Forschungsbeauftragter des „Laboratoire dynamique du langage“ in Rouen:*

Herr Meyer, Sie sind schon der dritte Politiker, der in meiner Anwesenheit wörtlich ankündigt: „Ich werde ein Haus der Sprachen und Kulturen gründen.“ In den achtziger Jahren habe ich dasselbe in Lyon und in Rouen gehört. Deshalb meine Frage: In den achtziger Jahren hat man Zentren für Jugend und Kultur (*Maison des jeunes et de la culture, MJC*) geschaffen, um die Jugend in den Vorstadtgebieten zu beschäftigen. Ist diese Gründung der Häuser der Sprachen und Kulturen eine neue politische Initiative der aktuellen Regierung, um Kultur von oben herab in den Griff zu bekommen, anstatt sie von der Basis her zu gestalten?

PAUL MEYER:

Ich werde mich zuerst der letzten Frage zuwenden. Ich bin weder Minister, noch gehöre ich der Regierung an! Das Projekt, das ich vorgestellt habe, hat nicht das Geringste mit den Zentren für Jugend und Kultur zu tun und ich bezweifle ebenfalls, dass es wirklich dem ähnelt, was in Lyon oder Rouen gemacht wurde. Wir besitzen sehr bedeutende regionale Sprachen und Kulturen, unsere Situation ist also allenfalls mit der der Bretagne oder Korsikas vergleichbar. Straßburg stellt eine elsässische, aber auch europäische Besonderheit dar, und das ist auch der Grund, warum ich den speziellen Wert und Sinn des Austausches und des Dialogs für unsere Stadt betont habe.

Wenn es Ihnen Recht ist, werde ich die Fragen nicht in der gestellten Reihenfolge beantworten. Was die Stellung der Frauen betrifft,

wäre es empfehlenswert, diesen Aspekt schon vorweg innerhalb der Frage der Zugänglichkeit zu berücksichtigen. In wohlhabenden Milieus kann in Bezug auf den Zugang zu kulturellen Einrichtungen kein geschlechtsspezifischer Unterschied beobachtet werden. Aber wie kann man diese Gleichstellung in allen Bevölkerungsschichten erreichen? Ich will versuchen, Ihnen zwei konkrete Beispiele zu nennen: Erstens haben wir in Straßburg eine gewählte Volksvertreterin, die für die Frage der Frauenrechte zuständig ist. Es war eine Entscheidung des Bürgermeisters, sicherzustellen, dass eine Volksvertreterin in Bezug auf sämtliche Themen darauf achtet, dass die Frauen besonders berücksichtigt werden. Zweitens gibt es konkrete Initiativen: Einige Vereine, wie beispielsweise „*Femmes de parole*“ (Frauen des Worts), bringen ausländischen Frauen die französische Sprache bei, damit sie sich besser in die Gesellschaft integrieren können. Eine weitere Organisation bringt Frauen – insbesondere jenen, die abgeschieden leben und keinen Führerschein besitzen – das Fahrradfahren bei, damit sie sich selbstständig in der Stadt fortbewegen können. In beiden Fällen handelt es sich um Initiativen, die auch den Zugang zu kulturellen Einrichtungen erleichtern.

Ich habe mich bislang darum bemüht, meinen Vortrag nicht zu sehr zu polemisieren. Was jedoch die Arbeit von Frau Amara betrifft, hat sie meines Erachtens bislang nichts erreicht. Wie viele andere europäische Länder auch, sind wir gerade in Gegenden, die jahrelang einem Prozess der Ghattobildung ausgesetzt waren und die heute verstärkt kulturelle Zuwendungen brauchen, mit Schwierigkeiten konfrontiert. Wie ich zuvor erwähnt habe, versucht der Staat aus finanziellen Gründen, sich aktuell seiner Verantwortung im kulturellen Bereich zu entziehen. Diese Tendenz, wie auch die Rechtfertigung anhand der Wirtschaftskrise, stellen eine Haltung dar, die in den meisten europäischen Ländern gleichermaßen auftritt. Einerseits zieht der Staat seine Unterstützung für lokale Initiativen, Kulturfonds und ähnliche Angelegenheiten zurück, wenngleich die Bedürfnisse immer deutlicher werden. Andererseits hat er große Mühe, den Prozess der Stadterneuerung voranzutreiben, damit die Ghettos aufgelöst und die Städte offener gestaltet werden. Nichtsdestotrotz sind beide Aspekte notwendig, da sich die Kultur auch immer auf den Lebensraum stützt und bekanntermaßen unterschiedliche Wohnverhältnisse auch unterschiedliche Kulturen hervorrufen.

Die gemeinschaftliche Abkapselung stellt in der Tat ein beobachtbares Phänomen dar, betrifft jedoch die Urfranzosen genauso wie Personen ausländischer Herkunft, sobald sich ihre Lebensumstände verschlechtern, ihre Kultur unterdrückt oder nicht ausreichend anerkannt wird, oder sie das Gefühl haben, diese nicht mehr selbst bestimmen zu können. Aber oft sind es dann genau diese Personen, die ihrer Unzufriedenheit – an der Wahlurne oder in ihrem Verhalten – in Form von gewalttätigen oder extremistischen Handlungen Ausdruck geben. Man spricht mitunter von den „Neu Bekehrten“: Es sind genau diejenigen, die am wenigsten mit Geschichte und Kultur vertraut sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir alle Kulturen integrieren, anstatt sie zu leugnen, immer darauf bedacht, dass sie sich gemeinsam in ein umfassenderes Modell eingliedern. Dies ist ein äußerst empfindliches Gleichgewicht, welches tatsächlich extrem schwierig zu verwirklichen ist.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Ich möchte jetzt das Wort weitergeben an Sabine Schirra, die Leiterin des Kulturamtes der Stadt Mannheim. Mannheim ist ebenfalls eine Stadt, die vielleicht nicht jedem unserer Gäste gut bekannt ist. Auch hier haben wir es mit einer dynamischen Stadt zu tun, die mit allen Formen von Migration seit Jahrhunderten vertraut ist.

Sabine Schirra

(Leiterin des Kulturamts der Stadt Mannheim)

Von Graswurzelprojekten und strategischen Zielen – die Entwicklung Interkultureller Kulturarbeit in Mannheim

Im Folgenden werde ich die Entwicklung und den aktuellen Stand der Interkulturellen Kulturarbeit in Mannheim aus Sicht des Kulturamtes schildern. Ich werde auf folgende Bereiche eingehen:

- einige Zahlen zu Mannheim
- von Graswurzelprojekten zu strategischen Konzepten des Kulturamtes
- von begrenzten Kulturkonzepten hin zu strategischen Zielen der Kommune
- Resümee

Einige Zahlen zu Mannheim

Angesichts der Zusammensetzung der Stadtgesellschaft ist Interkulturelle Kulturarbeit in Mannheim aus heutiger Sicht ein Muss. Mannheim hat (Stand 2009) 322.878 Einwohner, 37,5 % der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund, in Mannheim leben 163 Nationalitäten.

Wie in vergleichbaren Städten ist bezüglich des Themas Migration die Zusammensetzung der Stadtgesellschaft in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedlich.

Innenstadt/Jungbusch	55,4 % mit Migrationshintergrund
Neckarstadt-West	59,1 % mit Migrationshintergrund
Schwetzingenstadt	33,4 % mit Migrationshintergrund
Lindenhof	27,6 % mit Migrationshintergrund

Betrachtet man die Kinder bis 18 Jahren, so erhöht sich der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich von 37,5 % auf durchschnittlich 54,8 %.

Innenstadt/Jungbusch	83,5 % mit Migrationshintergrund
Neckarstadt-West	78,9 % mit Migrationshintergrund
Schwetzingenstadt	66,8 % mit Migrationshintergrund
Lindenhof	45,3 % mit Migrationshintergrund

Von Graswurzelprojekten zu strategischen Konzepten des Kulturamtes

Die Wurzeln liegen ganz unspektakulär bei der „Kultur im Keller“, einer Plattform für Künstler mit Stadtteilbezug, die seit dem Jahr 1992 regelmäßig im Jungbusch angeboten wurde. Aus dieser Veranstaltungsreihe in Kooperation mit Stadtteilakteuren entwickelten sich die jährlichen Kulturtage „Der Jungbusch hat viele Gesichter“, die auf gute und positive Resonanz im Stadtteil stießen. Mittlerweile zieht der „Nachtwandel“, der im vergangenen Jahr zum siebten Mal am letzten Oktoberwochenende stattfand, mehr als 8.000 Besucher weit über den Stadtteil hinaus an.

Zeitlich parallel begann das Kulturamt neben der operativen Ebene damit, zu Stadtteilkonferenzen einzuladen und verschiedene Fachtagungen in Kooperation mit dem Ausländerbeauftragten und

dem Jugendamt durchzuführen. Sie dienten der Standortbestimmung und der Selbstvergewisserung.

Aufgrund des stetig steigenden personellen Ressourceneinsatzes stellte sich Mitte der 90-er Jahre die Grundsatzfrage: Soll es mit Interkultureller Arbeit und Stadtteilkulturarbeit weitergehen? Und wenn ja, wie soll sie gestaltet werden? Was ist zukunftsweisend? Und wo gibt es gute Beispiele und Vorbilder? Aus diesen Fragestellungen wurde dem Kulturamt ein gewollter politischer Auftrag erteilt. Mit dem Modellprojekt Neckarstadt-West, in einem Stadtteil mit hohem Migrationsanteil, wurden Chancen und Potentiale Interkultureller Kulturarbeit ausgelotet, neue Beteiligungsformate gesucht und neue Kooperationsformen erprobt. Dafür gab es Sondermittel vom Kulturausschuss.

Die Ergebnisse des Modellprojektes Neckarstadt-West führten 2005 zum Fachtag „Visavis: Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft“. Das Interesse am Thema war groß. Seitens der Teilnehmer wurde ein überwältigendes Votum für eine qualifizierte Weiterarbeit artikuliert.

Interkulturelle Kulturarbeit konnte nicht mehr nur Aufgabe des Kulturamtes sein, zumal es in der Stadt bereits weitere, erfolgreiche Beispiele gab, wie die interkulturell angelegte Arbeit des Kinder- und Jugendtheaters schnawwl. Es galt, den gesamten Kulturbereich einzubeziehen. Die Entwicklung des Handlungskonzeptes Interkulturelle Kulturarbeit war ein weiterer gewollter politischer Auftrag, einen Beteiligungsprozess über die Vision der Interkulturellen Kulturarbeit in Mannheim zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie den Kulturinstitutionen und der freien Szene in Gang zu setzen. Die Vorstellung dabei war, die vorhandenen Erfahrungen zu bündeln und für alle verfügbar zu machen. Selbstverständlich sollte mit einem solchen Papier auch das Themenfeld positioniert werden.

Von lokal begrenzten Kulturkonzepten hin zu strategischen Zielen

Leitlinien für die Förderung kommunaler Kulturarbeit

Ein verwaltungsinterner, extern moderierter Prozess der kommunalen Kultureinrichtungen und bedeutenden Förderempfänger führte zu den Leitlinien für die Förderung kommunaler Kulturarbeit, einem Papier, in dem das Selbstverständnis Mannheims als Kulturstadt beschrieben

sowie Ziele und Handlungsfelder kulturpolitischer und praktischer Aktivitäten aufgezeigt wurden. Der Gemeinderatsbeschluss vom 27. Februar 2007 machte dieses Papier zur verbindlichen Grundlage der weiteren Kulturarbeit. Eine der 13 Leitlinien befasst sich explizit mit der Bedeutung und Wertschätzung interkultureller Projekte.

Handlungskonzept Interkulturelle Kulturarbeit

Das Handlungskonzept Interkulturelle Arbeit entstand zeitlich fast parallel zu den Leitlinien, benötigte von der Idee zum abgestimmten Papier aufgrund des Beteiligungsprozesses jedoch mehr Zeit. Adressaten waren die Leitungen der Kultureinrichtungen (Nationaltheater, Reiss-Engelhorn Museen, Technoseum, Kulturamt u. a. m.) sowie die Entscheidungsträger aus der Politik.

In einem 1 ½ jährigen partizipativen, moderierten Prozess haben 24 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Netzwerk Interkultur motiviert und aktiv mitgearbeitet. Künstlerinnen und Künstler, Vertreter der kommunalen Einrichtungen und der Freien Szene waren an diesem Prozess beteiligt, der mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 02.10.2007 als verbindliche Grundlage in Kraft trat.

Die Zielstellungen sind klar formuliert. Das Handlungskonzept leistet einen konkreten Beitrag zur kulturellen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Mannheim. Das bedeutet insbesondere

- Interkulturelle Kulturarbeit in den Kultureinrichtungen verankern
- Die Vielfalt der in Mannheim lebenden Kulturen, Künstler/Künstlerinnen anerkennen und fördern
- Interkulturelle Kompetenz der Veranstalter und Besucher/Besucherinnen stärken
- Inhaltliche Auseinandersetzungen mit Einwanderungsprozessen fördern
- MigrantInnen bei der Personalpolitik stärker berücksichtigen

Diesen Zielen wurden folgende Handlungsfelder zugeordnet

- Öffnung und Sensibilisierung der Kultureinrichtungen
- Verbesserung des Zugangs von Migranten/Migrantinnen
- Förderung der Künstler mit Migrationshintergrund
- Vernetzung der Akteure und Szenen
- Öffentlichkeitsarbeit neu und zielgruppenorientiert gestalten

- Migration Mainstreaming als Forderung an die Stadtspitze artikulieren

Eine kontinuierliche Berichterstattung im regelmäßig erscheinenden Kulturbericht sollte sicherstellen, dass der Auftraggeber, die Politik, über den aktuellen Sachstand und die Weiterentwicklung dieses Handlungsfeldes zeitnah informiert wird.

Zwischenresümee

Das Zwischenresümee angesichts der beiden o.g. Konzepte fällt für die Jahre 2008 und 2009 gemischt aus. Zusammengefasst könnte man formulieren: Der Anfang ist gemacht, es bleibt noch viel zu tun! Im Einzelnen heißt dies

- Interkulturelle Kulturarbeit ist nicht mehr nur Thema des Kulturamtes, sondern aller kommunal geförderten Kultureinrichtungen.
- Die Leitlinien zur Kulturarbeit sind ziemlich wirkungslos geblieben, ein weiteres Papier, das in der Schublade ruht.
- Interkulturelle Kulturarbeit wurde als wichtiges Handlungsfeld für das Kulturamt definiert und verstatigt und seine Ziele wurden beschrieben.
- Leitlinien und Handlungskonzept fanden keinen Eingang in strategische Papiere oder sonstige Berichte der übrigen Kultureinrichtungen.
- Die Erkenntnis, dass die Bedeutung des Themenfeldes und die damit formulierten Ziele letztlich nur im „eigenen Haus“ durchsetzbar sind, dort, wo Weisungskompetenz und der klare Wille der Leitung zur Interkulturellen Arbeit vorhanden sind.
- Es gab keinen „Treiber“ auf oberster Hierarchieebene.
- Das Bewusstsein für die Bedeutung des Themas Interkultur konnte in einigen Einrichtungen geweckt werden. Es war nicht flächendeckend. Die kritische Masse konnte nicht erreicht werden.
- Interkulturelle Kulturarbeit oder, um den präziseren Begriff „cultural mainstreaming“ zu benutzen, war nicht Teil einer Gesamtstrategie und wurde nicht verbindliches Querschnittsthema der Stadtverwaltung.
- Der Bericht der Kultureinrichtungen im Kulturbericht zum Thema Interkultur ließen deutliche Unterschiede seiner Relevanz und praktischen Ausgestaltung erkennen.

- Das Handlungskonzept stieß hingegen überregional und national auf großes Interesse, wurde bundesweit kommuniziert und diente als Vorbild in anderen Städten.

Change²-Prozess der Stadtverwaltung Mannheim

Mannheim hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis 2013 will die Stadtverwaltung eine der modernsten in Deutschland sein. Der Fokus des Reformansatzes von „Change² – Wandel im Quadrat“ war von Anfang an klar. Weg vom Denken in Organisationsstrukturen hin zu einem Verwaltungshandeln, das auf Ergebnisse achtet. Basis dafür sind Ziele, die für die gesamte Stadtverwaltung gelten. Die Stadt Mannheim hat sich 7 strategische Ziele gegeben:

1. Mannheim bietet mit einer ökologisch und sozial ausgewogenen *Urbanität* die Vorzüge einer Metropole auf engem Raum ohne die damit sonst verbundenen negativen Eigenschaften von Megacities.
2. Mannheim etabliert sich als *Stadt der Talente und der Bildung* und gewinnt mehr Menschen für sich.
3. Mannheim gewinnt überdurchschnittlich *Unternehmen* und *Gründer/-innen*.
4. Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen.
5. Mannheim ist Vorbild für *Bildungsgerechtigkeit* in Deutschland.
6. Mannheim ist in der Spitzengruppe der besonders *stadtkulturell* und *kreativwirtschaftlich geprägten* und wahrgenommenen *Städte*.
7. Mannheims Einwohner/-innen sind *überdurchschnittlich bürgerschaftlich engagiert* und werden von der Stadt in besonderem Maße unterstützt.

Der Change²-Prozess wird u. a. von rund 40 Masterplan-Projekten getrieben, zu dem auch die Projekte Diversity Management und Integrationskonzept zählen. Diversity Management bezieht sich vor allem auf die Personalgewinnung und Personalentwicklung und wird zeitlich gesehen eines der letzten Masterplan-Projekte sein. Das Integrationskonzept ist bereits vom Gemeinderat verabschiedet worden und verfolgt im Wesentlichen die folgenden Ziele:

- Erreichbarkeit und Information sicherstellen
- gleichberechtigte Zugangs- und Teilhabechancen ermöglichen
- gemeinschaftliches Zusammenleben befördern
- Potentiale identifizieren und Identifikationskraft stärken

Einige Grundsätze des Integrationskonzeptes seien an dieser Stelle genannt:

- Mannheim bekennt sich zum Grundsatz der *Chancengleichheit aller* – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Religion, Behinderung und sexueller Identität.
- Mannheim ist *eine weltoffene, internationale Stadt*, die die Chancen der Zuwanderung für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung betont und die Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund fördert.
- Das Erlernen der *deutschen Sprache* ist unverzichtbare Voraussetzung für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine selbstbestimmte Zukunft in der Gesellschaft.
- Alle in Mannheim lebenden Menschen setzen sich ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten gemäß für ihre *gesellschaftliche Teilhabe* ein. Entsprechend müssen die Kenntnissgabe über die bestehenden Möglichkeiten und der Zugang hierzu gewährleistet sein.
- (Die Stadt) Mannheim fördert *interkulturelle Begegnungen* und den interreligiösen Dialog aktiv und unterstützt entsprechende Initiativen.
- In Mannheim werden *Migrantenorganisationen* als wichtige Integrationspartner anerkannt und in dieser Rolle unterstützt und gefördert.
- In Mannheim entstehen *keine sozial deprivierten und segregierten Stadtbezirke*.

Die Ausführungen machen deutlich, dass das Thema Integration in Mannheim als Verantwortung und Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft gesehen wird. Mit dem Integrationskonzept werden Chancen und Potentiale einer internationalen Einwanderungsstadt aufgezeigt. Das Integrationskonzept zielt auf Selbstbestimmung und ein gemeinschaftliches Zusammenleben und ist gespeist aus der Erfahrung und aus dem Erleben der Zugehörigkeit zu dieser Stadt.

Durch den Change²-Prozess und insbesondere durch das Integrationskonzept ist die notwendige Verbindung zwischen dem begrenztem Bereich der Interkulturellen Kulturarbeit im Kulturredaktion und in den übrigen Kultureinrichtungen und dem strategischen Ziel 4 „Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen“ hergestellt. Damit

wurde ein verbindlicher Rahmen geschaffen und alle Dienststellen sind verpflichtet ihre Aktivitäten auch auf dieses Ziel zu hinterfragen.

2009 und 2010 haben alle Dienststellen der Stadt Mannheim im Rahmen des Reformprozesses ihr Managementsystem mit Zielen, Maßnahmen und Indikatoren entwickelt. Auch wenn das Handlungsfeld Interkulturelle Kulturarbeit noch nicht überall auftaucht und nicht jede Dienststelle ihren spezifischen Beitrag zu diesem Strategieziel definiert hat, ist es jetzt bei einigen Einrichtungen verschriftlicht und damit verbindlich geworden.

Bei den Managementzielen des Kulturamtes heißt es dazu: die Vielfalt der Kulturen und der Stadtgesellschaft werden durch interkulturelle Kulturarbeit sichtbar und erlebbar gemacht. Folgende Maßnahmen seien beispielhaft dafür genannt:

- Creole Wettbewerb für Weltmusik durchführen und Konzertreihe mit creole Bands anbieten
- Europa | Morgen | Land: Reihe mit zeitgenössischen Literaten, die auf Deutsch schreiben und einen Migrationshintergrund haben
- Fachvorträge zur Qualifizierung der Akteure, beispielsweise die Präsentation der Milieus der Sinusstudie
- Aufnahme in Förderanträge und besondere Berücksichtigung der Projekte, die migrationsspezifische Themen ansprechen
- Ausbau des Multiplikatorennetzes

Die Reiss-Engelhorn-Museen formulieren: BürgerInnen mit Migrationshintergrund besuchen die Museen

- Migrantenvereine und relevante Gruppen als Multiplikatoren nutzen
- Abstimmung der Aktivitäten mit dem Beauftragten für Integration und Migration
- „Kulturferne“ BürgerInnen sollen die Museen besuchen
- Nutzung lokaler politischer Gremien
- Direkte Beteiligung von „Kulturfernen“ an der Vorbereitung von Veranstaltungen als Interessensbekundung

Resümee

Interkulturelle Kulturarbeit ist der wesentliche Beitrag der Kultureinrichtungen, das Ziel 4 „Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen“ mit Leben zu füllen. Damit ist Interkulturelle Kulturar-

beit aus der Beliebigkeit ins Pflichtprogramm gewandert. Die dahinterliegenden Begriffe wie Toleranz, Integration, Chancen und Teilhabe gehören zu den handlungsleitenden strategischen Zielen und haben somit eine hohes Maß an Verbindlichkeit. Interkulturelle Kulturarbeit ist Aufgabe aller Kultureinrichtungen und aller Kunstförderprogramme, sie führt kein Nischendasein mehr. Die Verbindung von lokal begrenzten Handlungsfeldern – vielen Graswurzelprojekten an möglichst vielen Stellen – und kommunalpolitischer Gesamtstrategie ist die *conditio sine qua non* für den Erfolg. Kultur- und Kunstprojekte eignen sich in besonderer Weise, um die Diversität in der Stadtgesellschaft zu reflektieren und positiv erfahrbar zu machen. Welche Wirkung damit erzielt wird, bleibt freilich noch unpräzise. Geeignete Kennzahlen und Methoden zu finden, um Erfolge nachweislich zu belegen, ist die nächste schwierige Etappe, die angegangen werden muss. Überzeugende Modelle und Vorbilder sind mir zumindest nicht bekannt.

Auf den Punkt gebracht, lassen sich folgende Erfolgsfaktoren formulieren:

- Die Projekte müssen inhaltlich künstlerisch überzeugen, die Menschen interessieren und sich langfristig entwickeln dürfen – „Eintagsfliegen“ verbrauchen nur Ressourcen und verursachen häufig Frustrationen.
- Die Basis erfolgreicher interkultureller Kulturarbeit sind kontinuierliche und verstetigte Projekte vieler, der einzelnen Einrichtungen und Akteure, die kontinuierlich evaluiert und systematisch weiterentwickelt werden.
- Neben der Praxis in den Kultureinrichtungen sind gesamtstädtische verbindliche Konzepte und Strategien notwendig, die das Thema Diversität aufgreifen.
- Menschen aus den Communities müssen gewonnen werden: Es braucht sorgsam betreute Netzwerke, in denen sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund einbringen und artikulieren können.
- Migrationserfahrung ist eine Chance, andere Erfahrungen und Sichtweisen einzubringen und eine Stadtgesellschaft zu bereichern.

Interkulturelle Kulturarbeit bedeutet, dass von der Planung bis zur Durchführung von Veranstaltungen und Aktivitäten Menschen mit Migrationshintergrund eingebunden sind und diese mitgestalten kön-

nen. Funktionierende Netzwerke mit den Multiplikatoren der verschiedenen Communities sind nicht nur hilfreich, sondern eine schlichte Notwendigkeit, diese Gruppen überhaupt zu erreichen. Interkulturelle Kulturarbeit betont die Chancen und Potentiale, lädt zur Teilhabe ein und ist damit ein unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Bevor wir in die Diskussion einsteigen, möchte ich Ihnen gerne ein Kapitel der europäischen Kulturgeschichte in Erinnerung rufen. Die Debatte, die wir eben hier angefangen haben und die wir jedes Mal führen, wenn wir in einem deutsch-französischen Kolloquium sind, nämlich die Debatte über *citoyenneté*, über *communautarisme*, über Gemeinschaften, über tribale Strukturen. Diese Debatte gibt es in Europa seit dem späten 18. Jahrhundert. Wir stehen also in einer langen Tradition. Ich meine das sehr ernst, und zwar deshalb, weil in der europäischen Denktradition zwei Denksysteme bestehen. Da gibt es das eine, das heute immer noch sehr lebendig ist in der französischen Vorstellung vom Staat, auch vom *citoyen*, das auf Rousseau zurückgeht. Rousseau hat sich durchgesetzt mit seiner Vorstellung von der Republik, der andere große Demokratietheoretiker Montesquieu nicht. Es sähe anders aus, wenn sich Montesquieu durchgesetzt hätte. Und zu dieser Idee von Rousseau und seiner Republik gehört, dass im Mittelpunkt der Einzelne steht und das ist der *citoyen*, alles andere ist zunächst einmal sekundär. Deswegen gibt es auch die Vorstellung, dass es unerheblich sei, wo jemand aufgewachsen ist oder wer seine Eltern waren, denn es ist der *citoyen*, der Bürger, der im Mittelpunkt steht und als solcher ist er zunächst ein Individuum, das nicht als Teil einer Gruppe gesehen wird. Diejenigen, die die französische Geschichte kennen, wissen auch, dass daraus sehr praktische Folgen abgeleitet wurden. Danton hat angefangen, alle Zwischenebenen der französischen Organisationen zu eliminieren, d.h. alle Zwischenebenen zwischen dem Einzelnen und dem Staat. Napoleon wiederum hat z.B. die Universitäten offiziell geschlossen und Grandes Écoles gegründet. Das muss man in diesem Zusammenhang sehen. Ich möchte damit nur sagen, dass es sich hierbei um eine lange Tradition handelt, die in Frankreich sehr stark ist und bis heute besteht.

Dann gab es das Gegenmodell, das aus deutschen Landen kam, mit Herder, der sich gegen den Universalismus-Anspruch der französischen Republik ausgesprochen hat und ein Gegenmodell ins Leben gerufen hat, das eher ein ethnisches Modell mit den „Stimmen der Völker“ war. Bestimmt kennen Sie die Idee der Nationen, die aus der Sprache entstehen, noch aus Ihrer Schulzeit, eine Idee die davon ausgeht, dass die Sprache am Ursprung einer kollektiven Identität steht. Das ist ein ganz anderes Denkmodell. Beide Denkansätze bestehen bis heute bzw. bestanden bis vor kurzem in den Integrationsdebatten in Europa. Und was ich mir wünsche ist, dass wir uns bei unseren Gesprächen hier eines vor Augen führen: Keines der europäischen Länder hat es geschafft – egal, in welcher Denktradition es steht –, die Herausforderung, die mit der sehr schnellen Transformation unserer Gesellschaften zusammenhängt, richtig zufriedenstellend zu lösen: Die Engländer sind letzten Endes mit ihrem Konzept des *laisser-faire* nicht sehr weit gekommen. Auch die Niederlande mit ihrem Multi-Kulti-Ansatz haben ihre Probleme, die Deutschen haben sich von ihrem genealogischen Gedanken verabschiedet und sind auch noch nicht am Ende der Bemühungen. Und ich denke, dass man doch sagen darf, ohne Franzosen übermäßig kritisieren zu wollen, dass in Frankreich nicht alles zum Besten bestellt ist, obwohl natürlich die Idee des *citoyen* ganz wunderbar ist. Von daher wäre meine Bitte: Seien wir etwas bescheiden in dem, was wir sagen und vielleicht versuchen wir auch, das zu tun, was in vielen Ländern mittlerweile in Europa eigentlich weitgehend gelungen ist, dass nämlich die ganze Integrationsdebatte nicht mehr einfach nach einem Rechts-Links-Schema verläuft, so einfach ist das nicht mehr. Es gibt viele Länder, in denen doch relativ starker Konsens unter allen Parteien besteht, die irgendwie relevant und demokratisch sind, und die sagen: „Das ist eine Aufgabe, die wir als Gesellschaft haben und da müssen wir etwas tun.“ Soweit meine kulturhistorisch angereicherte Bitte, dass wir versuchen, im Geiste des gegenseitigen Respekts, aber eben auch der Bescheidenheit zu diskutieren.

MARC HAUG, *Forschungsdirektor am Nationalen Zentrum für Wissenschaftliche Forschung (Centre National de Recherche Scientifique) und Präsident des Instituts zur Förderung sozialer Bindungen (Institut pour la Promotion du Lien Social) in Straßburg:*

Meine Frage ist politisch weder rechts noch links einzuordnen und richtet sich an alle Anwesenden. Aktuell kommen wir in Straßburg – und auch anderswo – zu der Erkenntnis, dass immer mehr Personen, Jugendliche wie Erwachsene, Schwierigkeiten damit haben, die Sprache zu beherrschen. Die Beherrschung der Sprache stellt für mich jedoch einen grundlegenden Faktor des sozialen Zusammenhalts dar, da wir uns ohne sie nur schwer mitteilen, verständigen und austauschen können. In einer Konfliktsituation entsteht dadurch das Risiko, dass anstatt Worten schnell Faustschläge gewechselt werden. Dieses immer wiederkehrende Problem mangelnder Sprachkenntnisse bedeutet ebenfalls, dass man nicht voll und ganz von der Vielfalt des kulturellen Angebots profitieren kann. Meine Frage ist deshalb: Was können wir tun, um dieses häufig auftretende Problem zu lösen? Beschäftigt sich beispielsweise Straßburg besonders mit dieser Frage, und versucht, seinen Einwohnern über ein besseres Sprachverständnis den Zugang zu dem vielfältigen kulturellen Angebot zu erleichtern?

JEAN-PIERRE SCHLAGDENHAUFFEN, *technischer Berater für Kultur im Kabinett des Bürgermeisters und Präsidenten der Communauté Urbaine de Strasbourg:*

Darf ich Sie bitten, Ihre Frage zu präzisieren? Um welche Sprache geht es Ihnen, die französische Sprache oder die Herkunftssprache der ausländischen Einwohner?

MARC HAUG:

Da es sich um Personen handelt, die in Frankreich leben, entweder weil sie dort geboren sind oder weil sie in das Gastland Frankreich gekommen sind, ist es meines Erachtens sehr wichtig, dass sie die französische Sprache so gut wie möglich beherrschen, um gemeinsam kommunizieren und handeln zu können. Andernfalls wird die Zusammenarbeit oder die Verwirklichung eines Projekts sehr schwierig.

CLAIRE BAZIN, *Projektleiterin der „Politik für Leseförderung“
(Politique de lecture) in der Pays de Montbéliard Agglomération:*

Ich möchte an die vorherige Bemerkung anknüpfen: Da ich mich während knapp zwanzig Jahren mit den Themen der Herkunftssprachen und -kulturen beschäftigt habe, stellt sich für mich die Frage, ob man über das Thema Sprache reden kann, ohne dabei die Herkunfts- oder Muttersprache einzubeziehen. Ich denke, dass die Aneignung einer weiteren Sprache erst dann möglich ist, wenn man seine eigene Sprache beherrscht. Diese Aneignung der Herkunftssprache ist nur dann möglich, wenn das Gastland – das im Übrigen nicht immer so gastfreundlich ist – diese Sprache auch anerkennt. Und diese Beobachtung leitet meine zweite Frage ein: Wie können die generationsübergreifenden Beziehungen – zwischen Eltern und Kindern, aber auch zwischen Großeltern und Enkeln – verbessert werden? Manchmal ist die kulturelle Kluft zwischen verschiedenen Generationen ähnlich stark oder sogar stärker ausgeprägt, als zwischen zwei Personen unterschiedlicher Herkunft.

MEHMET-ALI AKINCI:

Gestatten Sie mir eine kleine Anmerkung hinsichtlich der Personen, die die französische Sprache nicht korrekt beherrschen. Ich habe das Sprachverhalten von Kindern in Bezug auf ihre Herkunftssprache und die französische Sprache untersucht. Dabei bin ich zu der Erkenntnis gekommen, dass Kinder, die in Frankreich zur Welt gekommen, aufgewachsen und zur Schule gegangen sind, ab einem bestimmten Niveau keine besonderen Schwierigkeiten mit der französischen Sprache mehr haben, sondern vielmehr mit denselben Problemen konfrontiert sind, die auch alle anderen Kinder dieser sozialen Schicht – unabhängig ihrer geografischen Herkunft – haben. Deshalb würde ich gern wissen, ob es um Personen der ersten Generation oder vielmehr Kinder der zweiten oder sogar der dritten Generation geht, wie dies in Deutschland und Belgien der Fall ist, da es sich absolut nicht um dieselbe Problematik handelt.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Soweit also zur Sprache. Zu Ihrer Information will ich hinzufügen, dass wir die Fragen der Sprache, des Erlernens der Sprachen und der Integration der Familien in diesem Aneignungsprozess auch innerhalb

eines unserer vorhergegangenen Kolloquien diskutiert haben. In den Tagungsberichten dürften Sie also einige Antworten zu diesen Fragen finden. Dennoch werden wir die Fragen natürlich auch an unsere Referenten weitergeben. Bevor wir uns wieder dem Podium zuwenden, werden wir zunächst noch eine Frage zum Thema Kohäsion hören.

MURAT ERPUYAN, *Präsident des Vereins A Ta Turquie, Nancy:*

Zuallererst möchte ich den Organisatoren meinen Dank aussprechen, da es sich aufgrund der Vielfalt der Teilnehmer um eine höchst bereichernde Veranstaltung handelt. Unser Verein beschäftigt sich seit zwanzig Jahren mit der Frage der Kultur als Instrument des Zusammenhalts, wir arbeiten also im Kern dieses Themas. Während die Bemerkungen der Teilnehmer meine Meinung teilweise bestätigen, provozieren sie auch viele neue Fragen. Der soziale Zusammenhalt wird in dieser Zeit der Krise, in der stets versucht wird, die Schuldigen auszumachen, immer stärker bedroht. Der Schuldige ist dabei immer der Andere, und meistens der Fremde. In diesem Zusammenhang hat Frankreich dieses Jahr keinen besonders glücklichen Sommer erlebt, da bestimmte Gruppen als Sündenböcke für all unsere Probleme hingestellt wurden. In unseren nunmehr zweifellos multikulturellen Gesellschaften ist der soziale Zusammenhalt unentbehrlich. Für uns bedeutet Zusammenhalt die Beteiligung am Leben der Stadt, die jedem das Gefühl geben sollte, Teil eines Ganzen zu sein. Ausgrenzung wird dabei immer als Ungerechtigkeit empfunden. Innerhalb unseres Vereins versuchen wir beispielsweise, Ausgrenzung zu verhindern: Wir weisen die Bezeichnung als türkischer Verein zurück. Wir sind eine französische Organisation, eine Organisation der Stadt Nancy. Wir sehen uns als Begegnungsraum all jener, die sich für die Türkei und die Probleme der türkischen Einwanderer interessieren. Für die Einwohner türkischer Herkunft hat die europäische Debatte einige Nachteile gebracht. Die Tatsache, zwei verschiedenen Kulturen anzugehören – ein Aspekt, dessen Bedeutung wir seit langem betonen – wurde durch diese Debatte einfach vom Tisch gefegt, was einigen Jugendlichen das Gefühl gegeben hat, ausgegrenzt zu sein. Durch den sozialen Zusammenhalt versuchen wir, der Gesellschaft Ansatzpunkte für das Kennenlernen des Anderen – der letztlich gar nicht so anders ist – zu vermitteln. Es gibt zwei Möglichkeiten, sich für den Anderen zu interessieren. Die eine besteht darin, gegebene Klischees weiterzutragen

(die Marokkaner und ihr Pfefferminztee, die Türken und ihr Kaffee); die andere besteht in dem Versuch, ihre Kultur wirklich kennenzulernen. Es sind jedoch nicht nur die Menschen des Gastlandes, die diese anderen Kulturen kennenlernen sollten, sondern auch die Jugendlichen selbst, die sich Teile dieser Kultur aneignen müssen, um ihre eigene Identität zu finden. Es gibt in der Tat ein Problem der kulturellen Weitergabe und Vermittlung, das sich oft auch auf einzelne Riten bezieht. Vereine wie unserer versuchen, dieses Problem zu lösen. Unser Verein gehört mittlerweile fest zum Stadtbild Nancys, dennoch bleiben teilweise große Hindernisse bestehen, wenn es darum geht, mit den kulturellen Institutionen der Stadt zusammenzuarbeiten. Auf der anderen Seite würden die meisten türkischstämmigen Einwohner vermutlich ausbleiben, wenn eine dieser kulturellen Einrichtungen ein Konzert mit dem berühmten türkischen Pianisten Fazil Say veranstalten würde. Auch letztes Jahr, als in Frankreich das „Jahr der Türkei“ begangen wurde, wurde keiner meiner Vorschläge von den kulturellen Einrichtungen berücksichtigt. Die Statistiken von Frau Keuchel deuten aber schließlich darauf hin, dass die Probleme der Ghattobildung und des Kommunitarismus nur in Zusammenarbeit mit den Organisationen und Vereinen gelöst werden können.

SABINE SCHIRRA:

Ich möchte zu zwei Punkten etwas sagen. Auch wir in Mannheim haben die Erfahrung gemacht, dass man Kenntnisse vermittelt über die Hochkultur des Anderen, über die kulturellen Traditionen und Werte. Wir haben das sowohl im Nationaltheater als auch bei dem Festival „Enjoy Jazz“ erfahren, wo wir hochkulturelle Produkte (beispielsweise aus der Türkei) im Theater, in den Konzerten aufgeführt haben, und damit ein ganz anderes Publikum angesprochen wurde. Wir hatten im Nationaltheater einen Teil der türkischen *community*, den Sie vorher so überhaupt nie gesehen haben in dieser Dichte und Anhäufung. Und das war toll! Zudem gab es noch einen Empfang vom türkischen Generalkonsulat, das heißt, es war auch ein Rahmen der Anerkennung und der Wertschätzung. Durch solche Aktionen bringen die Institutionen ihre Wertschätzung zum Ausdruck und zeigen, dass ihnen das Andere wertvoll ist. Das ist ein absolut notwendiger Zugang und bei den Festivals werden gerade diese Zugänge mehr und mehr gesucht.

Die andere Bemerkung, die ich machen möchte, ist folgende zur Sprache: Ich benutze abends häufiger mal die Straßenbahn, mit der sehr viele junge Leute fahren, und dann höre ich, sowohl auf Türkisch als auch auf Deutsch und auch in anderen Sprachen, Aussagen wie: „Ej, Alter, voll geil, wa?“ Das ist genau das: eine Verengung der Sprache. Das ist eine Frage der Bildung und das betrifft nicht nur die Menschen mit Migrationshintergrund, das betrifft genauso gut die Deutschen. Von daher ist die Frage der Sprache eine absolut wichtige und wir in Mannheim versuchen, durch frühkindliche Förderprogramme und Zusammenarbeit mit Stiftungen da anzusetzen, weil hier das elementare Eingangstor zu Kultur und überhaupt zur Stadtgesellschaft liegt. Aber ich möchte nochmal sagen: Das betrifft eben nicht nur Menschen, die anders aussehen oder deren Eltern woanders herkommen, das betrifft die Deutschen auch und das hängt davon ab, was sie zu Hause vorfinden und wodurch sie angeregt werden. Und ich habe mir sagen lassen, dass viele der jungen Migranten eben auch ihre eigene Sprache nicht gut sprechen. Das ist die Ebene, die ich gerade genannt habe – eine Ebene, auf der man sich überhaupt nicht differenziert ausdrücken kann. Dass man dann zu bestimmten Dingen keinen Zugang findet, ist eigentlich ganz klar.

PAUL MEYER:

Herr Schlagdenhauffen, Ihre Frage, um welche Sprache es sich handelt, ist sicherlich berechtigt und ich stimme ebenfalls mit dem überein, was Herr Haug zuvor erwähnte: Die erste Voraussetzung, um sich Wissen und Kultur anzueignen, ist die Fähigkeit, mit anderen zu kommunizieren. Ungeachtet ihrer Herkunft gibt es in Frankreich, wie in Europa insgesamt, zu viele Jugendliche, die das Bildungssystem verlassen, ohne die jeweilige Sprache ausreichend zu beherrschen. Es handelt sich dabei um ein Phänomen, das sowohl junge Leute mit als auch ohne Migrationshintergrund betrifft. Ich will zugleich daran erinnern, dass dieser Unterricht ab dem jüngsten Alter im Kompetenzbereich des Staats und nicht etwa der Gemeinden liegt. Nichtsdestotrotz spielen auch die Gemeinden eine wichtige Rolle: In Straßburg versuchen wir deshalb, Initiativen zu entwickeln, die sich an bestimmte Bevölkerungsgruppen richten. Ich habe beispielsweise vorhin die Organisation *Femmes de parole* erwähnt, die sich spezifisch an jene Frauen wendet, die vor kurzem eingewandert sind und die Landes-

sprache bisher nur unzureichend beherrschen. Die jüngeren Generationen werden im Rahmen der sozio-kulturellen Zentren betreut. Bei uns in Straßburg findet dies auf besondere Weise über das Programm ELCO (*Enseignement des Langues et des Cultures d'Origine*) statt. Es ermöglicht uns, neben der offiziellen Sprache auch den Unterricht der Herkunftssprachen und -kulturen zu fördern. Dieser Unterricht findet in Form außerschulischer Aktivitäten statt und hat viele Vorteile: Einerseits werden damit die Kenntnisse der Herkunftssprache verbessert. Andererseits öffnet sich dadurch eine neue Entdeckungsmöglichkeit für die regionalen Sprachen und schließlich ergibt sich für manche Jugendliche auch die Gelegenheit, eine neue Beziehung zu ihrer Herkunftssprache aufzubauen, indem sie sich diese wieder aneignen bzw. vertiefen. Diese Herangehensweise knüpft an das an, was ich zuvor beschrieben habe, da diese grundlegende Arbeit an den Schreib- und Ausdrucksfähigkeiten dann auch das Erlernen weiterer Sprachen erleichtert. Deshalb signalisiert das Erlernen der Muttersprache, der offiziellen Landessprache oder auch der regionalen Sprachen auch immer die Bereitschaft und das Interesse einer Person, sich für Austausch und Dialog zu öffnen.

PHILIP HEYLEN:

Ich denke, dass man in einem bestimmten Augenblick eine Entscheidung treffen muss. Es sind sich alle einig: Wenn man die Sprache der Stadt, der Region oder des Landes, in dem man lebt, arbeitet oder verweilt weder kennt noch spricht, läuft etwas grundsätzlich schief. Ich denke, dass wir uns in diesem Punkt einig sind. Demzufolge stellt sich die Frage: Wie weit wollen wir gehen, um das zu ändern? Ich will Ihnen erzählen, was wir in Antwerpen unternommen haben. Wir haben über viele Jahre gedacht, dass es ausreicht, neue Stadtviertel zu schaffen, diese mit der nötigen Infrastruktur auszustatten, die Leute dort zu versammeln und schließlich ein ganzes Bataillon an Sozialhelfern dort hinschicken, damit sie die Angelegenheit in zehn Jahren arrangieren. Diese Strategie verfolgten all unsere Vorgänger, die linken wie die rechten Parteien, und sie sind alle dafür verantwortlich. Letzten Endes sehen wir, dass es nicht funktioniert hat. Und deshalb haben wir mittlerweile unsere Methode geändert: Jeder der in Antwerpen ankommt und dort wohnen oder arbeiten will, ist dazu verpflichtet

- ja, das ist ein schwieriges Wort - die niederländische Sprache zu erlernen.

Die Einwohner können die Sprache sprechen, die ihnen lieb ist. Wir bemühen uns, alle Kulturen zu respektieren und wir bieten unsere Dienste in 16 verschiedenen Sprachen an. Das ist schon erstaunlich in einem Land, in dem es einen Konflikt zwischen nur 2 Sprachen gibt. Gleichzeitig verlangen wir, dass jeder, der eine Sozialwohnung oder ähnliches beantragt, auch Niederländisch lernt. Und wir erzielen nur deshalb Erfolge, weil wir seit fünf Jahren an diesen Vorgaben festhalten. Wir erreichen Fortschritte, da wir jedes Jahr tausenden Menschen die Möglichkeit geben, Kurse in einer angenehmen Atmosphäre zu besuchen. Über Jahre hinweg haben wir solche Maßnahmen gefordert und gehofft - und ich denke dabei besonders an meinen Kollegen aus Straßburg - dass die flämische Verwaltung sich der Sache annimmt. Da dies nicht der Fall war, haben wir uns selbst darum gekümmert. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass dies eigentlich eine Aufgabe der zentralen Verwaltung ist. Aber wenn sich diese nicht verantwortlich fühlt und die Stadt trotzdem Probleme hat, gibt es letztlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder man beklagt sich weiter, dass es eigentlich die Verwaltung machen müsste, oder man sagt sich ab einem gewissen Punkt, dass man es selbst in Angriff nehmen muss. Mittlerweile arbeiten wir mit der Gemeinschaftsverwaltung zusammen und es funktioniert. Ich bin, wie Sie sehen, der festen Überzeugung, dass die Sprachkenntnisse entscheidend sind. Man kann nur wenig ohne Sprachkenntnisse, ohne die Fähigkeit, miteinander zu kommunizieren, erreichen.

Zum Thema des sozialen Zusammenhalts will ich hinzufügen, dass wir als positive Folgeerscheinung der Sprachkurse auch Sommerschulen organisieren. Das bedeutet, dass Kinder mit einer anderen Herkunftskultur, die oft auch Kinder von Asylbewerbern sind, Sommerkurse in einer aufgeschlossenen und spielerischen Atmosphäre besuchen können. Jeder kann seine eigene Sprache sprechen, aber es wird auch Niederländisch gesprochen. Und sie lernen die Sprache in drei bis vier Monaten. Es ist erstaunlich zu beobachten, welche Sprachkenntnisse diese Kinder in nur wenigen Monaten erwerben und wie sich ihr Sprachinteresse, trotz der Schwierigkeiten des Niederländischen steigert. Aber der soziale Zusammenhalt bezieht sich natürlich auf mehr als nur auf Kultur oder Sprache. Er ist auch mit der Instand-

haltung der öffentlichen Einrichtungen, der Sauberkeit, der Stadtplanung und -entwicklung, der Infrastruktur und den zur Verfügung stehenden öffentlichen Räumen verbunden. Menschen, die in erbärmlichen Wohnverhältnissen leben müssen, werden auch automatisch als erbärmliche Leute betrachtet und erhalten weder Stolz noch Respekt. Es reicht nicht einfach, dass sich einzelne politische Verantwortliche für den sozialen Zusammenhalt zuständig fühlen. Jeder in der lokalen Verwaltung von Antwerpen ist für einen Teil des sozialen Zusammenhalts verantwortlich. Allen Beigeordneten, unabhängig davon, ob es sich um den Zuständigkeitsbereich des Personals, des öffentlichen Bauwesens, der Grünflächen, des Zivilstands, der Kultur oder der Wirtschaft handelt, kommt in diesem Zusammenhang eine bestimmte Rolle zu. Die Kultur ist nicht einfach eine Insel, fernab vom Rest. Kultur ist etwas Schönes und sie hat ihre Wichtigkeit, aber für viele Menschen kommt sie erst an letzter Stelle. Jene Menschen, die Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen, einen Job zu finden und eine Wohnung zu bekommen, werden der Kultur nur wenig Bedeutung beimessen. Dennoch ist es wichtig, auch sie daran teilhaben zu lassen, deshalb meine Antwort auf die Frage zur Rolle der Kultur innerhalb des sozialen Zusammenhalts:

1. Die Sprache, die Sprache und wieder die Sprache. Die Beherrschung der Sprache ist keine Selbstverständlichkeit, aber nur über die Sprache ist es möglich, eine Gemeinschaft ohne Ausgrenzungen zu schaffen. Deshalb bin ich der Meinung, dass es sich um einen ganz wesentlichen Aspekt handelt.
2. Der zweite Aspekt betrifft die übergreifende Verantwortung in allen Verwaltungsbereichen. Gremien oder Regierungen, in denen niemand für die sozialen Angelegenheiten und den sozialen Zusammenhalt zuständig ist, sind notwendigerweise zum Scheitern verurteilt. Es käme deshalb einem großen Fortschritt gleich, wenn wir es im Gegenteil schaffen würden, dass sich alle Verwaltungsbereiche – Stadtentwicklung, Wirtschaft, soziale Angelegenheiten, Wohnungswesen, Bildung etc. – diese soziale Dimension zu Eigen machen und sich dafür verantwortlich fühlen. Dieses übergreifende Verantwortungsbewusstsein ist meines Erachtens ein Schlüssel zum Erfolg.

Prof. Dr. SUSANNE KEUCHEL:

Ich würde gerne auf die Frage zum Generationenkonflikt eingehen. Wir hatten 2004 das Glück, über das Bundesministerium eine große Studie durchzuführen in Form einer Jugendbefragung, wo wir 2.625 junge Leute zu ihrer kulturellen Biographie befragt haben. Wir haben sie nicht nur nach ihrem Kulturinteresse befragt, sondern auch, wie sich ihr Kulturinteresse generiert hat, das heißt wann sie zum ersten Mal künstlerisch bzw. kulturell tätig gewesen sind, wer ihre Multiplikatoren waren – hat man das mit den Eltern oder dem Freundeskreis etc. gemacht? Und da haben wir etwas ganz Spannendes (für Deutschland) herausarbeiten können, wobei ich nicht weiß, inwieweit das übertragbar ist auf andere Länder. Man konnte erkennen, dass die jungen Leute zum Teil natürlich ihre eigenen Kunstformen entwickeln und präferieren, aber es durchaus auch in speziellen Kunstformen, beispielsweise beim modernen Theater oder der Bildenden Kunst, insbesondere der zeitgenössischen Kunst, genauso hohe Anteile bei den jungen Leuten im Interessensbereich gegeben hat wie bei der älteren Bevölkerung. Zudem haben wir festgestellt, dass einer der Hauptfaktoren das Elternhaus ist, dass also offensichtlich das, was man von früher kennt, wo eine ältere Generation ihre eigene Kultur hatte und die jungen Leute eine ganz andere, sich im soziodemographischen Wandel langsam verändert hat. Wir haben im folgenden Jahr eine Elternbefragung durchgeführt und haben hier einmal die Interessen verglichen und festgestellt, dass es in der Tat wirklich Schnittmengen gibt und das, was wir als „klassische Kultur“ sehen, auch von der Elterngeneration gar nicht mehr so frequentiert wird. Daraus kann man zum einen schließen – und das kann man jetzt natürlich auch auf den interkulturellen Dialog übertragen – dass offensichtlich gerade im Kunstbereich die Familie ein ganz, ganz wichtiger Faktor ist, will man im Bereich der Kultur etwas bewegen. Das ging übrigens so weit, dass junge Leute, die in der Freizeit nicht künstlerisch aktiv waren, als Hauptgrund dafür nannten, nicht dass kein Geld da ist, sondern dass ihre Familie keine künstlerische Begabung hätte. Und das unabhängig vom Bildungsfaktor, wo man sieht, wie stark die Familie mittlerweile an Einfluss gewinnt. Insofern wäre da nochmal eine Brücke. Wenn man generell davon ausgeht, dass das Alter im Hinblick auf Segmentierung von Kulturinteressen immer weniger Bedeutung hat, dann kann man das natürlich auch auf andere soziodemographische Fakto-

ren, eben auch den Migrationshintergrund, übertragen. Es gibt in immer stärkerem Maße Lebensräume bzw. ein soziales Umfeld, das kulturelle Interessen prägt, und das man dann letztlich aufbrechen muss.

PAUL MEYER:

Ich erlaube mir noch eine kleine Wortmeldung um anzumerken, dass in Straßburg die Anzahl derjenigen Jugendlichen oder auch älteren Personen, die so starke Sprach- und Ausdrucksschwierigkeiten haben, dass ihre Fähigkeit, sich zu öffnen und zu kommunizieren davon ernsthaft beeinträchtigt ist, statistisch nur sehr gering ist. Dies betrifft lediglich einen extrem kleinen Teil der Bevölkerung, zumeist Einwanderer, die erst vor kurzem eingetroffen sind und in der Regel nicht das traditionelle Bildungssystem durchlaufen haben.

PHILIP HEYLEN:

Erlauben Sie mir, eine kurze Reaktion in Bezug auf Ihre Analyse der Situation in Straßburg – einer Stadt, die ich durch zahlreiche Besuche ebenfalls kenne – einzubringen. In Belgien betrifft die erste Generation der Einwanderer Menschen, die mittlerweile ca. 60 bis 70 Jahre alt sind und die die belgische Staatsbürgerschaft besitzen. Dennoch gibt es unter ihnen viele, die der niederländischen oder französischen Sprache nicht mächtig sind. Und wir beobachten, dass die Kinder der zweiten oder dritten Generationen, die unsere Schulen besucht haben, diese Sprachen sehr gut sprechen, was jedoch neue Schwierigkeiten heraufbeschwört. Einerseits werden sie von manchen trotz ihrer guten Sprachkenntnisse weiter als Ausländer betrachtet und andererseits steigt durch ihre Anpassung an die belgische Kultur die Kluft zwischen den Generationen. All das trägt dazu bei, dass die Probleme dieser jungen Generation in der Tat größer sind, als wir zuvor vermutet haben. Ich stimme Ihnen in diesem Punkt zu, dieses Problem betrifft vordergründig die Jugendlichen. Dennoch ist die Situation der ersten Generation, zumindest in Belgien, erstaunlich. Wenn man die Zahlen für Brüssel, Antwerpen oder Gent betrachtet, wird deutlich, dass diese Einwohner einerseits zwar gut integriert sind, andererseits aber auch nach all den Jahren nicht die Landessprache sprechen. Uns ist natürlich klar, dass es zu spät ist, um daran noch etwas zu ändern. In dem Alter können wir den Menschen keine Sprachkurse zumuten, das Sprachprogramm fokussiert sich deshalb hauptsächlich auf die jungen

Generationen. Nichtsdestotrotz bleibt es ein Versäumnis, das für die Menschen der ersten Generation ein Problem darstellt, sowohl in ihrem alltäglichen Leben, als auch in Zusammenhang mit ihren Familien und den jüngeren Generationen.

MEHMET-ALI AKINCI:

Meine Frage richtet sich an Herrn Heylen, da ich nicht ganz sicher bin, ob ich ihn richtig verstanden habe. Ihrer Meinung nach entsteht sozialer Zusammenhalt lediglich durch das Erlernen der niederländischen Sprache? Ich kenne die Situation von Antwerpen nicht, aber wurde dort den jungen Leuten mit Migrationshintergrund das Lernen ihrer Herkunftssprache ebenfalls untersagt, so wie im Nachbarland Holland?

PHILIP HEYLEN:

Nein, natürlich nicht. Wie ich vorhin erwähnt habe, versuchen wir in der kommunalen Verwaltung Informationen in einem Dutzend Sprachen zu verteilen. Wir bemühen uns also, auch selber andere Sprachen zu benutzen. Es wäre zweifelslos naiv zu glauben, dass alle Niederländisch sprechen und wir uns damit begnügen könnten, uns auf diese Sprache zu beschränken, stillschweigend annehmend, dass uns alle verstehen. Das ist absolut nicht der Fall. Wir wollen alle verschiedenen Kulturen respektieren und unterstützen in diesem Sinne auch zahlreiche kulturelle und soziale Organisationen, die Aktivitäten in unterschiedlichen Sprachen anbieten. Das Gleiche gilt auch für die in Antwerpen praktizierten Religionen, die ebenfalls zu meinem Zuständigkeitsbereich gehören. Aber wir verlangen, dass die Menschen im Gegenzug für diesen Respekt der kulturellen Identitäten die Landessprache erlernen, um ihre Integration in der Stadt und im Land zu erleichtern und ihnen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Für uns ist wichtig, beide Seiten der Medaille zu berücksichtigen. In der Vergangenheit haben wir den Leuten lediglich gesagt, dass sie Niederländisch lernen müssen, ohne ihnen wirklich die Möglichkeiten dazu zu geben. Deshalb haben wir seit vier bis fünf Jahren Einrichtungen geschaffen, die von morgens bis abends Kurse anbieten, für mehrere tausend Menschen jährlich. Wir bestehen auf beide Aspekte: den Respekt aller Kulturen und Sprachen und die Beherrschung der Landessprache, weil wir verhindern wollen, dass die Menschen in einer

Sackgasse landen. Was Ihre Frage angeht: Ja, die Leute können ohne Weiteres ihre eigene Sprache sprechen, das ist überhaupt kein Problem.

MEMET KARAMAN:

Ich möchte zwei Punkte ansprechen: zum einen den Aspekt der Sprache und der Mehrsprachigkeit und zum anderen den sozialen Zusammenhalt. Ich stimme dem, was der Herr Beirat zuvor sagte, zu, da ich denke, dass es sich um wesentliche Aspekte handelt, für uns in Flandern und überall auf der Welt. Meines Erachtens ist es jedoch noch wichtiger, dass die Verwaltung in Bezug auf die Fragen der Sprache und der Mehrsprachigkeit eine klare politische Linie vorbringt. In Flandern fehlte dieser Politik lange Zeit die nötige Klarheit und man bekam den Eindruck, dass es nur in die eine Richtung ging: dass sie die Landessprache lernen müssen. Ich bin deshalb sehr glücklich zu erfahren, dass diesbezüglich wesentliche Bemühungen unternommen wurden. Dennoch meine ich, dass gerade in den europäischen Ländern wichtig ist, eine Politik der Mehrsprachigkeit zu entwickeln, um sich darüber im Klaren zu sein, wie man mit diesem Phänomen auf der Ebene der Staaten oder der Schulen umgeht. Ich denke, dass es ohnehin eine Tendenz ist, die uns über die Globalisierung auferlegt wird und die wir in Flandern sicherlich nicht ignorieren können. Es ist also wichtig, sich damit auseinanderzusetzen und sich zu fragen, wie man damit umgeht und was man erreichen will. Was den sozialen Zusammenhalt angeht, bin ich der Meinung, dass es weiterhin viele Missverständnisse seitens der Personen, der Gemeinschaften und auch der Verwaltung gibt, weil erwartet wird, dass der Andere den ersten Schritt macht. Der soziale Zusammenhalt entsteht durch das Verständnis für das Leben miteinander. Es reicht nicht einfach, die Mischung der Gemeinschaften anzuregen, da diese Vermischung allein noch keinen Zusammenhalt schafft. Der Zusammenhalt entsteht nur über das Verständnis des Anderen, den Respekt seiner Identität und die Bereitschaft zur Solidarität. Das ist ein Aspekt, den wir in den nächsten Stunden diskutieren sollten, da er oft vernachlässigt wird.

AHMED MOUHSSIN:

Zwei Fragen bezüglich des Hauses der Kulturen und Sprachen in Straßburg. Das Projekt hört sich sehr interessant an, ich habe jedoch

nicht wirklich erfasst, welche Zielgruppe(n) dort im Vordergrund stehen sollen. Da die Bewertung öffentlicher Maßnahmen ebenfalls einen wichtigen Stellenwert einnimmt, stellt sich mir außerdem die Frage: Wann werden die öffentlichen Ämter und die Gemeinde davon ausgehen, dass das Haus der Kulturen und Sprachen ein Erfolg ist, und welche Maßstäbe und Indikatoren sollen angewendet werden, um diesen Erfolg in Bezug auf die Zielgruppen zu messen? Meines Erachtens sind dies immer die großen Schwierigkeiten, mit denen sich jedes neue Projekt auseinandersetzen muss: die Festlegung der Zielgruppen und die Bewertungsinstrumente.

PAUL MEYER:

Ich dachte, dass ich das Prinzip des Hauses der Kulturen und Sprachen ausreichend verdeutlicht hätte: Die Idee ist, dass es sich um eine in jeder Hinsicht offene Einrichtung handelt, die die gesamte Bevölkerung in all ihrer Vielfalt und allen Altersgruppen anspricht, ungeachtet dessen, ob es sich um alteingesessene Straßburger handelt oder nicht. Unser einziges Ziel ist, so viele Besucher wie möglich anzuziehen, und dass diese als aktive Akteure und Produzenten am Leben dieser Einrichtung teilnehmen. Deswegen soll das geplante Zentrum nicht starr sein, sondern sich vielmehr als Ort des Dialogs, der Kreativität, der Mitarbeit und Beratung, und natürlich auch der Verbreitung und Aufbewahrung von Kultur, entwickeln. Wir haben also keine klare Zielgruppe, da wir die verschiedenen Gruppen nicht in Bezug auf ihre Herkunft unterscheiden wollen. Unser einziger Wunsch ist, ein möglichst vielfältiges Publikum, sowohl hinsichtlich der Generationen, als auch der Herkunft und Vorlieben zu empfangen, um diesen Ort der Kreativität zu beleben. Was das Konzept der Bewertung anbelangt: dieser Aspekt muss im Laufe des Projekts erweitert und angepasst werden, da es sich um ein neues und noch nie dagewesenes Projekt handelt. Die Bewertung könnte möglicherweise anhand eines quantitativen Maßstabs erfolgen. Sie sollte aber auch immer qualitative Aspekte einschließen, um die Vielfalt der Besucher und Projekte zu beurteilen und die Ideen zu erfassen, die aus diesen Begegnungen hervorgehen. Schließlich verfolgen wir die Absicht, dass dieses Haus zur Ausstrahlung Straßburgs beiträgt, indem es jedem ermöglicht, sich die besondere Straßburger Identität, die durch die

Bereitschaft zur kulturellen Vermischung geprägt ist, anzueignen, oder diese zumindest zu verstehen.

JEAN-PIERRE SCHLAGDENHAUFFEN:

Gestatten Sie mir zuerst eine Anmerkung und anschließend eine ergänzende Information. Zunächst bin ich davon überzeugt, dass Analphabetismus in Frankreich wie in anderen europäischen Ländern nicht allein den Immigranten vorbehalten ist, sondern sämtliche Bevölkerungsgruppen betrifft. Ich bin darüber hinaus nicht sicher, ob es aus rechtlicher Sicht möglich ist, jemanden zu zwingen, die Landessprache zu erlernen. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, bin ich mir ziemlich sicher, dass – zumindest in Frankreich – sämtliche Organisationen auf die Barrikaden gehen würden, und dies möglicherweise zu Recht.

Anschließend möchte ich in Bezug auf das Haus der Sprachen und Kulturen im Elsass präzisieren, dass sämtliche Initiativen der fünf Teilbereiche des Projekts in Abstimmung mit den betroffenen Vereinen erarbeitet werden. Ich denke insbesondere an die Vereine *Strasbourg Méditerranée*, der sich mit der Thematik der Erinnerungskultur der aktuellsten Einwanderungsprozesse befasst, und *Culture et bilinguisme*, der außerschulische Aktivitäten rund um den Sprachunterricht anbietet. Wie Paul Meyer bereits bemerkt hat, fügt sich dies in Frankreich in den Rahmen freiwilliger und außerschulischer Aktivitäten ein und stützt sich gleichzeitig auch auf Maßnahmen des nationalen Bildungswesens, wie das Projekt zur Förderung regionaler Sprachen und Kulturen (*LCR, Langues et Cultures Régionales*), welches im Elsass und in der Bretagne vor allem im Vor- und Grundschulbereich stattfindet. Was den Unterricht der Herkunftssprachen und -kulturen (*Enseignement des Langues et Cultures d'Origine*) betrifft, handelt es sich um Maßnahmen, die in Zusammenarbeit zwischen dem nationalen Bildungswesen und dem jeweiligen Herkunftsland mittels einjähriger und erneuerbarer Verträge festgelegt werden.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Für alle, die sich für die Praxis des Sprachunterrichts in Frankreich interessieren, will ich nur kurz anmerken, dass ein entsprechender Beitrag in den Archiven des Jahres 2009 existiert.

SALAH AMOKRANE, *Leitender Koordinator des Vereins „Tactikollectif“, Toulouse:*

Ich bin bei einigen Äußerungen von Herrn Heylen schier zusammengesackt. Wenn man ihm zuhört, hat man das Gefühl, dass er seine Sprache als konstant von anderen Sprachen bedroht empfindet. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Unterricht der holländischen Sprache zielen nicht darauf ab, die Kommunikation zu verbessern, sondern bilden eine Verteidigungsvorrichtung. Es kann sein, dass ich nicht alle Aspekte kenne, um diese Debatte vollständig nachzuvollziehen. Dennoch finde ich, dass es eine seltsame Auffassung der Funktion von Sprache als Instrument des sozialen Zusammenhalts ist, jene Leute aus den Sozialleistungen auszugrenzen, die die Sprache nicht beherrschen. Aus dieser Perspektive treten die Sprachen nicht als Instrument des sozialen Zusammenhalts, sondern vielmehr der Nationsbildung auf. Noch kurz zu dem, was zur Bildung und zum Zugang zur Kultur gesagt wurde: Natürlich können Anstrengungen im Bereich der Tarifanpassung den Zugang zur Kultur erleichtern. Aber auch der Bildung kommt hinsichtlich des Zugangs zu kulturellen Einrichtungen und Sparten eine hohe Bedeutung zu, was bisher zu wenig erwähnt wurde. Vielleicht ist es morgen im Rahmen der Arbeitsgruppen möglich, darauf erneut einzugehen und unsere Erfahrungen auszutauschen. Man sollte jedoch auf keinen Fall den Fehler machen, einen Mangel an Bildung mit einem Mangel an Kultur zu verwechseln. Ich habe manchmal das Gefühl, dass dieser Aspekt des Themas in Vergessenheit gerät: Auch mit unzureichender Bildung haben manche Leute wirklich große musikalische, poetische und künstlerische Talente entwickelt. Darüber hinaus ist die Erfahrung des Exils auch eine sehr wichtige künstlerische Inspirationsquelle.

PHILIP HEYLEN:

Gestatten Sie mir, zwei Einwände zu formulieren. Zu allererst möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die Vergabe der Sozialhilfen in Flandern, wie auch in ganz Belgien, nicht an die Voraussetzung der Beherrschung der Sprache geknüpft ist. Jeder, der in unserem Land wohnt, arbeitet oder lebt, bekommt diese Unterstützung. Wäre dies nicht der Fall, würde es sich um eine Form von Diskriminierung handeln.

Aber stellen Sie sich vor, wie es wäre, verehrter Kollege, wenn wir hier alle nur noch Niederländisch sprechen würden. Wie viele von Ihnen könnten weiterhin an der Debatte teilnehmen? Wie viele könnten sich in die Diskussion einbringen, wenn man Ihre Kopfhörer abschalten würde? Natürlich würde das nicht gehen, es wäre gänzlich unangebracht. Aber was ich Ihnen sagen will, ist: Unsere Politik ist gerade das Gegenteil eines Mangels an Respekt für die verschiedenen Kulturen und Sprachen! Wir wollen in unserer Stadt erreichen, dass auch die älteren Generationen den Schritt gehen, den ihre Kinder und Enkelkinder schon gemacht haben, einen Schritt, der ihnen ermöglicht, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen und dennoch weiterhin ihre eigene Sprache und Kultur zu leben.

Mit dem Schulwesen verhält es sich ähnlich. Wenn wir zulassen, dass Kinder die Schulen besuchen, ohne den Unterricht zu verstehen, kommen wir dahin zurück, wo wir früher in Flandern waren: Konzentrationsschulen, in denen die Schüler die niederländische Sprache nicht beherrschen und durch spezielle Lehrkräfte unterstützt werden müssen. Das wäre schön und gut, aber Tatsache ist, dass dieses System die Menschen in 80 % der Fälle in eine schwierige Lage bringt. Und genau das wollen wir verhindern.

Es handelt sich wirklich nicht um einen Mangel an Respekt. Das will ich an dieser Stelle noch einmal unterstreichen. Können Sie mir eine französische Stadt nennen, in der zahlreiche Broschüren auch auf Niederländisch und Russisch zur Verfügung stehen? Denn genau das machen wir in Antwerpen und zahlreichen anderen belgischen Städten, weil es uns im Sinne einer besseren Kommunikation wichtig erscheint. Meiner Meinung nach ist die Sprache ein entscheidendes Kommunikationsmittel, aber wenn man unfähig ist, zu kommunizieren, werden die Schwierigkeiten immer größer.

Die Debatte, die wir hier führen, ist deshalb äußerst wichtig. Denn es sind komplizierte Themen, die aus Angst, die Solidarität und Partizipation zu gefährden, aus Angst vor der Ausgrenzung, oftmals nicht angesprochen wurden. Aber wenn man es nicht tut und die Barrieren der Verständlichkeit ignoriert, ist das Ergebnis immer das Gleiche: Letzten Endes prallt man gegen eine Wand. Um nochmal ein konkretes Beispiel aufzugreifen: Wie sollen wir uns später während des Empfangs verständigen, wenn die Franzosen kein Deutsch sprechen, die Deutschen kein Niederländisch, die Belgier kein Deutsch? Da ist es

schwierig, gemeinsam ein Glas zu genießen. Glücklicherweise befinden wir uns schon seit mehreren Stunden in vertrauter Gesellschaft und haben deshalb unsere Verlegenheit abgelegt. Aber für viele Menschen bleibt dieses Unbehagen Realität.

Ich möchte demzufolge noch einmal das Kernargument meines Plädoyers betonen: Jeder Einwohner unserer Stadt soll die Möglichkeit haben, seine eigene Kultur zu leben und zu würdigen, aber dies soll in Einklang mit dem sozialen Zusammenhalt, der Vielfalt, dem Respekt und der Kultur im Allgemeinen geschehen. Und ich setze mich dafür ein, dass so viele Menschen wie möglich unsere Niederländischkurse besuchen, damit sie größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten und die Gelegenheit haben, mit ihren Nachbarn in Kontakt zu treten und sich kennenzulernen. Denn Nachbarschaft bedeutet nicht automatisch miteinander leben: Es bestehen zu viele Mauern, zu viele Grenzen, die dies verhindern, und ich spreche da aus über 20 Jahren Erfahrung.

Auch aus politischen Gesichtspunkten kann ich Ihnen versichern, dass man in Belgien Wahlen nicht mehr auf Kosten der Einwanderer und Asylbewerber gewinnen kann, obwohl dies lange Zeit der Fall war. Ich komme aus einer Stadt, in der früher ein Drittel der Einwohner für die rechtspopulistische *Vlaams Belang Partei* stimmte. Mittlerweile kann ein deutlicher Stimmenverlust dieser Partei – und damit auch ein Rückgang der Wahlerfolge auf Kosten der Ausländer – beobachtet werden. Um diese lang anhaltende Tendenz umzukehren, haben wir 20 bis 25 Jahre gebraucht. Dieser Erfolg ist auch mit unserem Ziel verbunden, allen Einwohnern die niederländische und französische Sprache zugänglich zu machen. Und ich würde gern noch einen Schritt weiter gehen und diese Maßnahme auf sämtliche Sprachen ausweiten. In diesem Punkt stimme ich mit meinem Kollegen aus Limburg, der vorhin erwähnte, dass wir die Mehrsprachigkeit in Europa fördern sollten, überein. Für uns Belgier ist die Mehrsprachigkeit natürlich auch immer eine heikle Angelegenheit: In unserem Land streiten sich die französisch- und die niederländischsprachige Gemeinschaft seit geraumer Zeit. Das ist gewissermaßen die Kehrseite der Medaille. Ich bin aber der Meinung, dass wir auch in diesem Konflikt Fortschritte erzielen könnten, wenn alle Belgier die drei Landessprachen beherrschen würden.

Dr. OLAF HAHN:

Ich würde der Debatte gerne eine andere Richtung geben, zurückkommend auf den Titel der Podiumsdiskussion „Kommunale Kulturpolitik in der Praxis“ und würde mich gerne noch einmal an die drei Städtevertreter wenden. Es gibt ja ein ganz eminentes kommunales Steuerungselement, das sind Finanzen. Sie haben, Herr Meyer, die jährlichen Ausgaben Ihrer Stadt für Kulturpolitik erwähnt. Ich würde verschiedene Aspekte gerne mal anregen und schauen, welche Richtungen Sie in Ihren Antworten und in Ihren Beiträgen geben wollen. Es gibt kommunale Finanzierungen von Einrichtungen, Teilfinanzierungen und Sie haben, Frau Schirra, verschiedene Konzepte vorgestellt, die Sie entwickelt haben, was ich auch sehr begrüßenswert fand. Sie haben auch offen über das Scheitern gesprochen. Aber die Umlenkung oder die gezielte Einsetzung kommunaler Finanzierungen könnte ja ein ganz wesentliches Instrument dabei sein, eine etwas einseitig ausgerichtete, den Bildungsbürger (z.B. Theaterbesucher) in erster Linie ansprechende Programmatik ein wenig zu ändern. Meine Frage an Sie alle, die Sie aus den Städten zu uns gekommen sind, ist daher: Wie setzen Sie die ihnen zur Verfügung stehenden Steuermittel, die in Ihren kommunalen Budgets für kulturelle Aufgaben zur Verfügung stehen, ein, um die hier mehrfach beschriebenen Ziele interkultureller, transkultureller Arbeit angemessen zu gestalten? Denn es sind ja Finanzmittel, die beispielsweise auch von Migranten als Steuerzahlern und von den Leuten, die nicht so sehr an Bildung partizipieren, erbracht werden.

GILLES KUNTZ:

Bei der Betrachtung des Themas „Die Rolle der Kultur für den sozialen Zusammenhalt“ darf nicht vergessen werden, dass in den verarmten Vierteln mit hoher Arbeitslosigkeit eine doppelte Diskriminierung am Werke ist, die sowohl räumliche als auch ethnische Aspekte umfasst. Die Statistiken über die soziale Situation bestimmter Bevölkerungsschichten mit Migrationshintergrund heben deutlich hervor, dass diese größere Schwierigkeiten haben, eine Arbeit, eine Wohnung usw. zu finden. Ob man will oder nicht: Die Kultur kommt immer erst nach den Grundbedürfnissen. Erst danach stellt sich die Frage, welche Rolle die Kultur für den sozialen Zusammenhalt hat. Es wurde viel über die Bedeutung der Herkunftssprache und -kultur gesprochen. Es scheint mir

jedoch wichtiger, dass eher diejenigen, die nicht die gleiche Herkunft haben, die Sprache und Kultur des Anderen kennenlernen sollten: Das allein kann den sozialen Zusammenhalt wirklich stärken. Es ist sicherlich gut, dass es Programme gibt, damit man seine kulturellen Wurzeln aufrechterhält und auch weiterhin die eigene Kultur oder die der Eltern kennenlernt. Aber es ist noch viel besser, wenn die kulturellen Einrichtungen im Stadtzentrum ebenfalls kulturelle Ereignisse, Theaterstücke und Konzerte organisieren, die aus anderen Kulturen stammen. Und genauso andersherum: Wenn die Kultur des Stadtzentrums dezentralisiert in den einzelnen Stadtvierteln angeboten wird. In Grenoble haben wir zum Beispiel Ausstellungen in mehreren Vierteln organisiert und dort Bilder des Museums gezeigt. Die Aktion wurde zusammen mit Betreuern vorbereitet, die auch in den Schulen dafür geworben haben. Diese Initiative hat uns ermöglicht, ein neues Publikum für das zentrale Museum zu gewinnen. Auch die Theater der einzelnen Stadtviertel schöpfen aus allen Kulturen. Ich denke, dass es wichtig ist, solch eine kulturelle Vermischung zu praktizieren, um sich durch die Kultur des jeweils Anderen zu bereichern.

IBRAHIM AKROUH, *Jurist der Bewegung gegen Rassismus, Antisemitismus und Xenophobie (Mouvement contre le Racisme, l'Antisémitisme et la Xénophobie), Brüssel:*

Herr Heylen, ich möchte zuerst kurz auf Ihren Beitrag eingehen. Dort haben Sie die verschiedenen Auffassungen, die im Bereich der Verwaltung kultureller Angelegenheiten und des Verhältnisses zum Staat existieren, aufgelistet. Sie haben dabei die Anhänger der verschiedenen Tendenzen einander gegenübergestellt, um letztendlich festzustellen, dass weder die einen noch die anderen zu einem zufriedenstellenden Ergebnis gekommen sind. Wenn ich Sie so reden höre, habe ich das Gefühl, dass es letztlich nur um die Frage geht, inwiefern das Ergebnis den Ansprüchen der öffentlichen Ämter und damit einhergehend, der politischen Mehrheit, entspricht. Hingegen wird nicht gefragt, welche Erwartungen die Einwohner mit Migrationshintergrund haben und ob diese erfüllt wurden. In dieser Hinsicht scheint mir wichtig, das französische System – das zumindest im öffentlichen Bereich dazu neigt, den kulturellen Beitrag einer Person zu leugnen – von anderen Systemen zu unterscheiden. Vielleicht sollte man darüber nachdenken, wie man die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der Be-

völkerungsgruppen ausländischer Abstammung messen kann. Was wird in den verschiedenen vorgestellten Projekten unternommen, um diesen Aspekt zu berücksichtigen? Wenn beispielsweise gesagt wird, dass das Haus der Sprachen und Kulturen für alle geöffnet ist, vermittelt dies den Eindruck, dass Kultur etwas absolut Universelles ist und nur eine einzige Bedeutung besitzt, die allen gleichermaßen verständlich ist. Es scheint mir jedoch sehr unglaubwürdig daraus zu folgern, dass das Publikum, das dieses Haus besuchen wird, repräsentativ für die Vielfalt der Bevölkerung ist.

PAULETTE PIQUARD, *Beigeordnete des Bürgermeisters für soziale Angelegenheiten und Demographie, Gemeinde Molenbeek-Saint-Jean, Brüssel:*

Ich danke Herrn Kuntz dafür, die Debatte wieder auf das Thema des sozialen Zusammenhalts ausgerichtet zu haben. Was die Sprachen betrifft, hat unsere Gemeinde diverse Einrichtungen entwickelt, die den Einwanderern ermöglichen, sofort nach ihrer Ankunft Sprachen zu erlernen. Der Dienst für Neuankömmlinge funktioniert sehr gut. Wir verfügen ebenfalls über Vereine wie das „Haus der Frauen“ (*Maison de la femme*), wo Frauen unter sich französisch oder holländisch lernen können. Ein weiteres Projekt unserer Gemeinde, das mich persönlich mit Stolz erfüllt, ist das „Haus der Kultur und des sozialen Zusammenhalts“, das 2006 eröffnet wurde und seit vier Jahren aktiv ist. Dieses Haus wurde durch europäische, föderale und regionale Mittel möglich. Sein Erfolg beruht nicht nur auf der Tatsache, dass dieses Haus in einem alten Stadtviertel in einer leerstehenden Akademie eingerichtet wurde, sondern auch darauf, dass es zusammen mit den Einwohnern und den Verbänden von Molenbeek-Saint-Jean geschaffen wurde. Ich kann Ihnen versichern, dass in diesem Haus eine echte kulturelle Vielfalt vorherrscht, in der sowohl lokale und fremde Kulturen, als auch professionelle Kulturschaffende vertreten sind, und diese Mischung funktioniert sehr gut.

FRANÇOISE PISSART:

Ich freue mich, das Wort nach diesem ermutigenden Beitrag ergreifen zu können. Meiner Meinung nach besteht ein gewisses Risiko, zwei unterschiedliche Probleme zu vermischen und dadurch eine eher negativ gefärbte Debatte zu führen: Da ist einerseits die Frage der kultu-

rellen Beteiligung von Bevölkerungsgruppen aus sozial benachteiligten Verhältnissen und andererseits die Frage der Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund. Waren wir denn jemals in der Lage, die Teilnahme sozial schwacher Gruppen an bestimmten Kulturformen, wie Opern oder Theater, zu erhöhen? Und wird es uns je gelingen? Im Gegensatz dazu eröffnet die multikulturelle Gesellschaft, in der wir leben, vielleicht auch neue Möglichkeiten, um diese Zielgruppen auf andere Art und Weise anzusprechen. Ich würde ebenfalls gern einige Dinge in Bezug auf die Situation in Belgien klären. Ich denke, dass ein großer Teil der Migranten, die in der französischsprachigen Gemeinschaft Belgiens oder in Frankreich eintreffen, die französische Sprache schon etwas beherrschen. Demgegenüber haben die Einwanderer, die nach Deutschland oder Flandern kommen, nur wenig Deutsch- oder Holländischkenntnisse. In Belgien kämpfen wir an zwei Fronten: Einerseits wächst der Analphabetismus bei jungen Leuten aufgrund der zahlreichen Schulabbrecher – auch unabhängig vom Migrationshintergrund – stetig. Andererseits gilt es, jenen jungen Menschen aus Einwandererfamilien zu helfen, deren Eltern Analphabeten sind und die die Landessprache nicht kennen. Dies verlangt spezifische und entschiedene Maßnahmen auf öffentlicher Seite. Zuletzt möchte ich noch etwas in Bezug auf das vorhin diskutierte Thema der Gleichberechtigung der Geschlechter hinzufügen. Oftmals wird der obligatorische Charakter des Sprachunterrichts in flämischen Gebieten kritisiert. Persönlich beziehe ich diesbezüglich keine definitive Stellung, aber ich will dennoch anmerken, dass dies den Zugang und die Teilnahme der Frauen an diesen Kursen ermöglicht. Dies wurde auch in den Bewertungsstudien der flämischen Alphabetisierungspolitik unterstrichen.

CLAIRE BAZIN:

Diese Anmerkung bringt mich darauf, dass wir in unserer Region die Arbeit im Bereich der städtischen Politik ebenfalls als Möglichkeit auffassen, um uns mit der Rolle der Kultur für den sozialen Zusammenhalt zu beschäftigen. Wir gehören nicht etwa einem kulturellen Dienst, sondern einem Dienst der Stadtpolitik an. Unsere Arbeit bezieht sich darauf, eine kohärente Stadtentwicklung zu fördern, um den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit zu geben, sich auf harmonische Weise zu begegnen. In den letzten Jahren haben

wir ein Projekt zur Erinnerungsarbeit geleitet, wobei wir Erinnerung dabei nicht als etwas Starres, das in einer Gedenkstätte für immer abgelegt wird, betrachtet haben. Ganz im Gegenteil haben wir versucht, jedem die Gelegenheit zu geben, sich selbst auf neue Art und Weise in das Territorium, in dem er sich befindet, einzugliedern, und diese Erinnerung mit den Anderen zu teilen. Ich will noch eine weitere Erfahrung nennen: Da die Neugestaltung des städtischen Raumes auch ein Prozess der Zerstörung und des Wiederaufbaus ist, sind wir der Meinung, dass die Kultur ebenfalls eine Funktion in diesem Gestaltungsprozess einnehmen sollte, indem sie aufzeigt, wie die Menschen diese Veränderungen kulturell und sozial erleben. Deswegen wollten wir ihnen die Möglichkeit geben, mit Hilfe von Künstlern und kulturellen Einrichtungen ihre eigenen kulturellen Spuren als Bewohner ihres Territoriums zu hinterlassen.

NOUR-EDDINE TALAOUANOU, *stellvertretender Kabinettsleiter des Bürgermeisters von Molenbeek-Saint-Jean, Brüssel:*

Ich danke den Veranstaltern für dieses Kolloquium, das eine exzellente Initiative darstellt. Ich will ebenfalls eine Beobachtung hinzufügen, die mir wichtig erscheint und die sich darauf bezieht, dass es in diesem Bereich kaum politische Maßnahmen von Seiten des Staats gibt. Darüber hinaus finde ich schade, dass es auf der europäischen Ebene keine Koordinierung gibt, um einen gemeinsamen Rahmen zu konstruieren und die verschiedenen – insbesondere die positiven – Erfahrungen zu integrieren, wenngleich jeder Staat seine eigenen Vorstellungen davon hat, welches Gesellschaftsmodell er entwickeln will. In der Tat darf man sich keine falschen Hoffnungen machen. Trotz einiger Erfolge sind die Probleme, die hier genannt wurden, insbesondere die Ausländerfeindlichkeit und ihre logische Konsequenz, der Kommunitarismus, weiterhin alles andere als gelöst. Deswegen geht es zuallererst um die Frage, wie man diese Probleme so angehen kann, dass ihnen etwas Positives abgewonnen werden kann. Auch der Kommunitarismus, dem ich persönlich eher kritisch gegenüberstehe, kann positive Aspekte beinhalten, wenn man es schafft, jene Personen einzubeziehen, die diese Bevölkerungsgruppen repräsentieren. Was die Frage der Sprache betrifft, hat mich ein Phänomen besonders erstaunt: Manche Frauen berberischen Ursprungs – aus Marokko und Algerien kommend – lernen Arabisch erst, nachdem sie in Brüssel angekom-

men sind, was einen zusätzlichen Beweis für die Integrationsfähigkeit – jedoch lediglich im gruppenbezogenen Sinn – darstellt. Was kann getan werden, damit die einzelnen Staaten und vor allem Europa reagieren? Die bisher getroffenen Maßnahmen gehen in der Tat auf die Bereitschaft einzelner lokaler Entscheidungsträger zurück, nicht aber auf die übergeordneten Instanzen. Ich will noch einmal aufgreifen, was Frau Piquard zuvor gesagt hat. Ich komme aus Molenbeek, einer Gemeinde mit 90 verschiedenen Nationalitäten. Ich möchte Ihnen das Beispiel des *Centre Communautaire Maritime* („maritimes Gemeinschaftszentrum“) vorstellen, über das die Einwohner des Stadtviertels frei verfügen können, um ihre eigenen Gestaltungsvorschläge einzubringen. Dies wurde erst dadurch möglich, weil wir glücklicherweise in Molenbeek seit fünfzehn Jahren den gleichen Bürgermeister an der Spitze der Kommune haben. Das Haus der Kulturen und des sozialen Zusammenhalts (*Maison de la Culture et de la Cohésion sociale*) und das *Centre Communautaire Maritime* sind nicht etwa aus dem Nichts entstanden, sondern das Ergebnis des langfristigen Engagements der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung (*Cellule de Lutte contre l'Exclusion Sociale, CLES*) und ihrer verschiedenen Dienststellen, wie dem Hilfsdienst für Erstkömmlinge. Auf diese Weise geben wir den Einwohnern die Möglichkeit, sich zu integrieren.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Ihre positive Einstellung halte ich für bemerkenswert. Dennoch zweifle ich daran, dass es sehr effizient wäre, die Verantwortung an Brüssel zurückzugeben. Im Gegenteil sollten wir begrüßen, dass auf der lokalen Ebene so viele willige und kompetente Personen bereit sind, diese Projekte durchzuführen. Unser Gedanke, dieses Thema aus Sicht der kommunalen Akteure anzugehen verfolgt deshalb die Absicht zu zeigen, dass sich die Dinge auf dieser Ebene entwickeln und Innovationen wie auch Erfolge entstehen.

NOUR-EDDINE TALAOUANOU:

Ich habe diesen Punkt besonders betont, da ich damit sagen wollte, dass diese Einwanderer de facto zu Europäern werden. Es wird über eine Art europäischen Pass nachgedacht. Meines Erachtens wäre es paradox, wenn wir uns in einer Situation wiederfänden, in der jeder

Staat seine eigene Integrationspolitik und sein eigenes Sozialmodell hat.

KARL ERNST FORISCH, *Integrationsbeauftragter Rhein-Erft-Kreis, Bergheim:*

Was die kommunale Kulturpolitik angeht, möchte ich gerne zwei praktische Beispiele anführen. Vom Bundeskanzleramt aus Berlin und von der Integrationsministerin haben wir die Vorgabe, dass Integration vor Ort stattfinden soll. Das hat natürlich auch etwas mit der Finanzierung zu tun, die Herr Hahn eben angesprochen hat. So kann ich das von Berlin auf die Länder und von den Ländern auf die Kommunen schieben. Wenn das schief geht, kann ich dann sagen, das waren wir hier nicht, das waren immer die Anderen. Das ist eine bestimmte Tendenz, die man natürlich bei der gesamten Sache mit berücksichtigen muss, welche aber vielleicht für den lokalen Bereich entscheidend ist. Der Integrationsbeauftragte der letzten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hatte angeregt, speziell im Hinblick auf türkische Verbände einen Sprachwettbewerb oder einen Vorlesewettbewerb zu veranstalten unter der Devise „Türkisch-Deutsch“. Dem haben wir uns als Kreis angeschlossen, haben das an die Schulen transportiert und wir haben auch einige Teilnehmer gefunden, haben aber gleichzeitig gesagt, dass wir noch andere Sprachen als Türkisch integrieren möchten. Über die Herkunftssprachen wollten wir die Öffnung auf andere Herkunftssprachen erreichen. Bei uns im Kreisgebiet haben wir insbesondere Italiener, Spanier, Griechen und Polen. Wir wollten, dass das vom Land Nordrhein-Westfalen getragen wird, was aus organisatorischen und vor allen Dingen aus finanziellen Gründen nicht erfolgt ist. Allerdings ging das Land dann doch so weit und hat Italienisch aufgenommen, d.h. wir hatten beim Landeswettbewerb Türkisch, Italienisch und Deutsch. Dann wollten wir als Kreis das auch verorten und das betrifft den Landrat und die Politik, die hier sozusagen *einmännlich* oder *einfräulich* dahinterstehen. Wir haben das schließlich erweitert um Griechisch, Spanisch und Polnisch und der Erfolg war geradezu faszinierend. Die sprachliche Problematik, die wir im Bereich der Türkischstämmigen haben, haben wir ja auch bei den Italienern, das muss man mal deutlich machen. Und die *communities* der Italiener sind auch sehr abgeschottet und die haben wir dadurch geöffnet. Wir wurden von den Eltern angesprochen, die gesagt haben: „Machen Sie

das bitte! Das ist eine tolle Sache. Wir machen auch in Zukunft mit.“ Die Lehrer, die nicht mehr „Muttersprachler“, sondern jetzt „Herkunftssprachler“ heißen, auch die waren natürlich fasziniert, weil sie jetzt eine Wertigkeit bekamen in ihren Kollegien. Auch bei den Schulen hatten wir Rückmeldungen. Selbst nach dem offiziellen Anmelde-termin haben sich noch Schulen gemeldet, um mitzumachen. Die mussten wir dann vertrösten, dass wir das im nächsten Jahr auf der Ebene auch wieder durchführen, mit der Maßgabe „Deutsch - Herkunftssprache“ und das auch ganz bewusst, d.h. dass eine Schulent-scheidung erfolgen wird und wir da auch die verschiedenen Her-kunftssprachen als die Sprachen der Schule haben werden. Wir wollen eine Identifikation des Schülers mit seiner Schule erreichen, die er in der Gesamtheit vertritt, und nicht eine spezielle ethnische Gruppe. Das halte ich für absolut notwendig, dass wir das in dieser Form um-setzen.

Der zweite Punkt in dem Zusammenhang: Wir werden auch eine kreisübergreifende Ausstellung im Kreis Düren über eine Arbeitsge-meinschaft der Archivare organisieren, welche als Wanderausstellung konzipiert ist, um die Einwanderersituation darzustellen, aber nicht in der Situation nach dem Krieg, d.h. bezogen auf Arbeitsmigranten, sondern es geht um Migration als solches. Das ist das, was Sie eben auch angesprochen haben, mit der Kulturszene oder der Kulturlinie des Rheinlandes, das ja historisch immer ein Durchmarschgebiet von West nach Ost, von Süd nach Nord und darüber hinaus war. Insofern wollen wir versuchen, das zu dokumentieren und auch da ein Verständnis für die Situation zu erzielen. Das halte ich für einen wich-tigen Punkt in der kommunalen Kulturpolitik. Ich wollte dies nur anführen als Hinweis, wie man auch diese Sachen pragmatisch angehen kann. Ich betrachte mich da selber als Pragmatiker und insofern hat das dann einen entsprechenden Vorteil für alle Beteiligten.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Das ist schon ein Beispiel für das, was wir morgen erneut aufgreifen werden in der Arbeitsgruppe 2, nämlich welche neuen Formen von Repräsentation, Einbindung, Ausstellung, Partizipation es gibt.

BAPTISTE DE REYMAEKER, *Mitarbeiter des Vereins „Kultur und Demokratie“ (Culture et Démocratie), Brüssel:*

Vor kurzem haben die König-Baudouin-Stiftung und die euro-mediterrane Anna-Lindh-Stiftung gemeinsam den Präsidenten der letzteren, André Azoulay, eingeladen. Er sprach davon, dass die Art und Weise, wie wir heutzutage mit den Fragen des Zusammenlebens auf nationaler und internationaler Ebene umgehen, einen Rückschritt gegenüber der Debatte von vor 30 Jahren darstellt. Damals ging es darum, zwei Modelle dieser Epoche, das kapitalistische und das sozialistische, zu hinterfragen. Er hat seinen Gedanken nicht zu Ende geführt, aber ich habe in der Literatur eine Weiterführung in den Überlegungen von Walter Benn Michaels, einem Universitätsprofessor in Chicago, gefunden. Dieser ist der Ansicht, dass sich in der Debatte vor dreißig Jahren eine politische Weltanschauung, die liberale Vision, in der wir uns jetzt befinden, durchsetzen konnte. Dadurch kam es auch zu einer neuen Auffassung in der Debatte um den sozialen Zusammenhalt. Während es zuvor um die Frage der wirtschaftlichen Ungleichheit ging, befassen wir uns heutzutage mit Fragen der Kultur und der Diskriminierung. Meine Frage ist deshalb die Folgende: Wird durch die Debatte über kulturelle Probleme nicht das eigentliche Grundproblem, nämlich das der Ausbeutung, vertuscht? Eine weitere Anmerkung zu den Sprachen: Das Paradoxe der Sprache ist, dass sie Dinge ausdrücken und beschreiben kann, aber nur, indem sie sie fixiert und erstarren lässt. Dabei verfügen wir noch über diverse andere Mittel als die Sprache, um zu kommunizieren: die Musik, die Künste, die Blicke und Gesten. Ich finde, dass das Erlernen der Sprache in diesen Prozess des Austausches einbezogen, jedoch nicht als Voraussetzung desselben betrachtet werden sollte.

PAUL MEYER:

Ich möchte zuerst die Frage von Herrn Hahn bezüglich der Verwendung öffentlicher Mittel beantworten. Er hat angesichts der Tatsache, dass die ausländischen Einwohner sich an den Gemeindesteuern beteiligen, gefragt, wie sie aus ihrem Anteil eine entsprechende „Rendite“ beziehen können. Meiner Meinung nach ist es wichtig, ihnen den Zugang zu ihrer Herkunftskultur, die ihnen eigen ist und die sie wiederfinden wollen, zu ermöglichen und andererseits auch den Zugang zur Kultur und Geschichte des Gebiets zu erleichtern. Vor allem geht

es aber darum, ihnen den Zugang zur Verschmelzung dieser beiden Kulturen, die das gegenwärtige Leben unserer Stadt kennzeichnet, zu ermöglichen. Da sie hier Einwohner sind, entwickelt sich die Stadt auch mit ihnen, und auch ihre Vorfahren haben sich oftmals an der Entwicklung dieser Stadt beteiligt. Es ist also Sache der Stadt, die Vermischung der verschiedenen Kulturen erfolgreich zu handhaben, indem sie dafür sorgt, dass die Herkunftskulturen respektiert und gelebt werden können, und vor allem, indem sie die Vielfalt zur Geltung bringt, um eine neue Kultur zu schaffen, die dieser Vielfalt entspricht. Aber ich werde mich noch einmal der Frage der öffentlichen Mittel zuwenden, da sie ihre Wichtigkeit hat. In Frankreich erheben die Städte selbst die Steuern. Als lokale Entscheidungsträger haben wir deshalb die Verantwortung, unsere Verpflichtungen einzuhalten und gegenüber unseren Bürgern Rechenschaft abzulegen. In Frankreich sind die lokalen Steuern jedoch ungerecht für die Steuerzahler, da sie Unterschiede im Einkommensniveau nicht berücksichtigen. Wenn es außerdem zu einer Erhöhung der Steuern kommt, um diese Art von stadtpolitischen Maßnahmen zu finanzieren – oder eher: um den abwesenden Staat zu ersetzen – bekommen die Bürger die finanziellen Konsequenzen sehr deutlich zu spüren, gerade in Krisenzeiten und in Phasen, in denen die Gemeinde auch schon andere grundlegende Funktionen übernehmen muss. In Straßburg verfolgen wir, wie ich zuvor bereits erwähnt habe, eine sehr entschiedene Politik. Diese muss aber auch immer die wirtschaftliche Realität berücksichtigen. Die Stadt kann viel tun, sie muss sich aber auch immer ihrer Grenzen bewusst sein, das heißt hinterfragen, wie viel die Bürger aushalten können. So ist es gut, sich darum zu bemühen, alle Viertel mit lokalen kulturellen Einrichtungen auszustatten, damit die Einwohner ganz in ihrer Nähe die Möglichkeit haben, ihre Kultur auszuüben. Oder ich könnte Ihnen auch vom Konkordat im Elsass erzählen, das uns ermöglicht, die verschiedenen Religionen zu unterstützen und dessen Ziel ist, dass alle Religionen repräsentiert sind und respektiert werden und darüber hinaus Brücken zwischen ihnen geschaffen werden. Demzufolge ist es sehr schwierig, ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen lokalen kulturellen – und gegebenenfalls auch religiösen – Strukturen zu finden. Sicherlich ist es also gut, in den einzelnen Stadtvierteln kulturelle Einrichtungen zu eröffnen, die der Entfaltung der verschiedenen urbanen Kulturen dienen. Zugleich sollte man diese

Stätten aber auch für andere Aspekte der Kultur öffnen und es den Einwohnern der Viertel darüber hinaus ermöglichen, auch Aktivitäten im Stadtzentrum zu besuchen.

Anschließend will ich Herrn Akrouh von der MRAX antworten. Ich muss mich außerordentlich unklar ausgedrückt haben, dass bei ihm der Eindruck entstand, man müsse in Frankreich auf seine Kultur verzichten, um sich dem republikanischen Vorbild anzupassen. Das ist absolut nicht der Fall, und noch weniger in Straßburg. Wir versuchen im Gegenteil, nicht nur die verschiedenen Kulturen zu respektieren, zu beleben und zu verbreiten, sondern ganz besonders auch, eine gemeinsame Kultur zu entwickeln. Ich möchte ein weiteres Mal ein für den Elsass typisches Beispiel erwähnen: Ich denke da an all die Männer, die im Laufe des zweiten Weltkriegs aus den französischen Kolonien gekommen sind, um Frankreich und Straßburg zu befreien, und die durch den Film *Indigènes (Days of Glory)* endlich ihre verdiente Anerkennung fanden. Dies zeigt erneut unsere Vision des Elsass als einer Region, die sich durch den Einsatz vieler Menschen unterschiedlichster Abstammung, ihre Zusammenarbeit und ihren Austausch, entwickelt hat.

Das soziale und das städtebauliche Umfeld spielen eine wichtige Rolle in der Herausbildung der verschiedenen Kulturen und darin, wie die Bewohner ihre eigenen Codes entwickeln. Die Städte, wie auch die Kulturen, sind nicht fest vorgegeben, sondern immer wieder in Entwicklung. Die Bürger haben das Bedürfnis, ihre eigene Geschichte zu kennen, aber sie haben auch das Recht, nicht systematisch an ihre Herkunft gebunden zu werden. Genau dieses Gleichgewicht suchen wir, um ihnen zu ermöglichen, sich in die Zukunft zu projizieren und selbst Akteure der Entwicklung ihrer Stadt zu werden.

SABINE SCHIRRA:

Drei Anmerkungen: Ihre Frage, wie werden Steuermittel eingesetzt, wie wurden sie eingesetzt und wie sollen sie in Zukunft eingesetzt werden, ist natürlich für die Städte eine ganz elementare und wichtige Frage. In der Vergangenheit und in der Gegenwart ist es so, dass im Wesentlichen das fortgeschrieben wird, was war und dass diejenigen, die die größte Lobby und die besten *connections* haben, sich schlicht und ergreifend durchsetzen. Ich hoffe, dass es in Zukunft – zumindestens, was uns betrifft – ein bisschen anders sein wird, weil wenn es

darum geht, Ziele zu definieren und der Politik zu sagen, was man vorhat und den Erfolg auch mit Zahlen belegt, dann denke ich, wird man einen etwas anderen Argumentationszusammenhang haben. Ich glaube nicht, dass das von heute auf morgen die Welt verändern wird, aber ich habe in dieser Art und Weise für den jetzigen Doppelhaushalt argumentiert. Und Sie werden es nicht glauben: Ich habe für die freie Kultur, die in Mannheim immer unterfinanziert war und noch ist, fast 500.000 Euro mehr erhalten. Zumindestens für mich, für meinen kleinen Bereich hat das einen deutlich positiven Effekt nach dem Motto, ich will nicht den Mangel fortschreiben und ich will jetzt nicht eine Million auf einmal, sondern ich habe gesagt, inhaltlich sind mir diese Dinge wichtig. Ich habe das begründet und im Zusammenhang mit den strategischen Zielen formuliert und siehe da, es gab nicht mehr so viele Gegenargumente. Ich glaube nicht, dass das immer und überall funktioniert, aber ich bin optimistisch, dass wir uns langsam auf eine andere Weise annähern. Hinzu kommt, dass wir jetzt, aufgrund von politischen Anträgen, bei unseren Förderrichtlinien die Situation haben werden, dass alle Kultureinrichtungen, von der kleinsten bis zur größten, spätestens nach fünf Jahren Anträge neu stellen müssen, d.h. es soll nicht mehr automatisch fortgeschrieben werden, was in den letzten 20, 30 Jahren so war, sondern es wird neu verhandelt. Und mein Ziel ist es eigentlich schon seit einer ganz geraumen Zeit, nicht mehr nur fortzuschreiben, sondern zu fragen: Was leistet ihr für unser öffentliches Geld? Welche Ergebnisse habt ihr vorzuweisen? Und damit meine ich nicht die Rechenschaftsprosa mit tausenden Worten und mit null Ergebnis und mit keinen klaren Aussagen, sondern ich meine etwas anderes. Insofern denke ich, dass – zumindestens, was Mannheim betrifft – wir uns auf einen Weg gemacht haben, wo wir vielleicht ein bisschen präziser und ein bisschen öffentlicher darstellen können und arbeiten wollen. Soweit Punkt eins.

Punkt zwei: Sie haben vielfach den Begriff der *cohésion sociale* angesprochen. Und natürlich gehören in erster Linie auch so Dinge wie „Habe ich Arbeit?“, „Wo lebe ich?“, „Wie werde ich bezahlt?“ und dergleichen dazu. Aber, was ein ganz wichtiger Kick ist – und das ist einer der ganz großen Vorteile von Kultur und kulturellen Projekten –, es geht dabei doch auch darum, Wertschätzung und Anerkennung zu erfahren, sich zu identifizieren, sei es mit der Stadt, sei es mit dem Quartier, sei es mit dem Stadtteil. Und dann muss ich Ihnen sagen,

dass gerade in den Stadtteilen, wo wir viele kulturelle Projekte haben, beispielsweise in der Theaterarbeit, wo auf einmal Menschen auch künstlerische Qualitäten der Öffentlichkeit präsentieren können, die sie sich überhaupt nicht zugetraut haben und die auch keiner von denen erwartet hat, sie ganz anders dastehen, sie stolz auf sich sind, zum Teil es auch tatsächlich wagen, mal in andere kulturelle Einrichtungen zu gehen oder das Verlangen haben, da hingebacht zu werden. Es ist heute keine Schande mehr, wenn man sagt: „Ich wohne im Jungbusch“, sondern dann sagen alle: „Hey, das ist doch da, wo dieser Nachtwandel stattfindet, da wo die Lisa Massetti ihre tollen Theaterprojekte hat.“ Ich denke, durch kulturelle Projekte kann auch das Selbstwertgefühl der Stadtteilbewohner aufgewertet werden und zwar von allen, die da wohnen. Und auf einmal haben Leute etwas mit Kultur zu tun, die im Leben nie daran denken würden, in die Oper zu gehen und für die eine Oper im Prinzip auch gar nicht wichtig ist. Darin liegt eine ganz besondere Rolle von Kunst und Kultur und das ist uns sehr wichtig.

Der dritte Punkt: Natürlich geht es um die kulturelle Tradition, es geht um unser Eigenes, es geht um die Tradition der anderen Gruppen und Ethnien, das ist die eine Sache. Aber was natürlich wahnsinnig interessant und spannend ist, ist die Frage, was passiert, wenn unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen. Und egal, ob das im Bereich der Musik ist, im Bereich Jazz, im Bereich der Weltmusik, im Bereich der *performances* oder der spartenübergreifenden Projekte, die werden vielfach dann interessant, wenn eine andere Perspektive oder eine andere Arbeitsmethode hinzukommt. Und ich denke durch dieses Miteinanderarbeiten von unterschiedlichen Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Kulturen entsteht etwas Neues, diese ganze Hybridität, und das ist das, was wir vom Kulturamt besonders spannend finden, besonders unterstützen und wirklich persönlich interessanter finden als die 24. Variante von Puccini oder der 34. Löffeltanz von ich weiß nicht wem.

Prof. Dr. SUSANNE KEUCHEL:

Ich würde an der Stelle nochmal als Wissenschaftlerin ein bisschen davor warnen, das Themenfeld des interkulturellen Dialogs so ganz ausschließlich nur auf die Bildungsdebatte oder auf den nationalen Migrationshintergrund zu beziehen oder eben auf den Spracherwerb.

Meine Vorrednerin hat ja auch schon versucht, das aus einer anderen Perspektive zu sehen. Ich möchte hier nur ein Beispiel nennen: Wir bereiten derzeit ein Interkultur-Barometer vor und da haben wir eine Vorstudie mit Künstlern, mit und ohne Migrationshintergrund, gemacht zur Entwicklung von kulturellen Identitäten und haben auch Künstler mit Migrationserfahrung gefragt, wie beispielsweise sie das bewerten, ob Kulturen an bestimmte Länder und Regionen überhaupt gebunden sind. Da kam ein relativ eindeutiges „Ja“ heraus bei den Menschen, die Migrationserfahrung haben. Spannend war, als wir gefragt haben, was gibt es denn so für Identitäten oder wie würde man sich beschreiben. Da haben sowohl die Künstler mit als auch ohne Migrationserfahrung in den seltensten Fällen gesagt: „Ich bin ein Deutscher“ oder „Ich bin ein Türke“, sondern die haben gesagt „Ich bin ein Berliner“ oder „Ich bin ein Rheinländer“, d.h. diese regionale Identität offensichtlich kann heute viel stärker etwas zusammenbinden. Und dann muss man sich mal Kommunen anschauen, wo das besonders gut gelingt und die Bürger stolz sind zu sagen – unabhängig von ihrem sozialen Kontext: „Ich gehöre dazu.“ Häufig ist es eine ganz spannende, ausgewogene Mischung zwischen spezifischem Erbe, das man stolz als Eigenheit hervorhebt, aber eben auch diese transkulturellen, neuen Formen, wo man sozial miteinander kommuniziert. Ich denke, das wären spannende Aspekte, die man näher untersuchen sollte.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Bevor ich das Schlusswort an Philip Heylen gebe, nur ganz kurz dazu: In den Vorjahren, als wir hier verschiedene Aspekte diskutiert haben, stand dieser Punkt immer wieder im Mittelpunkt, nämlich dass es so etwas wie ein starkes Zugehörigkeitsgefühl auf der kommunalen, regionalen Ebene geben kann und dann erst das Nationale oder das Familiäre dahinter kommt. Das ist sicherlich etwas, das von alten und jungen Menschen gleichermaßen sehr stark gefühlt wird und deswegen glaube ich, ist der kommunale Ansatz wirklich gut geeignet, um Zugehörigkeit unabhängig von der Nationalität zu denken.

PHILIP HEYLEN:

Was die Frage der Finanzen anbelangt, handelt es sich immer um eine Wahl zwischen verschiedenen Alternativen. In Antwerpen beläuft sich das Kulturbudget auf 7,5 % des gesamten Haushalts. Auch wenn das

wenig zu sein scheint, ist es im direkten Vergleich mit anderen Regionen und Städten zufriedenstellend. Und natürlich müssen wir jedes Jahr aufs Neue dafür kämpfen, dass uns dieser Anteil erhalten bleibt, was gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht einfach ist. Wir haben uns in Antwerpen seit mittlerweile schon zwölf Jahren dafür entschieden, auf Steuererhöhungen zu verzichten. Zugleich muss ich aber auch erwähnen, dass die Steuerlast für damalige Verhältnisse sehr hoch war. Vorhin wurde der Einwand geäußert, dass es im kulturellen Bereich zwangsläufig zu einer Diskriminierung käme, entweder ethnischer oder finanzieller Natur. Dem stimme ich zu und das ist auch der Grund, weshalb wir diesen Plan aufgestellt haben, um die Verhältnisse zu korrigieren und den Bedürftigsten zu helfen, indem wir ihnen den Zugang zur Kultur erleichtern. Uns erscheint dabei wichtig, keine neue Diskriminierung zwischen der institutionellen Hochkultur und der Kultur der Straßen und der Stadtviertel aufkommen zu lassen, da wir der Ansicht sind, dass sich diese Kulturformen nicht gegenseitig ausschließen und gleichermaßen präsent sein sollten. Diese Ergänzung zwischen den Kulturformen kam mir in den Sinn, als ich zuvor Foucault zitierte: *„Es lebe die Nähe, denn sie allein ermöglicht, ein Weltbürger zu werden.“*

In Antwerpen versuchen wir seit mehreren Jahren regelmäßig, Ereignisse zu organisieren, um die Musik in die Stadtviertel hineinzutragen. Das geschieht über einen Prozess der Dezentralisierung und auch darüber, dass wir die Philharmonie in Stadtviertel gebracht haben, denen die Menschen normalerweise mit Angst begegnen. Anhand solcher Initiativen kann man sich ein Bild vom Einfluss und von der Kraft der Kultur machen. Wenn sich plötzlich 4.000 bis 5.000 Leute an einem Ort treffen, den sie normalerweise aus Angst meiden, kommt es durch diese Aneignung, durch diese neue Betrachtung der Menschen auch zu einem Veränderungsprozess des ganzen Stadtviertels. Eine solche Initiative erfordert natürlich viel Mut seitens der Verantwortlichen. Und ich will ehrlich gesagt nicht erst auf eine europäische Initiative warten, ansonsten wird es in den nächsten 150 Jahren nicht zu nennenswerten Fortschritten kommen. Meine verehrten Kollegen, ich denke, dass niemand erwartet, dass wir hier und jetzt eine konkrete Entscheidung treffen, wie wir all das gemeinsam machen könnten. Es ist schon halb sieben und es gibt andere schöne Dinge im Leben.

Hier zu diskutieren, wie wir das gemeinsam in allen Städten umsetzen könnten, erscheint mir überflüssig.

Ich bin in diesem Zusammenhang eher pragmatisch orientiert, wie meine Präsentation verdeutlichte. Ich fühle mich nicht dazu berufen, mich an dieser Stelle an einer Debatte über die großen Theorien der Vergangenheit oder der Gegenwart zu beteiligen. Jedes Mal, wenn ich nach Berlin komme, diese Stadt, die mich sehr fasziniert, habe ich dieselbe Vorstellung. Stellen Sie sich vor, wie es wäre, wenn Sie als geborener Berliner heute gesunde 85 Jahre alt wären und auf den Film Ihres Lebens zurückblicken könnten. Es gibt nur wenig Europäer, die eine solche Lebensgeschichte erzählen könnten, wie die Menschen aus Berlin. Deswegen will ich nicht der Versuchung erliegen, hier an einer Debatte teilzunehmen, um dieses oder jenes System zu rechtfertigen, das letztendlich nicht das vor 30 Jahren erwünschte Ergebnis hervorgerufen hat. Ich bevorzuge es, meine Rede so zu beenden, wie ich angefangen habe: Indem ich die Verbindung zwischen Kultur und Unternehmergeist herstelle. Ich erinnere mich an die Idee eines bekannten Marketing-Gurus, der einmal gesagt hat: „Entrepreneurship is not like sailing, if there's no wind just blow.“ Ich denke, dass wir genau das tun sollten: Unser Schicksal in die Hand nehmen und uns voll und ganz für die Sache verausgaben. Ich habe heute zahlreiche Anregungen bekommen und gedenke, diese auch in Zukunft umzusetzen.

Arbeitsgruppe 1: Städtisch gefördertes Kulturgut im Hinblick auf unterschiedliche soziale Gruppen und ihre ethnische Herkunft: Angebot und Nachfrage

Dr. OLAF HAHN:

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass Sie sich für unser Thema entschieden haben, das den etwas sperrigen Titel trägt: „Städtisch gefördertes Kulturgut im Hinblick auf unterschiedliche soziale Gruppen und ihre ethnische Herkunft: Angebot und Nachfrage“.

Mir ist gestern bei der sehr spannenden Debatte aufgefallen, dass das Thema, das uns insgesamt hier beschäftigt – Kultur, Kulturpolitik, Integration – sehr breit ist. Und gestern gab es an der einen oder anderen Stelle in der Diskussion, aus meiner Sicht, dann doch die Tendenz, in sehr viele spezielle Themen hineinzugehen. Wir haben gestern eine sehr lange Debatte geführt zum Thema Sprache, weil Sprache natürlich in einer Kultur ein ganz wichtiges Element ist. Ich würde sehr gerne heute Ihnen und uns nahe legen wollen, das Rahmehema in den Mittelpunkt unserer Bemühungen zu stellen, also wirklich die Fragestellung, die hier formuliert ist. Und ich werde mir erlauben, Sie zu unterbrechen, wenn wir zu sehr in die eine oder andere, vielleicht auch politische Debatte einsteigen. Wir sollten wirklich versuchen, und das wäre aus meiner Sicht für unsere Arbeitsgruppe das Ziel, möglichst viele praktische Beispiele aus den verschiedenen Ländern, aus den verschiedenen Kommunen zu geben, mit Blick vielleicht auch auf das, was funktioniert und das, was nicht funktioniert, damit zwischen Ihnen auch ein Austausch entstehen kann, der fruchtbar ist für das, was Sie vor Ort in Ihren Kommunen tun. Zum Ablauf der Arbeitsgruppe: Sie haben hier vorne zwei Kolleginnen und einen Kollegen sitzen, die mit einem kurzen Impulsreferat ihre jeweilige Arbeit vorstellen werden. Ich würde ganz kurz Ihnen die Referenten vorstellen wollen. Dann haben wir ein paar Minuten Zeit, Rückfragen zu stellen an das, was vorgetragen worden ist, und anschließend sollten wir dann in die Diskussion gehen.

Ich darf gleich mit Frau Bazin beginnen und sie kurz vorstellen. Frau Bazin ist aus Montbéliard zu uns gekommen. Montbéliard hat sich mit umliegenden Gemeinden zu einer *agglomération* zusammengeschlossen, Sie werden uns noch genauer vorstellen, was das ist,

und Sie sind dort *chargée de mission* für die „Politique de lecture de la Communauté d’agglomération“. Ich weiß aus unserem gestrigen, kurzen Vorgespräch, dass Sie viel tun für die Leseförderung in Ihren kommunalen Kontexten, Menschen vernetzen, Situationen vernetzen. Vielleicht sagen Sie kurz etwas dazu, was Sie genau tun und stellen uns dann Ihre Arbeit im Einzelnen vor.

Claire Bazin

(Projektleiterin der „Politik für Leseförderung“ (Politique de lecture) in der Pays de Montbéliard Agglomération)

Die Politik der Leseförderung im Gebiet der communauté d’agglomération von Montbéliard: eine Herausforderung für die soziale Integration und die Entwicklung einer gemeinschaftlichen territorialen Kultur. Stärken und Schwächen.

1. Präsentation der communauté d’agglomération „Pays de Montbéliard – Agglomération“

Es handelt sich um die erste communauté d’agglomération, die in Frankreich im Oktober 1999 geschaffen wurde, um bestimmte Dienstleistungen gemeinsam zu verwalten. Der Zusammenschluss von 29 Gemeinden ermöglicht es, höhere Etats für die einzelnen Dienste zu verteilen und diese auf der Ebene des gesamten Gebiets zu koordinieren.

1.1. Definition einer Communauté d’agglomération

Die *communauté d’agglomération* stellt ein Bindeglied zwischen den Städten und Departements dar. Sie bezieht sich auf ein zusammenhängendes Gebiet, das sich an den Lebensweisen der Einwohner orientiert.

„Die communauté d’agglomération ist ein Zusammenschluss mehrerer Gemeinden, die zum Zeitpunkt ihrer Gründung eine zusammenhängende und Enklaven-freie Gebietskörperschaft mit mindestens 50.000 Einwohnern bilden und in deren Zentrum eine oder mehrere Gemeinden mit jeweils mindestens 1.5000 Einwohnern liegen. Diese Gemeinden

verbinden sich zu einem solidarischen Raum, um ein gemeinsames Projekt der Stadtentwicklung und Raumplanung zu erarbeiten und zu realisieren.“ (Quelle: INSEE, das nationale Statistikinstitut Frankreichs).

Dies trifft im Fall des Pays de Montbéliard zu, da ein und dieselbe Person in verschiedenen Gemeinden arbeitet, wohnt und ihren Freizeitbeschäftigungen nachgeht.

1.2. Lage der Communauté d'agglomération

Aufgrund der geografischen Lage zwischen den Achsen London-Paris-Lyon-Marseille und Rotterdam-Frankfurt-Basel-Mailand muss sich die Gebietskörperschaft in Partnerschaftsnetzwerke integrieren und entwickelt schrittweise ein Projekt für das Ballungsgebiet, das darauf abzielt:

- aus dem Pays de Montbéliard ein ökologisch nachhaltiges Ballungsgebiet zu machen
- jedem die Voraussetzungen für Selbstentfaltung und hohe Lebensqualität zu bieten
- erfolgreich eine neue Wirtschaft zu gestalten.

In diesen geopolitischen Rahmen gliedert sich auch die Politik zur Leseförderung ein.

1.3. Das Ballungsgebiet des Pays de Montbéliard in Zahlen:

- 118.000 Einwohner im Jahr 2006 (136.000 im Jahr 1982), davon 11.000 Ausländer (24.574 im Jahr 1982), was einem Anteil von ca. 10 % entspricht.
- 29 Gemeinden auf einem Gebiet von 179 km², die zwischen 430 und 26.500 Einwohner zählen
- 11 Stadtviertel (14 große Ballungsgebiete) mit 7.550 Ausländern, die jeweils zwischen 20 und 47 % der Bevölkerung ausmachen

2. Die Politik zur Leseförderung vor 2005: eine Dynamik auf unterschiedlichen Ebenen

2.1. Ihre grundlegenden Stärken

- Eine lange Tradition lokal verankerter Initiativen: Diese Initiativen existieren mehrheitlich seit über 10 Jahren und verfolgen verschiedene Herangehensweisen. Sie beinhalten sowohl fortwährende als auch vereinzelt Aktionen, beziehen sich auf die lokale und gemeindeübergreifende Ebene und richten sich an unterschiedlichste Zielgruppen. Ein starkes Engagement existiert im Bereich eines Projekts für Kleinkinder.
- Zahlreiche Bibliotheken, jedoch mit unterschiedlichem Niveau: Dies betrifft sowohl die Quantität als auch die Qualität der Bestände, die Fläche, die Öffnungszeiten und Qualifizierung der Mitarbeiter, die oftmals unzureichend ist.
- Partnerschaften: Diese sind besonders in Bezug auf Schulen und Kindergärten wichtig, um den Wirkungsgrad und die Bekanntheit der Projekte zu verbessern.
- Geeignete Weiterbildungsstätten: insbesondere für die Betreuer und Bibliothekare

2.2. Ihre wichtigsten Schwachpunkte

- Die fehlende Koordinierung, um die Kooperation, Ausbildung und Anerkennung bestmöglich weiterzuentwickeln.
- Die Zielgruppe der Jugendlichen wird kaum oder gar nicht erreicht.
- Berufseignung der Akteure: Sie besitzen äußerst unterschiedliche Kompetenzen und weisen ein Professionalisierungsdefizit auf. Es handelt sich zumeist um prekäre Arbeitsverhältnisse.
- Die relativ starke Einschränkung der Aktivitäten auf den Aspekt der Bücher.
- Nur sehr wenig Überlegungen und Initiativen, die ausdrücklich die Einwohner mit Migrationshintergrund ansprechen, oder auf diese Zielgruppe ausgerichtet sind. Seit Ende der neunziger Jahre haben nur wenige Initiativen, Überlegungen und Weiterbildungen den Aspekt der Herkunftssprachen und -kulturen der Migranten berücksichtigt.

2.3. Die Einführung des Programms zur Leseförderung im Ballungsgebiet

Im Rahmen der Stadtpolitik wurde 2005 eine Politik zur Lese- und Schreibförderung eingeleitet, um:

- das Phänomen des Schulversagens zu bekämpfen, was in gleichem Zuge ein gutes Mittel zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung darstellt.
- die soziale und berufliche Integration zu fördern.
- die schon existierende Dynamik zur Integration der Kulturen und Gemeinschaften der Migranten und Ausländer auszuweiten und stärker zur Geltung zu bringen.

Die von der communauté d'agglomération eingeleitete Politik zur Leseförderung verdeutlicht, wie wichtig es ist, im Sinne einer Ergänzung und Bündelung der Mittel, alle an diesem Bereich beteiligten Akteure über eine gemeinsame Zielsetzung zu verbinden. Diese Politik der Leseförderung bezieht sich auf:

Zwei übergeordnete Ziele:

- Die Lust am Lesen sowie die Schreib- und Lesefähigkeiten zu fördern, da diese eine zentrale Voraussetzung für Bildung und soziale und berufliche Integration darstellen.
- Die digitale Kluft zu verhindern, indem neue Zugangsmöglichkeiten entwickelt und vermittelt werden, um allen die Möglichkeit zu geben, sich das weltweite Wissen zu erschließen.

Zwei Achsen zur Umsetzung des Programms:

- Die effiziente Vernetzung der kulturell und soziokulturell ausgerichteten Einrichtungen, um innovative Aktionen zu fördern, die darauf abzielen, den Zugang und die Beschaffung des Wissens zu erleichtern (Bibliotheksnetzwerk).
- Die Verstärkung der Initiativen zur Sensibilisierung der Kinder und Jugendlichen für alle Arten von Schreib- und Leseaktivitäten.
 - o Diese Herangehensweisen richten sich vordergründig auf Zielgruppen, die sozial und räumlich von den kulturellen Einrichtungen distanziert sind.
 - o Die Beherrschung der Sprache bildet ein wesentliches Ziel der Maßnahmen. Die Kleinkinder bilden eine vorrangige Zielgruppe.

2.4. Die Aktionen des Programms zur Leseförderung

Diese spiegeln den politischen Willen wider, alle Akteure und Einrichtungen an dem kohärenten und lokalen Entwicklungsprozess des Gebiets teilhaben zu lassen, sowie den Aspekt des Lesens in die Kulturpolitik der Gebietskörperschaft einzugliedern.

- Leitung und Betreuung des Bibliotheknetzwerks: In diesem Rahmen wird das Ziel verfolgt, „Zusammenarbeit“ zu erlernen und die Kooperation im Rahmen gemeindeübergreifender und interbibliothekarischer Projekte zu verstärken. Hierfür gilt es, die Kommunikation über die Einrichtung eines gemeinsamen elektronischen Datennetzwerks zu vereinfachen und die Zusammenarbeit zu fördern, indem Erfahrungen ausgetauscht, und die gemeinsame Nutzung und Bündelung der Ressourcen verstärkt werden, um bestehende Hindernisse abzubauen.
- Ausbildung der Akteure und der Eltern: über verschiedene Projekte, wie: „Lautes Vorlesen“, „Vom Schreiben zum Lesen: Umsetzung eines Betreuungsprojekts“, „Zusammenarbeit in einem Bibliotheksnetzwerk“, „Die digitale Anwendung: vom Massenpublikum bis zu den Künstlern“ (170 beteiligte Personen).
- Ein Lesegremium für Jugendliteratur für Betreuer und Eltern (82 Teilnehmer).
- Ein elektronischer Newsletter der Akteure des Programms, der sich an die Partner, Einrichtungen und Betreuer richtet (350 Empfänger) sowie die Homepage „Lesen im Pays de Montbéliard“, die im November 2010 online geht.
- Koordinierung der gemeindeübergreifenden Projekte und Partnerschaften mit weiteren Akteuren: Ziel dieser Koordinierung ist es, gemeinsame Projekte zur Leseförderung in Partnergebieten zu fördern und eine Kooperationsgruppe der Betreuer einzurichten.
- Beratung, Orientierung und Unterstützung für die Einrichtungen, Gemeinden und die leitenden Betreuer.

2.5. Die Akteure vor Ort

Diese sind zahlreich und gehören verschiedenen Einrichtungen an:

- 24 Bibliotheken und Mediatheken, die jedoch nur wenige oder keine Bücher in den Herkunftssprachen der Migranten vorweisen.

- 20 Vereine und Organisationen in den Bereichen Bildung, Freizeitgestaltung, Kultur, soziolinguistische Aktivitäten und der sozialen Integration. Davon leiten 4 Vereine interkommunale Initiativen im Bereich der Lese- und Schreibaktivitäten, in Gebieten von 4 bis zu 17 Gemeinden. Diese gestalten langfristig anhaltende Aktionen auf der interkommunalen Ebene, um neue Partnerschaften aufzubauen und die Weiterbildung der Betreuer und die Weiterentwicklung der Aktionen zu gewährleisten. Ein Verein leitete ein Projekt zum Empfang und zur Begleitung neuer Migranten, um ihre Integration zu erleichtern, das ebenfalls eine Maßnahme zur Leseförderung integrierte, die jedoch 2010 beendet wurde.
- Kommunale Dienste: in den Bereichen Bildung, Freizeitgestaltung, Kultur
- Das nationale Bildungswesen: Grundschulen, Sekundärstufe, Gymnasien
- 15 Einrichtungen für die soziale und berufliche Integration (für Jugendliche und Erwachsene)
- 14 Betreuungsstellen für Kleinkinder (0-3 Jahre): Krippen und 6 lokale Kinderbetreuungsstätten (Tagesmütter)
- 12 kulturelle Einrichtungen

In bestimmten Pilotgebieten, in denen schon eine Lesedynamik besteht, finden Initiativen statt, um freiwillige Akteure unterschiedlicher Horizonte (Betreuer, Bibliothekare, Lehrer, Erzieher usw.) über gemeinsame Themen, Teilnehmer und Projekte zu vereinen.

Diskussion und Umsetzung eines Projektes zur Einbeziehung der Akteure der Digitaltechnik: um Synergieeffekte mit den Akteuren der Informations- und Kommunikationstechnologien zu erzeugen, insbesondere in Bezug auf Überlegungen zu neuen Kooperationsinitiativen mit öffentlichen digitalen Diensten.

Bibliotheken und soziales Wohnungswesen

Die Bibliotheken sind allgemein gut auf das gesamte Gebiet verteilt. Sie sind jedoch nur sehr selten in Stadtvierteln mit zahlreichen Sozialwohnungsgebieten vorhanden.

2.6. Grundlegende Projekte der Akteure

Es handelt sich zumeist um fortlaufende Projekte mit langfristiger Orientierung. Einzelne Veranstaltungen sind zumeist an diese langfristigen Aktionen geknüpft. Die Projekte, die darauf abzielen, die Kulturen der Einwohner mit Migrationshintergrund zur Geltung zu bringen, finden auf Initiative freiwilliger und motivierter Personen statt.

- Vorlesegruppen: „*Lies mit mir*“ (Lis avec moi); *Haus der Jugend und Kultur Valentigney* (MJC), *Ateliers für Eltern und Kinder*, *Verein für soziale Dienstleistungen für Einwandererfamilien* (ASSFAM)
- Schreibgruppen: „*Francas*“, *Haus der Jugend und Kultur* (MJC) Valentigney, „*L'allan*“ (staatliches Theater in Montbéliard)
- Begegnungen mit Schriftstellern: „*Bücher als Freunde*“ (*Livres Complices*) – *Aktion des AdeC* (Verein zur kulturellen Entwicklung); ein ca. zweiwöchiges Festival für ausländische Literatur in Audincourt; *Haus der Jugend und Kultur* (MJC) Valentigney
- Veranstaltungen: *Comic-Festival*, „*Babys blättern*“ (Bébé bouquine), *Messe für junge Leser – organisiert vom ADeC*, die „*Buchwahl*“ (*le livre élu*), *kulturelle Ereignisse*
- Weitere Aktionen in Partnerschaft mit anderen Akteuren: in Form von Unterhaltung, Aufführungen, Musik, Ausstellungen, Konferenzen, Märchen, Filmen, Multimedia (in Zusammenarbeit mit Vereinen, Schulen, Kleinkinderbetreuungsstätten, Bibliotheken, Kulturstätten usw.)

2.7. Die Zielgruppen

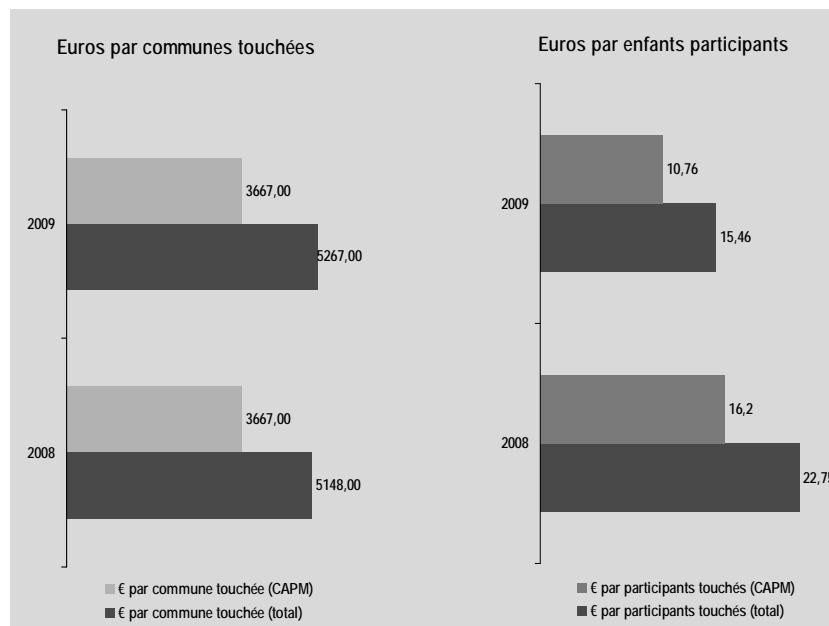
Insgesamt nehmen 29.000 Personen an den Projekten teil. Wir sind nicht in der Lage, den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund genau zu bestimmen. Dennoch steht fest, dass die subventionierten Projekte mehrheitlich auf die entsprechenden Stadtviertel abzielen.

- Circa 7.300 Jugendliche und Kinder im Ballungsgebiet
- 3.000 Eltern
- 187.00 in den Bibliotheken eingeschriebene Leser (ungeachtet der zusätzlichen Benutzer)

Das bedeutet: etwa ein Viertel der Bevölkerung des Ballungsgebiets (Zahlen aus dem Jahre 2008)

2.8. Beispiel der Wirkung eines Projekts: „Lies mit mir“ (*Lis avec moi*)

2009 wurden im Rahmen des Projekts „Lis avec moi“ Vorlese-Ateliers für insgesamt 5.100 Kinder (0-6 Jahre) mit der Unterstützung von 2.450 professionellen Betreuern und Eltern veranstaltet, die vor allem, aber nicht ausschließlich, in den Stadtvierteln stattfanden.



Grafik 5: Auswirkung der Aktion „Lis avec moi“

3. Die Stärken und Schwächen dieser Politik der Leseförderung

3.1. Die Stärken

- Effektive Präsenz der verschiedenen Partner und Akteure, die gegenüber den Fragen der Kultur und der Interkulturalität offen sind.
- Die in Bezug auf die gesamte Gebietskörperschaft ausgeglichene Verteilung der kulturellen Projekte und der Vereinsinitiativen, die einen hohen Aktionsradius garantiert.

- Verstärkte Weiterbildung und Weiterentwicklung der Akteure und Projekte.
- Eine gute Kommunikation und Informationsverbreitung zwischen den beteiligten Akteuren und Partnern.
- Die wachsende Zusammenarbeit mit dem kulturellen Sektor.
- Die Anerkennung und Integration der Projekte, Akteure und Zielgruppen im Rahmen gemeinrechtlicher Aktivitäten (wie bspw. Gedenkprojekte und Büchermessen).
- Spezifische Aktionen, die auf die Zielgruppen der Stadtviertel ausgerichtet sind: Über den Versuch, neue Zielgruppen zu erreichen, werden notwendigerweise auch Einwohner mit Migrationshintergrund und aus benachteiligten sozialen Verhältnissen erreicht (Bsp.: „Bibliothek außerhalb der Mauern“ (*Bibliothèque hors les murs*), Begegnungen mit Autoren).
- Eine stärkere Anpassung an die Nachfrage mit Hilfe spezifischer, an die Zielgruppen angepasster Aktionen (Bspw: Einführung zweisprachiger Bücher und von Büchern in der Herkunftssprache im Rahmen einer Aktion für Frauen mit Migrationshintergrund).
- Die Nationale Agentur für sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit (*Agence Nationale pour la Cohésion sociale et l'égalité des chances, Acsé*) bemüht sich insbesondere darum, Projekte für Personen, die Schwierigkeiten bei der sozialen und beruflichen Integration haben, zu organisieren.

3.2. Schwachpunkte

- Die mangelnde Legitimität der Initiativen des Ballungsgebietes durch übergeordnete staatliche Einrichtungen. So wäre es einerseits wünschenswert, den Beitritt und die Zusammenarbeit mit jenen Gemeinden zu erreichen, die durch ihre Bibliotheken über die politische Kompetenz zur Leseförderung verfügen. Andererseits gilt es, die offizielle Anerkennung und Zusammenarbeit des Generalrats des Departements Doubs zu gewinnen, da dieser im Bereich der Leseförderung über die Bildung, den Verleih von Bücherbeständen, finanzielle Hilfen und die Unterstützung der kulturellen Einrichtungen traditionelle Kompetenzen ausübt.

- Eine ungleiche Involvierung der öffentlichen Partnerinstitutionen: sowohl des Staats (nationales Bildungswesen, Kultur- und Jugendpolitik) als auch der Region (Siehe Anhang 2).
- Eine geringe Wirkung des Programms zur Leseförderung gegenüber soziolinguistisch ausgerichteten Akteuren und Initiativen.
- Wenige oder gar keine Initiativen, die Minderheitssprachen und -kulturen auf der interkommunalen Ebene zur Geltung bringen.
- Die Auflösung von Vereinen mit jeweils spezifischen Kompetenzen und Wissen, die mit der Einwanderungsbevölkerung und Erstkömmlingen zusammenarbeiteten (wie bspw. die ASCAMI) oder sich der sozialen und kulturellen Vermittlung widmeten, wie der „Verein für soziale Dienstleistungen für Einwandererfamilien“ (ASSFAM).
- Unzureichende Abstimmung mit dem kulturellen Bereich, in dem bereits richtungsweisende Initiativen in Bezug auf die Einwohner mit Migrationshintergrund erarbeitet, sowie interkulturelle Ereignisse in die Programmgestaltung integriert wurden.
- Fehlende Zusammenarbeit mit den öffentlichen Multimediadiensten.
- Geringe politische Unterstützung: Die Abgeordneten unterstützen nur unzureichend die Politik zur Leseförderung und geben selten neue Impulse. Hinsichtlich dieses Aspekts besteht bspw. das Projekt, die Entstehung eines interkommunalen Bibliotheknetzwerks im Rahmen des kulturpolitischen Projekts 2020 der communauté d'agglomération weiterzuführen. Des Weiteren sollen interkommunale Bibliothekare eingestellt und weitere Aktionen eingeleitet werden (siehe Anhang 2).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Minderheits- und Volkskulturen im Rahmen öffentlicher Projekte zumindest teilweise berücksichtigt werden. Der Aspekt der institutionellen Anerkennung muss jedoch weiter ausgebaut werden. Die Akteure des Programms zur Leseförderung sollten dafür ausgebildet und in Anspruch genommen werden, die Bevölkerung in Hinblick auf die soziale Entwicklung der Stadtviertel und der Öffnung gegenüber anderen Kulturen zu begleiten.

Anhang 1: Einrichtungen zur Leseförderung und institutionelle Partner

- *Die Communauté d'agglomération* hat 2009 die Kompetenz für kulturelle Angelegenheiten erhalten. Die gewählten Vertreter der communauté d'agglomération geben der Politik zur Leseförderung neue Impulse und verfolgen ihre Entwicklung.
- *Gemeinden des Pays de Montbéliard*: Gründung einer „Lese-Gruppe“, durch kommunale Amtsvertreter, um eine Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene und auf der Ebene der communauté d'agglomération aufzubauen.
- *Generalrat des Departements Doubs*: Ausbau der Kooperation, um die Politik zur Leseförderung zu stärken.
- *Das regionale Bücherzentrum* (Berufstätige des Buchgewerbes, Bücherketten)
- *Regionale Leitstelle für kulturelle Angelegenheiten* (dezentralisierter staatlicher Dienst): Es gilt, die Unterstützung des Beraters für die Bücher- und Lesepolitik zu gewinnen.
- *Nationale Agentur für sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit* (Acsé): Seit 2006 unterstützt sie die staatlichen Maßnahmen zugunsten der Einwohner der 2.213 Stadtviertel, um Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt zu fördern.

Anhang 2: Das Thema Leseförderung im Kulturplan: Weiterführung der Entwicklung eines Bibliotheknetzwerks zwischen den verschiedenen Gemeinden

- Bündelung der Mittel und Kompetenzen
- Gemeinsame Nutzung der materiellen Mittel, insbesondere im elektronischen Bereich
- Den Zugang der Leser zu den angebotenen Dokumenten erleichtern
- Zusammenarbeit mit der Mediathek des Departements Doubs

Angekündigte Projekte:

- Koordinierung der Animationsprojekte zwischen den Bibliotheken
- Einführung einer Mitgliedskarte, die für alle Bibliotheken gültig ist

- Entwicklung eines gemeinsamen Katalogs für online erhältliche Dokumentbestände
- Abstimmung und Koordination bei der Anschaffung neuer Werke
- Ein an der Nachfrage orientierter Austausch der Bestände
- Eine in Partnerschaft mit dem Generalrat des Doubs geführte Studie zur öffentlichen Bereitstellung online herunterladbarer Dokumente

Prof. Dr. SUSANNE KEUCHEL:

Ich habe eine Verständnisfrage. Auf der Karte hatten Sie angemerkt, dass die Bibliotheken, die Stadtbüchereien nicht in bestimmten Stadtteilen sind. Ich nehme an, damit meinen Sie die Stadtteile mit sozialem Brennpunkt. Das ist ganz spannend, denn ich kenne das immer so, dass man kulturpolitisch argumentiert, dass man in die Stadtteile hineingehen müsste und dass es eigentlich sehr schwierig ist, dann Menschen aus dem Stadtteil in die Kultureinrichtung rein zu bekommen. Was haben Sie da für Erfahrungen gemacht?

CLAIRE BAZIN:

Von den vierundzwanzig Bibliotheken befinden sich drei in den Sozialwohnungsquartieren, in denen mehrheitlich Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund leben. Aber mir ist aufgefallen, dass die Bibliothekare nicht darauf vorbereitet sind, auf dieses Publikum zuzugehen. Auch deshalb ist die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren unentbehrlich, da erst die Vermittlung durch die Vereine und durch die Vertreter aus den ausländischen Gemeinschaften dafür sorgt, dass die Kultur und Bücher einem neuen Publikum näher gebracht werden. In diesen Fällen ist es wichtig, dass die Bibliothekare wissen, wie sie ihre Grenzen überwinden können. Bibliotheken, wie auch Worte, stellen entweder weltoffene Fenster oder aber Mauern dar. Sobald die Bibliothekare eine offene Haltung einnehmen, sieht man, dass auch die Benutzer sich den Raum der Bibliotheken aneignen, auch wenn dies nicht notwendigerweise zum Lesen der Bücher geschieht. Auch hier spielt die Zusammenarbeit eine grundlegende Rolle. Die Bibliotheken bekommen nur dann einen Sinn, wenn sie sich mit anderen Einrichtungen verbinden. Ein Buch ist, für sich genommen, nur ein Werkzeug. Was wirklich zählt, ist, was daraus gemacht wird. Unabhängig davon, ob man etwas auf einem Bildschirm, in einer Zeitschrift oder auf ei-

nem Plakat liest, ändert sich nur die Unterlage, aber der eigentliche Sinn bleibt erhalten. Es ist deshalb immer wichtig, sich zu fragen, wozu das Lesen dienen soll. Natürlich sind Bücher als Träger kultureller Ressourcen wichtig, aber nur unter der Voraussetzung, dass die Auswahl der Bücher zutreffend ist. Demgegenüber befassen sich die Mehrheit der Bücher der Bibliotheken des Pays de Montbéliard nicht wirklich mit der Kultur oder Sprache der Personen mit Migrationshintergrund. Zweisprachige Bücher, wie auch Bücher in den Herkunftssprachen dieser Nutzer sind nur sehr selten erhältlich. Doch wir sollten genau diese Art von Büchern anbieten können, da es bedeutet, dass wir die verschiedenen Sprachen und Kulturen anerkennen und es die Menschen so auf ganz natürliche Weise dazu bringt, sich auch den anderen Büchern zuzuwenden. Solang eine Person das Gefühl hat, selbst nicht akzeptiert zu werden, ist es äußerst unwahrscheinlich, dass sie sich für andere Kulturen als ihre eigene interessiert. Meines Erachtens muss auf diesem Gebiet noch viel Sensibilisierungsarbeit mit den Bibliothekaren geleistet werden und ich denke, dass die Vereine und Schulen bis dahin die besten Botschafter sind, um Kultur zu verbreiten und sie diesen Personen näher zu bringen.

VEERLE VANDERLEEN, *Mitarbeiterin des „Netzwerks für Künste“ (Brussels Kunstenoverleg), Brüssel:*

Um kurz auf das zurückzukommen, was Sie zur mangelnden Ausbildung der Bibliothekare und des Empfangspersonals gesagt haben, würde ich gern wissen, ob Sie diesbezüglich Weiterbildungen anbieten. In unserer alltäglichen Praxis haben wir ebenfalls erkannt, wie wichtig es ist zu wissen, wie man die Benutzer richtig empfängt.

CLAIRE BAZIN:

Was die Ausbildung betrifft, habe ich bereits erwähnt, was wir umsetzen wollen, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, dass die Gebietskörperschaft kein Weiterbildungsinstitut ist. Nichtsdestotrotz haben wir uns dafür entschieden, die zu Beginn erwähnten Ausbildungen anzubieten, da sie die schon existierenden ergänzen sollen. Unsere eigenen Weiterbildungsseminare zielen darauf ab, Personen unterschiedlicher beruflicher Horizonte im Rahmen eines gemeinsamen Themas zu versammeln, damit sie später, wenn sie sich in den Stadtvierteln begegnen, die gleiche Sprache sprechen und über die glei-

chen Mittel verfügen. Es geht also darum, die Schranken zwischen den einzelnen Aktivitäten zu lockern, um die Zusammenarbeit zu erleichtern. Was das Vorlesen anbelangt, ist es die Praxis des Lesens selbst und die Fähigkeit der Personen, sich ein Buch anzueignen, die für sie eine Motivationsquelle darstellt. Des Weiteren versuchen wir, mit Weiterbildungseinrichtungen zusammenzuarbeiten, was relativ gut klappt. Wir haben folgende Erfahrung gemacht: Im Pays de Montbéliard gibt es ungefähr 120 Bibliothekare, von denen die Hälfte Freiwillige sind, was jedoch nicht zwingend heißt, dass sie weniger qualifiziert sind. Von diesen 120 Personen gehört ein Viertel dem kulturellen Bereich des öffentlichen Diensts der Gebietskörperschaft an, was sehr wenig ist, zumal sich „Kultur“ in diesem Zusammenhang vordergründig auf die französische Kultur bezieht und diese Personen nicht automatisch für Fragen der kulturellen Vielfalt und Migration ausgebildet sind. Für uns ist deshalb wichtig, die Weiterbildungseinrichtungen dazu anzuregen, diese Aspekte zu berücksichtigen, was bis zu einem gewissen Maß auch gelingt. Eine zweite Schwierigkeit besteht in der Frage, ob die betroffenen Personen überhaupt eine Weiterbildung wünschen oder nicht. Tatsächlich gibt es unter diesen 120 Personen einige, die zu allen Weiterbildungen kommen, und Andere, die diese nur selten in Anspruch nehmen. Manchmal muss man also die richtigen Hebel finden, um sie dazu anzuregen. Zum Beispiel, indem das für die Leseförderung zuständige Departement seine finanziellen und materiellen Mittel und Vorrichtungen in Abhängigkeit vom Engagement bei der Weiterbildung verteilt. Auf diese Weise können wir die Bibliothekare dazu bringen, sich weiterzubilden. Nichtsdestotrotz beobachten wir, dass eine solche Ausbildung nur dann wirklich sinnvoll ist, wenn sie sich später auch in Form einer Initiative materialisiert, die oftmals in Zusammenarbeit mit anderen Partnern (Betreuern, Vermittlern) stattfindet.

MEMET KARAMAN:

Ich möchte meine Vorrednerin zu ihrer Arbeit beglückwünschen. Ich weiß, dass ein solches Projekt nicht immer einfach ist. In den 1960er Jahren hatten wir mit der Zentralbibliothek Gents und den weiteren Bibliotheken, die ein sehr vielfältiges Angebot hatten ein ähnliches Problem. Wir haben dafür eine Lösung gefunden, indem wir uns auch darum gekümmert haben, Material in anderen Sprachen anzubieten.

Das ist eine mögliche Lösung. Eine weitere wäre, mit Beständen und Sammlungen zu arbeiten, die alle sechs Monate zwischen den Bibliotheken wechseln, um auf diese Weise allen ein breiteres Angebot zugänglich zu machen. Wir haben auch eine dritte Lösung, die für Sie aber möglicherweise nicht in Frage kommt. In Gent gibt es neun sogenannte Speel-o-theken. Das sind Bibliotheken für Spielsachen, in denen Kinder und Eltern Material ausleihen können. Diese arbeiten mit den Bibliotheken zusammen, um Sammlungen auszutauschen, was uns ermöglicht, den Bürgern diese Bibliotheken näher zu bringen.

VEERLE VANDERLEEN:

Entschuldigen Sie meine Nachfrage, aber ich habe nicht genau verstanden, was Sie mit Speel-o-theken meinen. Könnten Sie mir dies bitte genauer erklären?

MEMET KARAMAN:

Die Speel-o-theken wurden in Gent in den 90er Jahren gegründet, um auf eine konkrete Nachfrage der Eltern und Kinder zu reagieren. Wir orientieren uns bei der Beschaffung des Materials an den vier Entwicklungsstufen der Kindheit. Das Material wird an die Kinder verliehen, die in Begleitung ihrer Eltern kommen. So haben auch die Eltern die Gelegenheit, einige Bücher oder CDs auszuleihen. Das Ganze ist einer Bibliothek sehr ähnlich, nur werden statt Büchern hauptsächlich Spielzeuge verliehen, die an das Alter und die Entwicklung der Kinder angepasst sind.

CLAIRE BAZIN:

Es gibt in der Tat Vereine der „außerschulischen Volksbildung“ (*Associations d'éducation populaire*), die in Frankreich seit der Nachkriegszeit existieren und die versuchen, jeder Person die Möglichkeiten zur Selbstentfaltung und Wahrnehmung des eigenen Status als Bürger zu geben. Einige dieser Vereine bieten Aktivitäten an, bei dem Spiele eine der Begegnungsformen mit Kultur und Wissen bilden. Dies ist gerade deshalb interessant, weil diese Spiele oftmals anderen Kulturen entnommen sind. Auch das Konzept der Vernetzung ist von immenser Bedeutung: Wenn wir schaffen, für alle Bibliotheken ein gemeinsames Portal und einen vernetzten elektronischen Suchdienst einzuführen, könnten die Leser Dokumente in sämtlichen Bibliotheken

des Ballungsgebiets finden. Das wäre ein großer Fortschritt, da manche Bibliotheken für sich genommen nur über wenige hundert Bücher verfügen. Es gibt außerdem Bibliotheken, die sich auf ein bestimmtes Thema spezialisieren wollen. Ich denke da insbesondere an eine, die eine frei zugängliche Sammlung zum Thema Einwanderung, Geschichte der Einwanderung, Interkulturalität usw. anbieten will. Zuletzt will ich noch etwas zum Thema der Weiterbildungen anfügen. Egal, ob es sich um Bibliothekare, Lehrer, Sozialarbeiter, Betreuer oder sogar gewählte Volksvertreter handelt: Jeder, der unsere Weiterbildungen zum Thema Lesen und Schreiben besucht hat, ist dadurch zu der Erkenntnis gekommen, dass sein eigenes Verhältnis zum Lesen und Schreiben nicht selbstverständlich ist. Erst wenn wir die eigenen Praktiken und Sichtweisen mit denen der anderen konfrontieren, wird uns bewusst, wie sehr sie von unserer persönlichen Geschichte und unserer Erziehung geprägt werden, und dass es außer jenen, die wir in der Schule gelernt haben, noch ganz andere Möglichkeiten gibt, sich dem Lesen und Schreiben zuzuwenden. In Frankreich ist das ein sehr offensichtliches Vorurteil: Wer nicht Lesen und Schreiben kann, gilt als ungebildet. Dabei hat zumindest das Phänomen des Lesens aus historischen Gesichtspunkten einen starken Wandel erfahren, da wir vom lauten Vorlesen zum stillen Lesen gewechselt sind. Was wir auf unserer Ebene versuchen, ist, folgende Frage wieder ins Gleichgewicht zu bringen: Werden wir durch die Schriften eingeschränkt oder geben sie uns Freiheit?

Dr. OLAF HAHN:

Ich würde Ihnen gerne noch eine Frage stellen, bevor wir dann einen Schritt weitergehen in der Präsentation hier vorne, weil mir das auf der Zunge liegt, seitdem ich Ihnen heute früh zuhören darf. Sie haben 25.000 Menschen erreicht pro Jahr; Sie machen das seit 2005. Sie setzen an bei einer vernetzten, systematischen Leseförderstrategie und haben auch über die Defizite gesprochen. Mich würde interessieren, wie man insgesamt in Ihrer *agglomération* den Bildungsbeitrag misst. Sie können sich ja die schulischen Erfolge der Kinder genauer anschauen über diese Zeit. Sie können die Übergangszahlen der Kinder in weiterführende Schulen zählen und messen und Sie können vielleicht auch mit Blick auf die Kultureinrichtungen, die in Ihrer *agglomération* sind (Theater und andere Dinge), die Hebung des kulturel-

len Niveaus feststellen. Können Sie sagen, dass Ihre Leseförderung für die gesamte Region einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung leistet? Denn es geht ja nicht nur ums Lesen. Der Zugang zum Text ist ja ein Zugang zu Wissen. Wie würden Sie das beschreiben?

CLAIRE BAZIN:

Die Frage der Auswertung ist in den Bereichen von Kultur und Bildung nicht so einfach: Inwiefern tragen die Eltern, die Freundeskreise, die Lehrer und die Vereine zur Ausbildung der Kinder bei? Wie soll der Beitrag jedes Einzelnen gemessen werden? Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht nach Bewertungsinstrumenten suchen sollten. Als ich im Pays de Montbéliard ankam, fiel mir sofort auf, welche starke Dynamik hier vorhanden ist: Die Angebote im Bereich des Lesens und Schreibens sind beachtlich, existieren seit langem und sind gut verankert. Manche Veranstaltungen werden äußerst gut besucht. Begegnungen mit Autoren, die in kleinen Dorfbibliotheken stattfinden, können beispielsweise bis an die hundert Teilnehmer anlocken. Andererseits passiert es auch manchmal, dass für einen relativ bekannten Autor die Besucherzahlen weit niedriger sind, ohne dass wir die Gründe dafür genauer erklären könnten. Ich werde mich noch einmal des Beispiels unseres Projekts im Bereich des Vorlesens für Kleinkinder bedienen, da wir dieses schon seit zehn Jahren durchführen und dort über die genauesten Beobachtungen verfügen. In der Krippe, in den Tagesbetreuungsstätten und später im Kindergarten bieten professionelle Betreuer und Vereine Aktivitäten an, die im Wesentlichen auch die Eltern einbeziehen. Dies hat auch dazu geführt, dass die Eltern verstärkt Bibliotheken besuchen. In dem Maße wie die Kinder älter wurden, haben sich auch die Erzieher und Grundschullehrer diese Herangehensweise angeeignet. Und heutzutage empfangen wir sogar Lehrer der Sekundärstufe und des Gymnasiums, Dokumentalisten als auch Französischlehrer, bei unseren Weiterbildungsseminaren zum Thema Vorlesen. Sicherlich sprechen wir noch zu wenig die Jugendlichen an. Wir schaffen es jedoch immer besser, sie über andere Aktivitäten – wie beispielsweise das Schreiben, die bildenden Künste oder das Theater – im Rahmen von Partnerschaften mit Bibliotheken und kulturellen Einrichtungen, unter Einbeziehung urbaner Kulturen und neuer kultureller Praktiken – wie dem Rap oder Slam – zu mobilisieren.

Dr. OLAF HAHN:

Ganz herzlichen Dank, Frau Bazin, dass Sie uns auch hier einen Teil der Schwierigkeiten aufgezeigt haben, die bei der Evaluierung solch einer Strategie auftreten. Vielen Dank für Ihren Vortrag und auch für Ihre Bereitschaft, auf die Fragen, die aufgekommen sind, präzise zu antworten.

Bevor wir die Debatte nachher etwas allgemeiner gestalten, möchte ich mich zu meiner rechten Seite wenden und Ihnen Frau Tina Jerman vorstellen, die aus Düsseldorf kommt. Frau Jerman, Sie haben, wenn ich Ihren Lebenslauf richtig verstanden habe, zwei Haupttätigkeitsfelder: Sie sind Publizistin und schreiben viel zu Themen der kulturellen Vielfalt, Kultur und Nachhaltigkeit, aber Sie sind vor allem mit dem Thema „Eine Welt“ befasst. Ich weiß, dass Sie Gründungs- und Vorstandsmitglied eines „Eine-Welt“-Netzes in Nordrhein-Westfalen sind, dem Bundesland, in dem Düsseldorf liegt. Vielleicht sagen Sie uns eingangs noch, bevor Sie Ihren Vortrag beginnen, was man genau darunter zu verstehen hat, denn Ihr Vortrag – und das ist der zweite Punkt – behandelt ja generelle interkulturelle Handlungskonzepte in Kunst und Kultur. Sie, Frau Bazin, haben sehr stark Praxisarbeit gezeigt in dem Lesenetzwerk und ich vermute, Frau Jerman wird uns verschiedene kulturelle Konzepte in dieser Richtung vorstellen.

Tina Jerman

(Projektleiterin bei interkultur.pro, Düsseldorf)

Interkulturelle Handlungskonzepte in Kunst und Kultur

Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Bürgermeisterkonferenz nach Berlin, worüber ich mich sehr freue, weil wir in Nordrhein-Westfalen ein ähnliches Gremium haben. Wir führen regelmäßig einen *Jour fixe* durch, der viermal im Jahr Vertreter aus Kommunen einlädt. Aber ich möchte mich erst einmal vorstellen. Seit 1982 bin ich Geschäftsführerin der EXILE-Kulturkoordination in Essen. Das ist eine seit 1982 arbeitende Agentur für internationale und interkulturelle Kunstprojekte. Mit dem Medium der Kunst und Kultur möchten wir das Publikum in Deutschland für die Lebensrealitäten von Menschen aus den Ländern des Südens und der bei uns lebenden Migranten sensibilisieren. Wir haben relativ bald festgestellt, dass es neben der

praktischen Arbeit vor Ort, eben der Künstlervermittlung im Bereich der Agenturarbeit und dem Kunstprojektmanagement, auch notwendig ist, in der Kulturpolitik und in Kultureinrichtungen Lobbyarbeit zu machen für Themen wie *Interkultur* und *Kultur und Entwicklung*, um diese beiden Fäden auch zusammenzubringen. So begleiten wir diesen Prozess nun seit 2002 im Bundesland Nordrhein-Westfalen und diese Arbeit möchte ich Ihnen heute vorstellen.

Migration ist mittlerweile ein dauerhafter Zustand in unseren Kommunen und das bedeutet für alle Kultureinrichtungen, egal, ob sie institutionell oder unabhängig sind, sich auch mit diesem Thema zu beschäftigen. Unsere Aufgabe ist es, dabei die größtmögliche Unterstützung für die Beteiligten zu organisieren. Für uns bedeutet diese Konzentration im Kulturbereich eine gleichberechtigte, kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe und das ist für uns eigentlich eine Voraussetzung für eine demokratische Teilnahme am Leben. Das Zusammenspiel von Talent, Technologie und Toleranz, so wie Richard Florida das genannt hat, ist für uns eben auch ein Zeichen für ein vielfältiges, innovatives Klima. Wir vertreten die These, dass Kultur diese Bedingungen schaffen kann: Künste beleben und bereichern den Dialog der Kulturen.

In Nordrhein-Westfalen haben wir mittlerweile einen Migrationsanteil von ca. 23 %, deutschlandweit etwa 20 %, und das ist auf jeden Fall eine erneute Aufforderung, in diesem Bereich aktiv zu werden. Unsere These lautet, dass die Kulturszenen sich gegenseitig öffnen müssen, d.h. dass wir uns darauf konzentrieren, interkulturelle Konzepte zu gestalten und potential- und chancenorientiert in einem gemeinsamen „*third space*“, also einem gemeinsamen dritten Raum aktiv zu werden, um sich da möglichst ohne Vorurteile begegnen zu können.

Ich skizziere Ihnen ganz kurz die kulturpolitischen Rahmenbedingungen in unserem Land. Wir beziehen uns als Referenzrahmen in unserer Arbeit auf die UNESCO-Konvention, das Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Auf nationaler Ebene gibt es in Deutschland einen nationalen Integrationsplan, wo einer der sechs Bereiche der Kultur gewidmet ist. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages enthält in ihren Empfehlungen zur Kultur ebenfalls einen entsprechenden Passus. Derzeit gibt es eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz. Dazu

muss man wissen, dass Kultur in Deutschland Länderhoheit ist, aber trotzdem gibt es hier den Versuch, eine gemeinsame Plattform zu schaffen, und wir begleiten diesen Prozess. In Nordrhein-Westfalen ist Ihnen sicherlich die Kulturhauptstadt Ruhr.2010 bekannt, die ja ausschlaggebend ausgewählt worden ist, weil sie gerade Interkultur und Migration in den Fokus ihrer Aktivitäten gestellt hat. Baden-Württemberg ist jetzt das nächste Bundesland, das nachgezogen hat mit dem „Kultur 2020“-Bericht, wo man eben im dritten Kapitel Kunst und Kultur interkulturell ausgerichtet und sehr prominent positioniert hat.

In Nordrhein-Westfalen hat es nach den Attentaten vom 11. September eine parteiübergreifende Integrationsinitiative des Landesparlaments gegeben, mit der Aufforderung an alle Fachministerien zu prüfen, wo sie ihre Arbeit in diesem Bereich verbessern können. Daraus entstanden ist 2002 das Referat „Interkulturelle Kulturarbeit“ im Ministerium für Kultur. Damit wird vielleicht deutlich, was aus der Länderperspektive möglich ist, nämlich die Kommunen zu motivieren, zu stimulieren und zu sensibilisieren, in dieser Art und Weise vorzugehen. Also die Kommunen, insbesondere auch die Kultureinrichtungen, über Modellprojekte oder Vernetzungsansätze in die Lage zu versetzen, sich über die interkulturelle Öffnung einerseits auszutauschen, und eben auch mit entsprechenden Modellprojekten nach vorne zu gehen und zu schauen, wie man diese Arbeit im Einzelnen verbessern kann. Dazu kam dann 2005 mit der konservativen Regierung ein Integrationsministerium, was seit 2010 von der neuen Landesregierung in der Minderheitenregierung fortgeführt wird. Kulturarbeit ist jedoch nicht in dem Integrationsministerium angesiedelt, sondern ist Teil des Kulturministeriums und dort auch Querschnittsaufgabe.

Im Weiteren möchte ich Ihnen vorstellen, welche Prozesse in Nordrhein-Westfalen gelaufen sind. Der Grundansatz im Bereich der Interkultur basiert auf Partizipation, Transparenz und Vernetzung. Es ging darum, überhaupt erst einmal ein Konzept und eine Strategie zu entwickeln und dabei zu untersuchen, was die eigentlich notwendigen Schritte sind. Dazu hat die Landesregierung 2003 eine Studie in Auftrag gegeben, deren wesentliches Ergebnis war, dass es in den Kommunen kaum interkulturelle Konzepte im Kulturbereich gab. Und man hat festgestellt, dass die Kompetenz, diesen Bereich auch inhaltlich zu füllen, eigentlich nur gegeben ist, wenn Menschen mit Migrationshin-

tergrund daran beteiligt sind, weil die Kulturverwaltungen in den Kommunen, aber auch die Kultureinrichtungen, eigentlich nicht die Kompetenz haben, diese weißen Flecken auch tatsächlich mit neuen Programmen und neuen Inhalten zu füllen. Ich weiß nicht, wie es in Ihren Kulturverwaltungen aussieht. Ich selbst habe einen slowenisch-österreichischen Migrationshintergrund. Wir haben verschiedene Nationalitäten in unserem Team und in unseren Beratungskreisen und es ist einfach wichtig dafür zu sorgen, dass man diese Multiperspektivität auch sicherstellt. Dafür sind als erster Schritt in einem partizipativ organisierten Prozess Fördergrundsätze des Landes für interkulturell orientierte Kunstprojekte entwickelt worden, wobei die Betonung hier auf „interkulturell“ liegt. Es ist jeder kulturellen Minderheit oder Gruppe unbenommen, Lesungen z.B. in türkischer Sprache oder russische Discos oder andere Veranstaltungen zu organisieren, aber der Fokus der Landespolitik sollte darauf liegen, möglichst viele unterschiedliche Gruppen zusammenzubringen. Und das spiegelt sich in den Förderrichtlinien wider. Als nächster Schritt wurden in den Jahren 2004 bis 2006 mit sechs Modellkommunen in den großen Städten Dortmund und Essen, den mittleren Städten Hagen und Hamm und den Kleinstädten Arnsberg und Castrop-Rauxel kommunale Handlungskonzepte entwickelt und verabredet. Im Prinzip ging es darum, erneut in moderierten, partizipativen Verfahren Menschen in den Städten zusammenzubringen, die gemeinsam überlegt haben, wohin sich ihre Kommunen interkulturell entwickeln sollten? Welche Angebote erwarten z.B. Menschen mit Migrationshintergrund von der Stadtbibliothek, von ihrem Theater? Daraus sind die Handlungsempfehlungen entstanden, die wir in einem Buch zusammengefasst haben, die dort auch in *abstracts* in Englisch, Türkisch und Russisch vorliegen. Und am Ende dieser Verfahren standen dann jeweils Ratsbeschlüsse, d.h. also dass die kommunalen Gremien politisch darüber abgestimmt haben, dass sie diese interkulturellen Konzepte mit entsprechenden Zuständigkeiten und Evaluierungsmechanismen für den Kulturbereich in ihrer Stadt auch umsetzen wollten. Daraus ist der *Jour fixe*, den ich eben schon erwähnt habe, entstanden. Mittlerweile beteiligen sich 25 Städte daran, d.h. es ist ein Gremium, wo man ungeschützt über positive und auch negative Erfahrungen reden kann und sich in einem sehr lebendigen Gremium austauschen kann. Mit der Dokumentation in unserem Buch

möchten wir weitere Kommunen und Kultureinrichtungen motivieren, diesen Weg weiterzugehen.

Am Ende dieses Prozesses 2006 war eigentlich klar, dass noch etwas Entscheidendes fehlt, und zwar etwas, das Sie, Frau Bazin, eben auch erwähnt haben: die Fortbildung, die interkulturelle Kompetenz von Menschen in den Kultureinrichtungen und in der Kulturverwaltung. Deshalb haben wir 2007 ein Professionalisierungsprogramm entwickelt, „interkultur.pro“, womit wir Menschen aus den Verwaltungen, aus Kultureinrichtungen, vom freien Kulturmanagement ansprechen. Seitdem qualifizieren wir in den Bereichen Projektmanagement, interkulturelles Fundraising (das ist auch ein wichtiger Punkt) oder auch interkulturelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Es gibt dort auch einen Baustein, den Theorie-Praxis-Diskurs, mit dem wir Beispiele und aktuelle Forschungsergebnisse so präsentieren, dass Menschen aus der Praxis – die in der Regel nicht die Zeit haben, den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs zu verfolgen – sich mit Modellen und Konzepten auseinanderzusetzen. Dieser Baustein bietet ein regelmäßiges Forum, in dem man sich austauschen und mit neuen Theorien beschäftigen kann.

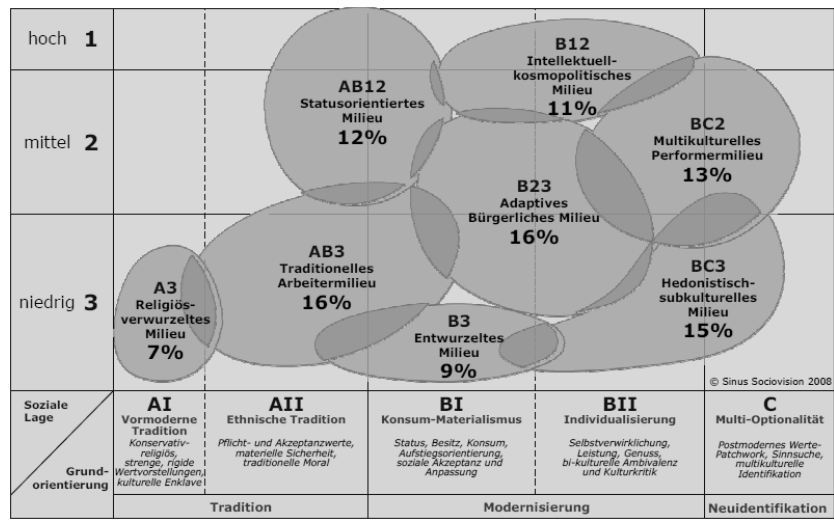
Dieses Projekt „interkultur.pro“ wird 2011 beendet sein, aber es gibt die positive Nachricht, dass die neue Landesregierung beschlossen hat, diesen Prozess mit Unterstützung einer großen Stiftung zu verstetigen. Es ist eine wichtige Erfahrung, dass, was zunächst als befristetes Projekt gestartet war, in Zukunft fortgesetzt und vor allem weiterentwickelt werden kann. Die Förderkriterien beispielsweise müssen zwar immer wieder diskutiert und auch neu positioniert werden, genauso wie das kommunale Handlungskonzept, aber es gibt immer mehr Kommunen, die Interesse haben, weiter zu machen. Auch der Fortbildungsbedarf ist eben nach den drei Jahren nicht zu Ende, sondern er wird zunehmen, weil sich mehr Menschen und Institutionen auf diesen Prozess einlassen. Und von daher ist es aus unserer Sicht konsequent, ein Institut oder eine Einrichtung zu haben, die diese Kompetenzen und Erfahrungen sammelt und weiter entwickelt und verbreitet.

Ich habe Ihnen mit „Sehnsucht nach Ebene 2“ ein konkretes Beispiel mitgebracht: ein Kunstprojekt, das meiner Meinung nach sehr gut in den Kontext der heutigen Veranstaltung passt. Es handelt sich dabei um ein Projekt, das genau den Förderkriterien des Landes ent-

spricht und interkulturell ausgerichtet ist. Zwei Künstlerinnen, Milica Reinhart aus Kroatien und Hagen und Marian Verkerk aus Amsterdam, haben in einem zentralen Stadtteil in Hagen, in dem Menschen aus 84 verschiedenen Nationalitäten leben, 40 Frauen interviewt. Diese Frauen haben über die Farben ihrer Erinnerung in ihren Migrationsprozessen erzählt. Aus diesen Interviews haben die beiden Künstlerinnen dann Bilder gestaltet, die an eine 500 Meter lange Hochbrücke angebracht worden sind, zusammen mit 20 Neonleuchtschriften des Wortes „Brücke“ in verschiedenen Sprachen und Handschriften. Der Stadtteil selbst ist europäisches Ziel 2-Gebiet, also ein Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf. Das Projekt wurde UNESCO- und Kulturhauptstadt-Modellprojekt. Interessant an dem Prozess ist eigentlich, dass es in ganz viele innerstädtische Bereiche hinein strahlt. Allerdings hat es zunächst einen kleinen Kulturkampf um dieses Projekt gegeben. Die Pressemappe mit den Berichten dazu ist 2 cm dick. Es ging im Prinzip um die Frage, wer möbliert den öffentlichen Raum in der Stadt und welche Gestaltungsvorstellungen kommen da zum Ausdruck. Letztendlich hat dann, weil das so umstritten war, die Landesregierung gesagt, wir fördern das Projekt nur, wenn es einen Ratsbeschluss dazu gibt. Ich habe noch nie eine Ratsversammlung gesehen, in der vier Stunden über Kunst diskutiert wurde. Letztendlich haben drei CDU-Abgeordnete der Mehrheitsfraktion für das Projekt gestimmt, sodass es ganz knapp realisiert werden konnte. Das Projekt berührt, wie schon erwähnt, verschiedene gesellschaftliche Bereiche, z.B. die Stadtentwicklung, die Kultur und die Bildung. Mittlerweile gibt es jetzt Führungen an der Brücke und in dem Viertel, die Menschen dort sind anders aufgestellt, seit es dieses Projekt gibt. „Sehnsucht nach Ebene 2“ ist in verschiedenen Museen in Europa sowie verschiedenen Konferenzen präsentiert worden. Es wurde ein Theaterstück dazu geschrieben. Ein türkischer Autor aus dem Viertel hat einen Roman veröffentlicht, der wiederum vom Jugendtheater aufgeführt worden ist. Schulen nehmen die Brücke als Anlass, sich mit ihrem multikulturellen Alltag in den Schulen auseinanderzusetzen. Darüber hinaus gibt es auch schon wissenschaftliche Beiträge verschiedener Fakultäten und Universitäten dazu.

Wenn wir nun noch einmal auf die Bausteine der Professionalisierung zurückkommen, ist für uns der Punkt „Daten, Fakten, Lebenswelten“ von großer Bedeutung. Die „kontinuierliche begleitende For-

schung“ ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Wir gehen davon aus, dass wir Verhältnisse eigentlich nur verbessern können, wenn wir tatsächlich auch systematische und strategische Analysen betreiben. Das bedeutet etwa für die interkulturellen kommunalen Handlungskonzepte die Analyse der lokalen Kulturpolitik. Hier arbeiten wir mit den Methoden der kulturwissenschaftlichen Forschung. In der Pilotstudie „Kulturelle Vielfalt in Dortmund“ wurden erstmalig mehrsprachig Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu ihren kulturellen Interessen und Gewohnheiten interviewt. Die Ergebnisse der tatsächlichen kulturellen Nutzung von Kultureinrichtungen gegenüber gestellt, so dass man dann sehen konnte, wie erfolgreich z.B. Bibliotheken arbeiten. Bibliotheken sind mit über 30 % die Kultureinrichtungen in Deutschland, die den höchsten Grad an Nutzung durch Menschen mit Migrationshintergrund haben, somit einen höheren Anteil als die deutsche Bevölkerung. Mit der Erhebung solcher Daten kann man dann auch in die kleinräumige Kulturplanung und -organisation gehen. Wichtig ist uns, dass diese wissenschaftlichen Ergebnisse auch weitergetragen werden, z.B. durch unsere Theorie-Praxis-Diskurse.



Grafik 6: Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Hier sehen Sie eine Grafik, das Ergebnis einer Studie über Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund des Sinus-Institutes aus Heidel-

berg, u.a. vom Land Nordrhein-Westfalen beauftragt. Sie enthält zwei wesentliche Aussagen: Das so genannte konservative, traditionell orientierte Milieu ist sehr klein und macht in Deutschland nur 7 % aus. Aber die Bebilderung der Medien zu Diskursen zu Migration ist eigentlich überwiegend mit Bildern aus diesem Milieu bestimmt. Die Medien haben eine besondere Verantwortung, auch die anderen, z.B. das intellektuell-kosmopolitische oder das hedonistisch-subkulturelle Milieu, zu berücksichtigen und auch darüber zu berichten. Die Ergebnisse und Empfehlungen dieser Studie sind bei uns auf der Internet-Seite, www.interkulturpro.de, zu finden. Auf jeden Fall lohnt sich der Blick in diese differenzierten Studien. Interessant ist auch das zweite Ergebnis, dass eigentlich die kulturelle Orientierung nicht nach Ethnien funktioniert, sondern Einkommen und Bildung ausschlaggebend sind. Das ist gestern ja auch schon angeklungen. Es hilft bei der Angebotsplanung von Kultureinrichtungen, wirklich genau hinzuschauen und Ihre Kulturangebote, wie gestern aus Antwerpen vorgestellt wurde, im Sinne eines interkulturellen Marketings in zielgruppenspezifische Angebotsplanung umzusetzen.

An dieser Stelle noch ein Hinweis: Ende Oktober findet in Bochum der 3. Bundesfachkongress Interkultur mit Akteuren aus dem In- und Ausland statt, an dessen Vorbereitung wir mitarbeiten. Wir glauben, dass gerade Vernetzung und Austausch – das ist ja auch hier gestern und heute deutlich geworden – sehr wichtige Themen sind, weil sich viele Kultureinrichtungen auf den Weg zu einer interkulturellen Öffnung machen und dazu Informationen und Anregungen benötigen. Wichtig ist uns dabei die systematische Professionalisierung und Verstärkung dieses Angebotes in den unterschiedlichen Gebieten der Kulturarbeit, um mehr Menschen den Zugang zu kultureller Teilhabe zu ermöglichen.

Dr. OLAF HAHN:

Ganz herzlichen Dank, Frau Jerman. Das waren ja einige Aspekte, die sicherlich viel über Nordrhein-Westfalen ausgesagt haben, über den Prozess, den Sie dort mit vorangetrieben haben, über die politischen Kräfte, aber auch viele Elemente beinhalten, so war jedenfalls mein Eindruck, die durchaus übertragbar sind. Ich bin gespannt, wie die Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und den beiden anderen beteiligten Ländern das wahrnehmen.

KARL ERNST FORISCH:

Ich habe zwei Fragen. Einmal: Haben Sie noch eine Aufstellung der 25 weiteren Kommunen, die da beteiligt sind, also zumindest zahlenmäßig? Und die zweite Frage ist: Es gibt ja oder es gab KOMM-IN-Förderung. Ich gehe mal davon aus, dass die jetzt amtierende Landesregierung das auch noch fortsetzt. Also uns sind zumindest keine anderen Informationen bekannt. Bestünde eine Möglichkeit, auch Ihre Aufgabenstellung, unter Umständen diese Programmatik, in KOMM-IN einzubetten? Wir haben ja bisher die Situation des Bildungsangebotes oder zumindest der Aufarbeitung der Bildungsangebote vor Ort und das wäre natürlich ein weiteres Segment, zumindest nach meiner Auffassung, wo man das möglicherweise intensivieren könnte.

TINA JERMAN:

Das ist jetzt vielleicht eine spezifisch nordrhein-westfälische Angelegenheit. KOMM-IN-Förderung bedeutet ein Förderprogramm, das nicht Projekte fördert, sondern strukturbildende Maßnahmen in den Kommunen. Und die Vertreter vom KOMM, die das Landesprogramm verwalten, nehmen regelmäßig an dem *Jour fixe* teil. Die 25 Kommunen, nach denen Sie fragen, finden Sie im Internet verzeichnet.

VEERLE VANDERLEEN:

Noch eine Frage bezüglich der Grafik. Ich habe das vielleicht nicht genau verstanden, aber ich beobachte, dass es zahlreiche Migranten gibt, die sich intellektuell sehr stark weiterbilden. Ich finde das gerade im Kontext Brüssels bemerkenswert, da das ja auch immer ein Problem ist, wenn es um die Repräsentativität auf der Führungsebene geht, in Verwaltungsräten und Ähnlichem. Deshalb wollte ich wissen, ob die Situation bei Ihnen anders ist.

TINA JERMAN:

Hier sind auch die Zahlen genannt, also man kann eben ungefähr sagen, dass vielleicht 35 % dem intellektuellen und bürgerlichen Milieu angehören, was aber teils zu vergleichsweise niedrigen Einkommen führt, d.h. die verdienen im Prinzip weniger als vergleichbare Deutsche. Vielleicht nochmal ganz grundsätzlich zu dem Verfahren der Sinus-Studie. Sinus hat zwei verschiedene Ebenen eingeführt bei der Kategorisierung. Einmal geht es eben um die Werteorientierung, die

sich von konservativ bis progressiv aufgliedern lässt. Und das Zweite ist die Einkommenssituation. Daraus ergeben sich dann verschiedene Parameter, mit denen man die Zielgruppen unterscheiden kann. Der Auftrag, den Nordrhein-Westfalen noch extra an die Studie formuliert hat, bezieht sich sehr stark auf den Kulturbereich. Da geht es dann darum, welche kulturellen Interessen sind in den einzelnen Milieus zu verorten, um daraus dann tatsächlich auch eine exaktere Planung machen zu können. Wenn man sich beispielsweise dieses adaptiv-bürgerliche Milieu anschaut, dann gibt es da ganz explizit ausgedrückt das Interesse nach Kulturangeboten, die die ganze Familie einbeziehen. Da besteht ein geringeres Interesse an Avantgarde-Theater, sondern eher z.B. an Musicals oder an vergleichbaren Angeboten, die eher ein *harmonizing* vermitteln. Ein anderes Milieu hat dagegen eher an religiösen Konzerten Interesse. Aber interessant ist z.B., dass allen Milieus gemeinsam ist, dass sie großen Wert auf kulturelle Bildung ihrer Kinder legen, weil in allen Milieus die Vorstellung existiert, dass je höher der Grad an kultureller Bildung der Kinder ist, desto höher sind auch die Chancen der beruflichen späteren Entwicklung und Integration.

Dr. OLAF HAHN:

Vielleicht muss man noch hinzufügen für die Nicht-Deutschen, dass Sinus vor einigen Jahren auch eine Studie für das ganze Land gemacht hat. Dies ist ein Spezifikum und das hat auch zu vielen Vergleichen geführt zwischen den Milieus in der so genannten „Mehrheitsgesellschaft“ und den Migranten-Milieus. Man muss auch sagen, dass diese Studie sehr oft herangezogen worden ist und herangezogen wird für unterschiedliche Aspekte der Integrationsarbeit in Deutschland, wie wir überhaupt in den letzten Jahren eine ganze Reihe sehr interessanter Großstudien in Deutschland bekommen haben, die sich mit dem Thema Integration befassen. Ich darf auf eine große Studie zu Muslimen in Deutschland hinweisen, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg vorgelegt hat, aus der man sehr gut erkennen kann, wie Muslime in Deutschland leben, eine ganz wichtige Fragestellung. Und sie wird leider – das möchte ich auch noch hinzufügen – sehr wenig zitiert und sehr wenig genutzt von den Medien in der aktuellen Debatte in Deutschland. Das ist schade. Ich glaube nicht, dass es die Studie in Englisch gibt – leider.

TINA JERMAN:

Aber es gibt Studien über England, oder auch die Sinus-Studie in Polen. Aber interessant ist vielleicht auch, dass da ein Auftraggeber-Team fungiert hat, das Interesse an den Daten hat. Da war u.a. das Familienministerium beteiligt, da war ein großer Sender in Süddeutschland beteiligt sowie ein Wohnungsbau-Unternehmen. Also eine ganz interessante Zusammensetzung von Auftraggebern, die alle Interesse daran haben, nicht mehr über *die* Migranten zu sprechen, sondern wirklich zu sagen, wenn wir Stadtentwicklung im Wohnungsbe-
reich planen, dann müssen wir auch wissen, was sind die Einkommen, was sind die Interessen und die Kapazitäten der Menschen, die wir da vorfinden, und genauso im Sinne eben von Angebotsplanung in den Kultureinrichtungen oder eben von Rundfunk- und Fernsehprogrammen.

Prof. Dr. SUSANNE KEUCHEL:

Ich würde diese Frage nach dem Bildungshintergrund in Deutschland gerne zahlenmäßig ergänzen, weil das in der Tat ein ganz spannendes Thema ist. Wir haben bei unseren Untersuchungen beim Statistischen Bundesamt mal diese Zahlen zusammengestellt und sind zu dem überraschenden Ergebnis gekommen, und das stützt ja die Sinus-Milieu-Studie letztlich auch, dass es keine Bildungsunterschiede grundsätzlich gibt. Dabei muss man aber natürlich auch die Geschichte, die Einwanderungsgeschichte in Deutschland beleuchten. Wir haben die Geschichte der Gastarbeiter, die ja zum Teil aus Ländern mit niedriger Bildung gekommen sind, um bestimmte Arbeiten hier zu übernehmen. Wir haben beispielsweise mittlerweile aber auch eine große Zuwanderung über politische Flüchtlinge – Iran, Irak –, die zum Teil Hochschul-
ausbildung haben, dann sich hier auch in ganz anderen Milieus verhalten. Wir haben aus dem Bereich Osteuropa viele Zuwanderungen, beispielsweise auch die so genannte „Aussiedler-Generation“, die dann zum Teil ja auch Deutsch spricht und sich dann hier ganz anders verankert hat mit ihren kulturellen Interessen und Sprachmöglichkeiten. Spannend ist natürlich grundsätzlich jetzt, auch gerade bei politischen Flüchtlingen mit hohem Bildungshintergrund, dass die – und das spiegelt hier ja auch die Milieu-Studie im Ansatz wider –, natürlich auch Schwierigkeiten haben, dann in bestimmte Positionen zu kommen. Aber grundsätzlich wäre es wirklich lohnend, sich diesen Bil-

dungshintergrund auch in anderen Ländern anzuschauen. Kann es sein, dass Deutschland gegebenenfalls eben durch diese unterschiedlichen Zuwanderungsströme etwas anders dasteht als andere Länder?

TINA JERMAN:

Vielleicht zu Ihrer Frage noch der Hinweis, dass wir genau über diese Differenzierung Menschen über unsere Professionalisierungsangebote gewinnen und sie in die Lage versetzen, tatsächlich auch in einem weiteren Umfang teilzuhaben, zum Beispiel Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund, die dann wirklich ein Kunst- und Projektmanagement machen, was sich ihnen vorher vielleicht so nicht erschlossen hätte und damit einfach auch eine kulturelle Partizipation in Gremien und in Kultureinrichtungen wahrzunehmen.

Dr. OLAF HAHN:

Ich habe selbst noch eine Frage, die ich gerne stellen möchte. Ich würde gern nochmal auf den Anfang Ihres Vortrags kommen. Da haben Sie uns eine Trias vorgestellt in drei Begriffen: Talent, Technologie und Toleranz. Und Sie haben auch auf die Rolle der Kultur als Bedingung für ein innovatives Klima hingewiesen. Ich möchte gerne ein bisschen zugespitzt fragen, etwas pragmatisch: Könnte man sagen, dass interkultur.pro und all Ihre Arbeit, die einer Verstetigung entgegensteht, was sicherlich zu begrüßen ist, auch ein Standortfaktor für Nordrhein-Westfalen ist, weil Nordrhein-Westfalen ja auch wirtschaftlich immer noch das wichtigste und das bedeutendste deutsche Bundesland ist? Kalkuliert man das auch so, was sicherlich legitim wäre? Hat Kultur also in einer gewissen Hinsicht auch eine Funktion in dem innovativen Klima für Wirtschaft?

TINA JERMAN:

Ich würde das jetzt nicht so ökonomistisch argumentieren wollen, sondern ich würde da viel eher auf das Zusammenleben in den Kommunen zurückgreifen. Die Perspektive ist eigentlich die aus Finnland übernommene: Wir dürfen keinen Menschen verlieren in diesem Prozess und müssen so vielen Menschen wie möglich Teilhabe ermöglichen, damit das kommunale Leben lebendig und verantwortungsvoll, also im Sinne von Rechten und Pflichten, läuft. Und natürlich kommt hinzu der Hinweis von Richard Florida, dass da, wo ganz viel *diversity-*

Faktoren zusammenkommen, Entwicklungen einer Region, Kommune, Kultureinrichtung wirklich positiv laufen.

Dr. OLAF HAHN:

Dann danke ich Ihnen ganz herzlich, Frau Jerman, für den sehr beeindruckenden Vortrag und Ihre Bereitschaft, auch die Fragen zu beantworten und den Hinweis auf weitere Studien. Ich darf mich wieder in die andere Richtung wenden. Ihnen auch ein herzliches Willkommen! Schön, dass Sie aus Brüssel zu uns gekommen sind. Ich habe einen denkbar kurzen Hinweis auf Ihren Lebenslauf bekommen. Ich habe nämlich einzig den Hinweis, dass Sie Regionalabgeordneter in Brüssel sind. Ich weiß aber auch, dass Sie verschiedene Stationen in Ihrem politischen Leben durchlaufen haben, aus der Stadt Brüssel selber kommen und Sie werden uns ja auch über Brüssel heute berichten, über die Kulturplanung, die „Maison des cultures“, das ist ja gestern im Plenum schon angesprochen worden. Vielleicht sagen Sie noch kurz etwas zu sich selbst und auch etwas zu Ihrer Stadt, damit das den Nicht-Belgiern unter uns und denjenigen, die sich in Brüssel nicht so gut auskennen, vielleicht ein wenig zugänglicher wird.

Ahmed Mouhssin

(Abgeordneter im Brüsseler Regionalparlament)

Kulturprogramm und „Haus der Kulturen“: Mittel zur Planung und Umsetzung der lokalen Multikulturalität

Einleitend möchte ich Georges Duhamel zitieren, der Kultur als das definierte, „*was aus einem Arbeitstag einen Tag des Lebens macht*“.

Ich möchte in der Tat betonen, dass die Kultur nicht einfach einen nebensächlichen Aspekt der öffentlichen Verwaltung darstellt. Auch wenn die Grundbedürfnisse – wie Wohnraum, Arbeit und Krankenversicherung – erste Notwendigkeiten darstellen, kommt das Bedürfnis nach Kultur und deren Übertragung direkt danach. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse treten also in zeitlich versetzter und aufeinanderfolgender Weise auf, sind aber allesamt unentbehrlich für das persönliche Wohlbefinden und die sozialen Bindungen. Glücklicherweise teilen die öffentlichen Einrichtungen diese Ansicht, und deshalb ak-

zeptieren auch alle Städte die Förderung der Kultur als eine grundlegende Herausforderung.

In Brüssel kann die Kultur noch mehr als andernorts nur im Rahmen der Anerkennung der sozialen und ethnischen Vielfalt betrachtet werden. Eine kurze und durch einige Zahlen³ veranschaulichte Beschreibung der sozioökonomischen Situation Brüssels soll das Ausmaß dieser Herausforderung verdeutlichen. In der belgischen Hauptstadt wohnen 1.048.491 Einwohner. Davon haben 295.043 Personen eine ausländische Staatsbürgerschaft und 200.000 sind nach 1990 eingebürgerte Ausländer. Insgesamt bedeutet dies, dass ca. 50 % der Gesamtbevölkerung Ausländer bzw. ausländischer Herkunft sind. Dazu kommen zehntausende Personen, die entweder auf die Anerkennung ihres Einbürgerungsantrags warten oder illegal im Land verweilen, sowie europäische Praktikanten.

Wie viele andere große urbane Ballungsräume zeichnet sich auch Brüssel unglücklicherweise dadurch aus, dass eine hohe Anzahl von Personen unter der Armutsgrenze lebt. In der Tat müssen knapp 30 % der Einwohner der Hauptstadt Europas mit weniger als 822 Euro pro Monat auskommen (Zahlen von 2008), wobei sich diese missliche Lage besonders auf das Stadtzentrum konzentriert. Die Abwanderung der wohlhabenden Einwohner, die im Rahmen der Deindustrialisierung durch sozial schwache Einwanderer ersetzt wurden, hat zu einer Verarmung der entsprechenden Stadtviertel geführt. Das betroffene Gebiet wird oft als das „arme Hörnchen“ (*le croissant pauvre*) bezeichnet und die Arbeitslosenquote liegt dort bei über 30 %.

Die institutionelle Komplexität stellt ebenfalls eine der Besonderheiten Brüssels dar. Um die Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden des Landes zu schlichten, wurden komplexe Mechanismen zur Verwaltung und Finanzierung des öffentlichen Lebens eingeführt. Das Ergebnis ist eine Zerstreuung der Kompetenzen, die mit der Zeit sowohl für die Bürger als auch für die kulturellen Akteure immer undurchschaubarer wurde.

Normalerweise steht die Kultur in Belgien ausschließlich unter dem Zuständigkeitsbereich der (französischen, flämischen und deutschsprachigen) Gemeinden. In der Region der Hauptstadt Brüssel (die zugleich Hauptstadt Europas, Belgiens, Flanderns, der französisch-

³ Zahlen aus dem Jahr 2008

sprachigen Gemeinschaft und der Region Brüssel-Hauptstadt ist), sind sowohl die Gemeinden, als auch der Bundesstaat, die COCOF⁴, die VGC⁵, die COCOM⁶ und die 19 Gemeinden, die die Region Brüssels bilden, auf die eine oder andere Weise für das kulturelle Leben der Stadt zuständig.

Die andere Besonderheit Brüssels besteht in der Tatsache, dass sich die Vielfalt der Bevölkerung auch in der politischen Repräsentation widerspiegelt, was ohne Zweifel dem Vertrauen in die Wahlpflicht und der Einführung des kommunalen Wahlrechts für europäische und außereuropäische Einwohner geschuldet ist. Tatsächlich sind in Brüssel im Zuständigkeitsbereich der Kulturpolitik Frau Fadila Laanan, Kulturministerin der französischen Gemeinschaft Belgiens, Herr Emir Kir, Kulturminister für die COCOF und Herr Hamza Fassi-Fihri, Beigeordneter für kulturelle Angelegenheiten des Bürgermeisters der Stadt Brüssel (die die bedeutendste Gemeinde der Region Brüssel-Hauptstadt ist) die wichtigsten kulturpolitischen Verantwortlichen. Ihnen wird am Klang ihrer Familiennamen kaum entgangen sein, dass sie alle drei ausländischen Ursprungs sind. Wirkt sich dies auf die politischen Maßnahmen Brüssels im Sinne einer stärkeren Öffnung zur Vielfalt aus? Ich tue mich nicht schwer, dies zu glauben.

Nichtsdestotrotz ist nicht alles rosig. Das kulturelle Netzwerk Brüssels hat es noch nicht geschafft, sich vollständig an das multikulturelle Umfeld der Stadt anzupassen. In diesem Kontext stellt die Gründung einer neuen kulturellen Einrichtung durch die lokalen Amtsträger der Gemeinde Molenbeek-Saint-Jean eine begrüßenswerte Initiative dar. Diese Einrichtung greift den ursprünglichen Gedanken der kulturellen Zentren der siebziger Jahre wieder auf. Diese verfolgten das Ziel, im Rahmen eines umfassenden Projekts die Erschaffung und Verbreitung von Kunst zu fördern und diese mit der Entwicklung einer klaren und starken Identität zu verbinden. Eine Identität, die dem lokalen Umfeld entspricht, für die Bürger, und vor allem: mit den Bürgern.

4 COCOF bezeichnet die französische Gemeinschaftskommission:
<http://www.cocof.irisnet.be/site/fr>

5 VGC bezeichnet die flämische Gemeinschaftskommission: <http://www.vgc.be/>

6 Gemeinsame Gemeinschaftskommission:
http://www.bruxelles.irisnet.be/fr/region/region_de_bruelles-capitale/institutions_communautaires/cocom.shtml

Diese Einrichtung ist das „Haus der Kulturen und des sozialen Zusammenhalts“⁷, das den interkulturellen und generationsübergreifenden Austausch fördern und den Bewohnern dieser Brüsseler Gemeinde einen modernen Ort der Freizeit und der Begegnungen bieten will. Das „Haus der Kulturen und des sozialen Zusammenhalts“ bietet zahlreiche Aktivitäten an, die den kulturellen Reichtum der Region zum Ausdruck bringen: Seminare für Tanz, Musik, Kino und Theater, Ausstellungen zu Ehren lokaler Künstler, generationsübergreifende Begegnungen und gemeinsame Feiern verschiedener Gemeinschaften. Die Veranstaltung der islamischen Feier des Fastenbrechens wird dort beispielsweise nicht als Gefährdung der Neutralitätspflicht des öffentlichen Dienstes, sondern vielmehr als Gelegenheit des kulturellen Austausches betrachtet. Diese Einrichtung ermöglicht es, kulturelle Barrieren abzubauen, indem sie den Dialog und die Anerkennung der verschiedenen Kulturen unterstützt. Diese Vorgehensweise ist sehr erfolgreich und auch die Tatsache, dass die Bewohner des Viertels diesen Ort annehmen, kann als Zeichen dieses Erfolgs gewertet werden. Es gibt in Brüssel zwei weitere öffentliche Initiativen, die zweifellos verdienen, kurz vorgestellt zu werden. Die erste ist MAGH⁸, ein maghrebinisches Zentrum, das sehr viel Wert auf seine laizistische Ausrichtung legt und von der französischen Gemeinschaft voll unterstützt wird. Laut seiner eigenen Darstellung ist es ein Ort, der *„sich dem kulturellen Gebiet rund um die Länder des Maghreb und des Mittelmeerraums widmen will. Seine Besonderheit besteht darin, den Minderheitskulturen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, die – oftmals verkannten – Künstler mit Migrationshintergrund zu unterstützen und schließlich, den ebenso erstaunlichen wie ignorierten Schriftstellern des Südens und anderer Länder, die keinen anderen Zufluchtsort gefunden haben, eine stärkere Resonanz zu verleihen“*. Eine ehrgeizige Ankündigung, die sich angesichts der erst kürzlich erfolgten Eröffnung daran zu messen hat, wie das Zentrum vom Publikum angenommen wird. Die zweite Einrichtung ist der Daarkom⁹, das marokkanisch-flämische Haus der Kulturen in Brüssel, das von der flämischen Gemeinschaft und dem Königreich Marokko gegründet wurde. Die Einrichtung, die sich aktuell noch in Renovierung befindet, soll ein Ort der

7 Maison des Cultures et de la Cohésion Sociale: <http://maisoncultures1080.blogspot.com/>

8 http://www.espacemagh.be/creation_diffusion_artistiques_fr.php

9 http://www.daarkom.be/blog/fr/?page_id=60

Begegnung für Personen unterschiedlicher Kulturen werden, in dem sie die jeweils andere Kultur entdecken können. Was daraus entsteht, kann möglicherweise als Verschmelzung bezeichnet werden. Die Besonderheit dieses kulturellen Zentrums besteht darin, dass es sich gänzlich um ein Projekt der Zusammenarbeit mit dem Herkunftsland Marokko handelt.

Ich will ebenfalls kurz auf die vielen erfolgreichen privaten Initiativen der Bürger eingehen. Jede Woche kann man auf den Straßen der Gemeinde Saint-Josse (einer kleinen Arbeitergemeinde in Brüssel) zahlreiche junge Mädchen mit ihren Saz¹⁰ antreffen, die in türkischen Vereinen proben. Diese Kurse, die von (subventionierten) Bürgerorganisationen angeboten werden, erfüllen eine Nachfrage, die von den öffentlichen Musikschulen bislang nicht gedeckt wird, da sie dieses Instrument nicht in ihr Programm aufgenommen haben. Die „Ameisen“ (*Les Fourmis*) ist eine islamische Pfadfinderorganisation, die ein humorvolles Theaterstück über das Thema der islamischen Hochzeit geschaffen hat: „*Die Hochzeit von Laila*“. Obwohl es sich um ein Laienstück handelt, wurde es ein voller Erfolg bei einem breiten Publikum. Es gibt ebenfalls das alljährliche europäische Nasheed¹¹-Konzert in Brüssel, das während eines Wochenendes täglich mehr als 2.500 Familien anzieht. Ganz abgesehen vom kulturellen Kabelfernsehen Al Maghreb TV¹², das dieses Jahr eingeführt wurde. Das Entstehen dieser gemeinschaftlichen Initiativen (die gerade bei der Arbeiterbevölkerung mit Migrationshintergrund erfolgreich sind) zeugt von dem Bedürfnis nach Kultur und der Verbundenheit mit den eigenen Wurzeln. Wenn wir in dieser multikulturellen Gesellschaft die Überzeugung teilen, dass diese Initiativen eine Bereicherung darstellen, impliziert dies auch das Entgegenkommen der Politik, die über die Unterstützung dieser gemeinschaftlichen Projekte die Rahmenbedingungen für eine echte Interkulturalität schaffen sollte.

Vor dem Hintergrund der unzähligen Herausforderungen, denen Kulturproduzenten in Brüssel begegnen, und weil die politische Unterstützung noch nicht ausreichend vorhanden ist, haben sich 120 (zivilgesellschaftliche) französisch- und holländischsprachige kulturelle

10 Türkische Laute

11 Islamischer Chorgesang

12 www.amtv.be

Akteure zusammengetan, um einen „Kulturplan für Brüssel“¹³ aufzustellen. Diese Initiative nahm zwei Jahre Arbeit in Anspruch. Es handelt sich um ein Projekt, das unter der Leitung zweier Netzwerke, dem französischsprachigen „Netzwerk der Künste in Brüssel“ (*Réseau des Arts à Bruxelles, RAB*¹⁴) und dem flämischen *Brussels Kunstenoverleg*¹⁵ (BKO) stattfand und ebenfalls von der König-Baudouin-Stiftung unterstützt wurde.

Der Kulturplan gliedert sich in fünf Themenbereiche und 34 konkrete Vorschläge. Der erste Themenbereich betrifft die gesellschaftliche Vielfalt und den Zugang zur Kultur, womit wir bei unserem heutigen Anliegen wären.

Unter den verschiedenen Vorschlägen zu diesem Thema können wir folgende Schwerpunkte festhalten: die Idee, die kulturellen Akteure dazu anzuregen, mit Personen anderer kultureller Herkunft zusammenzuarbeiten; Mittel für Übersetzungen und Übertitelung bereitzustellen; den interkulturellen Dialog zu fördern; die Kunsteinrichtungen und die verschiedenen kulturellen Gemeinschaften zusammenzuführen und letztendlich spezifische Schulungen im Bereich der Interkulturalität und der kulturellen Vermittlung anzubieten. In der Tat betonen die Autoren dieses Plans, wie wichtig die Entwicklung von kulturellen Projekten ist, die dem Austausch und dem Kennenlernen aller individuellen Modelle dienen. Im Endeffekt geht es also darum, kulturelle Brücken zu bauen, um institutionelle Mauern zu überwinden.

Dieser Plan kommt wie gerufen, da er ein kulturelles Entwicklungsmodell anstrebt, das sich der Vision verschreibt, den Zugang zur Kultur für ein möglichst breites Publikum zu fördern. Auch wenn Brüssel zum jetzigen Zeitpunkt über eine dichte kulturelle Vernetzung auf der lokalen Ebene verfügt, besteht das Risiko, dass diese unter dem Druck internationaler Einflüsse zunichte gemacht wird.

Zwischen den großen europäischen Städten existiert heutzutage eine Konkurrenz, die es notwendig erscheinen lässt, Brüssel – ähnlich wie andere Großstädte – zu „verkaufen“. Ab diesem Zeitpunkt wird die Kultur jedoch zu einem Instrument unter vielen anderen in einer rein wirtschaftlich orientierten Stadtentwicklungspolitik. Das Beispiel Bilbao wird in Hinblick auf die erfolgreiche Image-Vermarktung

13 www.reseaudesartsabruelles.be

14 http://www.reseaudesartsabruelles.be/rab_home

15 <http://www.bko.be/>

(*branding*) als erstrebenswertes Modell angesehen. Das birgt die Gefahr, dass das *Ranking* der Kulturstädte von den öffentlichen Akteuren als wichtigster Indikator herangezogen wird, um die Effizienz ihrer Kulturpolitik zu beurteilen. Dieser Druck könnte schließlich dazu führen, dass die politischen Entscheidungsträger das kulturelle Angebot entsprechend umformen, um vordergründig die Zielgruppe der Touristen und Kongressteilnehmer anzusprechen und dementsprechende Events zu organisieren. Es bestehen also starke Spannungslinien zwischen der Dynamik der Internationalisierung und der Absicht, die lokale Kultur zu verstärken, die einer der wichtigsten Trümpfe des Kulturlebens von Brüssel ist.¹⁶

Eine interkulturelle Politik im Dienste der Bürger – das ist die Herausforderung, der sich unsere Region stellen muss, und entlang dieser Vision sollte sich meines Erachtens die Kulturpolitik Brüssels entwickeln.

Dr. OLAF HAHN:

Ganz herzlichen Dank! Da steckte wieder viel drin, wieder aus einer anderen Perspektive einer europäischen Großstadt mit einer sehr beeindruckenden Bevölkerungszusammensetzung. Sie haben uns diese beiden Elemente sehr gut vorgestellt: das „Haus der Kulturen“ und auf der anderen Seite den Kulturplan. Ich bin sicher, dass einige Fragen aus dem Publikum kommen werden.

KARL ERNST FORISCH:

Ich finde es sehr interessant, das was Sie zuletzt gesagt haben, dass man bereits eine Initiative auf wallonischer Seite, eine Initiative auf flämischer Seite hat. Das ist ja eigentlich eine klare Dokumentation der belgischen Verhältnisse. Und insofern ist ja zumindest dann für Belgien Integration gelungen. Aber das nur als kleine humoristische Anmerkung. Für mich wäre mal etwas anderes entscheidend. Sie haben ausgeführt, dass Sie Politiker sind und Politiker greifen natürlich auch schnell in die Taschen anderer. Ich gehe mal davon aus, dass das grenzüberschreitend ist. Wie sieht das aus? Werden die Initiativen kommunal finanziert, d.h. eben von Brüssel bzw. von den Kommunen um Brüssel herum oder von den Kommunen, die betroffen sind? Oder

16 www.brusselsstudies.be - Zusammenfassung N° 8 - Brüssel und die Kultur - von Professor Genard.

sind das auch EU-Mittel? Das wäre sehr interessant zu erfahren, inwieweit hier der Sitz der europäischen Einrichtungen auch bis auf die kommunalen Ebenen durchschlägt.

AHMED MOUHSSIN:

Heutzutage kann kein Großprojekt mehr ohne europäische Finanzierung in Angriff genommen werden. Dementsprechend war dies auch der Fall beim „Haus der Kulturen“: Die Neugestaltung (Renovierung des Gebäudes) wurde durch europäische, föderale und kommunale Subventionen unterstützt. Was die jährlichen Betriebskosten anbelangt, übernimmt die Gemeinde etwa 60 %. Ungeachtet ihres Erfolges bleibt diese Initiative also weiterhin eine nicht unwesentliche Belastung für die Gemeinde.

TINA JERMAN:

Ich habe zwei Fragen. Grundsätzlich ist mir gestern schon aufgefallen, dass diese Häuser der Kultur in der öffentlichen Diskussion sind. Und unsere Debatte in Nordrhein-Westfalen zumindest geht in eine andere Richtung und zwar eher dahin, dass sich alle bestehenden Kulturinitiativen und Kultureinrichtungen öffnen müssen und dass es nicht Orte geben soll, die praktisch nur migrantische Themen oder Kultur behandeln, sondern dass das eine Querschnittsaufgabe eines städtischen Theaters sein muss. Da würde ich gerne mal nachfragen. Und die zweite Frage ist: Muss man nicht im Tourismus, in dem *branding* zu Brüssel oder zu anderen Städten genauso auch die Vielfalt als einen positiven Standortfaktor sehen ebenso wie die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Provenienz? Das ist, fand ich, damals bei dem Kulturhauptstadt-Projekt Antwerpen sehr gut gelungen, diese Vielfalt auch nach vorne zu stellen. Aber das hat auch etwas mit Strukturen zu tun. Wir hatten gestern die Diskussion über die älteren, weißen, möglicherweise auch noch katholischen Männer, die Entscheidungen treffen. Sind die in der Lage, diese Vielfalt auch tatsächlich als eine Lebensqualität und als Attraktion für Brüssel oder andere Städte darzustellen?

AHMED MOUHSSIN:

Mir ist wichtig, die Bezeichnung „Haus *der* Kulturen“ zu betonen, da dieses Projekt auf die Interkulturalität aufbaut. Das Eine geht nicht

ohne das Andere: Die Verwurzelung in der Herkunftskultur ermöglicht häufig, sich auch anderen Kulturen gegenüber offener zu verhalten, wobei es sich um einen mehrstufigen Prozess handelt. Viele würden sicher erstaunt sein zu erfahren, dass eine Vielzahl der Personen mit Migrationshintergrund weder ihre Herkunftssprache noch ihre ursprüngliche Kultur wirklich kennen. Es geht meines Erachtens darum, diese Grundlagen herzustellen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich auch gegenüber anderen Kulturen mehr zu öffnen. Dazu ein Beispiel: Brüssel beherbergt seit 20 Jahren ein arabisches Kulturzentrum, das eher ein wohlhabendes und intellektuelles Publikum aus dem Mittleren Osten anspricht. Es gibt dort jedoch kein kulturelles Problem, da es sich um Personen handelt, die in ihrer eigenen Kultur gut verwurzelt sind; um Intellektuelle, die über solide Kulturkenntnisse verfügen, was meiner Ansicht nach ein unverzichtbares Hilfsmittel darstellt. Was die Frage des Marken-Images der Stadt betrifft, hat Brüssel keine Probleme und ist allgemein sehr gut platziert. Die Unsicherheit bezieht sich eher auf die möglichen wirtschaftlichen Entscheidungen, da die Wirtschaft Druck ausübt, um der Stadt ein gewisses Image zu verleihen. Unsere Sorge bezieht sich also auf die Gefahr, dass die finanziellen Mittel neu verteilt werden.

MEMET KARAMAN:

Ich möchte zuerst auf die Fragen meiner Kollegin aus Gent bezüglich der Kultur, der Integration und der Kategorien eingehen. Anschließend hätte ich noch eine Frage an unseren Referenten. In Flandern verfolgen wir die gleiche Vorgehensweise wie Sie. Wir versuchen die Kulturpolitik umfassend zu gestalten, damit das Angebot alle Bürger anspricht. Diesen Ansatz haben wir in Flandern flächendeckend und getrennt von Brüssel angewandt. Und wir gehen davon aus, dass es seine Früchte trägt, deshalb arbeiten wir auf differenzierte Art und Weise. Wir verfügen über Häuser der Kulturen, die ihre Programme nach wie vor selbst gestalten, wie es schon in den letzten 20 bis 30 Jahren der Fall war. Nach und nach versuchen wir, über entsprechende Vereinbarungen das kulturelle Angebot dieser Einrichtungen zu erweitern, um neue Bevölkerungsgruppen anzuziehen. In Gent haben wir darüber hinaus ein multikulturelles Haus der Kulturen gegründet, bei dem sowohl in Personalfragen, als auch in Bezug auf das Publikum und das Angebot Rücksicht auf die Vielfalt der Kulturen ge-

nommen wird. Unsere Erkenntnis ist also, dass eine Kombination beider Elemente darüber hinweghelfen kann, wenn eines der beiden nicht zufriedenstellend funktioniert. Dieser Ansatz hat uns zumindest in Gent gute Ergebnisse gebracht. Und daher meine Frage an Herrn Mouhssin: Wenn Sie von der Konkurrenz zwischen zwei Städten sprechen, meinen Sie da die verschiedenen Gemeinden Brüssels, die Städte in Flandern oder die großen internationalen Metropolen?

AHMED MOUHSSIN:

Es handelt sich weniger um eine Konkurrenz zwischen den einzelnen Gemeinden, als vielmehr um eine Konkurrenz zwischen den großen Metropolen wie Brüssel oder Antwerpen und den anderen größeren Städten, die sich über die Entfaltung der Kultur profilieren.

JACQUES SCHIBLER, *Beauftragter für Interkulturalität der Stadt Straßburg und der Communauté Urbaine de Strasbourg*:

Was die Konkurrenz zwischen den großen Städten angeht, kann Straßburg nicht mit Brüssel rivalisieren und bleibt weit dahinter zurück. Aber ich würde Ihnen gern zwei Fragen stellen, zuerst bezüglich der Finanzierung: Sie haben gesagt, dass das „Haus der Kulturen“ durch europäische Mittel unterstützt wird. Da diese aber vielfältig sind, möchte ich fragen, welche Sie meinen: Handelt es sich um Mittel des „Kultur-Programms“ oder des Europäischen Sozialfonds (ESF)? Ich würde gern wissen, ob es zum Zeitpunkt der Umsetzung eine echte Abstimmung mit anderen Gemeinschaften gab und man wirklich auf diese zugehen wollte. In diesem Fall würde sich das Projekt in den Rahmen des „Kultur-Programms“ eingliedern lassen. Oder handelt es sich um ein rein belgisches Projekt?

AHMED MOUHSSIN:

Ja, es ist ein rein belgisches Projekt.

JACQUES SCHIBLER:

Meine zweite Frage richtet sich an Frau Jerman: Sie sagten, dass der Aufbau eines Hauses der Kulturen einer neuen Eingrenzung der Interkulturalität gleichkommt, anstatt die Verknüpfung zwischen den verschiedenen kulturellen Einrichtungen zu fördern, was ja eigentlich genau das Ziel der Interkulturalität sein sollte. Wie definiert denn

Nordrhein-Westfalen die Interkulturalität genau? Verfolgt das Bundesland nicht eher eine transversale multikulturelle Politik?

TINA JERMAN:

Danke für die Frage! Es sind vielleicht verschiedene Konzepte. Interkulturalität würden wir an der Stelle so definieren, dass wir bei einem Kunstprojekt sagen, es müssen Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen an dem Projekt beteiligt sein, auf verschiedenen Ebenen. Das Projekt selber soll sich an verschiedene ethnische Gruppen richten und das muss auch in der Art und Weise, wie die Öffentlichkeitsarbeit und die Projektkonzeption laufen, sichtbar werden. Für uns ist es einfach die grundsätzliche Frage: Muss Kunst und Kultur nicht in allen Angeboten interkulturell sein? Das heißt nicht, dass man nicht auch ein Schiller-Theaterstück spielen kann. Aber ein Theater muss grundsätzlich auch der Ort sein dafür, dass Stücke von Autoren mit Migrationshintergrund oder internationalem Hintergrund stattfinden oder internationale Kooperationen stattfinden und verschiedene Kulturen präsentiert werden. Die Frage ist eben, geht man dann mit dieser Interkulturalität in den *mainstream* oder geht man in besondere Orte und lässt die anderen Kulturangebote davon weitgehend unbehelligt? Ich hoffe, das ist jetzt ein bisschen klarer geworden.

CLAIRE BAZIN:

Herr Mouhssin, glauben Sie nicht, dass die flämischen und wallonischen Initiativen, die Sie vorgestellt haben, namentlich das marokkanisch-flämische Kulturzentrum und die kulturelle Einrichtung Magh (laizistisches maghrebinisches Kulturzentrum), die gleiche Vorgehensweise verfolgen? Und falls ja, könnte man dann nicht auch davon ausgehen, dass dadurch potentiell eine Verständigungsbasis gegeben ist?

AHMED MOUHSSIN:

Der unterschiedliche Ansatz beider Projekte besteht darin, dass das flämische Projekt eng mit dem Herkunftsland Marokko zusammenarbeitet, was beim Kulturzentrum Magh nicht der Fall ist. Dies ist möglicherweise auf die unterschiedlichen Funktionsweisen beider Gemeinschaften zurückzuführen.

CLAIRE BAZIN:

Sicher. Trotz dieser unterschiedlichen Vorgehensweisen scheint es dennoch einen gemeinsamen Nenner zu geben, der in diesem Fall jedoch nicht belgisch, sondern marokkanischer Natur ist.

AHMED MOUHSSIN:

Zweifellos. Mit Sicherheit werden sich die betroffenen Akteure immer mehr der Tatsache bewusst, dass man bezüglich dieser Fragen weiterkommen muss. Aber allein durch ihre jeweilige Bezeichnung deuten die beiden Einrichtungen schon eine unterschiedliche Herangehensweise an. Die Frage ist: Welche Zielgruppen wollen sie ansprechen? Und werden sie es schaffen? Die Zukunft wird es zeigen.

FRANK CUYPERS, *Kulturpolitischer Berater der Stadt Antwerpen*:

Ich bin Frank Cuypers, Berater für Kulturfragen der Stadt Antwerpen. Aber ich habe auch einen weiteren Beruf: Ich bin Professor für Citymarketing und ich hätte diesbezüglich eine Bemerkung, eine Sorge und eine Frage. Die Bemerkung ist sehr konkret und sie richtet sich an Ahmed. In Antwerpen sind wir, was das Citymarketing betrifft, ebenfalls sehr bescheiden. Brüssel ist da für uns nicht wirklich eine Referenz, wir orientieren uns eher an Städten, die etwas kleiner sind, wie Lille oder Rotterdam, nicht aber an Brüssel.

Meine Sorge bezieht sich allgemeiner auf das Thema dieser Arbeitsgruppe, die sich mit der Förderung der städtischen Kulturgüter beschäftigt. Ich fühle mich diesbezüglich immer zwischen zwei Welten hin- und hergerissen: Auf der einen Seite gibt es die politische Verwaltung der Kultur, auf der anderen Seite betrachte ich die Frage aus meiner Rolle als Spezialist für Citymarketing. Und ich beobachte, dass Politiker die Tendenz haben, die spektakuläre, unmittelbar sichtbare Vielfalt zu bevorzugen. Es ist toll, viel Geld für ein Festival auszugeben, bei dem zahlreiche türkische und marokkanische Gruppen spielen. Auf der anderen Seite ist es nicht immer einfach, Subventionen zu erhalten, wenn es darum geht, die darunterliegenden Entwicklungsprozesse zu unterstützen. Dabei sind es genau diese Prozesse, die es überhaupt ermöglichen, dass ein vielfältiges Publikum angezogen wird und diese Künstler teilnehmen.

Und noch eine Frage: Es ist äußerst schwierig, aktuell einen flämischen Politiker anzutreffen, der nicht Richard Florida zitiert. Ich bin

mir nicht sicher, ob sie ihn alle gelesen haben, aber auf jeden Fall zitieren sie ihn gern. Ich will mich auf sein „T“ für Toleranz beziehen. Bei genauerer Betrachtung stellt sich die Frage: Was genau bedeutet dieses T für Toleranz? Professor Florida beruft sich auf die Präsenz von Minderheiten, Homosexuellen, Künstlern etc. Aber handelt es sich dabei wirklich um einen Indikator für Toleranz? Ich stelle die Frage an Frau Jerman, ich selbst weiß es nicht. Und ich will mit einer Anregung abschließen: Kennen Sie den holländischen Philosophen Paul Scheffer? Er hat das Konzept der *toleranten Gleichgültigkeit* eingeführt. Damit bezieht er sich auf die Tatsache, dass die Menschen eines Viertels zwar in großer Vielfalt zusammenleben, aber sich dennoch nicht füreinander interessieren, was mir persönlich Sorgen bereitet.

AHMED MOUHSSIN:

Um nochmal auf die Frage des „city marketing“ und der Eventgestaltung zurückzukommen, will ich anmerken, dass Myriam Stoffen in dem anderen Arbeitskreis die „Zinneke-Parade“ vorstellt. Es handelt sich um eine sehr populäre Veranstaltung, die alle Stadtviertel anspricht. Dennoch werden ihre Subventionen reduziert, obwohl sie sowohl kulturell als auch in Bezug auf das Image außerordentlich erfolgreich ist. Vielleicht ist es einfach schwieriger, diese Veranstaltung zu „vermarkten“. Genau deshalb ist es wichtig, diese Tendenz des geringsten Widerstands und der Förderung der Eventvermarktung aufmerksam zu beobachten, um gegen diese Abwandlung anzukämpfen.

TINA JERMAN:

Sie haben zwei Aspekte angestoßen. Ich denke, auch dieses „city marketing“ funktioniert nur dann oder hat auch nur dann eine innerstädtische Wirkung, wenn es nicht bei einmaligen Sachen bleibt, sondern tatsächlich eben regelmäßig Veranstaltungen stattfinden und der Zugang auch möglichst breit organisiert ist und dafür auch Strukturen und Gelder und Personen vorhanden sind. Und da kommen wir wiederum zu dem anderen Punkt. Die drei T's von Herrn Florida funktionieren eigentlich nur dann, wenn auch noch ein Quäntchen Empathie dabei ist, wenn diese Toleranz nicht nur einfach eine leere Vokabel ist, die ein bestimmtes System funktionieren lässt, sondern tatsächlich von den Menschen, die dort involviert sind, auch als ein eigenes Quali-

tätsmerkmal für Lebensqualität wahrgenommen wird und auch Rahmenbedingungen für Kreativität und Empathie da sind. Das ist eigentlich eine der Hauptmotivationen, die hinter unserer aller Arbeit liegen sollte, dass es da auch um eine Konstruktion von einem Gemeinwesen geht.

GERT PHILIPPETH:

Herr Philippeth aus Genk. Ich war gestern bei der Präsentation über Antwerpen erstaunt zu hören, auf welche Art und Weise diese Themen dort behandelt werden und in welcher Form die Stadt all ihre Institutionen dazu verpflichten will, die von ihr auferlegten Ziele zu erreichen. Das ist eine gänzlich andere Herangehensweise als in Brüssel. Soweit ich verstanden habe, geht es darum, den Plan selbst zu verfassen oder durch die Akteure des kulturellen Bereiches ausarbeiten zu lassen. Ich habe jedoch nicht erfahren, oder es ist mir möglicherweise entgangen – wie dieser Plan letztlich ausgeführt werden soll und wie die Verantwortung für die Umsetzung zwischen den Institutionen und dem kulturellen Bereich verteilt wird. Welche Rolle kommt der Politik zu? Oder wird beabsichtigt, der Umsetzung freien Lauf zu lassen? Soll auch in Brüssel diese Politik der verpflichtenden Vorschreibung aus Antwerpen angewendet werden? Denn es stellt sich auch die Frage, wie man diese leitet und gegebenenfalls sanktioniert. Oder läuft es letztendlich darauf hinaus, dass man sich erst einmal mit dem Bericht zufrieden gibt und schaut, was die Zukunft bringt?

VEERLE VANDERLEEN:

Ich möchte an dieser Stelle kurz einschreiten, um ein paar Dinge klarzustellen. Wie es Ahmed zuvor deutlich gemacht hat, geht der Kulturplan Brüssels auf eine Eigeninitiative der Akteure zurück. Die Verwaltung hat bei der Verfassung und Zusammenstellung dieses Plans keine Rolle gespielt. Die Arbeit, die nötig war, um diesen Plan zu verfassen, wurde von der König-Baudouin-Stiftung, einer neutralen Stiftung, finanziert. Wir haben diese Arbeit 2007 begonnen und befinden uns jetzt, im Jahr 2010, in der Umsetzungsphase. Die Begründer dieser Initiative – der Brussels Kunstoverleg und das Netzwerk der Künste Brüssel – haben sich dafür entschieden, vier Aspekte hervorzuheben, darunter auch die Interkulturalität. Im Kulturbereich denken wir in Brüssel darüber nach, wie wir die Tendenz der Vielfalt weiter entwi-

ckeln könnten. Die zu diesem Zweck einberufene Gruppe versammelt neben Mitgliedern der beiden Netzwerke auch weitere Personen. Wir stehen natürlich auch in Kontakt mit den verschiedenen Verwaltungsstellen, die, wie Ahmed erwähnte, in Brüssel sehr zahlreich vorhanden sind und gerade im Bereich der Finanzierung der geplanten Initiativen notwendige Hilfe leisten. Ich hoffe, dieses Missverständnis damit aus der Welt geschafft zu haben: Es handelt sich um eine Initiative der kulturellen Akteure und nicht der öffentlichen Verwaltung.

AHMED MOUHSSIN:

Neben den bekannten traditionellen Veranstaltern ist mir aufgefallen, dass es eine Menge interessanter Projekte gibt, die jedoch nur über einen geringen Bekanntheitsgrad verfügen. Ich werde nur zwei nennen. Das erste findet in meiner Gemeinde, Saint-Josse, statt. Dort gibt es Kurse für türkische Volksmusik, in denen junge Mädchen lernen, Saz zu spielen. Es handelt sich um eine private Initiative, aber sie ist aus kultureller Sicht ein voller Erfolg. Das Zweite betrifft eine Gruppe muslimischer Pfadfinder, die sich – um etwas Geld zu verdienen – dazu entschieden haben, ein Theaterstück, „Die Hochzeit von Laila“, zu realisieren. Das Stück hat einen außergewöhnlichen Erfolg, auch deshalb, weil es ein bestimmtes Bedürfnis erfüllt. Diese Frage muss unbedingt gestellt werden: Was sind die Bedürfnisse der Zielgruppen? Der Schlüssel zum Erfolg ist, zu erkennen, was die Leute wirklich wollen.

KARL ERNST FORISCH:

Ich möchte doch nochmals die Situation zwischen den Städten in Belgien ansprechen. Also, wenn man jetzt von Regionen oder von entsprechenden städtischen Rahmenbedingungen spricht: Ich möchte das heute nutzen und anregen, dass man vielleicht mal überlegt, unabhängig von der Situation Brüssels oder Antwerpens, auch nach internationalen Aktivitäten in dieser Richtung zu suchen, weil wir z.B. auch in unserem Bereich eine marokkanische *community* haben, die ja über die Grenzen hinweg kommuniziert. Es ist ja nicht so, als wenn sich das nur auf Ländergrenzen bzw. Staatsgrenzen bezieht. Ich würde gerne anregen, ob es nicht sinnvoll wäre, über die Grenzen hinweg zu überlegen, auch was eben von Frau Jerman angesprochen worden ist, die Initiative z.B. in Richtung Landesregierung Düsseldorf zu unter-

nehmen, um hier auch einen Fortschritt in dieser Zusammenarbeit zu entwickeln. Das scheint mir nicht unsinnig zu sein, weil einmal ja eine bestimmte Struktur in der jeweiligen Kommune oder kommunalen Situation gegeben ist, aber auf der anderen Seite natürlich auch der europäische Gedanke hier nicht hinten runterfallen sollte. Und insofern wäre das sicherlich auch eine Stoßrichtung, die von Berlin zumindest dann in bestimmte Teile der Republik gehen könnte. Das hielte ich für sinnvoll.

CLAIRE BAZIN:

Von dem bis jetzt Gehörten hat mich ein Punkt besonders berührt, und zwar der, wie wichtig es ist, dass die Frage der Interkulturalität über möglichst langfristige Projekte umgesetzt und vorangebracht wird. Im Pays de Montbéliard sind es die betroffenen Akteure, die diese Langfristigkeit aufrechterhalten, diese fleißigen Arbeitsbienen, die sich tagtäglich mit den Zielgruppen befassen. Trotz der Wahlen, die in der Stadt zu einem politischen Wechsel geführt haben, verrichten dieselben Akteure seit zwei Jahren ihre Arbeit. Die große Schwierigkeit besteht hingegen darin, die politischen Akteure zu einer echten Zusammenarbeit zu bewegen. Sicher wird die Kultur in den politischen Reden prinzipiell unterstützt. Wenn es aber um konkrete Angelegenheiten geht, sehen die Sachen bedeutend komplizierter aus. Meine Stelle muss beispielsweise jedes Jahr erneuert werden. So arbeite ich immer in der Ungewissheit, ob dies auch im kommenden Jahr der Fall sein wird. Das gleiche trifft auch auf die Mitarbeiter des Programms zur Leseförderung zu, die sich ständig die Frage stellen müssen, ob ihre Stelle verlängert wird oder nicht. Es ist sicherlich möglich, etwas zu bewegen, aber es bedarf viel Engagement und Durchhaltevermögen.

Dr. OLAF HAHN:

Ganz herzlichen Dank für diesen Aufruf an die Politik. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren hier im Publikum, ganz herzlich danken für die angeregte Diskussion, Ihnen, meine Damen, mein Herr hier auf dem Podium, für Ihre Inputs und für die Gelegenheit, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen, und nicht zuletzt auch den Damen und den Herren hinten in der Kabine, die uns die Möglichkeit gegeben haben, überhaupt miteinander in allen diesen Sprachen zu sprechen. Vielen Dank!

Arbeitsgruppe 2: Sichtbarkeit von unterschiedlichen Herkunftskulturen in der Stadt (Räume, Formate, Medien)

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Wir haben gut zwei Stunden Zeit, um den drei Referenten zuzuhören, ihre Beiträge anschließend zu diskutieren und dann zu sehen, in welche Richtung unsere Überlegungen gehen werden. Zuerst werden wir das Referat von Frau Stoffen hören. Sie ist aus Brüssel gekommen, um uns von einem Projekt zu berichten, das schon seit einigen Jahren stattfindet und sich also eher den langfristigen Initiativen zuordnen lässt. Anschließend werden wir uns dem Südwesten Frankreichs – genauer der Stadt Toulouse – zuwenden, um ein Projekt vor Ort zu besprechen. Diesbezüglich ist es meines Erachtens wichtig, im Bewusstsein zu behalten, dass innerhalb der Gesellschaft zwei Realitäten koexistieren: Einerseits handelt es sich dabei, wie wir gestern gesehen haben, um die umfassende Herangehensweise der Städte, die über ein beachtliches Budget verfügen, um bestimmte kulturelle Aktivitäten zu fördern. Und auf der anderen Seite gibt es das freiwillige Engagement zahlreicher Bürger, von denen viele „von unten“ kommen und nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Zuletzt werden wir Frau Dauschek aus Stuttgart hören, die uns von einem Projekt berichten wird, das sich noch in der Vorbereitungsphase befindet, in dem es um ein Museum geht, das die verschiedenen städtischen Wirklichkeiten vorstellt.

Myriam Stoffen

(Direktorin der Zinneke-Parade, Brüssel)

L'essentiel espace commun

Ich werde Ihnen nun kurz das Projekt der Zinneke-Parade und unsere Herangehensweise vorstellen, um anschließend auf die für uns wichtigen Fragen, die wir im Kontext der Kultur- und Kunstwelt Brüssels, aber auch darüber hinaus, gern ansprechen wollen, einzugehen. Angesichts der großen kulturellen und sozialen Vielfalt unserer Städte scheint es uns notwendig, gemeinsame Räume zu schaffen, in denen diese Vielfalt geteilt und gemischt werden kann; Zinneke ist ein Beispiel unter anderen, das zeigt, wie dies durch ein Projekt erreicht

werden kann. Aber was ist Zinneke? Es handelt sich um ein Projekt, für das wir eine intensive Arbeit in den verschiedenen Stadtvierteln Brüssels und in anliegenden Gemeinden durchführen, um verschiedene Organisationen und Vereine, aber auch Stadtteilgremien, Jugendzentren, Schulen und informelle Bürgergruppen zu vernetzen. Letztendlich versuchen wir, all jene Akteure zusammenzubringen, die das Bedürfnis haben, sich zu treffen, um mit Hilfe professioneller Künstler gemeinsam ein Projekt zu entwickeln.

Das Projekt wurde als Biennale konzipiert, da sich der Entwicklungsprozess über eineinhalb Jahre erstreckt, aber ich will Ihnen diese Entscheidung später noch ausführlicher erklären. Die Betreuungsarbeit in den Stadtvierteln dauert also zwischen 12 und 18 Monate. Diese Zeit ist nötig, um die Vorführungen vorzubereiten. Schließlich werden all diese Darbietungen im Rahmen einer großen Parade im Stadtzentrum präsentiert. Um Ihnen eine Idee der Entstehungsgeschichte zu vermitteln: Das Projekt begann im Jahr 2000, in jenem Jahr also, in dem Brüssel auch die Kulturhauptstadt Europas war. Die Idee, einen Karneval in Brüssel zu veranstalten, entstand schon einige Jahre zuvor, da in unserer Stadt bislang kein Volksfest größeren Ausmaßes existierte.

Wir suchten also nach einem Projekt mit Volksfestcharakter, das gleichzeitig schafft, die Bürger einander näher zu bringen. Es wurde eine künstlerische Herangehensweise gewählt und wir haben vor kurzem unsere sechste Auflage gefeiert. Die eineinhalbjährige Vorbereitungsarbeit mobilisiert mehrere tausend Personen und an der eigentlichen Vorführung nehmen etwa 2.500 Darsteller teil, die am Tag der Parade von über 80.000 Zuschauern begrüßt werden. Im Verlauf dieses Projektes haben wir im Rahmen der einzelnen Arbeitsgruppen in den verschiedenen Stadtvierteln mit insgesamt 200 sehr unterschiedlichen Partnern und über 200 professionellen Künstlern zusammengearbeitet. Unsere Herangehensweise basiert auf der Erkenntnis, dass in dieser Stadt zu viele Spaltungen existieren. Die Herausforderung für das Projekt war also, wieder mehr Kontakt herzustellen. Eine Besonderheit Brüssels, die ich an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen will, besteht in der institutionellen und politischen Struktur Belgiens: Normalerweise sind Kultur, Bildung und Sozialpolitik Angelegenheiten der Gemeinden und nicht der Regionen. In Brüssel, das auf der Verwaltungsebene den Status einer Region hat, sind die Netzwerke zwischen

den Akteuren der Kultur, des sozialen Bereichs und der Bildung deshalb relativ undurchsichtig und bis vor kurzem wurde nur wenig zusammen gearbeitet.

Die zweite Spaltung ist linguistischer Natur, da in Brüssel zwei offizielle Sprachen, Französisch und Holländisch, vorherrschen. Diese Spaltung steht jedoch im Kontrast zur Realität Brüssels, da die Mehrheit der Einwohner weder die eine noch die andere als Muttersprache spricht. In unserer Stadt redet mehr als die Hälfte der unter 25-Jährigen zu Hause weder französisch noch holländisch. Diese Mehrsprachigkeit wird auf der institutionellen Ebene jedoch ganz und gar ignoriert. Obwohl Brüssel sich innerhalb Europas in die Gruppe der Regionen mit einem hohen BIP einreicht, ist die Stadt darüber hinaus auch in Hinblick auf das Einkommen der Bürger sehr geteilt: Dies kann auf die Entwicklung der Industrie im 19. Jahrhundert zurückgeführt werden, die zahlreiche unqualifizierte Arbeitskräfte anzog. Heutzutage leben 30 % der Einwohner unter der Armutsgrenze. Hinzu kommt die Tatsache, dass Brüssel schon traditionell als Zielregion von zahlreichen Einwanderern bevorzugt wurde: Über die letzten Jahre zählte man in ganz Belgien ungefähr 110.000 Neuankömmlinge, darunter 35.000 in der Hauptstadt. Diese verschiedenen Faktoren bilden den Ausgangspunkt unserer Arbeit und wir versuchen so viel wie möglich, mit den bereits existierenden Netzwerken zusammen zu arbeiten. Ich habe bislang noch nicht erwähnt, dass Brüssel über ein äußerst reichhaltiges und vielfältiges Vereinswesen und zahlreiche Organisationen verfügt, die von großen kulturellen und künstlerischen Einrichtungen bis zu kleinen Stadtviertelgremien und Jugendnetzwerken reichen. Mit unserer Arbeit versuchen wir, all die genannten Diskrepanzen zu beseitigen.

Ein einzelnes Zinneke-Projekt entsteht immer durch die Zusammenarbeit verschiedener Akteure. Den Anfang bildet ein offener Beteiligungsauftrag, bei dem alle, die Ideen haben, willkommen sind. Wir nehmen uns Zeit, um mit allen zu reden und ihre Wünsche und Bedürfnisse zu diskutieren. Die Mitglieder eines Jugendzentrums können beispielsweise den Wunsch äußern, die jungen und weniger jüngeren Bewohner des eigenen Stadtviertels oder die Jugendlichen anderer Viertel kennenzulernen. Sobald auch andere Vereine diesen Wunsch äußern, organisieren wir ein Treffen und sehen, ob es erfolgreich ist. Wenn dies der Fall ist, wird der eigentliche Prozess in Gang gebracht,

zuerst über die Auswahl eines Arbeitsthemas und dann über die gemeinsame Entwicklung des Kunstprojekts. Wir wollen dazu beitragen, dass die Einwohner sich nicht allein über ihre Staatsbürgerschaft oder ihre Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft definieren: Als Personen sind sie zu komplex, um auf diese Merkmale reduziert zu werden. Die Tatsache, dass hundert Personen – über dieser Anzahl sind echte Begegnungen kaum noch möglich – dazu angeregt werden, zusammenzuarbeiten, vermittelt ihnen ein konkretes und individuelles Erlebnis der Vielfalt, fernab von allen Klischees.

Wir haben bewusst die Entscheidung getroffen, dass alle Projekte von Anfang an durch die Bürger konzipiert und mit ihnen ausgearbeitet werden. Anderenorts können sich die Einwohner in verschiedenen Ateliers einschreiben, um das Projekt eines Künstlers zu verwirklichen. Bei uns dagegen müssen sie dieses Projekt auf ihre eigene Art gemeinsam erfinden und erschaffen. Sie können dabei sämtliche Fragen, ästhetische Referenzen und Kompetenzen einbringen und als Inspirationsquellen verwenden. Es ist daher sehr wichtig, dass sie lernen, wie man ein Projekt gemeinsam aufbaut und leitet, was auch bedeutet, sich besser kennenzulernen, zu diskutieren, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen, oder auch ein Budget zu berechnen und es solidarisch zu verwalten. Auf diese Weise mischen wir das Vereinswesen auf, um es aus seinen klassischen Mustern herauszubringen. Es geht uns ebenfalls darum, mit dem Vorurteil aufzuräumen, dass manche Personen alles wissen und andere überhaupt nichts. Vielmehr bringen wir Menschen mit vielfältigen Kompetenzen zusammen, damit sie gemeinsam arbeiten und auf diese Weise neue Erfahrungen machen. Sinn der Sache ist, ihnen zu zeigen, dass sie diese Kompetenzen später auch weiterverwenden können, um in ihrem Umfeld zu handeln und Neues in Gang zu setzen, sie also zur Emanzipierung anzuregen.

Aber wie fängt man an? Der Schlüssel zum Erfolg ist die Auswahl einer geeigneten Bezugsgröße, in diesem Fall: die Stadtviertel. Es ist wichtig, den alltäglichen Lebensraum, den Raum des Zusammenlebens, als Ausgangspunkt zu nehmen. Dort versuchen wir, gemeinsame Orientierungspunkte zu schaffen; eine gemeinsame Basis zu finden, um mit den anderen zusammenzuarbeiten selbst wenn dies nur kurzzeitig – über etwas mehr als ein Jahr – geschieht. Die Entscheidung für die Parade als Veranstaltungsform ist natürlich keineswegs

zufällig: Wir wollten auf radikale Art und Weise die Straßen besetzen, das heißt genau den öffentlichen Raum, in dem das alltägliche Zusammenleben stattfindet und sich organisiert. Hingegen beobachten wir, dass der öffentliche Raum in vielen Städten Europas sowohl kulturell als auch sozial immer stärker reguliert und formatiert wird, so dass es schwierig wird, dort seinen Platz zu finden. Beispielsweise werden manche Ausdrucksformen akzeptiert, andere nicht. An bestimmten Abenden kann man abends in den Straßen musizieren, z.B. anlässlich der „*Fête de la Musique*“ (Internationaler Tag der Musik, 21. Juni), an anderen Tagen jedoch nicht. Wir hinterfragen auch die Tatsache, dass mancherorts öffentliche Sitzbänke abgebaut werden, weil man verhindern will, dass Obdachlose dort schlafen. Aus diesen Gründen finden wir es wichtig, die Leute anzuregen, auf die Straßen zu gehen, sich diesen Raum anzueignen und ihn zu besetzen, auf physische aber auch auf symbolische Art und Weise. Unsere Vorgehensweise bezieht sich darauf, die Diskurse und Botschaften des öffentlichen Raums zu entschlüsseln. Den Künstlern kommt dabei eine wesentliche Rolle zu, insofern sie bereit sind, sich in dieses Gebilde einzufügen, ohne als alleinige Dirigenten aufzutreten. Sie sind hingegen diejenigen, die neue alternative Betrachtungsweisen einbringen; die Grenzen aufbrechen, in die wir uns allzu oft einschließen, und die ihre Kompetenzen einbringen und weitergeben.

Zuletzt möchte ich noch mit Ihnen die Überzeugungen, die unsere Arbeit motivieren, teilen: Jede Stadt, jedes Dorf birgt einen enormen Schatz: Man muss nicht lange überlegen: Es sind die Menschen, die dort leben. Was uns hingegen gerade im städtischen Raum wichtig erscheint, ist wie Vorgehensweisen, über die neue Verbindungen zwischen den verschiedenen Netzwerken und Organisation hergestellt werden können, zu suchen; letztendlich also Möglichkeiten, um die Individuen und Generationen, über die verschiedenen Gebiete und Zugehörigkeiten zu Gemeinschaften hinaus, zu verbinden. Diese Vorgehensweise verlangt Zeit. Nichtsdestotrotz unterliegt man oftmals der Versuchung, schnell sichtbare Ergebnisse zu erzielen. Wenn es hingegen das eigentliche Ziel ist, echte Begegnungen zu realisieren, die Leute dazu zu bringen, sich weiterzuentwickeln und ihre Betrachtungsweise des Anderen zu ändern und allgemein einen neuen Platz in der Gesellschaft einzunehmen, dann muss man auch dazu bereit sein, sich dafür die Zeit zu nehmen. Es liegt uns am Herzen – und ich richte

mich damit an die Personen, die auf der politischen Ebene arbeiten – Räume zu schaffen und zu fördern, in denen man mit der Gesamtheit der Bewohner über die Zukunft des Stadtviertels und der Stadt nachdenken kann. Für die gemeinsame Gestaltung unseres Lebensraums bedarf es nicht nur Technikern und Spezialisten, man muss auch der individuellen Vorstellungskraft ihren gerechten Platz einräumen. Auf diese Weise können wir noch mehr Demokratie erreichen, eine Demokratie der gemeinsamen Verwaltung, die sich auf die gesamte Vielfalt der Einwohner stützt. Das bedeutet auch zu akzeptieren, dass man unberührte, planlose Freiräume lassen muss, eine Sache, vor der viele Verantwortliche zurückschrecken, da sie sich lieber einem Projekt widmen, dessen Ergebnis klar festgelegt ist. In Anbetracht der Tatsache, dass bei unserem Projekt am Anfang des Diskussionsprozesses alle Möglichkeiten offen stehen, fällt es uns schwer, sie zur Zusammenarbeit zu bewegen. Man sollte jedoch keine Angst vor Konflikten und Spannungen haben, die unausweichlich kommen, sobald man sich neue Fragen stellt und Entscheidungen trifft. Welchen Stellenwert lässt man in unseren Städten für solche Aktionen, und für wen? Welchen Kulturen wollen wir mehr Sichtbarkeit verleihen? Es handelt sich da um grundlegende gesellschaftliche Entscheidungen, die debattiert werden müssen, indem man die Menschen im Kern der Überlegungen platziert.

MURAT ERPUYAN:

Eine Frage, um die Anzahl der Personen klarzustellen: Wenn Sie von hundert Personen sprechen, handelt es sich dann um etwa hundert Veranstalter kleinerer Projekte? Anschließend würde ich gerne wissen, über welchen Etat eine solche Veranstaltung verfügt, und wer ihn finanziert. Haben Sie die Möglichkeiten des Sponsorings und des Mäzenatentums ausgeschöpft? Und wie haben Sie die finanziellen Mittel unter den unterschiedlichen kleinen Akteuren verteilt, die ihrerseits zusammen die Parade bilden?

MYRIAM STOFFEN:

Ich werde versuchen, dies genauer zu erklären. Wenn ich von einem lokalen Projekt oder einer lokalen Gruppe spreche, handelt es sich um das, was wir eine „Zinnode“ nennen, das bedeutet, eine Gruppe mit maximal hundert Personen, die an dem gleichen Kunstprojekt arbei-

ten. Die letzte Zinneke-Parade hatte 25 dieser „Zinnoden“, wobei sich jede einzelne aus mehreren Akteuren zusammensetzt. Es sind jeweils um die fünf bis zwölf Organisationen mit unterschiedlichsten Profilen, die sich zusammentun, um ein Projekt mit etwa hundert Personen zu realisieren. Die Finanzierung gleicht ihrerseits einem dauerhaften Überlebenskampf. Als Biennale verfügen wir nur über sehr wenig Strukturfonds. Zwei Drittel der Finanzierung kommen von der Region Brüssel. Den Rest steuern die französische und die flämische Gemeinschaft, sowie themenspezifische Fonds („Kultur“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Neubelebung der Stadtviertel“) bei. Ein internationales Projekt konnte mit europäischen Geldern umgesetzt werden. Um neue Mittel zu sammeln, klopfen wir an alle nur erdenklichen Türen im Land, wodurch wir nicht weniger als 17 Anträge pro Jahr zu stellen haben, um das jährliche Budget von 600.000 bis 700.000 € zusammenzubekommen. Die Hälfte davon fließt direkt in die einzelnen Stadtviertel.

JEAN-PIERRE SCHLAGDENHAUFFEN:

Könnten Sie genauer angeben, ob es sich um einen Verein handelt und welche rechtliche Struktur die gesamte Veranstaltung hat?

MYRIAM STOFFEN:

Es handelt sich um einen gemeinnützigen Verein¹⁷. Wir verhandeln die Zuschüsse für die einzelnen Projekte und diskutieren die möglichen Orientierungen. Wir arbeiten nicht mit privatwirtschaftlichen Sponsoren zusammen, zumal auch nur wenige Marken daran interessiert wären, mit einem „Zinneke“ zusammenzuarbeiten, da dies der Brüsseler Spitzname für kleine Mischlingshunde, die auf der Straße leben, ist. Davon ausgehend haben wir jedoch die Entscheidung getroffen, neue Verbindungen mit der Privatwirtschaft aufzubauen und zwar arbeiten wir seit ein paar Jahren mit etwa hundert Unternehmen in den Benelux-Ländern zusammen, um Industriemüll wiederzugewinnen. Da bei der Zinneke-Parade aus Prinzip weder Verbrennungsmotoren noch elektronische Verstärker verwendet werden, versuchen wir, so viel wie möglich mit Recyclingmaterialien zu arbeiten. Die o.g. Zusammenarbeit ist ein Weg, diese umsonst zu erhalten und sie den

¹⁷ Genaue belgische Bezeichnung: Vereinigung ohne Erwerbszweck (VoG)

Künstlern und lokalen Gruppen zur Verfügung zu stellen. Wir wollen diese Parade auf die Leute fokussieren, nicht auf die Logos. Am Tag der Veranstaltung treten nur jene öffentlichen Einrichtungen in Erscheinung, mit denen wir direkt zusammenarbeiten. Und auch das Zinneke wollen wir nicht als Logo in den Vordergrund stellen.

ANNIE GUILBERTEAU:

Ihr Projekt bringt im Saal und auch bei mir selbst sehr viel Enthusiasmus hervor. Ich würde gern wissen, ob die Mitglieder, die erstmals an einer Parade teilnahmen, auch weiterhin eine besondere Verbindung mit Ihrem Verein aufrechterhalten. Wenn ja: Wie beteiligen sie sich im darauffolgenden Jahr?

KHALIL HENNI, *Projektbeauftragter für die lokale Stadtverwaltung in der Pays de Montbéliard Agglomération:*

Wie ist Ihre Einrichtung, die Zinneke-Parade, entstanden? Ist sie aus einer Idee oder einem Projekt entsprungen, oder handelt es sich um einen Auftrag, der durch die Stadt vergeben wurde?

MYRIAM STOFFEN:

Was die Beteiligung betrifft, haben wir leider keine Zahlen und sind derzeit nicht in der Lage, die Wirkung des Projekts entsprechend zu messen. Ausgehend von den zehn Jahren, die das Projekt nun läuft, verfügen wir über eine entsprechend lange Bewertungsphase, die jedoch eher qualitativer als quantitativer Natur ist. Nichtsdestotrotz beobachten wir, dass ungefähr 70 % der Organisationen und Vereine, die sich schon einmal beteiligt haben, auch im darauffolgenden Jahr teilnehmen. Wenn nicht, liegt es zumeist an der Arbeitsüberlastung und dem immensen Engagement, das für die Projektorganisation, die bis zu achtzehn Monate dauert, notwendig ist. Viele dieser Vereine sind auch weiter an dem Projekt beteiligt und wir versuchen sie zu neuen Entwicklungen anzuregen, damit wir uns im Laufe der Zeit nicht ständig wiederholen. Wir regen sie beispielsweise dazu an, sich für aktuelle Fragen zu öffnen. In manchen Stadtvierteln Brüssels kam es beispielsweise im Rahmen des Ausbaus der europäischen Institutionen zu Diskrepanzen, da die Ausländer, die dort arbeiten, Schwierigkeiten haben, sich in die Stadt und ihr Stadtviertel zu integrieren. Deshalb haben wir seit der letzten Biennale viel Hintergrundarbeit

geleistet, damit diese Personen eine Bindung zu ihrem Stadtviertel aufbauen. Umgekehrt haben wir auch das Kulturzentrum des europäischen Viertels immer wieder aufgefordert, an der Zinneke-Parade teilzunehmen, was immerhin sechs Jahre gedauert hat. Sicherlich wollen wir das Projekt langfristig erhalten, gleichzeitig soll es aber auch immer wandlungsfähig bleiben. Was die individuellen Teilnehmer angeht, gibt es stärkere Fluktuationen. Es sind nicht immer die gleichen Personen, die marschieren, und das ist auch gut so.

Das Projekt der Zinneke-Parade ist im Rahmen von „Brüssel 2000“ initiiert worden, im selben Jahr war Brüssel auch Kulturhauptstadt Europas. Die Idee, einen Karneval zu schaffen, entstand 1997. Später wurde daraus eine Parade und die potentiellen Veranstalter für das Projekt wurden zusammengebracht. Die erste Parade startete im Mai 2000. Damals organisierten noch einzelne lokale Veranstalter die Zusammenstellung der verschiedenen Initiativen. Seitdem haben sich die Dinge geändert, damit die Vereine mehr Möglichkeiten haben, selbständig Projekte zu entwickeln, diese gemeinsam mit uns zu betreuen und neue partizipative Formen in der kreativen Phase zu entwickeln. Mittlerweile haben wir gelernt, diese Zusammenarbeit zu suchen, was damals nicht selbstverständlich war. „Brüssel 2000“ bot also den Rahmen für den Startschuss zu diesem Projekt, das damals einem echten Abenteuer glich, da es ein buntes Durcheinander von Vereinen und lokalen Kulturzentren zusammenbrachte, ohne dass jemand eine Vorstellung davon hatte, was daraus werden könnte. Anfangs gab es auch großen Widerstand gegen das Projekt, da die Politiker und Veranstalter von „Brüssel 2000“ die Ankunft der Einwohner der Arbeiterviertel im Stadtzentrum mit Argwohn betrachteten. Wir mussten also ein hohes Risiko eingehen, um diese erste Parade zu organisieren.

MURAT ERPUYAN:

Um auf unser ursprüngliches Thema zurückzukommen: Wie wird die Wahrnehmung der Herkunftskulturen der Migranten in Ihrem Projekt zur Geltung gebracht?

MYRIAM STOFFEN:

Das Projekt entwickelt sich anhand dessen, was jeder im Rahmen seiner Zinnode einbringt. Das Ergebnis ist also eine neue hybride Kre-

ation. Die Bezugnahme auf bestehende Traditionen läuft dadurch immer über einen Transformationsprozess. Der Sinn der Parade ist nicht, nacheinander verschiedene volkstümliche Traditionen zu präsentieren, wie es bei dem Karneval der Kulturen in Berlin der Fall sein kann. Im Gegenteil: Wenn eine Gruppe beabsichtigt, eine rein volkstümliche Herangehensweise zu verfolgen, versuchen wir, sie mit anderen Akteuren zusammenzubringen, um über diese rein traditionell orientierte Auffassung hinauszugehen. Auf diese Weise haben wir beispielsweise einer Gruppe ruandischer Tänzer, die sich seit langer Zeit mit der Frage ihres Kulturerbes auseinandersetzt, dazu ermutigt, darüber nachzudenken, wie sie sich anhand ihrer Kostümgestaltung in die breitere Einheit der Parade integrieren könnten. Sie mussten sich also selbst wandeln, was keine leichte Aufgabe ist! Mir fällt auch das Beispiel einer japanischen Tanzgruppe ein, bei der zum ersten Mal Frauen bestimmte Masken trugen. Es sind diese – manchmal klitzekleinen – Veränderungen, die wir anregen und so gut wie möglich ausreizen wollen. Da es darum geht, einen echten Austausch in Gang zu bringen, scheint diese Herangehensweise notwendig.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Nur eine Anmerkung, um eine Verbindung zum nächsten Projekt herzustellen: Es handelt sich bei der Parade um einen Ansatz, der von der Erkenntnis der Abschottungstendenzen innerhalb einer Stadt ausgeht. Ist es letztendlich nicht so, dass es über künstlerische, kreative Prozesse einfacher ist, die Menschen und die Mitglieder kleinerer Vereine zu motivieren, als über andere Herangehensweisen? Liegt die Stärke Ihres Ansatzes – im Vergleich zu Bildungsinitiativen beispielsweise – nicht gerade in diesem kreativen und feierlichen Aspekt und der Vermittlung über die künstlerische Darstellung? Denken Sie, dass dies eine Erkenntnis ist, die man aus Ihren Erfahrungen gewinnen kann?

MYRIAM STOFFEN:

Ja, auf jeden Fall! Es versteht sich von selbst, dass die Kunst eine viel einfachere und direktere Verbindung zwischen Individuen schafft, da sie uns zutiefst in unserer Menschlichkeit berührt. Des Weiteren ergibt dieser Ansatz zahlreiche Möglichkeiten: Nicht nur über die Aneignung neuer Kompetenzen, sondern auch über die Beziehungen zwischen den Menschen, die möglicherweise nicht verbal miteinander

kommunizieren können, wenn sie nicht die gleiche Sprache sprechen, aber dennoch über die künstlerische Schöpfung gemeinsam lernen, produzieren und sich austauschen. Diese Verbindung erleichtert ihrerseits neue Öffnungen. Da ist z.B. die Geschichte der Kinder, die weder französisch noch holländisch sprachen, als sie im Land ankamen, und sich ein bisschen verloren vorkamen. Durch ein Projekt wie Zinneke fühlen sie sich wohler in ihrer Haut, da sie Anerkennung für ihre eigene Geschichte erhalten. Danach ist es einfacher für sie, sich gegenüber der Gesellschaft, in der sie leben, zu öffnen und deren gesellschaftliche Codes zu erlernen.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Ich gebe das Wort weiter an unsere zwei Referenten aus Toulouse, die uns ihre Erfahrungen vorstellen werden. Ich denke, dass wir einige Gemeinsamkeiten mit vorherigen Beiträgen wiederfinden werden – insbesondere in Bezug auf die Vorgehensweise – die darin besteht, die Geschichte der Menschen als Ausgangspunkt zu nehmen, um diese über neue Darstellungen zur Geltung zu bringen und schließlich etwas Neues und Einmaliges zu schaffen.

Salah Amokrane/Tayeb Cherfi

(Hauptkoordinator und Projektleiter im Verein „Tactikollectif“, Toulouse)

Die Herangehensweise „Origines Contrôlées“ (*kontrollierte Ursprünge*): von der Erschließung des kulturellen Erbes der Einwanderer bis zu den zeitgenössischen Ausdrucksformen der Arbeiterviertel

Da wir zu zweit sind, werde ich einen Teil des Projekts vorstellen. Anschließend übergebe ich das Wort an Tayeb Cherfi, der für die Programmgestaltung des Festivals „Origines Contrôlées“ und die Betreuung verschiedener Projekte im Zusammenhang mit urbanen Kulturen zuständig ist. Ich würde Ihnen gern die Herangehensweise des Projekts „Origines Contrôlées“ näher bringen. Die Bezeichnung verweist natürlich auf einen bestimmten Lebensraum und entspricht unserem Projekt auch deshalb, weil wir selbst aus dieser Gegend kommen, die leider für unseren Geschmack etwas zu häufigen Kontrollprozeduren ausgesetzt ist. Aus dem Projekt sind ein Festival und Treffen hervor-

gegangen, vor drei Jahren wurde zudem eine CD veröffentlicht und es finden ebenfalls Aufführungen im Rahmen einer Tournee statt. Und schließlich haben wir eine online-Publikation erstellt, die auf unserer Webseite www.tactikollectif.org frei zugänglich ist.

2003 wurden wir von einer Gruppe Historiker darum gebeten, an einer Untersuchung mit der Bezeichnung „Erinnerungen der Kolonialzeit, Erinnerungen der Einwanderung, urbane Erinnerungen“ teilzunehmen. Ziel dieser Untersuchung war es herauszufinden, wie der Wissensstand zu diesen Fragen in der Bevölkerung ist. Da wir kulturelle Veranstalter sind und uns seit jeher mit der musikalischen Kreativität und der Organisation von Veranstaltungen befassen, erschien es uns logisch, die Ergebnisse dieser Untersuchung auf diesem Weg zu verbreiten. 2004 haben wir also die erste „Origines Contrôlées“ – Veranstaltung ins Leben gerufen: in Form von Treffen und Diskussionsrunden, die über eine Woche lang durch künstlerische Programme ergänzt wurden. Anfangs haben wir dabei zahlreiche Historiker und Soziologen hinzugezogen, die zu diesen Themen sprachen. Nach zwei oder drei Auflagen haben wir uns jedoch gefragt, was wir als kulturelle Akteure, aber natürlich auch als Franzosen und Erben dieser Einwanderung beitragen können, um uns auch selbst wirklich in der Schilderung der Einwanderungsgeschichte, wie sie aktuell in der französischen Öffentlichkeit stattfindet, wiederfinden zu können. Ausgehend von diesem Hintergrundgedanken haben wir uns gefragt, was die Einwohner selbst zu dieser Schilderung beitragen können, damit sie so gut wie möglich der Realität entspricht.

Ab dem Moment, als die Migrationsgeschichte zu einem allgemeinen Anliegen wurde, stellte sich auch für uns die Frage, wie man mit diesem kulturellen Erbe umgeht. Wie auch bei der Geschichte müssen wir dabei zwischen dem Erbe der Einwanderung und dem Erbe der Einwanderer unterscheiden. Die Anwendung des Konzepts des „kulturellen Erbes“ in Bezug auf die Einwanderung kann auf unterschiedliche Art und Weise geschehen: Entweder durch die Betrachtungsweise der nationalen Geschichte, deren Anliegen es ist, diese Einwanderungsgeschichte in ihre eigene Darstellung im Sinne der *„Einwanderung als Erbe Frankreichs“* einzugliedern, oder durch die Perspektive der Einwanderungsbevölkerungen, die auf die öffentliche Anerkennung und Integration ihrer Kultur abzielt. Anders gesagt, muss man dieses Thema des kulturellen Erbes auch in Bezug auf die kulturellen und sozia-

len Spuren der Einwanderungsbevölkerungen beurteilen. Die Fragen des kulturellen Erbes und des Andenkens der Einwanderung beziehen sich auf Konzepte, die je nach angewendetem Bewertungsmaßstab variieren. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit werden wir hier zwei – nicht unbedingt gegensätzliche – Betrachtungsweisen vorstellen. Auf der einen Seite jene, die die Einwanderung als Kulturgut der Geschichte Frankreichs versteht und auf der anderen Seite jene, die darauf abzielt, die Kultur und Ausdrucksformen der Einwanderer in den öffentlichen Raum zu integrieren. Diese Unterscheidung spiegelt sich wider in der Diskrepanz zwischen einerseits der institutionellen Vorgehensweise, die beabsichtigt, bestimmte Gedenkstätten zu schaffen, um den Verlauf der Einwanderung zu vergegenwärtigen, und andererseits den eigentlichen Erwartungen der Nachkommen der Einwanderer, die die Anerkennung und Integration ihres kulturellen Beitrags fordern.

Ich möchte Ihnen nun ein Projekt vorstellen, für das wir uns engagiert haben. Alles begann mit einer Tatsache: Die erste Generation der Einwanderer gehörte vornehmlich der Arbeiterklasse an und ein Großteil darunter waren Analphabeten. Während man oft dazu neigt, diese erste Generation von Einwanderern lediglich als einfache „Gastarbeiter“ abzutun, haben wir darüber nachgedacht, über welche Ausdrucksformen und Möglichkeiten diese Menschen verfügen, um ihre Lebenserfahrung zu vermitteln. Als Kinder dieser Generation haben wir das Gefühl, dass etwas von ihrer Kultur in uns weiterlebt. Was sie uns jedoch leider nicht wirklich übermitteln haben – und das stellt mitunter auch einen Beweis für ihren Integrationswillen dar – ist ihre Sprache, arabisch und kabylich. Hingegen haben sie uns ihre Liebe zur Musik und für Erzählungen vererbt. Als Kind hatte ich das Glück, meine Ferien in Algerien verbringen zu können. Die Reise von Toulouse nach Algier dauerte mit dem Auto drei Tage und wir hörten ununterbrochen Musik. Heute entdecke ich mit großem Interesse die Lieder und Texte der Künstler von damals wieder. Es gibt übrigens auch Musiker, die sich intensiv für den Verein „Tactikollectif“ einsetzen, zum Beispiel die Mitglieder der Gruppe *Zebda*. Was uns bei diesen Liedern interessant erschien, ist die Tatsache, dass sie einerseits in Frankreich komponiert wurden und von der Einwanderung handeln, andererseits aber über ihre musikalische Ästhetik auch auf die Herkunftskultur und die algerische Musik verweisen. Deshalb dachten wir, dass es sinnvoll

wäre, ein Projekt der Wiederaneignung und Neuinterpretierung dieser Stücke zu beginnen. Wir haben auf eher klassische Weise mit einem Repertoire gearbeitet, das zahlreiche Lieder und zahlreiche Sänger, aber auch Sängerinnen vereint. Indem wir immer weiter in dieses Repertoire eindringen, wollten wir zeigen, dass es sich nicht einfach um etwas nebensächliches, sondern um ein musikalisches Gesamtwerk von hoher Qualität handelt. Als Beispiel kann ich den Sänger Slimane Azem anführen, einen kabyllischen Künstler, der seine ganze Karriere – bis zu seinem Tod – in Frankreich verbracht hat, im Olympia (*bekanntester Konzertsaal in Paris*) auftrat und einige hunderttausend Platten verkauft hat. Oder auch die algerische Sängerin Noura, die 1972 eine goldene Schallplatte bekam, und dennoch vom französischen Publikum nicht wahrgenommen wurde. Wir haben also ein Album mit einem Dutzend Liedern in drei Sprachen – vor allem kabyllisch, aber auch arabisch und französisch – produziert, von denen viele die Themen des Exils, der Arbeit, der Liebe und der verlorenen Heimat aufgreifen. In der Tat komponierten einige dieser Sänger auf Französisch, entweder aus der Sorge heraus, sonst nicht von allen verstanden zu werden, oder aber, weil sie ihre Herkunftssprache nicht mehr ausreichend beherrschten. Dieses Album, das 2007 veröffentlicht wurde, trägt den Namen „Origines contrôlées – Lieder der algerischen Einwanderung“ und gab innerhalb von drei Jahren den Anlass zu über 250 Konzerten, hauptsächlich in Europa und teilweise auch in Nordafrika. Uns ist dabei aufgefallen, dass dieses Projekt nicht nur seitens des Publikums mit Migrationshintergrund bestehende Erwartungen erfüllte. Tatsächlich hatten wir uns auch nicht spezifisch auf dieses Publikum ausgerichtet. Da wir der Überzeugung sind, dass dieses kulturelle Erbe auch ein fester Bestandteil des französischen Kulturguts ist, erschien es uns logisch, dass wir uns an alle Einwohner richten, damit jeder ein wenig mehr über die Geschichte der Einwanderung in Frankreich erfährt. Dieses Projekt hat wirklich sein Publikum erreicht: sowohl die Menschen mit Migrationshintergrund, die die Musik ihrer Eltern wiederentdeckten, als auch Personen unterschiedlichen Ursprungs, deren Neugierde durch dieses musikalische Repertoire geweckt wurde. Trotz des ursprünglich eher traditionellen Stils dieser Lieder wurden sie von modernen Musikern neu interpretiert: Daran beteiligt waren die Sänger Mouss und Hakim von der Gruppe Zebda, Rachid, der die Mandole und Ney (arabische Flöte) spielt, ein Schlag-

zeuger, ein Bassist, eine spanische Gitarre und ein Akkordeon. Ich denke, dass diese Art der Aneignung wichtig war, um die umfassende kulturelle Kreativität dieser Lieder sichtbar zu machen, und sich auch durchaus für das Kino oder andere Herkunftsregionen eignen würde. Sie stellt eine gute Möglichkeit dar, die Beziehung zwischen den Generationen zu verbessern und die Art und Weise, wie die erste Generation der Einwanderer in der Gesellschaft betrachtet wird, zu verändern. Gerade jetzt, wo sie älter wird und langsam verschwindet, ist dies enorm wichtig. Auch für ihre Kinder und Enkel ist diese neue Betrachtungsweise von großer Bedeutung, da sie gewissermaßen die Würde dieser Ehemaligen wieder herstellt.

Über den künstlerischen Aspekt hinaus bezieht sich die Herangehensweise von „Mouss und Hakim“ verstärkt auf das politische Engagement und die Erinnerungsarbeit, die im Rahmen eines Kollektivs geleistet wurde. Dieser Wille lässt sich auch im Begleitwort zu ihrer CD wiederfinden:

„Sich mit dem kulturellen Erbe der Lieder der Einwanderung zu beschäftigen, ist für uns keine nostalgische Angelegenheit. In unserer Rolle als Erben dieser Einwanderung soll diese Arbeit dazu beitragen, die Art und Weise, wie die Einwanderung und ihre Geschichte betrachtet wird, zu verändern. Die Einwanderung ist, anders als es uns die Karikaturen bestimmter Diskurse zur ethnischen Natur der Identitätsfragen weismachen wollen, keine kulturelle und politische Wüste. Die Identität ist nichts Festes, sondern seit jeher in Bewegung. Zu sagen, dass es nichts weiter bedarf, als sich hinter einer Flagge einzugliedern, um diese Frage zu beantworten, ist eine außerordentliche Lüge. Diese Lieder sind ein Teil der Einwanderungsgeschichte dieses Landes, sie sind das Abbild einer Stimme, die schon vor langer Zeit gesprochen hat, und da sie von hier kommen, sind sie auch Lieder Frankreichs. Indem wir uns auf unsere eigene Erfahrung stützen, wollen wir daran erinnern, wie sehr die Musik im Alltag unserer Eltern präsent war und dass sie keine Lasttiere waren, sondern würdevolle Menschen, nicht immer gebildet, aber immer kultiviert. Es ist deshalb auch unsere Aufgabe, dieses – in seinem Umfang und seiner Vielfalt beeindruckende – kulturelle Erbe der Einwanderung weiterzutragen.“¹⁸

18 Begleitwort der CD *Origines Contrôlées*, 2007

Die Herausforderung ist für das Kollektiv von „Origines Contrôlées“ nicht nur kultureller Natur. Als würde es sich bei der Weitergabe der Erinnerungen und des Erbes um eine symbolische Restaurierung handeln, übernehmen unsere Akteure diese Wiederherstellungsarbeit, damit der Sichtweise der wichtigsten Betroffenen ihr gerechter Platz in der Darstellung der Geschichte zukommt. Die Herangehensweise über die Lieder der Einwanderung richtet sich natürlich an die französische Gesellschaft insgesamt, aber auch an die Erben dieser Einwanderung. Es ist ein echter Aufruf zur Wiederaneignung dieses kulturellen Erbes.

Ich werde nun kurz das Festival „Origines Contrôlées“ ansprechen, das Tayeb Cherfi dann ausführlicher vorstellt. Dieser Art von Projekten kommt neben der umfassenden Arbeit im Bereich der Förderung der urbanen Kulturen eine hohe Bedeutung zu. In der Tat erscheint es uns sinnvoll, die Arbeit am musikalischen Erbe mit anderen Kulturformen – wie dem Slam, Hip Hop etc. – zu verbinden.

Dieses Festival findet jedes Jahr eine Woche lang statt. Das Programm wechselt zwischen Debatten und Vorführungen, darunter hauptsächlich Konzerten. Ich würde unsere Arbeit als eine Art Patenschaft für bestimmte moderne Ausdrucksformen, wie dem Rap und dem Slam, die insbesondere bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund Anklang finden, bezeichnen. Unsere Absicht ist, diese Jugendlichen zu mobilisieren und zu diesem Zweck arbeiten wir mit Künstlern zusammen, die ebenfalls diese Kulturformen bevorzugen, die gleichzeitig aber auch dem Anspruch der Eltern gerecht werden: der Verwirklichung ihrer Anerkennung im nationalen Gesellschaftsbild. Wir versuchen, sie in dieser Herangehensweise zu unterstützen. In den Vorstädten ist insbesondere der Rap eine bevorzugte Ausdrucks- und Kunstform. Dies lässt sich leicht durch die Bevorzugung des mündlichen Ausdrucks erklären, denn der Zugang zur Musik und zum Erlernen eines Instruments macht gewisse materielle und finanzielle Mittel erforderlich. Unser Ziel ist es, unsere Patenschaft für diese Kunstformen in die Praxis des Festivals einzugliedern, um die Arbeit dieser Personen in die Medien zu bringen und sie sichtbar zu machen, und gleichzeitig die Frage der Vergangenheit und Gegenwart der Einwanderung in Frankreich in den Vordergrund zu rücken. Sicherlich nur sehr kurzfristig, einmal pro Jahr in Toulouse, aber wenigstens auf intensive Art und Weise. Das Festival ist der krönende Abschluss einer

monate- und sogar jahrelangen Betreuungsarbeit. Unsere Programmgestaltung ist genauestens durchdacht, da das Festival nicht nur der Unterhaltung dienen soll, sondern vor allem die Gesellschaft mit Hilfe der beteiligten Künstler zum Nachdenken anregen will. Wir werden dieses Jahr beispielsweise Künstler wie die Rapper Casey und Rocé vorstellen, die das Problem der Diskriminierung aufgreifen und sich auf die Vergangenheit und auf die vorhergegangenen Generationen beziehen, gleichzeitig aber auch neue Perspektiven aufzeigen. Das ist in etwa die Richtung, an der sich die Programmgestaltung des Festivals orientiert. Darüber hinaus dient das Festival dazu, den Künstlern über das gesamte Jahr Unterstützung anzubieten und dem Publikum eine Programmgestaltung, die Sinn macht.

JEAN-PIERRE SCHLAGDENHAUFFEN:

Ich würde gerne eine Anmerkung, eine Information und eine Frage hinzufügen. Wenn ich Herrn Amokrane erzählen höre, wie er seine Kultur wiederentdeckt hat, erinnert mich das ziemlich genau an die siebziger Jahre, als die Bretonen, Elsässer, aber auch Korsen ihre eigene Kultur wiederentdeckten, was an sich sehr positiv ist. Obwohl ich hoffe, dass dies nicht passieren wird, habe ich dennoch die Befürchtung, dass diese Bewegung zur Wiederentdeckung der einen oder anderen kulturellen Wurzel – zumindest im Elsass – so langsam wieder verschwindet. Ich will mit einer Information fortfahren: In Straßburg gibt es mit „Strasbourg Méditerranée“ – unter der Leitung von Salah Oudaha – und „Mémoires Vives“ (*Lebendige Erinnerungen*) – unter der Leitung von Yan Gilg – zwei gut integrierte Vereine, die eine außerordentlich wichtige Arbeit zur Aufarbeitung der Geschichte der Stadtviertel machen. Sie versuchen dabei, sowohl die urbanen Kulturen zu integrieren, als auch durch Vermischung einen interkulturellen Ansatz zu verfolgen. Sie teilen den Respekt vor den Eigenheiten der Herkunftskultur, unabhängig davon, ob es sich um die einheimische Kultur oder die der Türken oder der Serben, die sich vor kurzem in Straßburg angesiedelt haben, handelt. Ich würde deshalb gern wissen, ob Sie diese Gedanken auch in Ihrer Herangehensweise berücksichtigen und ob ihre Aktivitäten in den Stadtvierteln oder anderswo stattfinden.

SALAH AMOKRANE:

Unsere Arbeit bezieht sich nicht wirklich auf unsere Herkunftskultur, wenngleich ich die Parallele, die Sie mit den Dynamiken der Wiederentdeckung der regionalen Sprachen ziehen, durchaus interessant finde. Unser übergeordnetes Ziel ist eher, anderen die Möglichkeit zu geben, dieses kulturelle und insbesondere musikalische Erbe, mit dem wir ja schon etwas vertrauter sind, ebenfalls kennenzulernen. Über die Neuinterpretierung wollen wir es anderen, unabhängig ihrer Herkunft, zugänglich machen, damit sie erfahren, was diese erste Generation darüber zu sagen hat, wie sie die Einwanderung erlebt hat. Für die erste Generation, die aus dem Maghreb kam, war es schwierig, in dieser Gesellschaft ihren Platz zu finden. Einige von ihnen wurden wenige Jahre zuvor noch als „Eingeborene“ betrachtet und plötzlich fanden sie sich als Gastarbeiter in Frankreich wieder, nachdem sie aus einem nunmehr unabhängigen Land fortgegangen sind. Dass sie nicht wahrgenommen wurden, liegt auch daran, dass ihre Präsenz als rein provisorisch betrachtet wurde und man sich erst in den achtziger Jahren bewusst wurde, dass diese Leute französische Kinder hatten, die hierbleiben würden. Ich werde diese historische Ausschweifung nun beenden, aber ich könnte Ihnen natürlich auch noch von zahlreichen Beispielen anderer Herkunftskulturen berichten. Beispielsweise haben wir das Album eines jungen Sängers spanischer Herkunft produziert, das sich der spanischen Republik widmet. Zuvor haben wir noch ein weiteres Album produziert, „Motivé“ (*Motiviert*), das politische Lieder auf Französisch, Spanisch, Italienisch und Kabylisch aufgreift. Um uns weiter in dieser Richtung zu engagieren, verfolgen wir das Projekt, ein Album oder eine Show ausschließlich mit Sängerinnen zu verwirklichen. Was das Festival „Strasbourg Méditerranée“ betrifft, hatten wir die Gelegenheit, dort aufzutreten und wir sind zurzeit auch dabei, ein Werk der Truppe „Mémoires Vives“ über die Tragödie der Zigeuner in einem Toulouser Theater vorzustellen. Ich habe sicherlich den Aspekt der maghrebischen Kultur stärker betont, aber die Programmgestaltung des Festivals beschränkt sich nicht ausschließlich auf die algerische Musik und Debatten zum Thema der Geschichte Algeriens. Wir haben zum Beispiel seit mehreren Monaten vor, die Eröffnungsdebatte des Festivals dem Gedenken der Internierung der Zigeuner in Frankreich zu widmen. Mit den Ereignissen dieses Sommers wurden wir von der Aktualität des Themas überholt.

KHALIL HENNI:

Meine Frage knüpft an Herrn Schlagdenhauffens Bemerkung an: An welche Zielgruppen richtet sich Ihr Festival und wo findet es statt?

THIERRY BASOMBOLI, *Projektleiter des Kulturdienstes von Lüttich*:

Meine Frage bezieht sich auf die zwei Projekte, die gerade vorgestellt wurden: Welche Form von Dialog haben Sie mit der Stadt, und wie ordnen Sie sich in die Kulturpolitik der Stadt, in der Sie ihre Projekte durchführen, ein? Gibt es Ergänzungen zu den Projekten, gibt es geteilte Meinungen?

TAYEB CHERFI:

Ich werde die erste Frage beantworten, Herr Amokrane die zweite. Wir besitzen eine sehr lange Erfahrung im Vereinswesen, da wir selbst zwischen 1983 und 1993 in einem Arbeiterviertel im Norden von Toulouse aufgewachsen sind und unter der Obhut unserer älteren Brüder und einer Erzieherin erzogen wurden. 1996 haben wir uns dafür entschieden, selbst einen Verein zu gründen, um aus der Notsituation dieser Arbeiterviertel herauszukommen und uns dem Stadtzentrum, den Eliten und Entscheidungsträgern zu nähern. Als politisch Engagierte haben wir die ersten Jahre damit verbracht, im Stadtzentrum zu arbeiten, um die Politiker auf die Probleme der Arbeiterviertel aufmerksam zu machen. Seit einigen Jahren sind wir in diese Vorortsviertel zurückgekehrt, um Projekte und Partnerschaften im Norden und im Süden der Stadt aufzubauen. Das eigentliche Festival findet im Stadtzentrum statt, aber wir veranstalten eine Erstaufführung im Stadtviertel Mirail¹⁹. Wir versuchen also, uns den Einwohnern dieser Stadtviertel verstärkt zuzuwenden, aber es ist keine leichte Aufgabe.

SALAH AMOKRANE:

Das eigentliche Ereignis, das Festival „Origines Contrôlées“, findet mitten in der Innenstadt statt, direkt vor der Basilika Saint-Sernin. Wenn wir davon überzeugt sind, dass die Geschichte der Einwanderung und der Arbeit für die Geschichte der Stadtviertel ein zentrales Thema ist, müssen wir die Veranstaltungen ebenfalls im Zentrum organisieren. In einer Stadt wie Toulouse hängt die Frage der Zielgrup-

19 Sozial schwaches Arbeiterviertel im Südwesten von Toulouse

pen sehr stark von der Programmgestaltung ab. Die Frage der Mobilität und des Zugangs stellt sich hingegen eher nicht, da die Vorortsviertel über die Metro gut mit dem Zentrum verbunden sind. Unsere Schwierigkeit beruht eher darauf, sämtliche Publikumsgruppen zu mobilisieren, da wir uns auch an alle richten. Wir bemühen uns ebenfalls sehr stark darum, eine Verbindung zu anderen Vereinen aufzubauen und ihnen unsere Projekte zu erklären. Seit 2008 haben wir in Toulouse eine neue politische Mehrheit, was ermöglichte, den Dialog zu erneuern, nachdem die konservative Mehrheit knapp 40 Jahre lang an der Macht war. Wir setzen uns dafür ein, in der ganzen Stadt Programme zu diesen Themen zu entwickeln. Die Theatervorstellung von „Mémoires Vives“ findet beispielsweise im Theater eines Arbeiterviertels statt, danach aber auch an der Universität des Mirail. Unser Ziel ist, die Auswahl der Orte möglichst vielseitig zu gestalten, was nicht ohne Weiteres machbar ist. 2004 war das Thema der Kolonialgeschichte in den Programmen sehr präsent und wir haben einige Rückmeldungen von Kommunalvertretern und Wohltätern bekommen, die diesbezüglich einige Vorbehalte hatten. Natürlich löst dieses Thema lebhaft Debatten aus. Aber solange dieser Konflikt in einem demokratischen Rahmen abläuft, ist es eher eine gute Sache. Schließlich haben wir letztes Jahr auch eine Untersuchung hinsichtlich der Teilnehmer des Festivals gemacht: Es sind natürlich viele junge Leute, darunter auch ein kleiner Teil aus den ärmeren Vierteln, die je nach Programm kommen, aber insgesamt ist an diesen Themen schon auch ein viel breiteres Publikum interessiert.

MYRIAM STOFFEN:

Für das Zinneke ist die Lage kompliziert, da wir lediglich für den Teil des Projekts, der den politischen Anforderungen entspricht, versuchen, Hilfgelder zu bekommen. Unsere Schwierigkeiten kommen daher, dass die Region nicht über eindeutige Kompetenzen im kulturellen Bereich verfügt. Wir versuchen deshalb so gut wie möglich, uns an die 19 Kommunen der Region Brüssel zu wenden, die jedoch jede für sich autonom sind und die Freiheit haben, in allen Bereichen eigene politische Prioritäten festzulegen, darunter auch für die Kultur. Wir bemühen uns deshalb, auf jeden Fall ihre Unterstützung für die lokalen Ereignisse zu bekommen, da in diesem Fall auch eine direkte Verbindung besteht. Die Ergebnisse sind jedoch sehr unterschiedlich:

Manche Kommunen zeigen Interesse, in lokale Initiativen zu investieren und/oder künstlerische Vorgehensweisen zu fördern, die sich dem Zusammentreffen der Einwohner widmen und engagieren sich dementsprechend auch langfristig. Manche Kommunen unterstützen recht zuverlässig die lokalen Initiativen, während andere absolut nicht interessiert sind. Die zentrale Leitungsstelle unseres Projekts befindet sich auf dem Gebiet der Stadt Brüssel, die selbst eine der 19 Kommunen ist. Aber die einzige Hilfe, die wir bisher von der Stadt Brüssel erhalten haben, ist die Bereitstellung eines Gebäudes mit einer sehr niedrigen Miete, aber es handelt sich dabei eher um einen Akt der Toleranz, als um eine echte und verantwortungsvolle politische Entscheidung. Darüber hinaus ist in der Kulturpolitik der Stadt Brüssel nur eine bescheidene und bei weitem nicht ausreichende Unterstützung für lokale Projekte vorgesehen. Obwohl wir für projektübergreifende Diskussionen offen sind und sie fördern, haben wir es bislang noch nicht einmal geschafft, uns gemeinsam zu treffen, um die Ergebnisse der Parade zu besprechen.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Bevor wir zu unserer dritten Referentin übergehen, würde ich gerne einige Elemente der ersten zwei Referate festhalten. Der im Titel nahegelegte Ansatz betonte den Aspekt der Sichtbarkeit der Herkunftskulturen. Dennoch sind die Bewahrung des Andenkens, wie auch die Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt unserer Städte nie nur Selbstzweck. Stattdessen gehen sie immer Hand in Hand mit einer kreativen Vorgehensweise, sei es über die Neuinterpretierung traditioneller Musik oder über die Transformation des kulturellen Erbes bis hin zu Neuschöpfungen. Wir haben ebenfalls erfahren, dass die Orte und die Einnahme dieser Orte nicht von diesen Ansätzen getrennt werden können, sei es über das Hin und Her zwischen den Stätten der politischen Macht und den Vorortsvierteln, oder über die Veränderung eines Streckenverlaufs in bestimmten Teilen der Stadt, in der die Zugänglichkeit nicht auf Anhieb für alle gegeben ist. Im Fall von Toulouse ist es besonders angebracht, die Bedeutung der Erinnerungsarbeit und der Darstellung des Erlebten hervorzuheben, was uns auch die Möglichkeit gibt, eine Brücke zu unserer dritten Referentin zu schlagen. Stuttgart ist eine sehr dynamische Stadt, mit einem hohen Bevölkerungswachstum und 180 Nationalitäten, eine Stadt, die seit

mehreren Jahren eine sehr konsequente Politik im Bereich der Integration und des sozialen Zusammenhalts betreibt. Es ist eine große Stadt, die in vielen Teilen durch die Industrie geprägt wird, aber auch eine sehr niedrige Arbeitslosenquote verzeichnen kann, was sich positiv auf die Integration auswirkt. Stuttgart hat darüber hinaus mehrere Preise erhalten, die von dieser Dynamik zeugen. Frau Dauschek wird Ihnen heute ein neues Projekt vorstellen, das bislang noch nicht fertiggestellt wurde, aber auf dem besten Weg dazu ist.

Ich habe Stuttgart schon ein bisschen gelobt, wie Sie gemerkt haben. Das mache ich immer gerne, weil Stuttgart tatsächlich eine der Städte ist, die es irgendwann verstanden hat, sich anders aufzustellen, mehr tun zu müssen und auch mehr Querschnittsarbeit zu leisten, damit die sehr positive Dynamik, die eine so multiforme, multiethnische und multilinguale Stadt wie Stuttgart hat, auch etwas Positives mit sich bringt. Ich freue mich sehr, dass wir die Verantwortliche dieses originellen Projekts heute bei uns haben. Frau Dauschek ist diejenige, die jetzt die schöne und auch schwere Aufgabe hat, das Projekt so zu gestalten, dass es nachher das wird, was es sein soll.

Dr. Anja Dauschek

(Leiterin Planungsstab Stadtmuseum Stuttgart)

„Deine Stadt – gib ihr (D)eine Geschichte“: Das Stadtmuseum Stuttgart als Ausgangspunkt zu einer bundesweiten Sammlung zur städtischen Migrationsgeschichte

Ich wechsele mit meinem Beitrag nicht nur die Sprache, sondern auch die institutionelle Sichtweise. Ich vertrete das Stadtmuseum Stuttgart, das sich erst in der Planung befindet und 2014 eröffnet werden soll. Das Museum ist ein städtisches Projekt, d.h. ich arbeite für die Stadtverwaltung. Meine Präsentation ergänzt so die beiden vorherigen Sichtweisen.

Stuttgart ist eine sehr vielfältige Stadt. Sie ist, neben Frankfurt, die Stadt in Deutschland mit dem höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, wenn man diesen Ausdruck noch benutzen möchte. 180 Nationen leben in der Stadt. Die Stadtgeschichte von Stuttgart endet deshalb nicht an den Stadtgrenzen – unsere Stadtgeschichten beginnen in Cádiz, in Athen, in Istanbul und an vielen anderen Orten,

aus denen Menschen gekommen sind und ihre Geschichten mitgebracht haben.

Die Planung des Stadtmuseums ist das eine Projekt, das ich Ihnen vorstellen möchte, und zum anderen möchte ich Ihnen ein virtuelles Museumsprojekt präsentieren, das sich daraus ergeben hat. In der Planung für das Stadtmuseum Stuttgart war es von Anfang an sehr wichtig, die Migrationsgeschichte der Stadt als einen integrierten Teil der Stadtgeschichte mitzuerzählen, denn die Gestaltungskraft der Migration prägt die heutige Stadt. Wir können die Stadt nicht ohne Migration denken, nicht ohne Migration verstehen. Aber diese Geschichte wird bislang – zumindest in musealen Zusammenhängen – nicht erzählt. Gleichzeitig besuchen Menschen mit Zuwanderungsgeschichten selten deutsche Geschichtsmuseen, denn sie erwarten nicht, dort etwas über die eigene Geschichte zu finden. Dies ist eine zweite Herausforderung.

Obwohl Migration die Städte und eben auch Stuttgart schon lange prägt, ist diese Geschichte nicht gut erforscht und dokumentiert. Selbst die Arbeitsmigration beginnt nicht erst mit den Anwerbeabkommen 1955 mit Italien oder vor 50 Jahren mit Griechenland und Spanien, sondern sehr viel früher. Der – heute durch die Proteste bekannte – Stuttgarter Bahnhof wurde vor allem von Italienern gebaut. Dennoch fehlen zu dieser Geschichte Publikationen und selbst Archivbestände. Um die jüngere Migrationsgeschichte für das Museum zu dokumentieren, muss man mit den Menschen reden. Das ist spannend und aufschlussreich. Und ein Zugang, der persönliche Geschichten in den Mittelpunkt stellt, was wir auch im Museum später tun wollen, denn so wird Geschichte zugänglich.

Ich habe allerdings die Erfahrung gemacht, dass es als kommunale Einrichtung durchaus schwierig sein kann, eine Vertrauensbasis mit Migranten aufzubauen. Selbst Migranten-Kulturvereine, die in Stuttgart sehr gut organisiert sind, begegneten uns einerseits mit viel Interesse und Offenheit, aber auch mit einer Portion Skepsis. Denn die Stadtverwaltung besteht für viele vor allem aus der Passbehörde, dem Ausländeramt oder dem Amt für Öffentliche Ordnung – also Einrichtungen, die sich eher selten für persönliche Geschichten interessieren. Das Stadtmuseum als kommunale Einrichtung musste da erst einmal beweisen, dass es sein Unterfangen langfristig ernst meint. Auch weil es vielleicht schon zu viele „Projekte“ gab, die dann nicht

umgesetzt wurden. Wenn man – anders als meine Vorredner – von kommunaler Seite kommt, muss man Vertrauen aufbauen. Man muss viel Zeit mitbringen und muss sehr viele Gespräche führen, um zu beweisen, dass man es ernst meint.

In diesem Jahr werden wir eine erste Ausstellung anlässlich des 50. Jahrestages der griechischen und spanischen Anwerbeabkommen machen. Dafür haben wir sehr viele Interviews mit der ersten Generation griechischer und spanischer Stuttgarter geführt und haben unglaubliche Stadtgeschichten gehört. Geschichten, die in keinem Geschichtsbuch stehen und die ganz andere Leben beschreiben, als das sonst für die 1960er Jahre erzählt wird. Geschichten, die die Stadt auf ihre ganz eigene Weise geprägt haben. Das interessiert uns: Wie Migration die Stadt verändert. In Stuttgart spricht man immer gerne von der Mediterranisierung des Stadtbildes, denn es gab vor 1960 keine Straßencafés. Draußen sitzen und Kaffee trinken war undenkbar. Inzwischen ist das Alltag. Aber ich denke, die Stadt hat sich in noch stärkerer Weise verändert – jenseits der neuen gastronomischen Angebote, die einem immer gern als Erstes einfallen.

Wir stehen vor der großen Aufgabe, die Geschichte der Migration als Teil der Stadtgeschichte zu dokumentieren. Das ist vor allem eine Wirtschafts- und Sozialgeschichte, denn viele Zuwanderer in den 50er/60er Jahren kamen als Arbeitnehmer. Sie haben unter zum Teil unwürdigen Umständen gelebt und gearbeitet – diese Erfahrungen sind noch heute traumatisch. Für die zweite und dritte Generation sind es neue Geschichten. Das Schweigen der ersten Generation, worüber der Kollege aus Toulouse sprach, erleben wir in den Interviews, die wir führen. Die Interviewpartner erzählen uns Geschichten, die sie ihren eigenen Kindern noch nicht erzählt haben. Und so erfährt die zweite und dritte Generation aus unseren Interviews, die in Ausstellungen erzählt werden, die Geschichten der ersten Generation.

Um diesen Anspruch als Museum zu realisieren, müssen wir auf die Menschen zugehen, Vertrauen schaffen, müssen es ernst meinen und uns viel Zeit nehmen. Das ist eine ganz andere Herangehensweise als bei anderen Ausstellungsprojekten, die man eher im Archiv oder in Bibliotheken recherchiert.

Gleichzeitig stehen wir auch vor der Aufgabe, ein entsprechendes Team aufzubauen. Wir haben 2007 begonnen, das Museum zu planen. Dabei stellte sich angesichts des Themas immer die Frage, wen holt

man ins Team, wer soll für uns arbeiten? Schafft man es, auch in einem kleinen Team zu diversifizieren, also unterschiedliche Sichtweisen zu realisieren? Das ist uns zum Teil gelungen, aber sicher nicht so optimal, wie man es sich wünschen würde.

Wir haben schnell bemerkt, dass das Thema Migrationsgeschichte nicht nur uns, sondern auch andere Stadtmuseen bewegt. Auf vielen Tagungen hörte ich von anderen Stadtmuseen, dass sie vor denselben Fragen standen wie wir. Gleichzeitig haben wir in Interviews festgestellt, dass in einer Lebensgeschichte oftmals verschiedene Städte wichtig sind. Die Geschichten und Wege verlaufen nicht direkt zwischen z.B. Istanbul und Stuttgart, sondern vielmehr Istanbul-Köln-Brüssel-Stuttgart, um ein Beispiel zu nennen. Auch hier könnten die Museen von einer Zusammenarbeit profitieren.

Gemeinsam mit dem Industriemuseum des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und dem Netzwerk Migration in Europa e.V., Berlin haben wir eine Initiative gegründet und vorgeschlagen, das Thema „Städtische Migrationsgeschichte“ mit einem Kreis von Stadtmuseen zu bearbeiten. Wir stehen alle vor ähnlichen Problemen, d.h. vor Fragen, die das „Museumshandwerkszeug“ betreffen. Wie kann Partizipation sinnvoll organisiert werden, wann zählt die Museumsexpertise? Wann braucht man kulturelle Übersetzungshilfe, um Objekte zu verstehen und woher kann man sie bekommen? Wie kann die Migrationsgeschichte in bestehende Ausstellungen eingefügt werden, wie kann eine bestehende Sammlung neu gelesen werden? Wie und wie weit kann man Interviewpartner in die Ausstellungsgestaltung einbeziehen? Gerade bei der Migrationsgeschichte sind die Museen auf die communities angewiesen und müssen immer wieder Partizipation und Professionalität abwägen.

Wir haben deshalb in einem Arbeitsverbund rund 15 Stadtmuseen und Stadtarchive zusammengebracht. Gemeinsam und mit Unterstützung durch die Robert Bosch Stiftung entwickeln wir die Website, www.migrationsgeschichte.de. Wir möchten damit eine virtuell zentrale Plattform zum Thema der städtischen Migrationsgeschichte in der Bundesrepublik schaffen, auf der Objekte aus allen beteiligten Städten im Internet sichtbar werden. Diese Objekte befinden sich real in den Sammlungen der einzelnen Häuser. Oder sie sind noch in Privatbesitz und werden nur im Internet abgebildet. Denn viele Erinnerungen sind noch so frisch, dass die Menschen die Objekte noch nicht

weggeben möchten. Gerade die erste Generation weiß, dass manche Objekte historisch wichtig sind, wollen sie aber noch behalten. Ihre Kinder sollen entscheiden, ob der Fährschein von der griechischen Fähre *Kolokotronis*, die Bahnkarte aus Neapel oder die erste Arbeitserlaubnis wirklich ins Museum kommen.

Die Site „migrationsgeschichte.de“ ist verbunden mit Sammlungsaktionen in den einzelnen Städten. In Stuttgart wird der Auftakt dazu gemacht. Dabei sind wir auf Kooperationen mit verschiedenen Institutionen angewiesen, die wir aktiv suchen. Wir arbeiten z.B. mit dem ethnographischen Museum zusammen, mit der Volkshochschule, mit Institutionen wie dem Deutsch-Türkischen Forum oder dem Forum der Kulturen, der griechischen Gemeinde oder Moscheevereinen. Auch die Bücherei ist ein guter Kooperationspartner, mit der wir Schreibwerkstätten und biographische Workshops durchführen wollen. Denn es geht uns Museen zwar um Objekte, aber in erster Linie um Geschichten von Menschen. Die eigene Geschichte zu erzählen ist nicht immer einfach, künstlerische Prozesse können dies aber unterstützen. Wir arbeiten auch erfolgreich mit Sprach- und Integrationskursen, zu denen Zuwanderer in Deutschland verpflichtet sind. Hier bieten wir für den landeskundlichen Unterricht eine Unterrichtseinheit an und fordern die Kursteilnehmer auf, Objekte mitzubringen. Wir unterstützen so den Unterricht und machen gleichzeitig das Museum bekannt.

Wir haben ebenso wie Frau Stoffen aus Brüssel das Thema der Hybridität im Blick. Es ist schwierig, dies im Museum zu zeigen, aber wir haben heute in den Städten nicht ein Nebeneinander klar abgrenzbarer Kulturen, also eine türkische Kultur, eine deutsche Kultur, eine griechische Kultur. Jeder von uns trägt bereits eine Vermischung von Kulturen in sich: Wir essen Döner, trinken danach Espresso und am Sonntag schauen wir uns einen klassisch deutschen „Tatort“ an. Wir leben bereits das Phänomen der „Transkulturalität“, wie es der Philosoph Wolfgang Welsch bezeichnet. Es geht nicht mehr um klar definierbare Kulturen, die nebeneinander existieren, sondern um eine Hybridisierung, wie sie vorhin beschrieben wurde. Ich halte es für eine wichtige Aufgabe, dieser Entwicklung nachzuspüren, mit den Mitteln der Museumsarbeit, mit Objekten, die Migrationsgeschichte sichtbar machen, denn es ist eine wichtige Geschichte. In der deutschen Geschichte der 1960er Jahre haben nicht nur Wirtschaftswunder und Nierentische ein Platz, auch Wohnheime, Sprachwirrwarr, getrennt

lebende Familien und Kinder, die ohne Eltern aufwuchsen, gehören dazu. Die Migrationsgeschichte ist eine wichtige und prägende Geschichte, die zu erzählen ist. Dies wollen wir im Verbund mit anderen Stadtmuseen tun und so eine nationale Plattform schaffen.

SALAH AMOKRANE:

Wird dieser Aufruf, historisch wichtige Objekte zu spenden, kollektiv betreut, beispielsweise über eine Kommunikationskampagne? Und woran erkennen Sie potentielle Spender? Es handelt sich dabei um eine wiederkehrende Frage: Jedes Mal, wenn man im Rahmen eines Projektes einen Spendenaufruf startet, wird einem bewusst, welche Bedeutung der kommunikativen Vermittlung und der Frage des Vertrauens zukommt. Oftmals trifft man dabei selbst als Verein auf starke Schwierigkeiten, da die Leute nicht wirklich spenden wollen, solange sie nicht totale Klarheit darüber haben, wo ihre Gaben hingehen.

TAYEB CHERFI:

Meine Anmerkung ist eher allgemeiner Art. Beim Anhören der Präsentation zu den Erfahrungen Stuttgarts und Mannheims bekam ich den Eindruck, dass die Art und Weise, wie die Deutschen und Franzosen die Einwanderung betrachten, sehr unterschiedlich ist. Bevor ich hierher kam, hatte ich von Deutschland das Bild eines Landes, in dem Deutsche und Türken nebeneinander leben, ohne sich wirklich zu kennen oder zu begegnen – ein Bild, das in mir von Frankreich aus entstanden ist, und das in mir eine Vorstellung von „Apartheid“ hervorrief. Aber nachdem ich Ihre Rede gehört habe, merke ich, dass die Tatsachen deutlich nuancierter sind: Gestern sprachen wir von den 40 % der Arbeitsstellen, die für Personen mit Migrationshintergrund reserviert sind, heute von Museen, von der Bereitschaft, Forderungen anzuhören und von Betreuung. Seit wann findet dieser Bewusstseinswandel in Bezug auf die Einwanderung statt, und aus welchen Gründen existieren so starke Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich?

GILLES KUNTZ:

Kurz einige Gedanken: Zuerst will ich auf den letzten Einwand reagieren und anmerken, dass es auch in Frankreich Museen gibt, die versuchen, sich mit der Einwanderung und ihren Schätzen zu befassen.

Da ich aus Grenoble komme, werde ich ein Beispiel vor Ort nennen: In Grenoble befindet sich das Musée Dauphinois, das 1968 von André Malraux neu eröffnet wurde und seit Jahren seine Ausstellungen an den verschiedenen Migrationen orientiert: der Italienischen, der Maghrebischen oder auch der der „Pieds-noirs“²⁰. Letztere verursachte sogar etliche Kontroversen. Bei allen handelt es sich um politisch brisante Themen, die intensive Diskussionen auslösen. Welche Perspektive bevorzugen Sie? Versuchen Sie eher, die aktuell mit der Einwanderungsthematik verbundenen Probleme, die sich zur Zeit in zahlreichen europäischen Ländern – insbesondere in Bezug auf ihre mögliche Einschränkung – stellen, in den Mittelpunkt zu rücken? Oder verfolgen Sie eher die Absicht – Sie werden dies sicherlich verneinen – die Einwanderung als etwas Neutrales darzustellen, ohne ihre Begleitphänomene aufzuzeigen: die Konflikte, Kontrollen und Dramen, die die Migranten erleben?

MEHMET-ALI AKINCI:

Ich möchte gern mit dem Zitat eines Schweizer Forschers auf meine Vorredner reagieren: „Wir haben Arbeiter gefordert, und sie haben uns Menschen geschickt.“ So haben auch die Deutschen letztendlich realisiert, dass andere Menschen als Nachbarn neben ihnen wohnen, jene, die sie lange Zeit nur als „Gastarbeiter“ betrachtet haben, als ausländische Arbeiter, die eines Tages heimkehren werden. In allen Gesellschaften Westeuropas waren es Menschen, die kamen, unsere Eltern, mit all ihrer Komplexität, ihren Sprachen, ihrer Kultur, ihren Sitten und ihrer eigenen Lebensweise. In Rouen sind die Straßen ab 19 Uhr zum Beispiel wie leergefegt. Wir Türken haben die Herausforderung, das lokale Nachtleben zu beleben, bislang noch nicht geschafft. Meine Frage in Bezug auf das Museum, das eine sehr schöne Idee ist, ist folgende: Haben Sie Kontakt mit dem Musée de l’Immigration (*Museum der Einwanderung*) in Paris und könnte es für Sie eine Inspirationsquelle darstellen? Außerdem ist mir, während ich Ihrem Beitrag zugehört habe, auch ein Name für das Museum in Stuttgart eingefallen: „Museum des generationsübergreifenden Dialogs“ (*Le Musée du dialogue intergénérationnel*). Das würde genau das betonen, was die Jugend braucht: den Dialog zwischen den Generatio-

20 Wörtlich übersetzt: „Schwarzfüße“, Bezeichnung für die weißen europäischen Siedler in Algerien

nen. Die jungen Menschen der zweiten Generation kennen in der Tat weder die Geschichte ihrer Eltern, noch die Gründe, die sie dazu bewogen haben, nach Frankreich, Deutschland oder Belgien zu kommen. Dieser intergenerationelle Bruch sorgt dafür, dass der Dialog unterbrochen wurde, wodurch jene Konflikte entstehen, die wir heute kennen. Es ist deshalb wichtig, diesen Dialog wieder aufzunehmen und mit den Lebenserfahrungen der Einwanderer zu bereichern.

SARAH KAERTS, *Mitarbeiterin des Forums für Minderheiten, Brüssel:*

Mein Name ist Sarah, ich arbeite für das Forum der kulturellen und ethnischen Minderheiten in Brüssel. Meine Frage betrifft das Museumsprojekt. Ich würde gerne wissen, ob dieses Museum der Geschichte in Stuttgart den Aspekt der Einwanderung lediglich integriert oder ob es sich ausschließlich um ein Museum *der* Einwanderung handelt? Ich würde zu diesem Aspekt gern mehr erfahren, da dies ja auch in Bezug auf die Umsetzung unterschiedliche Herausforderungen impliziert.

Meine zweite Frage betrifft das Verhältnis zwischen den Generationen. Kennt die Jugend die Geschichte der älteren Generationen oder eher nicht? Ich habe verstanden, dass Sie sich sehr darum bemühen, selbst Nachforschungen zu machen und Mitarbeiter unterschiedlichster ethnischer und kultureller Herkunft engagieren. Deshalb wollte ich wissen, ob Sie den Migrantenvereinen ebenfalls beibringen, selbst Interviews durchzuführen. Versuchen Sie, auf diese Weise Datenmaterial zu erhalten oder kümmert sich eine wissenschaftliche Kommission darum?

LUCIENNE REDERCHER, *Beirätin des Bürgermeisters von Nancy, Beauftragte für Menschenrechte, Integration und Bekämpfung der Diskriminierung:*

Zuallererst will ich den Veranstaltern, den Stiftungen und allen Teilnehmern meinen Dank aussprechen. An diesem runden Tisch hat ganz besonders das Projekt aus Stuttgart meine Aufmerksamkeit erregt, da wir in Nancy ein absolut gleichartiges Projekt haben wie das von Frau Dauschek vorgestellte. Es handelt sich dabei um ein Museum, dessen Umfang deutlich – um etwa 10.000 m² – vergrößert wird, um die Szenerie und die Gestaltung gänzlich zu verändern. Das Museum ist kommunal, aber auch regional verankert: Es handelt sich um das Mu-

seum der lothringischen Geschichte. Das Projekt, das schon vor zwei Jahren bestätigt wurde, zielt darauf ab, die Geschichte von ganz Lothringen, mit all ihren Facetten und Gesichtern, zur Geltung zu bringen. Wir hoffen sehr, dass das Museum diese Geschichte mit der größtmöglichen Genauigkeit nachzeichnet, ohne die Kontroversen auszulassen. Dies soll auf lebendige Art und Weise und im direkten Kontakt mit der Bevölkerung geschehen, gleichzeitig aber auch Platz für die Darstellung der Kunst und Traditionen lassen. Es erscheint uns unabdingbar aufzuzeigen, dass sich eine Region wie unsere, mit allem was sie heute ist und morgen sein wird, nur durch den Beitrag all jener Migrationen entwickeln konnte, die in Lothringen aufeinander folgten und sich begegneten. Wir haben das Glück, uns in einem geographischen, kulturellen und wirtschaftlichem Zentrum zu befinden, in einer Region mit zahlreichen Grenzen, die seit jeher ein Einwanderungsgebiet ist. Wir richten uns an das Publikum in Lothringen, aber natürlich auch an die Menschen aus all den Grenzregionen. Aktuell sind wir in der Phase der Projektaufteilung an verschiedenste Vereine, und ich hab mit großer Freude gesehen, dass Herr Erpuyan, Präsident einer der wichtigsten dieser Vereine, hier ebenfalls anwesend ist. Das Projekt des Museums in Stuttgart interessiert uns deshalb ganz besonders und wir würden gern wissen, wie wir den Dialog und die Teilnahme der Gemeinden, Vereine und betroffenen Privatpersonen vereinfachen können, um all diese verschiedenen Akteure in Einklang zu bringen.

JEAN-PIERRE SCHLAGDENHAUFFEN:

Ich möchte gerne wissen, wie weit Sie in der Stuttgarter Stadtgeschichte zurückgehen. Denn irgendwann fängt die Migration bzw. der Migrationshintergrund ja an, und er hört wahrscheinlich nicht auf – ich würde fast sagen: er hört zum Glück nicht auf. Wie organisieren Sie das und wie kommt das zustande?

Dr. ANJA DAUSCHEK:

Die erste Frage von Salah Amokrane ist eine ganz, ganz wichtige: Wie sammelt man? Man muss – das ist unsere Erfahrung – über alle möglichen Kanäle sammeln. Wenn ich einen Sammlungsaufruf in die Zeitung schreibe, bekomme ich Zeitungsleser. Wir haben auch einen Aufruf gemacht, Interviews in der Zeitung über das Thema „Wie sehen die Leute ihre Heimat Stuttgart?“ Da haben sich sehr viele Menschen

gemeldet, aber wenige Menschen mit Migrationshintergrund. Die Zeitung ist nur bedingt ein gutes Medium zu dem Thema. Bessere Medien bzw. Zugänge sind unserer Meinung nach tatsächlich die Vereine, wenn wir es mit *communities* zu tun haben, die in Vereinen organisiert sind. Unsere griechische Gemeinde beispielsweise ist hervorragend organisiert. Da musste man nur den Leiter ansprechen und bekam ganz viele Kontakte, die dann zu weiteren Kontakten führten. Das ist immer so ein Schneeballsystem, was wir als sehr hilfreich empfunden haben. Die spanische *community* wiederum ist überhaupt nicht organisiert. Aber da haben wir durch Herumfragen Herrn Castilla gefunden, der ein Restaurant hat und alle kennt. Am ersten Abend zum Thema „Spanische Geschichte“ war mein Kollege im Restaurant von Herrn Castilla mit 25 anderen Menschen, die ihm alle etwas erzählt haben, woraus sich dann die Kontakte ergaben. Bei der türkischen *community* ist dies nicht eine *community*, sondern das sind ganz viele, das muss man einfach sehen. Ich habe mal einen Kollegen getroffen, der war von einem rumänischen Verein und erklärte mir dann, dass es noch zwei andere rumänische Vereine gibt und ich wissen sollte, dass sie sich nicht mögen. Das sind die realen Schwierigkeiten. Man muss sich viel umhören, wie diese *communities* funktionieren. Aber unserer Meinung nach funktioniert dieses Schneeballsystem ganz gut. Ein Kollege hier in Berlin war auf der Suche nach *lieux de mémoire*, also nach Erinnerungsorten, und zwar Erinnerungsorten der Migrationsgeschichte. Er hat einfach eine E-Mail losgeschickt an 80 Leute, von denen er dachte, die könnten eine Ahnung haben und hat sie gebeten, ihm die Orte zu nennen, die sie wichtig finden, und dass sie die E-Mail noch an drei weitere Leute senden sollten. Das hat hervorragend funktioniert und er hat ganz neue Ideen bekommen. Also das haben wir als ganz positiv erlebt.

Gegenstände aufzugeben und Gegenstände zu finden ist schwierig. Wir haben die Erfahrung gemacht, im Gespräch, d.h. wenn die Menschen über ihr Leben erzählen, taucht da plötzlich ein Ding auf, das wichtig wird. Nachfolgend jetzt keine Geschichte aus der Migrationsgeschichte, sondern aus der Geschichte der Heimatvertriebenen, die sich ja in Deutschland – das ist so eine kleine Besonderheit – nicht als Migranten sehen, aber das ist ein anderes Problem. Da erzählte eine Frau von ihrer Kindheit in einem Flüchtlingslager und erwähnte, dass alles voller Schlamm war und sie immer Gummistiefel anhatte. Und

dann wollte ich natürlich wissen, ob sie diese Gummistiefel denn noch habe. Nein, die hatte sie leider nicht mehr, aber so kommen Sie in Gesprächen plötzlich auf Ideen. Wir haben ein tolles Objekt von einem griechischstämmigen Stuttgarter, der so eine Box hatte, mit der man damals Sprachen gelernt hat. Und da hat er uns auch die ganze Geschichte dazu erzählt. Oder wir haben ein Kostüm von einer spanischen Musikgruppe, die in den 70er Jahren in Stuttgart sämtliche spanischen Lokale unsicher gemacht hat. Da haben wir auch noch die Single dazu und vielleicht treten die bei unserer Ausstellungseröffnung auf. Die Herren sind jetzt wahrscheinlich so um die 65-70. Man muss fragen und die Dinge ergeben sich aus den Gesprächen. Der Museumsmensch sieht dann plötzlich das Objekt, was den anderen vielleicht gar nicht so klar ist und dann muss man nachfragen, ob es dieses Objekt noch gibt.

Zu der zweiten Frage, der Frage der Apartheid. Da ist Stuttgart, und ich glaube auch Mannheim, wahrscheinlich anders als Berlin. Stuttgart und Mannheim sind beides Städte, mit einer relativ geringen Arbeitslosigkeit, mit einem relativen Wohlstand und wir haben deshalb auch sehr gut durchmischte Stadtgesellschaften. In Mannheim und in Stuttgart gibt es eigentlich kaum typische Viertel, d.h. es gibt nicht das türkische Viertel oder das griechische Viertel. Das haben wir nicht. Wir haben eine soziale Topographie, weil wir im Talkessel liegen, d.h. nach unten wird es billiger und nach oben teurer. Aber das hat nichts mit dem Migrationshintergrund zu tun, sondern ist das Ergebnis einer eher unbewussten Strategie der Stadt, schon in den 60er/70er Jahren solche Ballungsräume, solche Viertel gar nicht zustande kommen zu lassen. Dieses Problem der Apartheid haben wir nicht, deswegen können wir auch in Stuttgart so arbeiten. Das ist sicherlich in anderen Städten viel, viel schwieriger. Und in Frankreich würde man auch anders an die Sache gehen. In Deutschland wissen wir ja erst seit ca. acht Jahren, dass wir ein Einwanderungsland sind. Vorher waren wir das ja nicht, da konnten wir das getrost ignorieren. Stuttgart ist da in einer glücklichen Lage.

Vielleicht erzähle ich ganz kurz etwas über das Grundkonzept des Museums. Unser Gebäude ist ein klassizistisches Palais von 1840, also ein richtiges Museumsgebäude. Da befindet sich momentan die Bücherei, wird dann aber umgebaut. Die Fläche steht fest, die wir dort haben. Und wir haben überlegt, wie können wir denn zu einem Ort

werden, wo tatsächlich Dialog stattfindet, denn das ist unsere Zielsetzung. Wir wollen nicht nur Geschichte darstellen, sondern wir wollen eigentlich die Gegenwart und Zukunft vor dem Hintergrund der Stadtgeschichte diskutieren und auch ein Ort sein, wo man ins Gespräch kommt. Und das hat etwas mit Architektur zu tun. Wenn ich ins Gespräch kommen will, dann brauche ich einen Raum, wo ich Gespräche führen kann, d.h. ich brauche einen Veranstaltungsraum, ich brauche Seminarräume, ich brauche Fläche, wo auch mal was Anderes als Museum stattfinden kann. Unser Erdgeschoss ist praktisch eine Fläche, die einen Vortragssaal für 150 Personen hat, einen Raum, den wir als Bibliothek anbieten, in dem aber auch Salongespräche stattfinden können, sich also kleinere Gruppen treffen können, ein Foyer, das man für große Veranstaltungen nutzen kann. Wenn wir gerade für Kinder und Jugendliche interessant sein wollen, die so viele verschiedene Hintergründe haben, dann dürfen wir bei dieser Zielgruppe nicht unbedingt von dem Thema Stadtgeschichte ausgehen, denn das könnte als nicht ganz so relevant empfunden werden, weil eben der Großvater nicht in dieser Stadt geboren wurde. Wir haben deshalb nach einem Thema geschaut, das für Kinder und Jugendliche – egal wo sie herkommen, egal welchen sozialen und zugewanderungsgeschichtlichen Hintergrund sie haben – interessant ist und das ist das Thema „Architektur und Stadtplanung“. Kinder leben in der Stadt und eigentlich müssten wir ihnen Verantwortung für gebauten Raum beibringen, weil sie Architektur beurteilen können müssen, denn sie sollen sich in demokratische Entscheidungsprozesse zu Architektur einbringen können. Deswegen ist unser Kinder- und Jugendbereich ein großer Bereich, der sich mit dem Thema „Architektur und Stadtplanung“ beschäftigen wird und da können alle Kinder mitmachen, egal wo sie herkommen und welche Geschichte ihre Eltern haben. Wir beschränken die ständige Ausstellung, denn irgendwann geht der Platz ja auch zu Ende. Die ständige Ausstellung wird relativ konzentriert und ich nehme jetzt einfach mal die letzte Frage vorweg, wir werden uns konzentrieren auf das 19. und das 20. Jahrhundert. Wir werden natürlich eine Einführung geben in die frühere Zeit, aber wir erzählen die Geschichte der Stadt ab dem Zeitpunkt, wo sie tatsächlich eine Stadt ist. Stuttgart wuchs im 19. Jahrhundert sehr schnell von dem kleinen Residenzdorf mit 20.000 Einwohnern und hatte dann Ende des 19. Jahr-

hunderts 150.000/200.000 Einwohner. Ab da haben wir eigentlich eine Stadt und auch ein Bürgertum, von dem wir erzählen können.

Das geht auch gleich zusammen mit der Frage, wie kann man Jugendliche animieren, selber Geschichte zu sammeln, sich auf die Suche nach der Geschichte ihrer Eltern und Großeltern zu begeben. Das machen wir über Schulen, mit denen wir jetzt schon zusammenarbeiten. Wir entwickeln zusammen Aktivitäten, Materialien, die die Schulen ganz ohne uns benutzen können, weil wir noch kein Museum haben bzw. wir haben jemanden, der das macht, aber wir können noch keinen Museumspädagogen an Schulen schicken. Deswegen entwickeln wir mit Schulen Materialien und das tun wir jetzt für höhere Klassen auch zum Thema Migration und da ist es ganz wichtig, Materialien zu entwickeln, die nicht spezifisch für eine Ethnie sind, sondern wir müssen im Prinzip diesem breiten Spektrum von Erfahrungshintergrund in Klassen gerecht werden. Die Schüler werden dann aufgefordert, ihren Stadtteil zu erkunden. Alle wohnen da in einem Stadtteil und diese Stadtteile sind sehr vielfältig. Da können die deutschen und kroatischen Jugendlichen die türkische Kultur erforschen und die türkischen Jugendlichen können die griechische Kultur erforschen. Das muss man verbinden, sodass wir Kinder, die tatsächlich deutsche Wurzeln haben – das gibt es ja auch – da ebenfalls einbeziehen können. Diese Vielschichtigkeit müssen wir uns zunutze machen.

Zur „Cité de l’histoire des migrations“ haben wir einen Kontakt bei dem Projekt. Das ist ein klassisches französisches Projekt, also so ein nationales Museum, das gibt es bei uns ja nicht zu dem Thema. Es gibt zwar eine Initiative in Köln, die Initiative DOMiT, die so was möchte. Wir werden sehen, ob die das schaffen. Unsere virtuelle Migrationsammlung geht ein bisschen in die Richtung. Was ich bei der Cité spannend finde, ist, dass die Institution, die man in Paris sehen kann, ja nur ein kleiner Teil ist. Spannend ist ja das Netzwerk, das dahinter steht und das die aufgebaut haben, um diese Cité überhaupt zu verwirklichen.

Uns ist es wichtig – das war ja auch eine Frage – Dialog anzubieten, was vor allem über Veranstaltungen passieren wird und natürlich auch durch dialogorientierte Führungen in der Ausstellung ebenso wie durch thematisch orientierte Führungen.

Unser Museum – wie wird es heißen? Eine ganz schwierige Frage. Wahrscheinlich nennen wir es einfach „Stadtmuseum“, weil damit die

meisten noch irgendwas anfangen können, auch wenn es für viele dann vielleicht nicht ganz so attraktiv ist. Aber wir haben schon so oft überlegt und sind auf nicht viel Besseres gekommen. Die Namensgebung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die Frage besteht ob wir auch den gesellschaftlichen Diskurs der Gegenwart aufgreifen wollen – ja, das wollen wir. Dafür nutzen wir die Veranstaltungsräume. Wir sehen die ständige Ausstellung als eine Hintergrundfolie, die man als Ausgangspunkt nehmen kann, um über Gegenwart zu reden. Und ich denke, das ist eine ganz wichtige Aufgabe für ein Stadtmuseum, nicht nur Geschichte zu präsentieren, sondern tatsächlich einen Platz zu bieten, auch eine dieser berüchtigten – Homi Bhabha nennt sie „*third spaces*“ – also neutrale Räume, in denen man einen Dialog anbieten kann, der dann auch durchaus kritisch sein kann. Ich denke, dafür sind Museen da.

Es war dann noch die Frage, wie können Migranten aktiviert werden, Interviews zu machen. Wir haben das ein bisschen angefangen über Schulklassen, über Institutionen wie das Deutsch-Türkische Forum, bei dem sehr viele Jugendliche mitmachen, die dann für unsere Aktivitäten sozusagen als „ehrenamtliche Interviewer“ losgehen. Ich denke, das ist auch so ein Schneeballeffekt, der sich aus der Arbeit ergibt. Ich hoffe zumindest, dass das so sein wird.

Das Projekt in Nancy: Ich habe nicht das Patentrezept für Sie, wie Sie das alles unter einen Hut bekommen können. Ich denke, der reale Kontakt mit der Bevölkerung ist wichtig, wenngleich ich die Struktur von Lothringen nicht kenne, aber ich halte es für wichtig, dass Sie schauen, wer sind die Mitspieler und wie können Sie Kontakt zu denen aufbauen. Das müssen wahrscheinlich auch unterschiedliche Formen von Kontakt sein und ich glaube, im Museum – das ist meine persönliche Überzeugung – geht es nicht nur darum, Ausstellungen zu zeigen, sondern Museen sind Kulturorte, die heute eigentlich mehr sind: das sind Veranstaltungsorte, das sind Diskussionsorte, das sind Orte für wechselnde Präsentationen. Und wenn Sie die Chance haben, auch Geschichte und Kunst zu verbinden, dann ist das ganz spannend, weil Sie über Kunst immer noch ganz andere Zugänge schaffen können. Da können Sie sehr viel kontroverser arbeiten, ohne dass es gleich verletzend wird. Das ist bei Geschichte immer so ein bisschen schwierig. Als Sie vorhin ein wenig die Geschichte der Region geschildert haben, dachte ich, vielleicht sind für Sie auch die klassischen

Einwanderungsländer gute Beispiele, also die USA oder Australien. Die Engländer haben noch kein Migrationsmuseum, aber da macht das Museum of London viel. In diesen Ländern wurde die Einwanderung ja zur zentralen Narration gemacht. Da könnten Sie mal schauen, ob das was für Sie wäre. Es ist natürlich im europäischen Kontext immer noch ein bisschen anders. Ansonsten brauchen Sie wahrscheinlich viel Geduld und müssen viel reden.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Bevor wir uns eine Pause gönnen, vielleicht noch einen Satz zu der generellen Situation in Deutschland. Leben wir nun in einer Apartheid oder wie muss man das einschätzen? Ich glaube, man muss sich klar machen, dass sich in den letzten zehn Jahren in Deutschland enorm viel geändert hat und zwar auf allen Ebenen der Gesellschaft. Wir haben sehr lange in der Gastarbeiterlogik gelebt, die schon angesprochen wurde. Wir waren sehr lange auf ein rein juristisches Staatsbürgerschaftsdenken fixiert, das eben von der Vererbung herkam. Das war ganz lange so, ganz anders als in Frankreich. Das stimmt alles, aber ich habe es gestern ja schon gesagt: Ich glaube, die meisten europäischen Länder haben sich extrem bewegt und endlich auch verstanden, dass das gut ist, sich zu bewegen. Und wenn man sich heute die deutsche Situation anschaut – und das zeigen auch alle internationalen Studien – kann man nicht sagen, dass in Deutschland ein speziell großes Integrationsproblem besteht. Das darf man sich nicht einreden lassen. Was sich im Moment in Deutschland sehr positiv gestaltet – und das ist vielleicht im Unterschied zu Frankreich interessant – ist die Tatsache, dass wir ein föderales System haben. Wenn eine Gesellschaft sich verändert, ist es manchmal ganz gut, wenn die Regionen stark sind und auch Geld haben und die Möglichkeit, Dinge selbst, strukturell, auf Dauer zu verändern. Und alles, was Innenpolitik ist – und Integration ist auch Innenpolitik – das ist bei uns zunächst einmal die Kompetenz der Länder. Wir haben in Deutschland nicht nur kein nationales Immigrationsmuseum, das werden wir wahrscheinlich auch nie haben, wir haben auch keine zentrale Macht, die jetzt einfach ein Rahmengesetz machen könnte. Abgesehen vom Staatsbürgerschaftsrecht haben wir sehr große regionale Handlungsfreiräume, relativ nah bei den Menschen. Und das ist eben ein Unterschied, ob ich in Ostdeutschland bin, wo die Migration eine völlig andere ist, zum

Teil sehr schwach ist, das ist was ganz Anderes. Es ist ein Unterschied, ob ich in einer dynamischen, auch wirtschaftlich starken Region bin oder ob ich in einer Region bin, wo es hohe Arbeitslosigkeit gibt. Das sind verschiedene Faktoren und vielleicht ist im Moment die positive Dynamik, die wir wirklich sehen müssen und können, auch dadurch getragen, dass die Städte sehr stark sind und auch die Möglichkeit haben, etwas zu tun.

Und Ihr Zitat war völlig richtig: Wir haben Arbeitskräfte gesucht und jetzt sind Menschen da. Da waren wir einfach langsam. Ich glaube aber, im Moment ist das Bewusstsein in Deutschland ganz stark, trotz aller Polemiken, die es jetzt wieder gab mit Herrn Sarrazin. Ich glaube, alle müssen sich bewegen und das gilt für alle unsere Länder; die ganze Integration ist keine Einbahnstraße. Ich kann nicht sagen: „Du musst dich ändern.“ Jeder von uns ändert sich. Sie haben es ja bereits gesagt, wir haben in Deutschland auch eine ganz andere Geschichte von Migration: 12 Millionen deutsche Staatsbürger, die am Ende des Krieges nach Westdeutschland gekommen sind. Wir sind vielleicht in Deutschland nicht erfolgreicher als andere, aber die Situation ist keineswegs dramatisch. Die Apartheid ist schon eine Weile vorbei, Gott sei Dank!

Präsentation der Arbeitsergebnisse im Plenum und Schlusswort

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Lassen Sie uns das Abschlusspodium nutzen, um noch einmal ein paar Dinge Revue passieren zu lassen aus unseren Diskussionen in den beiden Arbeitsgruppen, sodass wir die wichtigsten Erkenntnisse teilen können. Zunächst werden aus der Arbeitsgruppe 1 Frau Bazin und Herr Hahn berichten und ich tue es anschließend für die Gruppe 2. Wir werden dabei versuchen, ein paar Linien zu benennen, die man als Erkenntnisse, vielleicht auch als Empfehlungen formulieren könnte. Danach haben wir noch Zeit zum Austausch.

Präsentation der Ergebnisse aus Arbeitsgruppe 1

CLAIRE BAZIN:

In Hinblick auf die erste Arbeitsgruppe scheint mir wichtig festzuhalten, dass die drei geschilderten Erfahrungen zwar das gleiche – im Titel des Ateliers definierte – Thema behandelten, dabei aber aus drei grundverschiedenen Blickwinkel herangingen, die nicht nur mit den Unterschieden zwischen den betroffenen Ländern, sondern auch mit der Betrachtungsweise und dem beruflichen Status der Referenten zusammenhängen. Einer der Referenten ist als Forscher und Berater tätig, ein anderer hauptamtlich in der Kulturpolitik tätig und der Letzte schließlich gewählter Abgeordneter, was uns ermöglicht hat, die Dinge aus verschiedenen, sich ergänzenden Perspektiven anzugehen.

Dr. OLAF HAHN:

Wie Frau Bazin gerade gesagt hat, hatten wir drei unterschiedliche Sensibilitäten, drei unterschiedliche Richtungen. Ich möchte gerne Frau Bazins Beitrag hier kurz zusammenfassen. Frau Bazin ist ja aus Montbéliard hierher zu uns gekommen, aus der *agglomération*, und hat uns über die Leseförderung dort berichtet in dieser interkommunalen Arbeit. Dabei hat sie vor allem darauf hingewiesen, dass diese Arbeit versucht, systematische, vernetzende Leistungen innerhalb dieser *agglomération* zu leisten. Sie hat eine sehr beeindruckende Zahl an Personen genannt, die an dieser Leseförderung teilnehmen, nämlich insgesamt 25.000 Personen, was also etwa einem Viertel der

Einwohner dieser *agglomération* entspricht. Also eine sehr beeindruckende Zahl, die über ein Jahr erreicht wird. Sie hat anschließend in einer Stärken- und Schwächen-Analyse diese Leseförderung untersucht und uns vorgestellt. Ich möchte kurz auf die Schwächen eingehen, das fand ich ganz besonders interessant. Sie hat auf eine oftmals nicht ausreichende politische Verankerung der Maßnahmen hingewiesen, auf eine oft fehlende Unterstützung seitens politisch Zuständiger. Eine weitere Herausforderung, die sie beschrieben hat, ist das direkte Erreichen der Zielgruppe der Migranten in dieser *agglomération* und auch einige Defizite mit Blick auf Kooperationen, d.h. die Erreichbarkeit der Zielgruppe. Diese Frage hat in der Diskussion dazu geführt, dass wir sehr intensiv über Fragen wie Standorte von Bibliotheken, vor allem auch Professionalisierung des Fachpersonals, diskutiert haben und sie hat uns darauf hingewiesen, dass der Versuch, aus den Mauern der Bibliotheken herauszugehen durch das Fachpersonal, um vor Ort Menschen auszusuchen, um sie zum Lesen zu bewegen, eine große Herausforderung für die Arbeit der Kollegen in Montbéliard ist. Ein weiteres Problem, auf das sie hingewiesen hat und das wir auch diskutiert haben, das ist die Frage der Evaluation der Leseförderung an sich, nicht nur, was den Sprach- und Kenntnisstatus der Kinder angeht, sondern auch, was deren Gesamtintegration in das Gemeinwesen betrifft, wie durch diese systematische und vernetzte Tätigkeit die kulturelle Bildung insgesamt in diesem geographischen Bereich durch diese Maßnahme über einige Jahren hin entwickelt werden kann. Darin hat Frau Bazin in dieser Wirksamkeitsanalyse noch eine große Herausforderung gesehen.

CLAIRE BAZIN:

Ich werde nun den Vortrag von Herrn Ahmed Mouhssin zusammenfassen. Er hat damit begonnen, die Besonderheiten der Bevölkerung Brüssels, die einen hohen Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund aufweist, vorzustellen und hat dabei neben der Vielfalt auch den Aspekt der wirtschaftlichen Schwierigkeiten betont. Er hat uns dadurch einen Einblick in die Komplexität der objektiven Bedingungen Brüssels gegeben, einer Komplexität, die für die kulturellen Akteure eine echte Herausforderung darstellt und die sie, teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Ländern, meistern. Des Weiteren hat er über die Bestrebungen, um die Themen in Theorie und Praxis breiter zu

streuen, berichtet. Ein Anspruch, der über die Überlegungen zu Fragen der Vielfalt, des Zugangs zur Kultur und der Weiterbildungen aufgegriffen wurde. Was mir ebenfalls wichtig erschien, ist die Erkenntnis, sich nicht auf ein einziges Modell der Projektentwicklung und -gestaltung festzulegen: In der Tat vertreten die etwa vierzig versammelten Akteure unterschiedliche Erwartungen und Anliegen, aber sie sehen sich mit einem gemeinsamen Hindernis konfrontiert, das mit der Finanzierung der Projekte verbunden ist. Die Stadt Brüssel ist noch einem zusätzlichen Druck ausgesetzt, da sie auf dem internationalen Markt der Kultur in Konkurrenz zu anderen Städten steht und sich dort behaupten muss. Dieser Druck birgt das Risiko, dass die Kultur immer mehr dazu benutzt wird, das Image der Stadt zu verbessern, anstatt im Dienste der Bürger zu stehen. Für die politischen Entscheidungsträger stellt sich demnach die Frage, die richtigen Prioritäten zu setzen. Herr Mouhssin hat diesbezüglich erneut das „Haus der Kulturen“ erwähnt, das die kulturellen Schätze Brüssels und die Vielfalt der Kulturen zur Geltung bringen soll. Der Wahl des Ortes der kulturellen Einrichtungen kommt ebenfalls eine große Bedeutung zu, wenn es darum geht, bestimmte Zielgruppen zu erreichen. Dabei ist wichtig, die Einwohner einzubeziehen und den gegenseitigen Austausch anzuregen, um Tendenzen der gemeinschaftlichen Abschottung zu verhindern. Die gestellten Fragen befassten sich insbesondere mit dem Aspekt der Toleranz, da Vorurteile gegenüber Anderen immer zu einer Einschränkung der Wirksamkeit führen. In Brüssel versucht man mit einer Verstärkung des gegenseitigen Austausches, diese Vorurteile gegenüber den einzelnen Gemeinschaften zu überwinden.

Dr. OLAF HAHN:

Hinzu kamen Fragen zum Aspekt der Finanzierung der von Ihnen, Herr Mouhssin, vorgestellten Projekte. Dabei wurde genauer auf die verschiedenen Finanzquellen – seitens der Gemeinden, der Europäischen Union und des Bundesstaats – eingegangen. Ich möchte Ihnen jetzt das Impulsreferat von Frau Jerman aus Düsseldorf zusammenfassen. Frau Jerman ist, wie Frau Bazin eingangs sagte, sowohl als Wissenschaftlerin in dem Themenfeld „Interkulturelle Öffnung“ aktiv als auch als Politikberaterin. Sie hat vor allem über ihre Tätigkeit im Hinblick auf Lobbying für interkulturelle Öffnung in Nordrhein-Westfalen berichtet. Ihr Vortrag hat dargestellt und analysiert, wie man in Nord-

rhein-Westfalen das Thema der interkulturellen Öffnung in verschiedene Handlungskonzepte zu übersetzen versucht hat. Sie hat die Schwierigkeiten bei den einzelnen Etappen, aber auch die Erfolge recht anschaulich vorgestellt. Ausgehend von dem Zustand der Gesellschaft Nordrhein-Westfalens als einer von Migration dauerhaft geprägten Gesellschaft hat sie darauf hingewiesen, dass auch eine Trias aus drei Ts, nämlich Technologie, Talent und Toleranz, wichtige Voraussetzungen seien, um ein innovatives Klima in diesem Bundesland mit zu erzeugen, wobei sie auf eine Nachfrage hin präzisiert hat, dass das nicht in erster Linie aus einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt zu sehen sei, sondern mit Blick auch auf das Zusammenleben in diesem Bundesland. Frau Jerman hat daraus die Feststellung abgeleitet, dass aus ihrer Sicht die Kulturszenen innerhalb des Bundeslandes sich öffnen sollten. Da gab es dann auch eine kleine Debatte mit Blick auf das Haus der Kulturen in Belgien, auch das in in Planung befindliche in Straßburg wurde erneut erwähnt. Also auf der einen Seite ein Ort, an dem sich Kulturen und interkulturelle Öffnung kristallisieren, auf der anderen die Öffnung der Institutionen insgesamt. Wir haben dann in der Diskussion auch festgestellt, dass beides womöglich seinen berechtigten Platz hat in einem solchen Prozess. Frau Jerman hat dann im weiteren Verlauf ihres Impulses auf die verschiedenen Bezüge hingewiesen, die ihre Arbeit prägen, also beispielsweise auf die UNESCO-Charta, aber auch auf den deutschen-nationalen Integrationsplan und auf andere staatliche Initiativen, die auf die besondere Rolle der Kultur mit Blick auf Integration hinweisen, und sie hat dann beschrieben, wie aufgrund auch eines partizipatorischen Ansatzes – nicht ganz so wie in Brüssel, aber doch auf einem ähnlichen Weg – eine Analyse vorgenommen worden ist, um die Notwendigkeiten mit Blick auf interkulturelle Öffnung zu beschreiben. Sie hat uns anschließend das Projekt „interkultur.pro“ vorgestellt und hat auf den Aspekt der Professionalisierung in den Einrichtungen hingewiesen, Sensibilisierung und Professionalisierung, und dann – das fand ich sehr beeindruckend – hat sie gezeigt, wie von Modellprojekten in zunächst sechs und anschließend 25 Städten in Nordrhein-Westfalen unterschiedlicher Größe, dieses Projekt der interkulturellen Öffnung in eine Verstärkung hineingeführt werden soll, wobei auch eine finanzielle Unterstützung durch die Mercator-Stiftung geleistet werden soll. Ein weiterer interessanter Aspekt ihres Vortrages war – gerade auch für die

Gäste aus Belgien und Frankreich – der Hinweis auf eine Studie, die in Deutschland sehr intensiv genutzt und diskutiert worden ist, nämlich die so genannte „Migranten-Milieu-Studie“, die in Heidelberg angefertigt worden ist als Auftragsarbeit unterschiedlicher Auftraggeber. Sie hatte zum Ziel, Milieubildungen in Deutschland unter Migranten zu beschreiben, um eine bessere Vorstellung davon zu haben, wo sich die Menschen, über die man oft relativ leichtfertig spricht, mit Blick auf ihre wirtschaftliche Situation und auf ihre Verortung in einem Feld zwischen konservativ-religiös und progressiv-liberal bewegen. Sie hat weiterhin darauf hingewiesen – und das war auch der explizite Auftrag, den die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, einer der Auftraggeber, in diese Studie hinein gegeben hat –, dass das konservativ-religiös verwurzelte Milieu in Deutschland nur 7 % der Migrantinnen und Migranten umfasst. Zudem hat Frau Jerman auch die Verantwortung der Medien betont in ihrer Berichterstattung über Migranten. Ende dieses Monats findet in Bochum der Bundesfachkongress „Interkultur“ statt, veranstaltet von interkultur.pro, was deutlich macht, dass das Thema „Interkulturelle Öffnung“ in Nordrhein-Westfalen immer wieder auch durch solche Veranstaltungen präsent gehalten wird. Frau Jerman hat ihren Vortrag mit der Hoffnung geschlossen, dass dieser Prozess auch in Zukunft weitergehen möge.

CLAIRE BAZIN:

Noch eine kleine Anmerkung meinerseits, um darauf hinzuweisen, dass dieses Projekt dauerhaft von wissenschaftlicher Forschung begleitet wird, was sehr wichtig ist. Aus den verschiedenen Wortmeldungen ging hervor, dass die Interkulturalität in unserer Praxis ständig in Form eines Austausches vorhanden ist: Sie ist genau das, was uns – über die einzelnen Gemeinschaften hinaus – ermöglicht, zusammenzuarbeiten. Dadurch, dass sie die Frage des Miteinanderlebens aufwirft, macht sie uns bestimmte Schwierigkeiten und Probleme bewusst und ermöglicht uns, weiter voranzukommen und mit Anderen zusammenzuarbeiten. Der zweite Punkt, der zum Vorschein kam, bezieht sich auf die Erkenntnis, dass wir mit gleichartigen Herausforderungen konfrontiert sind, denen sich jeder aber auf seine eigene Art und Weise und unter Einfluss des nationalen Kontexts stellt. Die französische Wahrnehmung der belgischen Realität ist gänzlich anders als die Wahrnehmung der Belgier von sich selbst. Ein anderer gemeinsa-

mer Nenner besteht darin, dass wir uns zumindest in einem Punkt einig sind: dem Prinzip, der Existenz und der Anerkennung der Interkulturalität. Die Frage ist, wie man die hier nicht Anwesenden, nämlich diejenigen unter den Entscheidungsträgern und der Bevölkerung, die in den eigenen vier Wänden das Prinzip der Interkulturalität ablehnen, ohne ihre Forderung je öffentlich zur Geltung zu bringen, in diese Debatte mit einbeziehen kann. In diesem Rahmen taucht erneut die Frage der Ängste auf. Um beim gleichen Beispiel zu bleiben: Es ist gerade so, als würden die Franzosen ihre eigenen Ängste auf Herrn Mouhsins Diskurs über die Gegebenheiten in Brüssel projizieren. Der Sinn des internationalen Austauschs ist hingegen, sich von den eigenen Emotionen zu distanzieren, seine eigene Urteilsfähigkeit zu erweitern und letztendlich auch, die eigene Haltung in Bezug auf die Interkulturalität weiterzuentwickeln. Die zwei Schlüssel zum Erfolg sind in diesem Bereich die transversale Behandlung und die Weiterbildung – unsere gegenseitige Ausbildung.

Präsentation der Ergebnisse aus Arbeitsgruppe 2

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Unsere Arbeitsgruppe hatte auch drei Beiträge, die sich sehr schön ergänzt haben. Der Bericht aus Brüssel ging um eine Institution, die es jetzt schon seit 10 Jahren gibt und die zum sechsten Mal stattfindet, die Zinneke Parade. Dabei handelt es sich um eine private Struktur, also keine Stadtpolitik, sondern eine private Vereinsstruktur, hervorgegangen aus den Vorbereitungen, um aus Brüssel die Kulturhauptstadt Europas zu machen. Das hatten wir ja gestern schon gehört, dass offensichtlich die Arbeit, um Kulturhauptstadt Europas zu werden, etwas in Bewegung setzt und dann wiederum auch erlaubt, weiteren Nutzen aus diesen Vorbereitungen zu ziehen. Der Ausgangspunkt war, dass man in Brüssel feststellen musste, dass die geographische Abschottung von nebeneinander lebenden Stadtteilen ein wenig zu groß war. Deswegen hat man versucht, möglichst viele Gruppen, 25 waren es schließlich, mit jeweils maximal 100 Mitgliedern zu motivieren, sich an einem alle zwei Jahre stattfindenden Event zu beteiligen und um dieses Event auch dauerhaft vorzubereiten. Es handelt sich dabei tatsächlich um eine Parade, wie der Name schon sagt, wo eben diese insgesamt bis zu 2.500 Menschen, die daran

mitgearbeitet haben, künstlerisch-kreative Dinge zeigen. Das Interessante dabei ist, dass der kulturschaffende Ansatz es offensichtlich sehr gut erlaubt hat, Menschen in Kontakt zu bringen, die sonst von sich aus, aufgrund von allen möglichen Berührungspunkten, nicht zusammen arbeiten würden. Das hat also durchaus einen verbindenden Charakter zwischen sonst recht abgeschotteten Stadtteilen. Der zweite positive Effekt war, dass man das mehrfach machen konnte und deshalb auch eine gewisse Verfestigung dieser städtischen Tradition da ist. Der dritte Punkt, der sehr deutlich hervorgehoben wurde, ist, dass durch die Parade, durch den Gang durch die Stadt, natürlich auch Orte plötzlich wieder angeeignet werden, die durch die sonstige Segmentierung von städtischen Räumen nicht selbstverständlich angenommen wurden. Also ein Lernprozess, der sowohl die Beteiligten als auch die Künstler, die daran mitwirken, betrifft, sowie auch die Stadt insgesamt, die das Ganze dann natürlich auch sieht.

Wichtig ist, und das kam auch bei den anderen Beiträgen heraus, dass wir hier bei unserem Thema „Sichtbarkeit von unterschiedlichen Herkunftskulturen“ nicht von einem einfachen Zeigen von mehr oder weniger folkloristischen Traditionen sprechen, angefangen von traditionellen Kleidungen, sondern dass es – gerade auch bei der Zinneke Parade – um die ganz bewusste Verbindung von der Repräsentation zu einem neuen, künstlerischen Produkt geht. Das war ein starker Punkt bei dem Exposé, dass hier also sowohl die Repräsentation von bestehender Diversität ein Ziel war, aber eben nicht das wichtigste Ziel, sondern das wichtigste Ziel geht davon aus, dass wir sowieso in hybriden Situationen leben und das auch tatsächlich in diesem Schaffensprozess dargestellt werden soll.

Das zweite Projekt, von dem wir uns haben berichten lassen, stammt aus Toulouse. Auch wieder ein Projekt, das von einer Vereinsstruktur ausging. Der Ausgangspunkt war, dass Historiker nach Einwanderungsgeschichten gefragt hatten, also ging es zunächst um einen wissenschaftlichen Ansatz. Man wollte etwas wissen über den konkreten Verlauf der Migration. Die betroffenen Menschen fanden das sehr interessant und wollten daraus etwas weiter entwickeln. Dieses schon seit einigen Jahren laufende Projekt baut darauf auf und tut mehrere Dinge über die Kulturschiene, und in diesem Fall vor allem über die Musik. Erstens geht es um eine Wiederaneignung einer Migrationsgeschichte, in diesem Fall zunächst von kabilischen Einwande-

ren aus Algerien. Dabei spielte auch das Eigeninteresse eine Rolle, innerhalb der Familien überhaupt die Erzählung zu rekonstruieren. Wir haben im Nebengespräch oft über dieses Generationenproblem in Einwandererfamilien gesprochen. Es gab also eine starke Eigenmotivation, sich die Musik wieder anzueignen, die aus der Generation der Eltern oder Großeltern kam. Aber auch hier war – zweitens – ganz entscheidend, dass nicht nur die Selbstreflexion, das Aneignen im Vordergrund stand und das Zeigen dessen, was zu dieser Migrationsgeschichte gehört, sondern dass auch hier durch die Aneignung eine neue Realität entstanden ist, durch die Wiederbearbeitung und Neuinterpretation, durch neue Musikinstrumente, neue Orchestrierung, neue Stimmen, die die traditionellen Lieder gesungen haben. Der kreative Prozess findet in der Realität Frankreichs statt, die eben nicht mehr von einer Zerrissenheit der Identitäten ausgeht, sondern einfach von einer Realität, die kulturell sehr gemischt, sehr diversifiziert ist oder, um dieses Modewort zu benutzen, „hybrid“ ist.

Ergänzend wurde berichtet von einer etwas größeren Ausweitung, wo es überhaupt um die Planung von kulturellen Aktivitäten aus den so genannten „schwierigen Stadtvierteln“ ging. Hier wurde etwas deutlich, was wir insgesamt bei allen Projekten, die wir gehört haben, beobachten konnten, nämlich dass man immer auch die Orte reflektieren muss, in denen man etwas tut. Bringe ich Kultur dahin, wo sie normalerweise nicht wahrgenommen wird, oder gehe ich mit gewissen Initiativen aus meinem Stadtviertel dahin, wo ich normalerweise nicht gesehen werde? Beide Bewegungen wurden beschrieben: Der erste Ansatz ging in die Stadtviertel selbst, um junge Menschen mit ihrer Musik, sehr viel Rap-Musik, abzuholen und selbst zu stärken, der zweite ging parallel zum ersten auch in das „Zentrum der Macht“, der klassischen, politisch entscheidenden Orte, um eben auch entsprechend Unterstützung zu bekommen.

Bei dem Bericht aus Toulouse wurde schon klar, dass die Erinnerung zu sichern eine wichtige Aufgabe der (nachholenden) Integration sein kann. Das Thema der Erinnerung, der Sicherung von Erinnerung, stand dann im Zentrum des dritten Beitrags. Frau Dauschek hat uns über das geplante, noch nicht fertig gestellte Stadtmuseum Stuttgart berichtet. Das Projekt ist insofern anders als die beiden anderen, als hier eine Stadt, tatsächlich als Stadtpolitik gesagt hat: Wir wollen ein Stadtmuseum bauen und dabei ganz bewusst zeigen, dass Stuttgart

eine Stadt ist, die nicht einfach da ist, sondern die gewachsen und entstanden ist aus vielen Formen von Migration. Der Schwerpunkt liegt auf dem 19. und 20. Jahrhundert, es wird also kein historisches Museum, sondern die heutige Stadt etabliert sich sozusagen mit diesem Museum. Aber auch hier wurde sehr deutlich, dass die Idee nicht die ist, ein totes Museum mit toten Objekten zu zeigen, sondern dass man versuchen wird, die Migrationsrealitäten lebendig aufzubereiten. Der museale Raum soll gleichzeitig als Ort des Dialogs benutzt werden – und Dialog ist durchaus auch im Sinne von Auseinandersetzung gemeint. Das Stadtmuseum Stuttgart möchte ganz bewusst einen Ort anbieten, wo auch die Aktualität einen Platz hat, da sich ja alle möglichen Themen um die Frage drehen, wie sich unsere Städte entwickeln. Aber im Hintergrund soll die Bewusstheit gestärkt und bewahrt werden, dass eine Stadt immer auch aus ganz unterschiedlichen Herkunftsbewegungen gewachsen ist.

Soweit die drei Exposés. Wenn man das versucht zusammenzufassen, lassen sich einige Schlussfolgerungen aufzeigen, die wir nach unseren Debatten ziehen können. Wir müssen offenbar davon ausgehen, dass es einen enormen Bedarf an gegenseitiger Wahrnehmung gibt, an Kennenlernen – wir kennen viel zu wenig die verschiedenen Teile unserer Gesellschaft und das gilt für alle in alle Richtungen. Das ist nicht nur eine Frage von Integrationskursen für Menschen, die neu hierher kommen, sondern das ist eine generelle Herausforderung. Ein weiterer Punkt betrifft die Aufgabe, Wissen zu sichern, Erinnerung zu sichern, aber eben auch weiterzugeben, und zwar weiterzugeben in Generationen, aber genauso breit weiterzugeben, d.h. die ganze pädagogische Seite in der Kulturarbeit ist ganz entscheidend.

Bei allen drei Projekten und auch bei denen aus der anderen Arbeitsgruppe wurde deutlich, dass kulturelle Schaffenskraft immer auch von den Räumen abhängt, wo sie stattfindet. Wir reden von ganz unterschiedlichen räumlichen Realitäten in der Kulturarbeit. Da gibt es den klassischen Bereich, von dem wir gestern auch auf dem Podium gehört haben; dann den musealen Bereich, die klassischen Konzerthäuser, aber wir haben eben auch ganz viele andere Realitäten in anderen Räumen und auch die muss man sehen lernen. Darüber hinaus ist auch Mobilität in der Stadt wichtig, auch das kann man als generelle Beobachtung festhalten. Und gerade Kultur ist ein Instrument, mit dem man sich auf spielerische Weise ganz gut in einer Stadt bewegen

kann und wo nicht zuerst gefragt wird, ob man auch ausreichend die Landessprache kennt, sondern damit kann man individuell umgehen, auch wenn man von völlig unterschiedlichen Bildungsniveaus oder auch Muttersprachsituationen herkommt. Raum und Kultur gehen sehr eng zusammen, das ist deutlich geworden.

Bei unserer Gruppe ist auch klar geworden, dass gerade die künstlerische Produktion, das eigene künstlerische Mitmachen ein Instrument ist, das besser zur Überwindung von Barrieren geeignet ist als andere Instrumente. Kreativität nimmt ein Grundbedürfnis des Menschen auf, und deshalb sollte die Kulturpolitik nicht immer ganz hinten stehen, nach dem Motto: „Wenn alles andere gemacht ist, machen wir auch noch ein bisschen Kulturpolitik.“ Vielleicht sollte der kulturelle Ansatz viel stärker in allen politischen Aufgaben einer Stadt eine Rolle spielen. Gestern wurde gesagt, wir müssen erst essen, dann müssen wir irgendwo wohnen, dann müssen wir irgendwo arbeiten und dann kommt noch die Kultur. Das ist schon richtig, aber wir können nach unseren Diskussionen festhalten, dass es für die städtische Politik wirklich nicht falsch wäre, immer wieder zu sagen: Kultur ist nicht der letzte Teil, sondern sollte in allen Aufgabenbereichen präsent sein.

Schließlich haben wir auch über die Frage gesprochen, wie man solche Projekte auf Dauer stabilisieren kann, wie man sie herausholen kann aus dem Projektstatus. Es war erfreulich zu sehen, dass die beiden Basisprojekte schon eine Weile existieren. Auch hier sind wir schnell einig geworden, dass eine der schwierigsten Aufgaben die ist, die beiden Bewegungen zusammenzubringen, also das *bottom up*, die Basisarbeit, mit einer städtischen Strategie.

Der letzte Punkt unserer Diskussionen, den ich noch nennen möchte, betrifft die psychologische Ebene. Wir sollten nicht fürchten, dass solche Projekte auch Ängste wecken können und dass es Konflikte geben kann bei der Ausarbeitung, bei der Planung. Konflikt, wenn wir Demokratie ernst nehmen, ist ja nicht *per definitionem* schlecht, wenn man Formen findet, um sie verbal auszutragen. Es wäre auch falsch zu glauben, alles ginge ohne harte Diskussionen ab. Die Voraussetzung ist natürlich, dass man Interesse hat, gemeinsam in derselben Stadt zu leben, und zwar nicht nur geographisch, sondern auch mental. Das waren die wichtigsten Punkte, die wir herausgearbeitet haben und ich denke, dass wir zum Teil sehr ähnliche Schlussfolgerungen wie die andere Arbeitsgruppe gezogen haben.

Abschlussdiskussion:

MEMET KARAMAN:

Ich möchte zwei Bemerkungen einbringen. Ich schätze es sehr, an diesem Treffen teilzunehmen und zu erfahren, was im kulturellen Bereich in den verschiedenen Ländern gemacht wird und welche Empfehlungen geäußert werden. In meiner Arbeitsgruppe ist ein Teilnehmer kurz auf den holländischen Philosophen Paul Scheffer und sein Buch eingegangen. Ich habe in der Arbeitsgruppe nicht die Gelegenheit gehabt, darauf zu reagieren und will das an dieser Stelle nachholen. Es ist nur eine kleine Erinnerung, vielleicht ist sie dem Einen oder Anderen dennoch nützlich.

Ich bin der Meinung, dass unser Ziel in Europa angesichts der Unterschiede zwischen den Individuen und den Gruppen sein sollte, dass wir das kulturelle Angebot für alle zugänglich machen. Nichtsdestotrotz halte ich es für falsch, zu sagen, dass jeder an allem teilnehmen sollte. Das wäre nicht wirklich im Sinne der individuellen Freiheit, die wir respektieren müssen. Ich berufe mich in diesem Zusammenhang auch auf die Vielfalt, die Mischung, die wir als wünschenswertes Ziel definiert haben. Natürlich sollte es eine soziale Mischung geben, aber diese Mischung ist auch jetzt schon eine greifbare Tatsache in unseren Städten. Und es wäre ein Fehler, die Menschen dazu zu zwingen. Deswegen halte ich es für angebrachter, dass wir uns auf den Aspekt des Angebots, die Frage der Zugänglichkeit, auf die Attraktivität der Kultur und auf ihre Vielfalt in den verschiedenen Stadtvierteln konzentrieren. Aber wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen, eine Politik zu konzipieren, die die Menschen zur Teilnahme verpflichtet. Das wäre falsch. Jede Person soll für sich entscheiden, wann und warum sie teilnimmt oder eben nicht. Das wollte ich gern noch hinzufügen.

MURAT ERPUYAN:

Ich will Ihnen für die Organisation dieser sehr bereichernden Veranstaltung danken. Bereichernd im Sinne der Erkenntnis, dass die erwähnten Erfahrungen uns in unserer bisherigen Herangehensweise bestätigen, uns aber auch dazu bringen, die eigene Taktik zu überdenken. Für die Vereine bestehen die wesentlichen Herausforderungen darin, Gehör und Mittel zu finden. Trotz aller Schwierigkeiten zeigt sich, dass man mit genügend Hartnäckigkeit so einige Hindernisse

überwinden kann. Dank dieser Veranstaltung habe ich auch erfahren, dass es in Stuttgart ein mit dem in Nancy vergleichbares Projekt gibt: Wenn das nicht einige neue Dynamik für die Zukunft verspricht!

KHALIL HENNI:

Die Initiative, hier all diese Personen unterschiedlicher beruflicher Horizonte zusammenzubringen, ist wirklich interessant und hat deutlich gezeigt, wie jeder auf seine Weise versucht, die Kultur zu fördern und neue Projekte – insbesondere über die Künste – aus der Taufe zu heben, um damit den Einwohnern neue Ausdrucksmöglichkeiten zu geben. Dadurch wurde uns klar, dass die Kultur weder auf eine Außenseiterrolle beschränkt, noch als letztes Anliegen – nach der Erfüllung aller Primärbedürfnisse – behandelt werden kann. Sie ist im Gegenteil ein wichtiger Bestandteil des sozialen Zusammenhalts und das auch ungeachtet von sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Anstatt auf die ungewisse Hilfe des Staats oder der Institutionen zu hoffen, sollte jeder das tun, was in seiner Macht steht, um die Initiativen der Vereine, der lokalen Akteure und natürlich auch der Einwohner zu fördern. Wenn eine Person nur wenig Interesse für zeitgenössische Kunst zeigt, ist entscheidend, ihr Alternativen vorzuschlagen. Auch wenn nicht jeder die gleichen Zugangsmöglichkeiten zur Kultur besitzt, ist entscheidend, jedem ein möglichst breites Spektrum an Weiterbildung und Kultur anzubieten. Des Weiteren birgt die Vielfalt der Initiativen der verschiedenen Länder ein bedeutendes Potential, um darüber nachzudenken, wie man bestimmte Ansätze auf andere Regionen übertragen könnte, ohne dabei die Besonderheiten jedes Gebiets zu vernachlässigen. Getragen durch die Einwohner wird die Kunst dadurch in all ihren Formen, als Vektor und Ausdrucksmöglichkeit, neben den politischen zu einem weiteren Mittel, um die Demokratie zu fördern.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Vielleicht noch eine Information für alle, die zum ersten Mal da sind: Wir haben gemerkt, dass nach dem ersten, zweiten, dritten Mal sich tatsächlich viele direkte Kontakte zwischen den Teilnehmern weiter entwickelt haben. Wir haben das zwar nicht systematisch abgefragt, aber es funktioniert ganz gut. Sie finden deshalb in Ihren Teilnehmerlisten die Adressen und die E-Mails. Nutzen Sie die Gelegenheit und

versuchen Sie jenseits aller sprachlichen Kommunikationsprobleme Kontakte herzustellen, die für Sie in Ihrem Arbeitszusammenhang, in Ihrem professionellen Umfeld interessant sind.

RADOUANE BOUHLAL, *Präsident der Organisation „Bewegung gegen Rassismus, Antisemitismus und Xenophobie“, Brüssel:*

Enorm interessant für uns war, dass unsere deutschen Partner eine ganze Reihe von Bewertungsinstrumenten vorgeführt haben. Unglücklicherweise sind sie fast ausschließlich auf Deutsch. Wäre es nicht denkbar, sie ins Französische und Holländische zu übersetzen und zu verteilen?

HAMZA FASSI FIHRI:

Ich will meinerseits ebenfalls die Veranstalter beglückwünschen und Ihnen meine Eindrücke als gewählter Abgeordneter darlegen. Über den Austausch der Erfahrungen hinaus ist für mich die Tatsache, dass auch die politischen Akteure der unterschiedlichen Länder endlich das Phänomen der Interkulturalität zur Kenntnis genommen haben, von großer Bedeutung. Infolgedessen beginnen auch die öffentlichen Maßnahmen, sich diesem Umstand anzupassen, und versuchen, diesem Phänomen auf ganzheitliche Art und Weise zu begegnen. Mir sind insbesondere zwei Schlagwörter, die in unseren Diskussionen und Erfahrungen immer wieder auftraten, in Erinnerung geblieben: die Erinnerungsarbeit und die Hybridisierung. Die Erinnerungsarbeit als erstes, da wir – sobald wir das Phänomen der Interkulturalität und ihre Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt anerkennen – auch dazu verpflichtet sind, sie in der „gemeinsamen nationalen Geschichte“ festzuhalten, um die Worte eines Redners aufzugreifen. Das bedeutet auch, dieses Phänomen in eine bestimmte Epoche einzugliedern und damit die Erinnerungsarbeit zu beginnen. Und dann die Hybridisierung: Wenn wir die schon genannte erste, der Vergangenheit zugewandte Arbeit verrichtet haben, müssen wir nach vorn blicken. Dies geschieht durch andere Herangehensweisen: Erst geben wir den Menschen ihre eigene historische Linie und danach müssen wir zur Hybridisierung bzw. Vermischung übergehen, wenn wir weiterkommen wollen. Ich will noch einen letzten Stichpunkt festhalten, den ich als Abgeordneter und Akteur des kulturellen Bereichs als besondere Herausforderung betrachte: Die Notwendigkeit, die Arbeit der Vereine, die

die Bevölkerung und die Herkunftskulturen repräsentieren – teilweise aber auf drastische Weise ignoriert werden – mit der der öffentlichen Einrichtungen, die sich gegenwärtig dieses Phänomens bewusst geworden sind, zu koordinieren.

MEHMET-ALI AKINCI:

Ich möchte Ihnen ebenfalls für Ihre Einladung danken. Abschließend will ich noch einmal auf zwei Punkte eingehen, die Herr Heylen gestern erwähnte: die Diversifizierung des Angebots, um die Migranten zu integrieren, und die Frage der Erreichung der Zielgruppen. Wir haben versucht, unter dem Blickwinkel des sozialen Zusammenhalts aus den oftmals sehr bereichernden Erfahrungen der verschiedenen Teilnehmer neue Erkenntnisse zu gewinnen. Aber wir sollten es nicht dabei belassen, sondern einen Schritt weitergehen, da wir uns hier und jetzt – einschließlich der Abgeordneten und Vertreter der Kommunen – unter von der Sache überzeugten Personen befinden. Ich denke, dass der nächste Schritt sich gerade darauf bezieht, die Zielgruppen zu erreichen. Aber die Frage ist: Handelt es sich dabei wirklich um die Einwohner mit Migrationshintergrund oder eher um die alteingesessenen Einwohner? Ich will ihnen diesbezüglich gern von einer kleinen Studie berichten, die ich an der Universität geleitet habe. Es handelte sich dabei um eine Meinungsumfrage, die sich an einsprachige Franzosen richtete, um ihre Sichtweise zu erfahren. Ein Großteil der Teilnehmer weigerte sich zu antworten. Und bei jenen, die geantwortet haben, sind die Ergebnisse ziemlich flagrant. Diese Personen akzeptieren, dass die Migranten in ihrer Privatsphäre ihre eigene Sprache sprechen, ihre Religion ausüben und ihren Bräuchen nachkommen. Hingegen sprachen sie sich dafür aus, dass sie im öffentlichen Raum französisch sprechen und die französischen Werte respektieren sollten. Dies spiegelt die Mentalität genau der Personen wider, denen die Migranten alltäglich begegnen. Als Akteure der verschiedenen Vereine engagieren wir uns jedoch dafür, dass wir uns alle besser kennenlernen, um besser miteinander auszukommen. Auf diese Weise können wir hoffen, eines Tages diese Einstellungen zu ändern. Ich persönlich denke, dass die nächste Etappe darin besteht, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man die Menschen – nicht nur die Migranten, sondern möglicherweise auch, oder sogar vor allem, die Einheimischen –

dazu bringen könnte, ihre Meinung zu ändern, um besser miteinander zu leben.

MURAT ERPUYAN:

Ich glaube, dass die Projekte, von denen wir hier erzählt haben, einfach gelingen *müssen*, wenn die gesellschaftliche Entwicklung sich nicht drastisch verschlechtern soll. Ich will diesen Gedanken genauer ausführen: Aus wirtschaftlicher Sicht befinden wir uns in einer schwierigen Phase. Wir sprechen von Zusammenhalt, während ein Teil der Bevölkerung frustriert ist und sich ausgeschlossen fühlt, ungeachtet dessen, ob es sich um Migranten oder alteingesessene Bewohner handelt. Wenn jedoch ein solches Gefühl der Frustration existiert, finden sich immer bestimmte Gruppen, die dies ausnutzen und für die Angst vor dem Anderen instrumentalisieren. Daraus ergibt sich dann die Tendenz der Abkapselung und der gemeinschaftlichen Abschottung, jene Rückzugsphänomene, gegen die die Projekte, die wir hier erwähnt haben, einen gewissen Schutzwall bilden können. Die Tatsache, dass wir hier versammelt und von der Sache überzeugt sind, zeigt eine Stärke, und das ist auch der Grund, weshalb ich meine, dass wir unbedingt erfolgreich sein *müssen*, wenn wir es schaffen wollen, sozialen Zusammenhalt aufzubauen und in einer friedlichen Gesellschaft zu leben.

JEAN-PIERRE SCHLAGDENHAUFFEN:

Es ist das erste Mal, dass wir zu dieser Veranstaltung eingeladen wurden und ich danke Ihnen dafür auch im Namen des Bürgermeisters der Stadt Straßburg. Im Laufe dieses Kolloquiums ist mir die Bedeutung des Sinnes und des Einflusses der Begriffe im Zusammenhang mit der Problematik der Interkulturalität bewusst geworden. Als wir zum Beispiel die Idee eines Hauses der Sprachen und Kulturen *des* Elsasses im Rahmen der Kultur-Tagung in Straßburg erwähnt haben, ist mir aufgefallen, dass es nicht das Gleiche ist, als würde man von einem Haus der Sprachen und Kulturen *im* Elsass sprechen. Daraufhin habe ich die exakte Bedeutung der Begriffe, mit denen wir uns hier beschäftigen, gesucht: Das französische Lexikon „Petit Robert“ definiert die Multikulturalität als „die Koexistenz verschiedener Kulturen im gleichen Land“. Für die Interkulturalität gibt es hingegen folgende Definition: Interkulturalität „bezieht sich auf die Beziehungen, den

Austausch und die gemeinsamen Zeugnisse zwischen unterschiedlichen Kulturen und Zivilisationen“. So haben wir in Straßburg gemerkt, dass es sich bei der Multikulturalität um eine gegebene Tatsache handelt, während die Interkulturalität eine politische Entscheidung ist.

Dr. OLAF HAHN:

Da ich Deutschland verlassen habe, um in verschiedenen Ländern, unter anderem in Frankreich, zu leben, um später wieder nach Deutschland – dieses Land, das ich liebe – zurückzukommen, bin ich selbst Zeuge verschiedener Migrationen. Ich habe in den von Ihnen vorgestellten Erfahrungen vieles wiedergefunden, was auch meinen eigenen Werdegang gezeichnet hat. Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Präsenz, Ihr Interesse und Ihre Beiträge und ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns ebenfalls Ihre Vorschläge und Kritik zukommen lassen würden, um uns zu helfen, uns weiter zu verbessern.

Prof. Dr. FRANK BAASNER:

Was wir noch nicht angesprochen haben – und das ist durchaus mehr als nur ein Dank für diese Veranstaltung –, ist die Rolle von privaten Stiftungen in unseren Gesellschaften. Das merken wir immer wieder in vielen Bereichen, dass es Länder gibt, wo es sehr große und auch sehr wohlhabende Stiftungen gibt, die sich ganz stark über Jahrzehnte einsetzen für Themen, die in der Politik noch nicht angekommen sind. Und ich glaube, man muss nicht übertreiben, wenn man sagt, in Deutschland haben viele Stiftungen, nicht nur die Robert Bosch Stiftung, die eine der größten ist, sondern viele andere auch, seit vielen Jahren daran gearbeitet, dass das Wissen über unsere neue soziale Realität, auch die Instrumente ausprobiert werden konnten. Und ich glaube auch, dass die Stiftungen mit ihrem Einsatz, gerade auch für das Thema Integration einen großen Teil dazu beigetragen haben, dass Dinge angefangen werden konnten. Wenn heute die Politik – in Deutschland zumindest – relativ stark in dem Bewusstsein ist, dass Integration die Zukunftsaufgabe schlechthin ist für unser Land, dann liegt es auch daran, dass private Akteure wie Stiftungen sich so stark engagiert haben. In Belgien ist natürlich die Baudouin-Stiftung, mit der wir hier zusammen arbeiten, eine wichtige Stiftung, die Integrationsfragen ins Zentrum stellt. In Frankreich gibt es auch Stiftungen. Es ist nicht so, dass es da keine gäbe, aber sie haben eine völlig andere

Tradition. Gerade das politische Engagement, das es in vielen europäischen Ländern seitens der Stiftungen gibt, haben wir in Frankreich in dieser Art nicht.

Herzlichen Dank also den Stiftungen, die dieses Thema ja schon über viele Jahre betreiben, die viel dazu beigetragen haben, dass wir uns treffen können, aber auch, dass überhaupt das Wissen transportiert und pädagogisch umgesetzt wird. Dank gilt natürlich auch denjenigen, die unsere Tagung organisiert haben. Aber ganz besonderer Dank gilt den Referenten und Ihnen allen, die Sie wie immer sehr lebendig, sehr frei, sehr diskussionsbereit waren.